

Unterrichtung

durch den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

15. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 2019 und 2020

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort des Bundesbeauftragten	7
1 Zusammenfassung	8
1.1 Die Zukunft der Stasi-Unterlagen	8
1.2 Aus den Arbeitsbereichen	9
1.2.1 Archivarbeit	9
1.2.2 Verwendung von Stasi-Unterlagen	9
1.2.3 Kommunikation und Wissen	11
2 Die Behörde des BStU	13
2.1 Organisation	13
2.2 Beirat	13
2.3 Personal	14
2.3.1 Personalbestand	14
2.3.2 Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Berufstätigkeit	14
2.3.3 Fortbildung und Personalentwicklung	14
2.3.4 Betriebliches Gesundheitsmanagement	15
2.3.5 Ausbildung	15
2.4 Haushalt	15
2.5 Liegenschaften	15
2.6 Informationstechnik und Informationssicherheit	16
2.7 IT-Projekte	17

	Seite
3	Archivbestände 17
3.1	Überlieferungsformen 17
3.2	Arbeitsschwerpunkte 18
3.3	Erschließungsergebnisse 19
3.3.1	Zentrale Schriftgutüberlieferung des Ministeriums 19
3.3.2	Schriftgutüberlieferung der MfS-Bezirksverwaltungen einschließlich der Kreisdienststellen 20
3.3.2.1	Bundesland Berlin 20
3.3.2.2	Bundesland Brandenburg 20
3.3.2.3	Bundesland Mecklenburg-Vorpommern 22
3.3.2.4	Freistaat Sachsen 22
3.3.2.5	Bundesland Sachsen-Anhalt 22
3.3.2.6	Freistaat Thüringen 22
3.3.3	Audiovisuelle Medien und maschinenlesbare Daten 22
3.3.3.1	Filme und Videos 22
3.3.3.2	Tondokumente 22
3.3.3.3	Fotodokumente 23
3.3.3.4	Maschinenlesbare Daten 23
3.4	Findmittel 23
3.4.1	Online-Findmittel 23
3.4.2	Fachanwendungen 24
3.4.3	MfS-Karteien 25
3.5	Digitalisierung 26
3.6	Bestandserhaltung 27
3.7	Rekonstruktion zerrissener Unterlagen 27
3.7.1	Feinsichtung 27
3.7.2	Manuelle Rekonstruktion 27
3.7.3	Virtuelle Rekonstruktion 27
4	Verwendung von Unterlagen auf Antrag und Ersuchen 28
4.1	Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft aus, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes 28
4.1.1	Antragstellung 29
4.1.2	Anträge als Dritte 30
4.1.3	Anträge naher Angehöriger vermisster oder verstorbener Personen 30
4.1.4	Bearbeitungszeiten und Eilbedürftigkeit 31
4.1.5	Bürgerberatung 31
4.2	Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen 34

	Seite	
4.2.1	Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts	34
4.2.2	Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr	34
4.2.3	Verwendung von nicht personenbezogenen Unterlagen	35
4.2.4	Überprüfung von Personen	35
4.2.4.1	Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, sonstige kommunale Funktionsträgerinnen und Funktionsträger sowie Regierungsmitglieder	35
4.2.4.2	Berufsrichterinnen und Berufsrichter sowie ehrenamtliche Richterinnen und Richter	35
4.2.4.3	Mitarbeitende öffentlicher Stellen in Leitungsposition, von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsächengestützten Verdachtsfällen	36
4.2.4.4	Leitende Personen im Sport sowie Trainerinnen und Trainer, Betreuerinnen und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften	36
4.2.4.5	Beiratsmitglieder und wissenschaftliches Beratungsgremium des BStU, Bundesbeauftragter, Landesbeauftragte und deren Mitarbeitende sowie Beschäftigte, ehrenamtliche Mitarbeitende und Gremienmitglieder in Aufarbeitungseinrichtungen	36
4.2.4.6	Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen	36
4.2.4.7	Rentenangelegenheiten	36
4.2.4.8	Ordensangelegenheiten	36
4.3	Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung sowie von Presse, Rundfunk und Film	37
4.3.1	Aufarbeitung der NS-Diktatur	39
4.3.2	Auslandsaufklärung und „Westarbeit“ des MfS	40
4.3.3	Grenzregime und Militär	41
4.3.4	Haft und Polizei	41
4.3.5	Opposition, Bürgerprotest und Friedliche Revolution	41
4.3.6	Wissenschaft	42
4.3.7	MfS und seine Bezirksverwaltungen	42
4.3.8	Kinder und Jugendliche	43
4.3.9	Medien	43
4.3.10	Wirtschaft	44
4.3.11	Kunst und Kultur	44
4.3.12	Terrorismus und Internationale Beziehungen	45
4.4	Widersprüche gegen Entscheidungen des BStU	45
4.5	Rechtsstreitigkeiten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz	46
5	Kommunikation und Wissen	46
5.1	Forschungsprojekte	47

	Seite	
5.1.1	Abgeschlossene und publizierte Forschungsprojekte	47
5.1.1.1	Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1963 und 1989	47
5.1.1.2	„Stellt die Bürger ruhig“. Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle–Bitterfeld	48
5.1.1.3	Vom Scheitern der kybernetischen Utopie. Die Entwicklung von Überwachung und Informationsverarbeitung im MfS	48
5.1.1.4	Von einer Freundschaft, die es nicht gab. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und das polnische Innenministerium 1974–1990	48
5.1.1.5	Versagtes Vertrauen. Wissenschaftler der DDR im Visier der Staatssicherheit	48
5.1.1.6	Der Blick der Staatssicherheit. Fotografien aus dem Archiv des MfS	49
5.1.1.7	Vernichtung von Stasi-Akten. Eine Untersuchung zu den Verlusten 1989/90	49
5.1.1.8	Auf der Suche nach Kulturgutverlusten. Ein Spezialinventar zu den Stasi-Unterlagen	49
5.1.1.9	Auschwitz und Staatssicherheit. Strafverfolgung, Propaganda und Geheimhaltung in der DDR	49
5.1.1.10	„Nun falten Sie den Zettel ...“. Wahlen in der DDR in der Über- lieferung der Staatssicherheit (1949–1961)	50
5.1.1.11	Kleine Brüder des KGB. Die Kooperation von DDR-Auslands- aufklärung und bulgarischer Staatssicherheit	50
5.1.1.12	Schmuggler, Spitzel und Tschekisten. Wie Stasi und KGB den Bibelschmuggel in die Sowjetunion bekämpften	50
5.1.2	Laufende Forschungsprojekte	51
5.1.2.1	ZAIG-Edition und -Analyse/Das MfS im deutsch-deutschen Systemkonflikt	51
5.1.2.2	Zusammenarbeit osteuropäischer Geheimdienste/Internationales ..	51
5.1.2.3	Herrschaft und Gesellschaft	52
5.1.2.4	Bei der Arbeit – Hauptamtliche Mitarbeiter auf Fotografien des MfS	52
5.2	Stasi in der Region	52
5.3	Bibliothek	53
5.4	Öffentliche Kommunikation des Stasi-Unterlagen-Archivs	53
5.4.1	„Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“	53
5.4.1.1	Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv	53
5.4.1.2	Ausstellungs- und Archivführungen	54
5.4.1.3	Beispielakten-Sammlung	55
5.4.1.4	Archivpädagogik und historisch-politische Bildungsarbeit für junge Menschen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren am Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“	55
5.4.1.5	Dokumentenhefte und Informationsmaterialien des BStU	56

	Seite
5.4.1.6 Veranstaltungen in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“	57
5.4.2 Veranstaltungen in Berlin außerhalb der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“	61
5.4.3 Veranstaltungen und Archivführungen in den Regionen	61
5.4.3.1 Brandenburg	62
5.4.3.2 Mecklenburg-Vorpommern	62
5.4.3.3 Sachsen	63
5.4.3.4 Sachsen-Anhalt	64
5.4.3.5 Thüringen	64
5.5 Ausstellungen	65
5.5.1 Dauerausstellungen	65
5.5.2 Modulare Ausstellung zur Tätigkeit der Stasi in den Regionen	66
5.5.3 Die Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“	66
5.5.4 Weitere Wanderausstellungen	67
5.6 Regionale und überregionale Bildungsangebote	67
5.7 Digitale Angebote	68
5.7.1 Originaldokumente in der „Stasi-Mediathek“	68
5.7.2 Homepage www.bstu.de	69
5.7.3 Social-Media-Aktivitäten	69
5.7.4 Weiterentwicklung der digitalen Präsenz	70
5.8 Pressearbeit	70
5.9 Der Bundesbeauftragte im Dialog	70
6 Internationale Beziehungen	71
Anhang	75
Abkürzungsverzeichnis	112

Vorwort des Bundesbeauftragten

Die Einladung ist nun eine dauerhafte: Die Möglichkeit, das Stasi-Unterlagen-Archiv zu erkunden und sich mit einem Stück deutscher Geschichte und dem Archiv auseinanderzusetzen, hat kein Enddatum. Der Deutsche Bundestag hat im November 2020 gesetzlich verankert, dass das Stasi-Unterlagen-Archiv am historischen Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale und an dreizehn weiteren Orten – dort eingebunden in die jeweilige Gedenkstättenlandschaft – in seiner Gesamtheit Teil des „nationalen Gedächtnisses“ im Bundesarchiv wird. Das Amt der oder des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen wird weiterentwickelt zu einer oder einem Beauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag. Das Prinzip, den Opfern der SED-Diktatur gerecht zu werden und gleichzeitig eine Brücke zu den nächsten Generationen zu schlagen, wurde für die Zukunft festgeschrieben.

Der Dialog der Generationen über die Vergangenheit, die in den Stasi-Unterlagen dokumentiert ist, ist eine große Chance, langfristig für die Werte von Demokratie und Menschenrechten zu sensibilisieren. Und dabei kann die Vermittlung des besonderen Charakters und des Symbolwertes des Stasi-Unterlagen-Archivs, dessen Nutzung wir der Friedlichen Revolution in der DDR verdanken, helfen.

Bundespräsident Walter Steinmeier hat dies zum 30. Jahrestag der Erstürmung der Stasi-Zentrale am 15. Januar 2020 selbst vor Ort erfahren können. Bei seinem Archivbesuch schlug er eine Brücke zur nächsten Generation im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern und mit denen, die von der Stasi verfolgt wurden, weil sie sich für die Freiheit einsetzten. Die 111 Kilometer Akten des Stasi-Unterlagen-Archivs erzählen ihre Geschichten. Sie zeigen, wie die systematische Unterdrückung von Menschen funktioniert hat. Es sind Dokumente begangenen Unrechts, aber auch Zeugnisse des Freiheitswillens.

Trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie haben auch im Jahr 2020 Zehntausende einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt. Und auch das Archiv konnten wir am Standort in Berlin-Lichtenberg und den regionalen Außenstellen präsentieren und natürlich auch online. Besonders lebendig ist uns die Archiv-Präsentation im Sommer 2020 mit einem Open Air Film-Festival gelungen, dem „Campus Kino“. Über vier Wochen lang schauten hunderte Gäste pro Abend – unter Beachtung der geltenden Regeln – Dokumentar- und Spielfilme über die DDR, das Wirken der Stasi und die Rolle der Akten bei der Aufklärung über diese Zeit. Das „Campus Kino“ ist ein Beispiel für viele Projekte, die in Kooperation mit staatlichen und nicht-staatlichen Akteurinnen und Akteuren auf dem Gelände der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ stattfinden.

Der Wert der historischen Orte wurde besonders zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution im Jahr 2019 deutlich. So war die ehemalige Stasi-Zentrale einer von sieben Orten in Berlin, die an sieben Tagen die Erinnerung an den Herbst 1989 wachriefen. Tausende kamen aufs Gelände, besuchten das Archiv, die Ausstellungen, Veranstaltungen. Gerade das Areal der ehemaligen Stasi-Zentrale wie auch die ehemaligen Stasi-Dienststellen in den Regionen lassen das Spannungsfeld von Diktatur und Demokratie spürbar werden. Es sind historische Orte der Repression und der Revolution, an denen Diktatur- und Demokratiegeschichte gleichzeitig erzählt werden können.

Das Archiv ist auch lebendig im internationalen Austausch. 2020 wurde das Stasi-Unterlagen-Archiv Mitglied in einem neu formierten Netzwerk von Archiven, die sich mit Vergangenheitsaufarbeitung („dealing with the past“) beschäftigen. Als Menschenrechtsarchiv, dessen Unterlagen die systematische Unterdrückung von Menschenrechten dokumentiert und das seit dem Ende der Diktatur für die Aufklärung über das Unrecht genutzt wird, ist es ein international viel gefragter Partner. Sich auszutauschen über die Erfahrungen in der Aufarbeitung dieser Geschichte ist eine gegenseitige Unterstützung in der Arbeit.

Im vorliegenden Tätigkeitsbericht können Sie nachlesen, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den letzten zwei Jahren geleistet haben, wie der Weg in Richtung Bundesarchiv beschritten wurde und was das Stasi-Unterlagen-Archiv für die Zukunft mitbringt.

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen

1 Zusammenfassung

1.1 Die Zukunft der Stasi-Unterlagen

Mit dem Beschluss „Die Aufarbeitung des SED-Unrechts konsequent fortsetzen“ hat der Deutsche Bundestag im Juli 2016 den Grundstein für den dauerhaften Erhalt und die Nutzung der Stasi-Unterlagen gelegt. Mit seiner Entscheidung zum Erhalt des Gesamtbestandes und zur Sichtbarkeit der Eigenständigkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs mit internationaler Vorbildwirkung würdigte der Deutsche Bundestag die Sicherung und den Zugang zu den Stasi-Unterlagen als ein Symbol der Friedlichen Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Überwindung der SED-Diktatur. Mit seinem damaligen Beschluss beauftragte das Parlament den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU), den Transformationsprozess der Stasi-Unterlagen-Behörde aus dem Amt des Bundesbeauftragten heraus einzuleiten und gemeinsam mit dem Bundesarchiv (BArch) ein Konzept für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv zu erarbeiten.

Im März 2019 legten der Bundesbeauftragte und das Bundesarchiv dem Deutschen Bundestag das Konzept „Die Zukunft der Stasi-Unterlagen“ (Drs. 19/8201) vor. Ziel des gemeinsamen Konzeptes war es aufzuzeigen, wie durch die Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs in die Strukturen des Bundesarchivs die großen Zukunftsherausforderungen des dauerhaften konservatorischen Erhalts der Stasi-Unterlagen, der Sicherung der darin enthaltenen Informationen, der Digitalisierung und des Umgangs mit den sich verändernden Anforderungen, die die Gesellschaft an ihre Archive stellt, besser bewältigt werden können (siehe Anhang 1). Der Symbolwert und der besondere Charakter des Stasi-Unterlagen-Archivs sowie die internationale Vorbildwirkung der Aktenöffnung sollen durch die Sichtbarkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs auch weiterhin insbesondere an den historischen Orten gewährleistet werden.

In seinem Beschluss vom 26. September 2019 (Drs. 19/12115) begrüßte der Deutsche Bundestag das Konzept und beauftragte „den Bundesbeauftragten, den Transformationsprozess fortzuführen und gemeinsam mit dem Bundesarchiv die Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv, entsprechend dem vorliegendem Konzept, vorzubereiten.“ Darüber hinaus formulierte der Deutsche Bundestag in seinem Beschluss Rahmenbedingungen, die bei der Integration zu beachten sind (siehe Anhang 2).

In Umsetzung des Beschlusses haben die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), der BStU und das BArch gemeinsame Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen Recht und Organisation eingesetzt, die die zukünftigen Strukturen erarbeiten und die konkreten Schritte zur Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs in das BArch vorbereiten. Die archivfachlichen Themen werden zudem laufend zwischen BStU und BArch besprochen.

Ausgehend von den Vorgaben wird das Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv ein eigener Bereich unter der

Leitung einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten sein. In diesem Bereich sollen die im Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) benannten Aufgaben in den Abteilungen Archivbestände, Verwendung der Unterlagen, Regionale Aufgaben und Kommunikation und Wissen weitergeführt werden. Die Referate der bisherigen Abteilung Zentrale Verwaltung des BStU sollen in die korrespondierenden Organisationsstrukturen des BArch integriert werden.

Auf Grundlage der gemeinsamen Beratungen von BKM, BStU und BArch zur Gestaltung des zukünftigen rechtlichen Rahmens legte die Bundesregierung am 2. September 2020 den Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag eine Formulierungshilfe für einen Gesetzentwurf zur langfristigen Sicherung der Stasi-Unterlagen in der Verantwortung des Bundesarchivs sowie zur Einrichtung einer oder eines Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag vor.

Am 29. Oktober 2020 brachten die Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag ein, der sich an der Formulierungshilfe orientierte und eine Novellierung des Bundesarchivgesetzes und des Stasi-Unterlagen-Gesetzes enthielt. Darüber hinaus wurden die Einrichtung einer oder eines Beauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Bundestag sowie Übergangsregelungen für die Personalvertretungen beschlossen.

Nach intensiven Beratungen im Ausschuss für Kultur und Medien unter Beteiligung der Opferverbände, der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und weiterer Einrichtungen erfolgte am 19. November 2020 der Beschluss des Gesetzes im Deutschen Bundestag. Das Gesetz wurde am 18. Dezember 2020 vom Bundesrat einstimmig gebilligt und tritt am 17. Juni 2021 in Kraft.

Das Gesetz enthält folgende wesentliche Änderungen: In das Bundesarchivgesetz wurde ein eigener Paragraph eingefügt, in dem dargestellt ist, dass die Stasi-Unterlagen in ihrem Gesamtbestand erhalten werden und als Archivgut des Bundes gelten. Als Rechtsgrundlage für die Verwendung der Unterlagen wird auf das Stasi-Unterlagen-Gesetz verwiesen.

Im neuen StUG ist die Zuordnung des Stasi-Unterlagen-Archivs zum Bundesarchiv verankert. Erstmals ist im Gesetz festgelegt, dass die Stasi-Unterlagen an regionalen Standorten verwahrt werden. Bisher war im StUG, bezogen auf die regionalen Standorte, nur eine „Kann-Klausel“ enthalten. Das Gesetz sieht nun vor, dass das Archivgut an Standorten in Rostock, Frankfurt (Oder), Halle, Leipzig und Erfurt verwahrt wird. Über die Archivstandorte hinaus sollen Außenstellen zur Information, Beratung, Antragstellung und Akteneinsicht in Chemnitz, Cottbus, Dresden, Gera, Magdeburg, Neubrandenburg, Schwerin und Suhl eingerichtet werden. Ziel ist es, die Standorte und Außenstellen in die regionale Gedenkstättenlandschaft einzubinden. Zudem sind die quellenkundliche Forschung, die Vermittlung des besonderen Charakters und Symbolwertes des Stasi-Unterlagen-Archivs und die

Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen erstmals als Aufgaben im Gesetz festgeschrieben.

1.2 Aus den Arbeitsbereichen

1.2.1 Archivarbeit

Erschließung, Bereitstellung, Recherche und Bestandserhaltung waren auch im aktuellen Berichtszeitraum die Kerntätigkeiten in den Archivbereichen. Dabei spielte erneut die Digitalisierung eine bedeutende Rolle, sowohl was die Herstellung von Online-Erschließungsangaben betrifft als auch die Fertigung von digitalen Reproduktionen des Archivguts. Die Digitalisierung erfolgt zum Zweck antragsgebundener Nutzungen, im Rahmen der Bestandserhaltung des Archivguts oder zur Veröffentlichung im Internet. Hinzu traten umfangreiche Arbeiten zur Fortentwicklung der fachtechnischen Infrastruktur sowie zur gemeinsamen Planung mit dem Bundesarchiv für die Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs im Transformationsprozess.

Eine der zentralen Aufgaben der Archivbereiche ist nach wie vor die Erschließung der Unterlagen der Dienstseinheiten des MfS. Im Berichtszeitraum gelang es, die Erschließung für die Überlieferung aus den MfS-Bezirksverwaltungen abzuschließen, mit Ausnahme der Überlieferung aus der MfS-Bezirksverwaltung Suhl. Insgesamt sind nunmehr etwa 109 000 lfd. M. der materialintakten Papierüberlieferung personenbezogen zugänglich sowie ca. 43 000 lfd. M. davon gleichzeitig auch sachbezogen erschlossen. Das entspricht einem Erschließungsstand von insgesamt 97 Prozent für den personenbezogenen und von 38 Prozent für den sachthematischen Zugang zu diesen Unterlagen.

Auch die Erstellung von Online-Findmitteln nahm erneut einen hohen Stellenwert ein. Die Zahl der publizierten Online-Findmittel ist im Berichtszeitraum stetig angestiegen. Gleiches gilt für das Angebot an digitalisiertem Archivgut, das im Internet über die Online-Findmittel zugänglich ist. Dort können digitalisierte Aktenseiten gelesen oder Tonaufzeichnungen angehört werden. Im Berichtszeitraum wurden 86 Online-Findmittel mit fast 50 000 Erschließungsangaben neu erarbeitet oder erweitert. Gleichzeitig wurden über 16 000 digitalisierte Seiten von Archivgut zur freien Lektüre im Internet neu veröffentlicht. Insgesamt sind damit fast 155 000 Online-Erschließungsangaben verfügbar, ferner rund 65 500 digitalisierte Seiten von papiergebundenen Aufzeichnungen sowie ca. 17 400 Spielzeitminuten von Tonaufzeichnungen.

Auch in den Jahren 2019/2020 konnten weitere Aufgabenstellungen aus den Ergebnissen der Organisationsuntersuchung beim BStU abgeleitet und konkretisiert werden, insbesondere zur Umsetzung der Empfehlungen aus den Fachkonzepten Bestandserhaltung und Erschließung. Die Kapazitäten zur bestandserhaltungsgerechten Digitalisierung von Archivgut im Rahmen der Antragsbearbeitung wurden wesentlich erweitert. Aus dem Bereich der Bestandserhaltung hervorzuheben ist die Fertigstellung eines Spezialmagazins zur optimierten Unterbringung von

audiovisuellem Archivgut am Standort Berlin-Lichtenberg, das 2020 in Betrieb genommen werden konnte. Im Berichtszeitraum wurden ferner knapp 500 000 Personenrecherchen in den Karteibereichen bearbeitet und über 330 000 Archivalien in den Magazinbereichen zur Benutzung bereitgestellt.

In Vorbereitung und zur Umsetzung des Transformationsprozesses wurde die intensive fachliche Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv fortgesetzt. Einen Eckpfeiler der Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs ins Bundesarchiv bildet die Planung und Verwirklichung eines Archivzentrums zur gemeinsamen Unterbringung zentraler DDR-Archivgutbestände am Standort der ehemaligen MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Teil des künftigen Archivzentrums wird ein Bestandserhaltungs- und Digitalisierungszentrum sein, in dem die bereits bestehenden Restaurierungswerkstätten zusammengeführt und erweitert werden sowie ein gemeinsames Kompetenzzentrum zur Digitalisierung entstehen soll.

Die gemeinsame Projektarbeit mit dem Bundesarchiv zur Neuentwicklung der Archivverwaltungssoftware BASYS Akte konnte im Berichtszeitraum fortgesetzt werden (siehe Abschnitt 3.4.2). Ziel ist die Einführung von BASYS Akte im Stasi-Unterlagen-Archiv frühestens ab 2023. Darüber hinaus wurde die Ablösung der gemeinsamen Recherche- und Präsentationsplattform ARGUS (ArchivGutSuche) durch die Rechercheanwendung invenio zur automatisierten Online-Stellung von archivischen Erschließungsangaben und digitalen Reproduktionen von Archivgut vorangetrieben.

Des Weiteren konnte die Kooperation im Bereich der archivfachlichen Aus- und Fortbildung mit dem Bundesarchiv vertieft und hierzu die Zusammenarbeit auch mit der Hochschule für Archivwissenschaft in Marburg aufgenommen werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stasi-Unterlagen-Archivs ohne archivfachliche Ausbildung haben seit dem Jahr 2020 die Möglichkeit einer berufsbegleitenden Nachqualifizierung im Archivwesen.

1.2.2 Verwendung von Stasi-Unterlagen

Persönliche Akteneinsicht

Seit Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) am 29. Dezember 1991 haben fast 2,17 Millionen Menschen von ihrem Recht auf persönliche Akteneinsicht Gebrauch gemacht (siehe Tabelle 2, S. 28). Die Erfahrungen in all den Jahren haben gezeigt, dass die persönliche Auseinandersetzung mit dem Erlebten für viele Menschen nicht abgeschlossen und die Erinnerung noch nicht verblasst ist. Akteneinsicht verschafft die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit dem eigenen Schicksal. Oft machen die Menschen dabei deutlich, dass sie erst jetzt die Zeit oder den Mut haben, in Unterlagen zu ihrer Person Einblick zu nehmen. Manchmal ist auch ein bevorstehender Renteneintritt Anlass für einen bilanzierenden Blick auf das eigene Leben und verbindet sich mit dem Wunsch nach Klärung persönlicher oder familiärer Schicksalsfragen mithilfe der Stasi-Unterlagen. Wenn dabei die Erwar-

tungen nicht oder nicht immer erfüllt wurden, machten Bürgerinnen und Bürger, zu denen in den Anfangsjahren der Behörde keine Unterlagen aufgefunden wurden, durch wiederholte Antragstellung ihr Aufklärungsinteresse deutlich. Oft wecken aber auch Jubiläen wie der 30. Jahrestag der Maueröffnung oder der Tag der Deutschen Einheit das Interesse auf Einblick in die persönlichen Stasi-Unterlagen. Überdies verbinden Bürgerinnen und Bürger ihre erneuten Anträge oft mit der Erwartung, durch zielgerichtete Recherchen Einsicht in weitere möglicherweise neu erschlossene Unterlagen zu erhalten.

Im Jahr 2019 wurden 35 554 Erstanträge und 14 156 Wiederholungsanträge gestellt, 2020 belief sich die Zahl der Erstanträge auf 23 686 und die Zahl der Wiederholungsanträge auf 9 195. Damit lag die Zahl der im Berichtszeitraum gestellten Anträge auf persönliche Akteneinsicht leicht unter dem Wert der Jahre 2017 und 2018 (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 9). Mehr als die Hälfte aller Anträge gehen nach wie vor in den Außenstellen ein (siehe auch Tabelle 3, S. 29).

Von einem starken Aufarbeitungswunsch geprägt sind zunehmend auch Anträge von jüngeren Menschen, die bemüht sind, Familienbiografien zu verstehen. Daher ist die Zahl von Anträgen naher Angehöriger zu verstorbenen oder vermissten Personen weiter gestiegen. Lag dieser Anteil an der Menge gestellter Erstanträge im Berichtszeitraum 2011/12 noch bei 10 Prozent (11. Tätigkeitsbericht, S. 49), stieg er im Jahr 2020 auf 19 Prozent.

Personen, zu denen keine Unterlagen in den Beständen des Staatssicherheitsdienstes gefunden werden oder nur Karteikarten vorliegen, erhalten eine Auskunft binnen eines halben Jahres. In diese Gruppe fällt die Hälfte aller Anträge. Bei denjenigen, zu denen Unterlagen aufgefunden werden, die für die Herausgabe nach StUG vorbereitet und anonymisiert werden müssen, wurde im Berichtszeitraum die Zahl unerledigter Anträge geringfügig abgebaut. Insgesamt sind 29 906 Anträge unerledigt; zum Ende des letzten Berichtszeitraumes waren es 31 475.

Ersuchen zum Zwecke der Überprüfung von Personen

Auch in diesem Berichtszeitraum lagen die Arbeitsschwerpunkte bei Ersuchen zu Mitgliedern von Parlamenten und kommunalen Vertretungen, bei Sicherheitsüberprüfungen sowie bei den Verwendungen in Ordensangelegenheiten. Ersuchen zur Überprüfung von Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes spielen nur noch eine geringe Rolle. Zwar hat der Gesetzgeber die Fristen für Überprüfungen des infrage kommenden Personenkreises nochmals verlängert; durch die altersmäßige Beschränkung des überprüfbaren Personenkreises ist die Zahl der Ersuchen aber spürbar zurückgegangen.

Rehabilitierung, Wiedergutmachung und Strafverfolgung

Ein zentraler Bestandteil der persönlichen Aufarbeitung ist für viele Betroffene auch weiterhin die strafrechtliche

Rehabilitierung. Darauf haben Menschen Anspruch, die von der staatlich gelenkten Strafgerichtsbarkeit der DDR unter Missachtung rechtsstaatlicher Grundsätze verurteilt worden sind. Durch Beschluss des jeweils zuständigen Landgerichts wird ein solches Urteil aufgehoben und die betroffene Person dadurch vom Makel einer unrechtmäßigen Kriminalisierung befreit.

Hinweise auf erlittenes Unrecht finden sich in vielen Fällen nur noch in den Archivablagen des Staatssicherheitsdienstes. Auf ein entsprechendes Ersuchen stellt der BStU diese zur Verfügung und trägt somit dazu bei, die Auswirkungen der SED-Diktatur auf die Biografien betroffener Personen ein Stück weit wiedergutzumachen. Diese Feststellungen sind auch Voraussetzung für Folgeansprüche auf soziale Ausgleichszahlungen, wie z. B. Haftentschädigungen oder die sogenannte Opferrente. Nachdem der Kreis der Anspruchsberechtigten durch eine Gesetzesänderung deutlich vergrößert worden ist (siehe Abschnitt 4.2.1), ist die Zahl der hierzu eingehenden Ersuchen spürbar gestiegen. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 7 227 Ersuchen zu Rehabilitierung und Wiedergutmachung eingereicht.

Schließlich sind die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes auch für Zwecke der Strafverfolgung immer noch von Interesse für die zuständigen Behörden. Oft geht es dabei um noch nicht verjährte Tötungsdelikte. Auch für die Aufklärung terroristischer Straftaten werden die Unterlagen weiterhin genutzt. In einzelnen Fällen unterstützt der BStU im Wege der Amtshilfe auch ausländische Ermittlungsbehörden bei der Aufklärung derartiger Verbrechen.

Forschung und Medien

Wie auch in den vorangegangenen Berichtszeiträumen bleibt das Interesse von Forschung und Medien an den Überlieferungen der Staatssicherheit weiterhin hoch mit leicht steigender Tendenz. So wurden in den Jahren 2019/2020 insgesamt 2 659 Anträge gestellt, dabei handelte es sich oftmals um sehr umfangreiche, häufig auch mehrjährige Forschungsvorhaben. Seit vielen Jahren überwiegen Vorhaben aus dem Bereich Forschung gegenüber denen der Medien, von denen weniger als ein Drittel der Anträge eingereicht werden. Dennoch stellen diese eine sehr wichtige Nutzergruppe mit breiter öffentlicher Resonanz dar. Anträge aus den Bereichen Film und Fernsehen führten auch in diesem Berichtszeitraum wieder zu einigen breiter rezipierten Produktionen, genannt sei hier etwa Michael „Bully“ Herbig's Kinofilm „Ballon“ aus dem Jahr 2019 über eine spektakuläre Fluchtgeschichte.

Aus dem Ausland wurden 355 Anträge gestellt, das entspricht einem Anteil von 13 Prozent. Insgesamt wurden für Zwecke von Forschung und Medien in den Jahren 2019/2020 über 932 000 Seiten in (digitaler) Kopie herausgegeben. Ebenso intensiv genutzt wurden die audiovisuellen Überlieferungen des Stasi-Unterlagen-Archivs, hier wurden über 15 000 Kopien von Bild-, Film- und Tondokumenten bereitgestellt (siehe Abschnitt 4.3). Verstärkt werden digitale Arbeitsverfahren eingesetzt, um den gewandelten Nutzungserwartungen zu entsprechen und die Bearbeitung möglichst effizient zu gestalten (siehe

Abschnitt 3.5). Anträge können online gestellt werden, die Bearbeitung der Unterlagen von der Anonymisierung über die Nutzung im Lesesaal bis hin zur Übergabe von Kopien erfolgt zunehmend digital.

Wie in den vorangegangenen Jahren ist der Bogen der Themen weit gespannt, oftmals geben Jubiläen und Jahrestage Impulse. Beispielsweise führte der 75. Jahrestag der Befreiung der NS-Konzentrationslager zu einem deutlichen Anstieg entsprechender Projekte. Neuere Forschungstrends der Geistes- und Kulturwissenschaften schlagen sich naturgemäß in den Anträgen nieder, so etwa Fragestellungen zum Bereich Kunst, Literatur und Kultur oder der zunehmende regionale Fokus auf die Arbeitsweise der Stasi in den Bezirken und Kreisen. Medienanträge zielen meist mehr auf (tages)aktuelle Themen. Breite Aufmerksamkeit fand beispielsweise im November 2019 der Fall des neuen Eigentümers des Berliner Verlags Holger Friedrich, der während seines Wehrdienstes bei der Nationalen Volksarmee (NVA) als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) „Bernstein“ an die Staatssicherheit berichtet hatte.

1.2.3 Kommunikation und Wissen

Mit Beschluss vom 26. September 2019 stimmte der Deutsche Bundestag dem Konzept von Bundesarchiv und BStU zur Zukunft der Stasi-Unterlagen zu und beauftragte den Bundesbeauftragten damit, frühzeitig die erforderlichen aufbauorganisatorischen Voraussetzungen zu schaffen (Drs. 19/12115). Ein wesentlicher Aspekt des Konzepts ist die künftige Sichtbarkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv. Konkret heißt es hierzu:

„Die öffentliche Kommunikation wird ein wichtiges Element der Sichtbarkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs unter dem Dach des Bundesarchivs sein. Die Vermittlung des besonderen Charakters und Symbolwerts des Stasi-Unterlagen-Archivs als Hinterlassenschaft der Geheimpolizei einer Diktatur, der Inhalte des Archivs und seiner heutigen Nutzungsmöglichkeiten für die Gesellschaft als Errungenschaft der Friedlichen Revolution stehen dabei im Mittelpunkt der öffentlichen Angebote.“

Die strategischen Zielstellungen sind darauf gerichtet, den besonderen Charakter und Symbolwert des Stasi-Unterlagen-Archivs zu erhalten und in Zukunft weiter herauszustellen. Sie bedürfen einer zeitgemäßen Kommunikation, die den sich verändernden Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht wird. Mit der Gründung einer Abteilung „Kommunikation und Wissen“ (KW) zum 1. Juli 2020 wurden daher alle Bereiche organisatorisch zusammengeführt, die sich im BStU mit der Unterrichtung der Öffentlichkeit durch die Aufbereitung von Informationen aus den Unterlagen, Archivführungen, Veranstaltungen, Publikationen, digitale und analoge Wissensvermittlung, Ausstellungen, quellenkundliche Forschung etc. beschäftigen. Die Abteilung strukturiert sich in fünf Referate: KW 1 (Digitale Vermittlung), KW 2 (Öffentlichkeitsarbeit/Campus), KW 3 (Quellenkundliche Forschung; Wissenschaftliche Forschungsprojekte), KW 4 (Forschungsservice; Publikationen; Bibliothek) und KW 5 (Ausstellungen; Schwerpunktstudien).

Entsprechend dem Bundestagsbeschluss wurde die Forschung im Berichtszeitraum stärker in Richtung einer quellenkundlichen Forschung weiterentwickelt. Ihr Ziel ist es, externen Nutzerinnen und Nutzern die MfS-Aktenüberlieferung besser erschließ- und nutzbar zu machen oder ihnen mithilfe von Rechercheleitfäden, Editionen und Spezialinventaren einen Zugang zu einer archivalisch komplexen Thematik anzubieten. Dieser Arbeitsschwerpunkt kam in mehreren Ausarbeitungen zum Tragen. In erster Linie ist hier auf die Untersuchung über die Vernichtung von Stasi-Unterlagen 1989/90 hinzuweisen, die geeignet ist, Spekulationen über den Umfang der Aktenvernichtung ein deutlicheres Bild der damaligen Geschehnisse entgegenzusetzen; ferner auf das Spezialinventar über Kulturgutverluste, das in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste in Magdeburg erarbeitet wurde. Für das Verbundprojekt „Landschaften der Verfolgung“ wurde ein Rechercheleitfaden verfasst.

Mehrere Publikationen machen allen Interessierten die MfS-Überlieferung direkt zugänglich, wie die Editionen der ZAIG-Berichte der Jahre 1963 und 1989 oder die Dokumentensammlung über Wahlen in der DDR zwischen 1949 und 1961. Die wissenschaftliche Aufbereitung von Bildmaterial wurde weitergeführt und war Gegenstand einer weiteren Publikation, die Fotografien aus dem MfS-Archiv dokumentiert und analysiert (siehe Abschnitt 5.1.1.6). Für ein breites, regional interessiertes Publikum wurden abwechslungsreich gestaltete Länderstudien über das MfS in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg veröffentlicht und damit die Reihe „Stasi in der Region“ fortgesetzt.

Insgesamt sind im Berichtszeitraum 16 Publikationen vorgelegt worden (siehe Abschnitt 5.1.1). Diese dokumentieren einerseits Strukturen und Arbeitsweisen des Staatssicherheitsdienstes, etwa die Untersuchungen über die Informationsverarbeitung im MfS oder über die Zusammenarbeit des MfS mit anderen sozialistischen Staatssicherheitsdiensten. Andererseits analysieren sie die Einwirkungen des MfS auf unterschiedliche Lebensbereiche, so die Publikationen über bürgerliche Wissenschaftler in der DDR oder Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld.

Im Berichtszeitraum ist auch ein intensiverer wissenschaftlicher Austausch der Forschung beim BStU mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen realisiert worden, u. a. mit den beim Bundesministerium für Bildung und Forschung auf den Weg gebrachten Forschungsverbänden. So wurden drei wissenschaftliche Mitarbeitende für einen befristeten, mehrjährigen Zeitraum an die Humboldt-Universität zu Berlin und eine Person an die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. abgeordnet, um ihre Expertise in Projekte einzubringen.

Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie

Gemäß Bundestagsbeschluss vom September 2019 soll der Standort der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg als „Ort deutscher Diktatur und Demokratiegeschichte“ mit Bildungs- und Informationsangeboten

der Handelnden vor Ort weiterentwickelt und als Archivzentrum zur SED-Diktatur ausgebaut werden.

Um in diesem Rahmen Wissen zu Aufbau und Wirken der Staatssicherheit zu vermitteln, setzte der BStU vor allem auf das Beispiel des Archivs am historischen Ort. Das persönliche Erleben und die selbstständige Erschließung des ehemaligen Stasi-Geländes in Berlin-Lichtenberg schaffen individuelle Zugänge zu Diktaturgeschichte. Dafür bietet die „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ mit unterschiedlichen Angeboten sowie drei Dauerausstellungen gute Voraussetzungen.

Die Dauerausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv „Einblick ins Geheime“ konnte sich als Anziehungspunkt für Geschichtsinteressierte etablieren. Mit der Darstellung von Geschichte, Funktion und Arbeitsweise des Archivs ergänzt sie das bereits bestehende Ausstellungsangebot auf dem Gelände: die Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ im Stasimuseum, die in Kooperation vom Bürgerverein ASTAK (Antistalinistische Aktion e. V.) und BStU erarbeitet wurde, sowie die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. Die Zahl der Besuchenden- und Schulgruppen aus dem gesamten Bundesgebiet nahm im Verlauf des Jahres 2019 stetig zu. Während der pandemiebedingten Schließzeit wurden mehrere Videos mit geführten Rundgängen durch die Ausstellung produziert, um online einen Ersatz für den Besuch vor Ort anzubieten.

Die weitere Etablierung des Geländes in Berlin-Lichtenberg als Ort, an dem sich die Geschichte von Repression, Revolution und Aufklärung eindrucksvoll nachvollziehen lässt, stand im Berichtszeitraum im Fokus. Deshalb war die Stasi-Zentrale einer der Spielorte der 30-Jahre-Feier Berlins zur Friedlichen Revolution. Im Rahmen von „7 Tage, 7 Orte“ kamen mehrere Tausend Besuchende auf das Gelände und informierten sich über Funktion und Wirken der Geheimpolizei. Großflächige Projektionen historischer Bilder auf den Fassaden der Gebäude begleiteten diese Woche ebenso wie zahlreiche Führungen, Podiumsdiskussionen, Filme und Archivrundgänge, die vor allem Erstbesucherinnen und -besucher auf das Gelände zogen.

Mit Ausbruch der Corona-Pandemie verlagerte der BStU seine Formate zur Unterrichtung der Öffentlichkeit verstärkt ins Digitale. Für die Übertragung von Diskussionsveranstaltungen zum Thema DDR-Staatssicherheit und Archiv wurde der „Campus-Stream“ ins Leben gerufen. Dafür kooperierte der BStU mit der ebenfalls vor Ort ansässigen Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und dem Stasimuseum. Bei den interaktiven Formaten wurden Publikumsfragen eingebunden. Auch die jährliche Veranstaltung mit Schülerinnen und Schülern zum Tag der Pressefreiheit in Kooperation mit dem Verband der Deutschen Zeitschriftenverleger, der Stiftung Lesen und Reporter ohne Grenzen e. V. wurde virtuell durchgeführt.

Das Bildungsteam des Stasi-Unterlagen-Archivs entwickelte in dieser Zeit eine Anzahl zusätzlicher digitaler Vermittlungsangebote, darunter das App-basierte Format „Stasi-Zentrale digital entdecken – mit Actionbound am

historischen Ort“. Außerdem beteiligten sich im Rahmen eines neuen Homeschooling-Angebots die Mitarbeitenden mit ihrer Expertise an Videokonferenzen.

Nach der Lockerung der Vorsichtsmaßnahmen während der Pandemie konzentrierte sich der BStU ab Frühsommer 2020 auf kontaktarme Angebote, die vor allem im Freien stattfinden können. Er stellte dafür den Gästebetrieb auf die Betreuung von Kleingruppen oder einzelnen Familien um und entwickelte dafür angepasste Führungsformate. So konnte auch weiterhin Interessierten ein Besuch von Archivräumen mit den originalen Stasi-Akten ermöglicht werden.

Ein Höhepunkt dieser Angebote war das vierwöchige „Campus-Kino“: Der Innenhof der Stasi-Zentrale wurde im August und September 2020 zum Themenkino unter freiem Himmel umfunktioniert, in dem sich Geschichtsinteressierte am historischen Ort mit dem Wirken der Stasi im DDR-Alltag auseinandersetzen konnten. Im Vorprogramm präsentierte der BStU jeweils passende Film- und Schriftdokumente aus dem Archiv der Geheimpolizei. Kurze erläuternde Gespräche mit Expertinnen und Experten sowie geführte Ausstellungsrundgänge waren ebenfalls Bestandteil des Programms.

2020 würdigte der BStU ein weiteres Jubiläum in der Geschichte der Stasi-Zentrale: Vor 30 Jahren, am 4. September 1990, hatten Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler das Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit ein zweites Mal besetzt, um die Öffnung der Akten zu erstreiten. Der BStU erinnerte mit einer Zeitzeugenveranstaltung am historischen Ort an Einsatz und Beharrlichkeit der Besetzerinnen und Besetzer, die den Zugang zu den Stasi-Unterlagen mit ermöglicht haben.

Ausstellungen und Schwerpunktstudien

Konkretisierung von Geschichte anhand regionalspezifischer Fallbeispiele und anschauliche Vermittlung wissenschaftlich fundierter Informationen: Dies sind die Richtwerte, an denen sich die Ausstellungen und Schwerpunktstudien des BStU orientieren. Was geschah bei uns vor Ort? Welche Ziele verfolgte die Staatssicherheit? Wie nahm sie Einfluss auf das Leben in unserer Region und wie wirkte sich dies auf die Betroffenen aus? Anknüpfend an die persönliche Ortsverbundenheit und Erfahrungswelt des Publikums werden regionale Ereignisse und Schicksale nachgezeichnet und zugleich die Funktion, Struktur und Tätigkeit des MfS in der SED-Diktatur in ihren wesentlichen Charakteristika sichtbar gemacht. Diesem Konzept, Regional- und Rahmengeschichte miteinander zu verbinden und hierzu die Ergebnisse der Ausstellungen und Studien stetig zu verzahnen, folgen insbesondere die modulare Ausstellung „Die Stasi“, die Regionalmodule der Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ und die Reihe „Stasi in der Region“, die die Entwicklung und das Vorgehen der Staatssicherheit in den verschiedenen Bezirken der DDR dokumentiert. Dass dieser Ansatz sowohl kenntnisfördernd als auch ansprechend ist, zeigen das Interesse und das Echo des Publikums.

Online-Kommunikation und Pressearbeit

Die digitale Komponente der Kommunikation zum Stasi-Unterlagen-Archiv ist ein elementarer Bestandteil der Unterrichtung der Öffentlichkeit, parallel zu anderen Archiven, Museen oder Bibliotheken, die sich dem Austausch mit ihren Nutzenden zunehmend im digitalen Raum stellen müssen. Das bedeutete für die Online-Kommunikation eine doppelte Steigerung der Anforderungen. Auf der einen Seite haben – auch bedingt durch die Corona-Pandemie – Bereiche wie das Bildungsteam, die Veranstaltungsorganisation oder auch das Besuchermanagement der Ausstellung „Einblick ins Geheime“ verstärkten Bedarf an digitaler Kommunikation ihrer Inhalte angemeldet. Auf der anderen Seite waren die aus dem Bereich originär stammenden Angebote wie die Stasi-Mediathek und die Website www.bstu.de stärker nachgefragt.

Im Berichtszeitraum wurde zudem der Relaunch der Datenbank der Edition „DDR im Blick“ durchgeführt. Sie ist seit August 2020 im Design und mit der Technik von www.bstu.de als Spezialseite unter der Hauptseite online. Neben dem gestalterischen Relaunch konnten Suchfunktion und intuitive Bedienung für die Nutzenden deutlich verbessert werden. Zudem ist die Website nun Teil des BStU-Auftritts und nicht mehr extern verankert. Die Verschränkung der Inhalte von www.ddd-imblick.de mit der Suchfunktion von www.bstu.de ist in Vorbereitung. Die durchgängige Verschränkung der Angebote der Stasi-Mediathek mit www.bstu.de, die seit deren Relaunch 2018 besteht, hat im Berichtszeitraum zu einer deutlich stärkeren Nutzung geführt. Auch die kontinuierliche Verlinkung von Stasi-Mediathek-Angeboten unter Sach-Artikeln auf Wikipedia machte die Stasi-Mediathek einem breiteren Publikum bekannt. Ebenso hat ein im April 2020 gestarteter Podcast zum Stasi-Unterlagen-Archiv für eine neue digitale Zielgruppe eine Beschäftigung mit den Inhalten, Nutzenden und Mitarbeitenden des Archivs ermöglicht.

Die Pressearbeit war stark mit den digitalen Kanälen des BStU verschränkt. Die vier Social-Media-Auftritte des Stasi-Unterlagen-Archivs (Facebook, Twitter, Instagram und YouTube) verbreiteten Inhalte der Websites, aber auch Botschaften der Pressestelle und ermöglichten so eine direkte Nachrichtenübermittlung an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Medien. Verstärkt wurde dies durch den Newsletter der Pressestelle. Eine weitere Aufgabe im Berichtszeitraum war die klassische Medienbetreuung durch direkten Austausch mit Medienvertreterinnen und -vertretern, Journalisten-Seminare, Drehbetreuung und die Vermittlung des Bundesbeauftragten an die Presse.

2 Die Behörde des BStU

2.1 Organisation

Die Organisationsstruktur des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) wurde im Berichtszeitraum weiter optimiert (siehe Anhang 3). Die Ergebnisse der vom März 2016 bis Februar 2018 durchgeführten und im 14. Tätigkeitsbericht beschriebenen

Organisationsuntersuchung wurden hierfür fortlaufend umgesetzt. So wurde zum 1. Januar 2019 die Struktur der Abteilung Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (AU) durch Auflösung eines Referats und Zuordnung der Mitarbeitenden zu den beiden verbleibenden Referaten im Bereich der persönlichen Akteneinsicht gestrafft. Innerhalb dieser Referate wurde so die in der Organisationsuntersuchung festgelegte Leitungsspanne umgesetzt, also die Anzahl der einer Führungskraft direkt unterstellten Beschäftigten.

Ein Fokus der organisatorischen Arbeit lag im Berichtszeitraum auf der Vorbereitung zum Übergang ins Bundesarchiv (BArch). Dies beinhaltete erste Schritte zur Harmonisierung der Aufbau- und Prozessorganisation zwischen BArch und BStU. In diesem Kontext wurden die Vorschläge aus der Organisationsuntersuchung im Lichte des Transformationsprozesses fortgeschrieben und Mitte 2020 die Abteilung Kommunikation und Wissen (KW) gebildet. Durch Verschmelzung der bereits bestehenden und für die Themenfelder Bildung und Forschung zuständigen Abteilung mit der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit/Campus und der Online-Kommunikation aus der Stabsstelle Presse/Online in einer Abteilung wurde die Zusammenarbeit der genannten Organisationseinheiten miteinander verzahnt.

2.2 Beirat

Beim BStU ist nach § 39 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) ein Beirat eingerichtet. Der BStU unterrichtet das Gremium über grundsätzliche und andere wichtige Angelegenheiten und berät diese mit ihm. Dem Beirat gehören acht vom Deutschen Bundestag gewählte und neun von den ostdeutschen Ländern einschließlich Berlin benannte Mitglieder an (siehe Anhang 6). Die Entsendung von neun Mitgliedern durch die ostdeutschen Länder ist dem besonderen Interesse an der Aufarbeitung in diesen Bundesländern geschuldet.

Als Vorsitzender des Beirats wurde Jörn Mothes wiedergewählt; Uwe Schwabe wurde als erster stellvertretender Vorsitzender und Iris Gleicke als zweite Stellvertreterin neu gewählt.

Im Berichtszeitraum fanden sechs Beiratssitzungen statt, von denen die Sitzungen im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie als Telefon- bzw. Videokonferenzen durchgeführt wurden. Der überwiegende Teil der Sitzungen war thematisch vom Transformationsprozess einschließlich der regionalen Entwicklung, der Planungen für das Archivzentrum und der Weiterentwicklung der quellenkundlichen Forschung geprägt. Im Februar 2020 stellte der Bundesbeauftragte dem Beirat das gemeinsame Konzept „Die Zukunft der Stasi-Unterlagen“ vor, welches das Bundesarchiv und der BStU im Auftrag des Deutschen Bundestages erarbeitet hatten. In einem Schreiben des Vorstands des Beirates an die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages drückte der Beirat seine Zustimmung zur Zielrichtung des Konzepts aus.

Darüber hinaus wurde der Beirat zum Stand der Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen informiert sowie die

im Hause entstandene Studie „Vernichtung von Stasi-Akten. Eine Untersuchung zu den Verlusten 1989/90“ vorge stellt.

2.3 Personal

2.3.1 Personalbestand

Der Personalbestand des BStU ist im Berichtszeitraum deutlich zurückgegangen. Ende 2018 waren 1 463 Beschäftigte in der Behörde tätig (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 14); zum Jahresende 2020 waren es 1 336 Beschäftigte (siehe Anhang 5). Personen, die aktuell nicht bei der Behörde tätig sind, weil sie sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit, in Elternzeit o. Ä. befinden, wurden hierin nicht erfasst.

Gründe für diesen erneuten Personalarückgang waren insbesondere das zum Teil frühere Ausscheiden von Mitarbeitenden durch die vorzeitige Inanspruchnahme von Altersrente, ohne dass aufgrund der Problematik künftig wegfallender Stellen die erforderlichen Nachbesetzungen möglich waren. Hinzu kam, dass sich durch eine hohe Fluktuation und die damit einhergehende angespannte Personalsituation im Personalreferat die Besetzungsverfahren verzögerten. Die Personalausstattung der Fachabteilungen und konkret der Abteilung AU wird jedoch durch ein 2020 begonnenes Verfahren zur Gewinnung von mehr als 20 neuen Mitarbeitenden für die Zentralstelle und die Außenstellen zukunftsfest gestaltet.

Die Zahl der beim BStU noch beschäftigten ehemaligen Mitarbeitenden des Staatssicherheitsdienstes reduzierte sich infolge der intensiven Bemühungen des BStU, diesen eine Beschäftigung in anderen Bundesbehörden zu ermöglichen, von ursprünglich 47 auf nunmehr vier Personen. Für diese wird entsprechend den gesetzlichen Vorgaben in § 37a StUG weiterhin nach Versetzungsoptionen gesucht.

2.3.2 Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Berufstätigkeit

Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Berufstätigkeit wurde weiter gestärkt. 327 Beschäftigte nehmen individuelle Teilzeitmodelle in Anspruch, davon sind 82,57 Prozent Frauen. Die Beschäftigungsquote von schwerbehinderten Menschen liegt seit 2006 dauerhaft über 10 Prozent. Von den 156 Führungskräften sind 98 weiblich (62,82 Prozent). An alternierender Telearbeit bzw. mobilem Arbeiten können nun 110 Beschäftigte teilnehmen. Mit der seit 2017 bestehenden Dienstvereinbarung zu mobilem Arbeiten und Telearbeit ist zudem eine weitere Flexibilität bei kurzfristigem Bedarf (z. B. bei der Kinderbetreuung) möglich. Dieser Möglichkeit kommt insbesondere während der Coronavirus-Pandemie eine Schlüsselrolle zu. In zahlreichen Fällen konnte kurzfristig und unbürokratisch ein Arbeiten im Home-Office ermöglicht und damit die Erledigung der Aufgaben sichergestellt werden.

Der BStU ist nach einer Anregung der Gleichstellungsbeauftragten der Rahmenvereinbarung „Serviceleistungen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Fami-

lie“ beigetreten. Hierüber können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Beratungsleistungen zu Fragen der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen sowie schnelle und professionelle Unterstützung in Betreuungsfällen in Anspruch nehmen.

2.3.3 Fortbildung und Personalentwicklung

Der mittel- und langfristigen Personalentwicklung und Fortbildung kommt vor dem Hintergrund des anstehenden Transformationsprozesses mit dem Bundesarchiv eine sehr wichtige Bedeutung zu.

So wurde in Kooperation mit der Archivschule Marburg eine archivfachliche Nachqualifizierungsmaßnahme für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des gehobenen Dienstes ohne archivfachliche Ausbildung konzipiert, die im September 2020 begann. Neben den fachlichen Fortbildungen wurde der Prozess der kontinuierlichen Personalqualifizierung schwerpunktmäßig fortgeführt. Hierfür sind insbesondere etablierte Formate, wie Mitarbeitenden- und Führungskräfteforen, genutzt worden. Im Fokus standen dabei Themen wie intergenerative Führung und Kommunikation in einer sich wandelnden Arbeitswelt sowie Changemanagement.

Die im Personalentwicklungskonzept verankerten Führungsstandards sind in die Behördenkultur implementiert worden. Sowohl Führungskräfte als auch Mitarbeitende wurden weiter qualifiziert und die Themen in anschließenden Workshops vertieft. Flankierend dazu wurde im Februar 2020 ein IT-gestütztes Befragungsinstrument für alle Beschäftigten des BStU eingeführt, damit die Wirkungsweise der Vielzahl von Schulungsmaßnahmen und der Maßnahmen zur Gesundheitsförderung sichtbar gemacht und festgehalten werden kann. Hierfür werden den Beschäftigten kontinuierlich und über einen längeren Zeitraum Fragen gestellt zu den Themen kollegiale Zusammenarbeit im Team, kollegiale Zusammenarbeit in der Behörde, Wertschätzung der geleisteten Arbeit, Arbeitszufriedenheit, Arbeitsklima, berufliche Weiterentwicklung, Information und Kommunikation und Behörde als Arbeitgeber. Die Auswertungen können visuell und in Echtzeit zurückgespiegelt werden und bilden die Grundlage dafür, gemeinsam in den Austausch zu treten.

Im vorhergehenden Berichtszeitraum wurde erstmalig ein internes Rotationsverfahren in das Personalentwicklungskonzept aufgenommen. Dieses Angebot nutzten seit der Einführung 85 Beschäftigte. Bisher konnten 21 Maßnahmen umgesetzt werden. Bewährte Fortbildungsmaßnahmen (z. B. Fachseminare für neue Mitarbeitende), Workshops für Auszubildende sowie Schulungen zum Verwaltungs- und Archivrecht wurden fortgesetzt. Weitere Themen wie Gesunderhalten und Stress bewältigen, Resilienz, Kommunikation über räumliche Distanz sowie Changemanagement wurden als Inhouse-Veranstaltungen in Kooperation mit der Bundesakademie für die öffentliche Verwaltung (BaKöV) angeboten. Bestehende Unterstützungsformate, wie Supervision und Coaching, wurden im Berichtszeitraum fortgeführt.

Darüber hinaus hatten die Beschäftigten erneut die Möglichkeit, sich für eine Weiterqualifizierung zur Verwaltungsfachwirtin bzw. zum Verwaltungsfachwirt beim Bundesverwaltungsamt, für die Fernweiterbildung Archiv an der Fachhochschule Potsdam und für das Fernstudium Verwaltungsmanagement an der Hochschule des Bundes zu bewerben.

Erstmals wurde den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ausbildungsgang zur bzw. zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste berufsbegleitend angeboten. Zudem hat der BStU nach einem Auswahlverfahren für den Masterstudiengang Master of Public Administration an der Hochschule des Bundes einen Teilnehmendenplatz gemeldet.

2.3.4 Betriebliches Gesundheitsmanagement

Der Gesundheit der Beschäftigten und damit auch dem betrieblichen Gesundheitsmanagement kommt beim BStU aufgrund der Herausforderungen des sozialen und demografischen Wandels eine hohe Bedeutung zu. Das betriebliche Gesundheitsmanagement befindet sich derzeit in einer Phase der konzeptionellen Neuausrichtung. Ein Hauptfokus besteht in der Neugestaltung und Umstrukturierung des bisherigen Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM), um mit einem verbesserten Prozess die Akzeptanz für das Verfahren bei den Beschäftigten zu erhöhen. Hierfür wurde ein Handbuch zur Standardisierung des Verfahrens als Handlungsgrundlage erstellt.

Zudem wurden verschiedene Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung initiiert, wie beispielsweise zur Förderung der sportlichen Aktivität der Beschäftigten und um den Zugang zu Sportangeboten zu erleichtern. Darüber hinaus wurde ein Gesundheits-Newsletter eingeführt, der den Mitarbeitenden diverse Gesundheitsthemen näherbringen und den Austausch in der Belegschaft fördern soll.

Verstärkt wird der Fokus auf das Angebot von Seminaren gelegt, die den Beschäftigten gesundheitsfördernde Verhaltensweisen, z. B. im Umgang mit Stresssituationen, vermitteln sollen. Der Gesundheitsbericht für das Jahr 2019 knüpft an den letzten Bericht aus dem Jahr 2016 an. Die Gesundheitsquoten werden auf Grundlage der Arbeitsunfähigkeitszeiten erstellt, analysiert und nach unterschiedlichen Merkmalen interpretiert. Ziel ist es, mögliche Ursachen der Arbeitsunfähigkeit zu erforschen und passende Maßnahmen abzuleiten.

2.3.5 Ausbildung

Der BStU engagiert sich fortgesetzt bei der Ausbildung junger Menschen. Angeboten werden Ausbildungsplätze in der allgemeinen Verwaltung für Kaufleute für Büromanagement, in den Archiven der Zentralstelle und einigen Außenstellen als Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste sowie im IT-Bereich der Zentralstelle als Fachinformatikerin und Fachinformatiker für Systemintegration. Der ganz überwiegende Teil der ehemaligen Auszubildenden konnte im Berichtszeitraum in eine zunächst

auf zwei Jahre befristete Anschlussbeschäftigung und darauf folgend in eine Dauerbeschäftigung übernommen werden.

In ausgewählten Außenstellen der Behörde kann darüber hinaus ein freiwilliges soziales Jahr absolviert werden. Ferner bietet der BStU in der Zentralstelle und in den Außenstellen Praktikumsplätze an.

2.4 Haushalt

Aufgrund von Umstrukturierungen des Haushaltsplanes des Bundes existieren seit dem Haushaltsjahr 2016 zwei Kapitel, die die Haushaltsmittel des BStU abbilden. Das Kapitel 0455 ist das Kapitel des BStU. Es wird ergänzt durch das Zentralkapitel 0451, welches einen Teil der Einnahmen und Ausgaben verschiedener anderer Kapitel des Einzelplanes 04 – neben denen des BStU – ausweist.

Die Gesamtausgaben des BStU im Haushaltjahr 2019 beliefen sich auf 103 432 000 Euro, wovon 101 885 000 Euro dem Kapitel 0455 zuzurechnen sind und weitere 1 547 000 Euro dem Zentralkapitel 0451. Von diesen Haushaltsmitteln wurden für Personalausgaben 76 450 000 Euro (73,9 Prozent) und für sächliche Verwaltungsausgaben 19 568 000 (18,9 Prozent des Gesamthaushaltes) verbraucht. Weiterhin wurden Ausgaben für Investitionen in Höhe von 6 554 000 Euro (6,3 Prozent) und Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 860 000 Euro (0,8 Prozent des Gesamthaushaltes) verausgabt.

Die Gesamtausgaben des BStU im Haushaltjahr 2020 beliefen sich auf 99 522 000 Euro, wovon 98 062 000 Euro dem Kapitel 0455 zuzurechnen sind und weitere 1 460 000 Euro dem Zentralkapitel 0451. Von diesen Haushaltsmitteln wurden für Personalausgaben 74 484 000 Euro (74,8 Prozent) und für sächliche Verwaltungsausgaben 19 574 000 (19,7 Prozent des Gesamthaushaltes) verbraucht. Weiterhin wurden Ausgaben für Investitionen in Höhe von 4 665 000 Euro (4,7 Prozent) und Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 793 000 Euro (0,8 Prozent des Gesamthaushaltes) verausgabt.

Für das Haushaltsjahr 2021 sind Ausgabemittel in Höhe von 108 486 000 Euro (105 835 000 Euro im Kapitel 0455 und 2 651 000 Euro im Kapitel 0451) geplant, davon für Personalausgaben 77 618 000 Euro (71,5 Prozent). Die Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben belaufen sich voraussichtlich auf 23 496 000 Euro (21,7 Prozent). Weitere Haushaltsmittel sind für Investitionen in Höhe von 5 550 000 Euro (5,1 Prozent) vorgesehen. Die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse betragen voraussichtlich 1 822 000 Euro (1,7 Prozent).

2.5 Liegenschaften

Das Liegenschaftskonzept des BStU enthält die Zusammenführung der bisher an zwei Standorten untergebrachten Berliner Zentralstelle am Standort des Archivs auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale (Berlin-Lichtenberg). Ausgehend vom Beschluss des Deutschen Bundestages (Drs. 19/12115) ist die Einrichtung eines Archivzentrums in der ehemaligen Stasi-Zentrale in Planung. Es

wird künftig die gesamte derzeitige Zentralstelle des BStU umfassen. Eine Erweiterung erfährt das Archivzentrum durch die Bestände der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) des Bundesarchivs [Teile der Bestände und der Bibliothek der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) und Bestände der Epoche DDR] sowie durch das für die Bestände benötigte Bearbeitungspersonal. Darüber hinaus werden durch die geplanten Restaurierungs- und Digitalisierungswerkstätten die fachlichen Möglichkeiten erheblich erweitert. Auf diese Weise sollen Kompetenz, Technik und Personal der bisher getrennten Einrichtungen BStU und Bundesarchiv im künftigen Archivzentrum gebündelt genutzt werden.

Zur Sicherung der für die geplanten Maßnahmen erforderlichen Unterbringungskapazitäten wurden richtungsweisende Entscheidungen getroffen, die sich in der Planung und teilweise in der Umsetzung befinden. Neben der Erarbeitung eines gemeinsamen Fachkonzepts für das Archivzentrum wurden Unterlagen für die erforderlichen Genehmigungsverfahren erarbeitet. Dazu gehören der Aufbau des geplanten Archivzentrums und die Anerkennung des Raumbedarfs. Das nicht mehr zur Nutzung zugelassene „Haus 6“ wurde abgerissen und damit ein Baufeld für einen Ergänzungsbau geschaffen. Darüber hinaus wurden die notwendigen Aktivitäten zum Ankauf erforderlicher Grundstücke vom Land Berlin und von einem Privateigentümer auf dem Areal durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) begonnen.

Das Projekt der Sanierung des „Hauses 22“ und des „Hauses 7“ (Nordflügel) befindet sich weiterhin in der Planungsphase. Durch die vertraglichen Regelungen für die derzeitige Unterbringung der Beschäftigten im Objekt Karl-Liebknecht-Straße 31/33 in Berlin-Mitte waren Maßnahmen für eine Anschlussunterbringung erforderlich. Folglich wurde ein Erkundungsverfahren bei der BImA mit der Maßgabe in Auftrag gegeben, die Unterbringung auf dem Areal oder in unmittelbarer Nähe zum Areal der ehemaligen Stasi-Zentrale zu ermöglichen. Im Ergebnis wurde eine Unterbringung gefunden, die sich in fußläufiger Entfernung zum Areal befindet. Ein Umzug ist für das Jahr 2023 vorgesehen.

Bezüglich der Veränderung der Struktur der Außenstellen wurden durch den BStU Grundsätze zum Aufbau, zum Aufgabenumfang und zur Unterbringung und daraus resultierend Unterlagen zu den Anforderungen erarbeitet. Beginnend mit den geplanten Archivstandorten hat die Beauftragte für Kultur und Medien (BKM) die Zentralstelle der BImA mit der Durchführung von Machbarkeitsstudien für die Standorte Rostock, Halle, Erfurt und Leipzig sowie ein Erkundungsverfahren für Frankfurt (Oder) beauftragt. Diese Machbarkeitsstudien sollen Auskunft über die zu beachtenden Rahmenbedingungen und zu erwartenden Kosten der Realisierung geben. Der Verbleib der Außenstellen an den derzeitigen Standorten bis zur Schaffung neuer Strukturen des BStU in den Bundesländern wurde dort, wo sich die Notwendigkeit ergab, durch den Abschluss entsprechender Mietverträge sichergestellt.

Die Unterbringung der Außenstelle Chemnitz am Standort des Sächsischen Staatsarchivs war ursprünglich für das Jahr 2019 vorgesehen. Während der Planungsphase ergaben sich jedoch durch die Struktur des Hauses und die sich aus der Unterbringung der Archivalien ergebenden speziellen Anforderungen Probleme, die zu einer umfangreichen Neuplanung führten. Nunmehr wird ein eigenständiges Gebäude auf dem Grundstück für die Behörde hergerichtet, das unmittelbar mit dem Staatsarchiv verbunden wird und somit schon aufgrund des gemeinsam genutzten Eingangs zu den gewünschten Synergieeffekten mit diesem führt. Mit einem Bezug der neuen Liegenschaft wird in der zweiten Jahreshälfte 2021 gerechnet.

2.6 Informationstechnik und Informationssicherheit

Der BStU nimmt am Informationsverbund Berlin/Bonn teil und realisiert darüber die informationstechnischen Verbindungen zwischen allen Liegenschaften. Er orientiert sich dabei am Leitsatz, keine Entscheidungen zu treffen, die der laufenden technischen Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur in der Bundesverwaltung und der geplanten späteren Konsolidierung im Wege stehen. Parallel dazu findet ein intensiver Austausch mit dem Bundesarchiv im Hinblick auf den anstehenden Transformationsprozess statt.

Die Transformation zum Bundesarchiv stellt die IT vor große Herausforderungen, da die IT-Landschaft in den beiden Häusern sehr heterogen ist. Sie zu vereinheitlichen wird ein langer Prozess sein. Zu den von den Leitungen beider Behörden sowie der BKM gebildeten Arbeits- und Unterarbeitsgruppen gehört auch die Unterarbeitsgruppe IT. Ihr Ziel ist es insbesondere, IT-Systeme bzw. informationstechnische Belange zu beschreiben, die zum Zeitpunkt der Transformation bereits zusammengeführt werden sollen, um einen möglichst reibungslosen Übergang zu ermöglichen. Im Vordergrund stehen hierbei IT-Systeme für den Verwaltungsbereich, die innerbehördliches Verwaltungshandeln (Querschnittsaufgaben) ermöglichen. Ausgangspunkt sind häufig Themengebiete, die durch die Zentrale Verwaltung federführend bearbeitet werden. Da gerade diese Bereiche zukünftig eng verschmelzen werden, müssen hier die IT-Systeme sehr genau betrachtet werden. Das betrifft z.B. ein einheitliches Personalverwaltungssystem oder ein gemeinsames elektronisches An- bzw. Abwesenheitsmanagement. In die Konzeption und Umsetzung der Service-Dienstleistungen war das IT-Zentrum des Bundes einbezogen, wie überhaupt zu speziellen Fachthemen externe Beratung in Anspruch genommen wurde. Beispielhaft seien hier die Zusammenführung einzelner Fachanwendungen zu einer Gesamtanwendung zu nennen, vorrangig um den Auskunftsservice für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, und die Umsetzung der Speicher- und Datensicherungstechnologie.

Um die Infrastruktur des Bundes verlässlich gegen verstärkt stattfindende Cyberangriffe und die steigende Spamflut abzusichern, wurde ressortübergreifend ein umfangreiches Paket von Regeln und Mindeststandards in Kraft gesetzt.

Das gemeinsame Handeln basiert auf dem Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Gesetz) mit seinen Meldepflichten unter Abwägung der erkannten und behandelten Risiken zum Schutz der IT-Infrastruktur des BStU. Diese Abwägung wird nach Stand der Technik durch geeignete, angemessene Maßnahmen flankiert, die dem Abwehren von Schadeinflüssen auf das Netzwerk des BStU dienen. Bezüglich der gemeinsamen Sicherheitsziele sind für den BStU alle Aktivitäten relevant, die den durchgängigen Einsatz der geforderten Transportverschlüsselung in der Version 1.2 befördern. Als Erfolg wertet der BStU in Zeiten steigender Cyberkriminalität und immer komplexerer Angriffsszenarien auch auf öffentliche Institutionen, dass es zu keinem Sicherheitsvorfall kam, der über einen einzelnen Arbeitsplatzcomputer hinausging.

2.7 IT-Projekte

Im Berichtszeitraum wurden mehrere IT-Projekte abgeschlossen, wobei nachstehend aufgeführte Beispiele besonders zu erwähnen sind.

Gemäß dem E-Government-Gesetz ist auch der BStU seit dem 27. November 2019 verpflichtet, elektronische Rechnungen empfangen und bearbeiten zu können. Dieses Ziel wurde 2019 mithilfe einer externen Firma fristgerecht erreicht. Der BStU bearbeitet Rechnungen nun vollständig elektronisch. Sogenannte eRechnungen können über das Zentrale Rechnungseingangsportal des Bundes empfangen werden. Papierrechnungen hingegen werden eingescannt und anschließend elektronisch bearbeitet.

Im Jahr 2020 wurde die Online-Plattform zum Herunterladen von Digitalisaten im Rahmen der Antragsbearbeitung erweitert. Nun können sowohl privaten Antragstellenden als auch jenen aus dem Bereich Forschung und Medien Stasi-Unterlagen in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden.

Die BBox (BStU Box) ist der zentrale Speicherort von Digitalisaten aus Stasi-Unterlagen beim BStU. Darüber hinaus ermöglicht die BBox den internen, nachvollziehbaren Austausch der Digitalisate. Die Anwendung ist seit Anfang 2017 beim BStU im Einsatz und wird seitdem stetig optimiert und nutzungsorientiert erweitert. Dabei wurden im Berichtszeitraum die in der Mediathek des BStU veröffentlichten Digitalisate in die Anwendung integriert sowie technische und archivfachlich notwendige Anpassungen vorgenommen. Die ständige Erweiterung des Speichers orientiert sich an der stetig wachsenden Anzahl an Digitalisaten.

Im März 2020 ist im Rahmen des Projekts IT-Infrastruktur III die neue Version 4 der Integrierten Registratur (IREG) in den Betrieb überführt worden. Die IREG ist die zentrale Fachanwendung zur Dokumentation der Antragsbearbeitung beim BStU. Wichtige erreichte Ziele waren die Zusammenlegung aller im Hause befindlichen Vorgangsbearbeitungssysteme sowie die Modernisierung der zugrunde liegenden Informationstechnik (Hard- und Software), die Datenkonsolidierung, die Umsetzung aktueller IT-Sicher-

heitsanforderungen sowie die Anpassung an geänderte organisatorische Abläufe bzw. gesetzliche Regelungen.

Die im BStU eigens entwickelte Erschließungssoftware Sachaktenserschließung (SAE), die seit Ende der 90er-Jahre als Visual-Basic-Anwendung hauptsächlich im Archivbereich der Zentralstelle und in den Außenstellen im Einsatz ist, wurde auf eine neue Technologie (Java) unter weitgehender Beibehaltung der bisherigen Funktionalität und Modernisierung der Oberfläche migriert. Dabei wurden die 15 SAE-Datenbanken (Zentralstelle und Außenstellen) in eine Datenbank konsolidiert und die Datenbestände in die neue Datenbankstruktur migriert. Dadurch ist die Recherche über den gesamten Datenbestand der Zentrale und der Außenstellen möglich.

3 Archivbestände

3.1 Überlieferungsformen

Im Stasi-Unterlagen-Archiv befinden sich verschiedene Überlieferungsformen. Es ist zunächst ein umfangreicher Bestand an Papierunterlagen erhalten: Akten, Dokumente, Karteien. Diese Überlieferung beläuft sich aktuell auf ca. 111 laufende Kilometer und gliedert sich in zwei große Schriftgutkomplexe: die Unterlagen der Dienstseinheiten und die archivierten Ablagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

Die Unterlagen der Dienstseinheiten entstammen direkt den Büros des ehemaligen MfS-Personals, in denen die Papiere Ende 1989/Anfang 1990 aufgefunden wurden. Auch die Unterlagen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und der DDR-Massenorganisationen Freie Deutsche Jugend (FDJ), Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) und Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), die im Staatssicherheitsdienst eigene Gliederungen unterhielten, sind hier eingerechnet. Zum Teil befanden sich die Unterlagen in einem chaotischen Zustand. Sie wurden Anfang 1990 unter Aufsicht von Bürgerkomitees kurzfristig gesichert und dabei zu Bündeln zusammengefasst. Es war notwendig, diese Unterlagen zunächst zu ordnen sowie sachthematisch und personenbezogen zu erschließen, um sie überhaupt zugänglich zu machen.

Die archivierten Ablagen des MfS bezeichnen jenen Teil der Papierüberlieferung, der bereits von den Abteilungen XII des Staatssicherheitsdienstes als sogenannte Archivbestände verwaltet worden war. Eingeschlossen sind hierin diejenigen Unterlagen, die im MfS zentral registrier- und nachweispflichtig waren. Das waren insbesondere Vorgänge zur systematischen Ausspähung oder Verfolgung von Menschen (Operative Personenkontrolle – OPK, Operativer Vorgang – OV). Alle diese Unterlagen lagen – im Gegensatz zu den meisten „Bündelpapieren“ aus den Büros des MfS-Personals – weitestgehend in Gestalt von Akten vor. Der Aufbau von im MfS zentral registrier- und nachweispflichtigen Unterlagen war zudem nach einheitlichen Regeln vorgegeben.

Zu den Unterlagen der archivierten Ablagen gibt es Nachweissysteme, die der Staatssicherheitsdienst selbst an-

gelegt hatte. Sie sind als Hilfsmittel für den Zugang zu diesen Unterlagen nutzbar – allerdings nur nach den vom MfS gebildeten Kriterien, die hauptsächlich personenbezogen orientiert waren. Deshalb ist es sinnvoll, Teile dieses Schriftgutkomplexes ergänzend nach sachthematiscen Gesichtspunkten zu erschließen, soweit es sich hierbei auch nach heutigem Maßstab nicht nur um rein personenbezogene Unterlagen handelt, wie z. B. Personalakten des MfS („Kaderakten“). Die bekanntesten und wichtigsten Nachweissysteme zu den archivierten Ablagen sind die zentrale Personenkartei F 16 sowie die zentrale Vorgangskartei F 22. Da die zentrale Registrier- und Nachweispflicht bei den sogenannten Archivabteilungen des MfS lag (Abteilungen XII), findet man über diese Karteien auch die registrierten Vorgänge, die bis zuletzt noch im Gebrauch durch die MfS-Offiziere waren.

Die Nachweissysteme des MfS zählen selbst zu den Unterlagen der Dienstseinheiten. In allen Dienstseinheiten gab es zusätzlich eigene Informationsspeicher, die nur für einen bestimmten Bereich innerhalb der Dienstseinheit geführt wurden (siehe Abschnitt 3.3.2). Hier sind vor allem die sogenannten Zentralen Materialablagen (ZMA) zu nennen. Auch hier waren zum Teil umfangreiche Ordnungs- oder Verzeichnungsarbeiten erforderlich.

Die Unterlagen der Dienstseinheiten und die archivierten Ablagen gehören zu den materialintakten Papierunterlagen. Damit unterscheiden sie sich grundsätzlich von einer weiteren Überlieferungsform: den zerrissenen Unterlagen. Deren Umfang ist ebenfalls erheblich und beläuft sich auf ca. 15 500 Behältnisse (zumeist Säcke), in denen die vom MfS zerstörten (aber nicht mehr beseitigten) Materialien gesammelt gelagert sind. Der größere Anteil der zerrissenen Unterlagen, ca. 9 400 Behältnisse, entstammt der regionalen Überlieferung aus den ehemaligen MfS-Bezirksverwaltungen oder deren Kreisdienststellen. Inhaltlich gesehen stellen die zerrissenen Unterlagen aber keine eigene, dritte Überlieferungsform dar. Vielmehr handelt es sich dabei um Material, das entweder aus den ehemaligen Dienstseinheiten des MfS oder aus den archivierten Ablagen bzw. zentral registrier- und nachweispflichtigen Aktenformen des Staatssicherheitsdienstes stammt.

Ebenfalls zur Überlieferung zählen die Karten, Pläne und Plakate, die im Stasi-Unterlagen-Archiv vorhanden sind. Der Umfang dieser Großformate beträgt ca. 232 000 Stück. Aus lagerungstechnischen Gründen wird ferner der Bestand an losen Fotos, Tonaufzeichnungen sowie an Filmen und Videos aus dem MfS als besondere Überlieferungsformen erfasst. Die Fotosammlung des Stasi-Unterlagen-Archivs umfasst Fotonegative, Diapositive, Glasplatten und Fotoabzüge und hat einen Gesamtumfang von ca. 1,95 Millionen Stück. Die Tonsammlung stellt eine Mischform dar aus digitalisierten Tondokumenten sowie originalen Tonträgern, deren Abspielbarkeit jedoch altersbedingt gefährdet ist, sodass der Inhalt digital gesichert wird. Der Umfang der Tonsammlung beläuft sich auf ca. 22 700 Tondokumente/-träger. Gleiches trifft prinzipiell für die Film-/Videosammlung zu. Ihr Umfang beläuft sich auf 2 876 Stück.

3.2 Arbeitsschwerpunkte

Insgesamt sind nunmehr etwa 109 000 lfd. M. der materialintakten Papierüberlieferung personenbezogen zugänglich sowie ca. 43 000 lfd. M. davon gleichzeitig auch sachbezogen erschlossen. Das entspricht einem Erschließungsstand von insgesamt 97 Prozent für den personenbezogenen und von 38 Prozent für den sachthematiscen Zugang zu diesen Unterlagen. Im Bereich der Fotosammlung sind mittlerweile über 1,54 Millionen Fotos erschlossen; der Erschließungsbestand beträgt nun 79 Prozent, nachdem sich die Fotosammlung weiter vergrößert hat (siehe Abschnitt 3.3.3.3). Der Erschließungsstand der Tonaufzeichnungen, deren Umfang ebenfalls zugenommen hat, beträgt nun 90 Prozent (rund 20 450 Tondokumente/-träger; siehe Abschnitt 3.3.3.2). Der Bestand an Filmen und Videos ist grundsätzlich erschlossen; gelegentlich ergeben sich anlässlich der Erschließung anderer Archivgutarten noch einzelne Zuwächse, die zeitnah verzeichnet werden. Der Erschließungsstand für Karten, Pläne und Plakate beläuft sich auf 19 Prozent (ca. 44 600 Stück).

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 1 010 lfd. M. an materialintakten Papierunterlagen archivisch bearbeitet. Das betraf überwiegend ihren Nachweis in der IT-Fachanwendung SAE (Sachaktenserschließung; siehe Abschnitt 3.4.2). Die Verzeichnung von papiergebundenen Unterlagen aus den ehemaligen MfS-Dienstseinheiten ist inzwischen weit vorangeschritten und neigt sich in weiten Teilen ihrem Ende zu. So sind die betreffenden Unterlagen aus den ehemaligen MfS-Bezirksverwaltungen (einschließlich der zugehörigen Kreisdienststellen) nahezu überall erschlossen. Im Berichtszeitraum wurden u. a. die Verzeichnungsarbeiten an den Unterlagen der Dienstseinheiten aus den Bezirksverwaltungen Dresden und Leipzig abgeschlossen. Lediglich im Bereich der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung Suhl bleiben noch größere Restmengen zur Verzeichnung.

Aus dem Schriftgutkomplex der Unterlagen der Dienstseinheiten verbleiben noch gut 3 550 lfd. M. an unerschlossenem Material, dessen Inhalt nach entsprechenden Grobsichtungen generell überblickt werden kann. Angesichts des mittlerweile erreichten Erschließungsstandes war abzuwägen, inwieweit die Verzeichnung an den noch verbleibenden Unterlagen aus den Dienstseinheiten im Verhältnis zur sachthematiscen Erschließung von Unterlagen aus den archivierten Ablagen fortgesetzt werden sollte. Im Berichtszeitraum wurde vom Bundesbeauftragten die Einschätzung getroffen, dass eine verstärkte Zuwendung zur sachthematiscen Erschließung möglich ist. In diesen Zusammenhang gehört ferner die Entscheidung des Bundesbeauftragten, dass der Quellenwert ZMA für die politisch-historische Aufarbeitung erforscht werden soll, um auf dieser Grundlage künftig über Umfang und Intensität einer ggf. auch sachthematiscen Erschließung der ZMA entscheiden zu können. Ähnliches gilt für das aus verschiedenen MfS-Dienstseinheiten zusätzlich noch auf Mikrofiches, Mikrofilmstreifen oder Rollfilmen überlieferte verfilmte Schriftgut, dessen Bearbeitung als logischer Erschließungsschritt grundsätzlich nach Abschluss

der Verzeichnung der physischen Papierüberlieferung angesetzt ist. Diese und weitere Überlegungen fußen auf den Empfehlungen zur Aufgaben- und Ressourcenplanung im Fachkonzept Erschließung, das im Rahmen der Organisationsuntersuchung erarbeitet wurde (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 8). Die konkreten Festlegungen zu den einzelnen Erschließungsarbeiten wurden auch im aktuellen Berichtszeitraum in gemeinsamen Beratungen mit den Auskunfts- und Forschungsbereichen sowie den Außenstellen getroffen. Das ZMA-Projekt ist Bestandteil der quellenkundlichen Forschung beim BStU (siehe Abschnitt 5.1.2.3).

Des Weiteren wurden über 66 000 Fotos, 260 Tondokumente sowie knapp 2 950 Karten, Pläne und Plakate im Berichtszeitraum neu erschlossen. Den Abschluss der Erschließung bildet, soweit rechtlich zulässig und personell leistbar, die Veröffentlichung von Online-Findmitteln, die für Interessierte uneingeschränkt zugänglich sind. Idealerweise eingeschlossen sind hierin digitale Reproduktionen von Archivgut, die eine orts- und zeitunabhängige, eigenständige Recherche der historischen Überlieferung durch alle Interessierten ermöglichen. Im Berichtszeitraum wurden 86 Online-Findmittel mit fast 50 000 Erschließungsangaben neu erarbeitet oder erweitert. Gleichzeitig wurden über 16 000 digitalisierte Seiten von Archivgut zur freien Lektüre im Internet veröffentlicht. Insgesamt sind im Internet inzwischen fast 155 000 Online-Erschließungsangaben verfügbar, ferner rund 65 500 digitalisierte Seiten von papiergebundenen Aufzeichnungen sowie ca. 17 400 digitalisierte Spielzeitminuten von Tonaufzeichnungen aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv. Zusätzlich bestehen weitere Online-Angebote in der Mediathek des BStU (siehe Abschnitt 5.7.1).

Im Berichtszeitraum wurden knapp 500 000 Personenrecherchen in den Karteibereichen bearbeitet, über 330 000 Archivalien in den Magazinbereichen zur Benutzung bereitgestellt und über 1,8 Millionen Seiten Schriftgut digitalisiert. Insgesamt wurden in den Archivbereichen inzwischen ca. 4,65 Millionen Seiten im Rahmen der Antragsbearbeitung digitalisiert. Der Bestand an digitalisierten Tonaufzeichnungen beträgt fast 13 000 Dokumente, der Umfang der digitalisierten Filme und Videos beläuft sich auf gut 750 Einheiten.

Mit der Digitalisierung ist zugleich die Bestandserhaltung als weiterer Schwerpunktbereich der archivischen Arbeiten verknüpft. Wesentlich optimiert werden konnte im Berichtszeitraum die Unterbringungssituation für das audiovisuelle Archivgut, dessen fachgerechte Lagerung besonderen raumklimatischen Anforderungen unterliegt. Im Feld der klassischen Erhaltungsmaßnahmen wurden die laufenden Arbeiten zur Vorsorge und reaktiven Bestandserhaltung fortgeführt, hierunter insbesondere Verpackungs- bzw. Umverpackungsarbeiten, die archivtechnische Aufbereitung von Archivgut vor dessen Erstinutzung sowie Restaurierungen von physisch bereits stärker angegriffenen Unterlagen.

Fortentwickelt und modernisiert werden gleichzeitig die bestehenden fachtechnischen Infrastrukturen. Hier seien die weiteren Arbeiten zur Vorbereitung der Einführung

der Archivverwaltungssoftware BASYS 3 Akte hervorgehoben. Das Vorhaben ist inzwischen weit fortgeschritten. Die Arbeiten zur BASYS 3 Akte-Einführung wurden auch im aktuellen Berichtszeitraum gemeinsam mit dem Bundesarchiv vorangetrieben.

Entsprechend dem gemeinsamen Vorschlag von Bundesarchiv und BStU könnten künftig in einem Archivzentrum in Berlin-Lichtenberg insbesondere Kompetenzen der Digitalisierung und Bestandserhaltung gebündelt sowie die Archivgutbestände von zentralen Stellen der ehemaligen DDR, einschließlich der MfS-Überlieferung aus der Zentralstelle des BStU, gemeinsam untergebracht und in einem neuen Nutzerbereich zugänglich gemacht werden (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 8). Im Berichtszeitraum wurde zum Archivzentrum vom BStU gemeinsam mit dem Bundesarchiv eine Vorlage an die Bundesregierung erarbeitet, in der das vorgeschlagene archivische Aufgabenspektrum mit dem dazu erforderlichen Personal-, Raum- und Sachbedarf erläutert ist.

Gleichzeitig wurden die internen archivfachlichen Qualifizierungsmöglichkeiten verstärkt, für die im Berichtszeitraum u. a. ein spezielles Programm mit der Hochschule für Archivwissenschaft in Marburg entwickelt und mit dem Bundesarchiv abgestimmt wurde. Nach Änderung der Rechtsverordnungen für die Ausbildung im höheren und gehobenen Archivdienst des Bundes wurde im Stasi-Unterlagen-Archiv eine archivfachliche Ausbildungsleitung eingerichtet, die eng mit der Ausbildungsleitung des Bundesarchivs kooperiert und in die von der Hochschule für Archivwissenschaft koordinierte, bundesweite Ausbildungsleitungskonferenz eingebunden ist.

Im Berichtszeitraum erfolgten erneut verschiedene Rückführungen von MfS-Unterlagen in das Stasi-Unterlagen-Archiv sowie umgekehrt einige provenienzbedingte Bestandsbereinigungen, die zu kleineren Abgaben an das Bundesarchiv führten. Aus den neu in den Bestand aufzunehmenden Unterlagen seien zahlreiche Tonbänder erwähnt, die dem Funkstudio des MfS-Wachregiments „Feliks E. Dzierżyński“ (ehemals in Berlin-Adlershof) entstammen. Diese Tonbänder wurden von der Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin übergeben. Von der Stiftung Deutsches Historisches Museum in Berlin konnte umfangreicheres Schrift- und Bildgut rückgeführt werden, das in Verbindung mit dem ehemaligen „Informationszentrum“ des MfS in Berlin-Mitte steht. Dieses „Informationszentrum“ fungierte als eine Art interne Traditionsstätte des Staatssicherheitsdienstes und gehörte zum Bereich der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS.

3.3 Erschließungsergebnisse

3.3.1 Zentrale Schriftgutüberlieferung des Ministeriums

Der Umfang der Unterlagen der Dienstseinheiten aus der ehemaligen MfS-Zentrale beträgt ca. 24 100 lfd. M. Eingeschlossen sind hierin die MfS-Karteien (zentrale Karteien sowie Karteien der einzelnen Dienstseinheiten des Ministeriums) und das Schriftgut der ehemaligen SED-Kreislei-

tung im MfS bzw. der Kreisleitungen oder Kreisvorstände der DDR-Massenorganisationen im MfS (FDJ, FDGB, DSF). Die Menge der im ehemaligen Zentralarchiv des MfS vorhandenen (archivierten) Ablagen beläuft sich auf über 20 000 lfd. M. und ist in verschiedene Archivbestände gegliedert. Hiervon sind mehr als 2 100 lfd. M. mittlerweile zusätzlich sachthematisch erschlossen.

Im Berichtszeitraum wurde die Verzeichnung von noch unerschlossenen Unterlagen der Diensteinheiten fortgesetzt. Es wurden insgesamt 580 lfd. M. archivisch bearbeitet. Im Vordergrund standen dabei Unterlagen aus den MfS-Teilbeständen BdL (Büro der Leitung), Hauptabteilung II (Spionageabwehr), Hauptabteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung), Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft), Hauptabteilung PS (Personenschutz), Abteilung XI (Chiffrierwesen), WR (Wachregiment „Feliks E. Dzierżyński“), ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe) und ZKG (Zentrale Koordinierungsgruppe).

Beim Teilbestand ZAIG erfolgte die Erschließung auch im aktuellen Berichtszeitraum in Abstimmung mit der Forschungsgruppe des BStU zur Edition der geheimen Lageberichte des MfS an die Partei- und Staatsführung (siehe Abschnitt 5.1.2.1).

Sehr aufwändig gestalteten sich z. B. die Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten an den Unterlagen aus dem Bereich „Sicherung der Volkswirtschaft“. Das hierzu aus der Hauptabteilung XVIII überlieferte Schriftgut lag in weiten Teilen desorganisiert vor: in Gestalt loser Blätter, von Dokumentenfragmenten oder teilzerstörten Aktenvorgängen. Inhaltlich ergibt sich ein breites Bild der Kontroll-, Überwachungs- und mitunter Steuerungstätigkeit des MfS auf zahlreichen Feldern der DDR-Planwirtschaft.

Die Verzeichnung der Unterlagen aus den Diensteinheiten Hauptabteilung II und Hauptabteilung VIII konnte im Berichtszeitraum abgeschlossen werden. Beide Teilbestände sind umfangreich und bieten vielfältige Einblicke in die Tätigkeit und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes. Die Hauptabteilung VIII führte als „Service-Einheit“ im Auftrag anderer Dienststellen des MfS Ausspähungen, aber auch Festnahmen durch. Sie war dadurch in besonderer Weise an repressiven Maßnahmen beteiligt, die vom Staatssicherheitsdienst im Auftrag des SED-Regimes umgesetzt wurden.

Die Unterlagen des Teilbestands Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund) sind vollständig erschlossen, erhielten jedoch weiter Zuwächse aus rekonstruierten Unterlagen (siehe Abschnitt 3.7.2).

Im Bereich der archivierten Ablagen der MfS-Zentrale konnten im Berichtszeitraum 160 lfd. M. sachthematisch neu erschlossen werden. Fortgeführt wurde u. a. die sachthematische Erschließung der Unterlagen aus der sogenannten Geheimen Ablage (GH) im MfS-Zentralarchiv (Archivbestand 5). Neu verzeichnet wurden dabei Ermittlungs-, Untersuchungs-, Fahndungs- und Objektvorgänge bspw. im Zusammenhang von Verdächtigungen und Vorwürfen der Fahnenflucht, des Geheimnisverrats, der

Doppelagententätigkeit sowie auch der NS- oder Kriegsverbrechen. Die Erschließung der Aktenkategorie Auskunftsersuchen aus der archivierten Ablage der Hauptabteilung IX/11 (Aufklärung von NS- und Kriegsverbrechen) wurde im Berichtszeitraum beendet.

3.3.2 Schriftgutüberlieferung der MfS-Bezirksverwaltungen einschließlich der Kreisdienststellen

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich für den Bereich der Unterlagen der Diensteinheiten aus den MfS-Bezirksverwaltungen jeweils auch (soweit vorhanden) auf das Schriftgut aus den zugehörigen Kreisdienststellen sowie den Gliederungen der SED und DDR-Massenorganisationen im MfS. Der Aufbau der archivierten Ablagen in den ehemaligen Bezirksverwaltungen entspricht weitgehend, aber nicht vollständig der Gliederung im MfS-Zentralarchiv. Nach Abschluss der Verzeichnungsarbeiten am Schriftgut aus den Bezirksverwaltungen Dresden und Leipzig im Berichtszeitraum sind nunmehr, mit Ausnahme der betreffenden Überlieferung aus der Bezirksverwaltung Suhl, alle Unterlagen der Diensteinheiten aus den MfS-Bezirksverwaltungen und ihren Kreisdienststellen erschlossen.

Zur leichteren Orientierung werden der Erschließungsstand und die Erschließungsergebnisse im Berichtszeitraum im Folgenden nach Bundesländern und dort nach den ehemaligen MfS-Bezirksverwaltungen dargestellt.

3.3.2.1 Bundesland Berlin

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Berlin** sind die Unterlagen der Diensteinheiten vollständig verzeichnet. Sie belaufen sich auf einen Umfang von aktuell ca. 1 200 lfd. M. Die archivierten Ablagen der Bezirksverwaltung, die erst ab 1986 separat von den Archivbeständen des MfS-Zentralarchivs aufgebaut wurden, umfassen ca. 1 125 lfd. M.

3.3.2.2 Bundesland Brandenburg

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Cottbus** beläuft sich der Umfang der Unterlagen der Diensteinheiten auf aktuell ca. 1 640 lfd. M. Ihre Verzeichnung ist abgeschlossen. Der Umfang der archivierten Ablagen in der Bezirksverwaltung beläuft sich auf ca. 1 285 lfd. M. Ergänzend konnten im Berichtszeitraum rekonstruierte Unterlagen verzeichnet werden, durch die ein Zuwachs zur materialintakten Überlieferung möglich wurde.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder)** sind die Unterlagen der Diensteinheiten ebenfalls vollständig verzeichnet. Sie haben einen Umfang von aktuell ca. 1 415 lfd. M. Die archivierten Ablagen in der Bezirksverwaltung umfassen ca. 1 670 lfd. M. Auch für die Überlieferung dieser Bezirksverwaltung konnten Unterlagen neu verzeichnet werden, die zerrissen waren und manuell rekonstruiert worden sind.

Vollständig verzeichnet sind auch im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Potsdam** die Unterlagen der Diensteinheiten. Ihr Umfang beträgt aktuell ca. 2 580

Tabelle 1

Überlieferungen der Bezirksverwaltungen und der Zentralstelle des MfS und deren Erschließungsstände ¹

Stand: Dezember 2020

Bundesland/ehemalige MfS-Bezirksverwaltung	Gesamt- bestand lfd. M.	davon vom MfS archivierte Ablagen ² lfd. M.	davon Unterlagen der Diensteinheiten			
			lfd. M.	davon erschlossen ³ lfd. M.	%	Rest lfd. M.
Berlin	2 325	1 125	1 200	1 200	100	0
Berlin	2 325	1 125 ⁴	1 200	1 200	100	0
Brandenburg	10 755	5 120	5 635	5 635	100	0
Cottbus	2 925	1 285	1 640 ⁴	1 640	100	0
Frankfurt (Oder)	3 085	1 670	1 415 ⁴	1 415	100	0
Potsdam	4 745	2 165	2 580 ⁴	2 580	100	0
Mecklenburg-Vorpommern	7 945	4 920	3 025	3 025	100	0
Neubrandenburg	2 385	1 450 ⁴	935	935	100	0
Rostock	3 200	2 180 ⁴	1 020	1 020	100	0
Schwerin	2 360	1 290 ⁴	1 070	1 070	100	0
Sachsen	21 645	9 960	11 685	11 685	100	0
Dresden	8 295	3 280 ⁴	5 015	5 015	100	0
Karl-Marx-Stadt	7 620	4 350 ⁴	3 270	3 270	100	0
Leipzig	5 730	2 330 ⁴	3 400	3 400	100	0
Sachsen-Anhalt	13 655	4 250	9 405	9 405	100	0
Halle	6 775	2 400	4 375 ⁴	4 375	100	0
Magdeburg	6 880	1 850	5 030 ⁴	5 030	100	0
Thüringen	12 040	5 640	6 400	6 090	95	310
Erfurt	4 395	2 255 ⁴	2 140	2 140	100	0
Gera	3 935	2 015 ⁴	1 920	1 920	100	0
Suhl	3 710	1 370 ⁴	2 340	2 030	87	310
Bezirksverwaltungen	68 365	31 015	37 350	37 040	99	310
Zentralstelle	44 180	20 050	24 130	20 885	87	3 245
BStU gesamt	112 545	51 065	61 480	57 925	94	3 555

1 Angaben gerundet. Darin enthalten ist auch das rekonstruierte Schriftgut aus den Behältnissen mit zerrissenen Unterlagen.
Zur Anzahl der Behältnisse mit zerrissenen Unterlagen vgl. die Abschnitte 3.1 und 3.7.1.

2 Die Unterlagen sind grundsätzlich personenbezogen, teilweise auch sachbezogen recherchierbar.

3 Die Unterlagen sind personen- und/oder sachbezogen recherchierbar.

4 Einschließlich der beim MfS zentral registrierpflichtigen Vorgänge, die 1989 noch nicht vom MfS archiviert worden waren (sogenannte aktive registrierte Vorgänge).

lfd. M. Die archivierten Ablagen der Bezirksverwaltung messen ca. 2 165 lfd. M.

3.3.2.3 Bundesland Mecklenburg-Vorpommern

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg** bemisst sich der Umfang der Unterlagen der Diensteinheiten auf aktuell ca. 935 lfd. M. Die Unterlagen der Diensteinheiten sind vollständig verzeichnet. Der Umfang der archivierten Ablagen aus der Bezirksverwaltung beträgt ca. 1 450 lfd. M.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Rostock** beträgt der Umfang der Unterlagen der Diensteinheiten aktuell ca. 1 020 lfd. M. Ihre Verzeichnung ist abgeschlossen. Die archivierten Ablagen der Bezirksverwaltung bemessen sich auf ca. 2 180 lfd. M.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Schwerin** belaufen sich die Unterlagen der Diensteinheiten auf aktuell 1 070 lfd. M. Die Verzeichnung dieser Unterlagen ist ebenfalls abgeschlossen. Die archivierten Ablagen der Bezirksverwaltung umfassen ca. 1 290 lfd. M.

3.3.2.4 Freistaat Sachsen

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Dresden** zählen die Unterlagen der Diensteinheiten mit aktuell ca. 5 015 lfd. M. zu den größten Überlieferungen unter den Bezirksverwaltungen. Umfangreich ist auch die Überlieferung aus den archivierten Ablagen der Bezirksverwaltung, sie beträgt ca. 3 280 lfd. M. Im Berichtszeitraum konnte die Erschließung der Unterlagen aus den Diensteinheiten beendet werden. Die abschließenden Arbeiten betrafen u. a. die Verzeichnung von Schriftgut aus den Abteilungen OT (Operative Technik) und aus der Leitung der SED-Parteiorganisation in der Bezirksverwaltung.

Die Unterlagen der Diensteinheiten im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt** (Chemnitz) belaufen sich aktuell auf ca. 3 271 lfd. M. Die Unterlagen sind vollständig verzeichnet. Die besonders umfangreiche Überlieferung der archivierten Ablagen umfasst ca. 4 349 lfd. M.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Leipzig** beträgt der Umfang der Unterlagen der Diensteinheiten aktuell ca. 3 400 lfd. M. Die archivierten Ablagen der Bezirksverwaltung haben eine Größe von ca. 2 330 lfd. M. Im Berichtszeitraum konnte die Verzeichnung an den Unterlagen der Diensteinheiten beendet werden. Die abschließenden Arbeiten betrafen Schriftgut aus den Teilbeständen BdL (Büro der Leitung) und Abteilung KuSch (Kader und Schulung).

3.3.2.5 Bundesland Sachsen-Anhalt

Die Überlieferung des Bestandsbereichs der **MfS-Bezirksverwaltung Halle** umfasst an Unterlagen der Diensteinheiten aktuell ca. 4 375 lfd. M. Das Schriftgut ist vollständig verzeichnet. Die Unterlagen aus den archivierten Ablagen der Bezirksverwaltung belaufen sich auf ca. 2 400 lfd. M.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg** haben die Unterlagen der Diensteinheiten einen Umfang von aktuell ca. 5 030 lfd. M. und gehören damit zu den größten Überlieferungen. Die Unterlagen sind vollständig verzeichnet. Der Umfang der archivierten Ablagen der Bezirksverwaltung beträgt 1 850 lfd. M.

3.3.2.6 Freistaat Thüringen

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Erfurt** sind alle Unterlagen der Diensteinheiten vollständig verzeichnet. Ihr Umfang beträgt aktuell ca. 2 140 lfd. M. Die Größe der archivierten Ablagen der Bezirksverwaltung kann mit ca. 2 255 lfd. M. beziffert werden.

Im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Gera** umfassen die Unterlagen der Diensteinheiten insgesamt aktuell ca. 1 920 lfd. M. Die Unterlagen sind vollständig verzeichnet. Der Umfang der archivierten Ablagen der Bezirksverwaltung beträgt 2 015 lfd. M.

Die im Bestandsbereich der **MfS-Bezirksverwaltung Suhl** überlieferten Unterlagen der Diensteinheiten haben einen Umfang von aktuell ca. 2 340 lfd. M. Die archivierten Ablagen der Bezirksverwaltung belaufen sich auf ca. 1 370 lfd. M. Inzwischen sind 2 030 lfd. M. an Unterlagen der Diensteinheiten verzeichnet. Dies entspricht einem Erschließungsstand von 87 Prozent.

3.3.3 Audiovisuelle Medien und maschinenlesbare Daten

3.3.3.1 Filme und Videos

Die Überlieferung an Filmen und Videos des MfS ist vollständig erschlossen. Die Gesamtmenge beträgt aktuell 2 876 Stück. Zuwächse können sich noch dadurch ergeben, dass einzelne Filme oder Videos aufgefunden werden. Im Berichtszeitraum betraf das neun Filme und drei Videos, die neu verzeichnet wurden.

3.3.3.2 Tondokumente

Ca. 22 700 Tondokumente und -träger umfasst aktuell die Tonsammlung. Hierin eingeschlossen sind Tonaufzeichnungen, die nach ihrer Erschließung aus Gründen der Bestandserhaltung digitalisiert werden (siehe Abschnitt 3.5), sowie originale Tonträger. Die erschlossenen Tonaufzeichnungen werden als Tondokumente gezählt. Damit sind Informationseinheiten gemeint, die nach ihrem erkennbaren Inhalt und Entstehungszweck untereinander abgrenzbar sind. Die parallel dazu noch vorhandenen originalen Tonträger, in der Regel Magnetbänder, werden zu Dokumentationszwecken weiter aufbewahrt. Ihre Zahl muss mit der Anzahl der davon erschlossenen Tondokumente nicht identisch sein: So kann ein einzelnes Tondokument mehrere Tonträger umfassen. Umgekehrt kann ein einzelner Tonträger mehrere, inhaltlich voneinander verschiedene Tonaufzeichnungen überliefern, die als unterschiedliche Tondokumente nachzuweisen sind. Für den noch zu erschließenden Anteil der Tonsammlung lässt sich der Umfang in der Zahl der überlieferten Tonträger angeben, unabhängig davon, ob und in welcher Zahl

darauf Tondokumente abspielbar sind. Nach Abschluss der Erschließung wird es möglich sein, die Zahl der verzeichneten Tondokumente vollständig von der Menge der originalen Tonträger zu unterscheiden. Bis dahin ist auch die Angabe des aktuellen Erschließungsstandes nur durch einen Näherungswert möglich, da in ihm die Zählung von Tondokumenten und Tonträgern notwendig konvergiert.

Im Berichtszeitraum hat sich der Umfang der Tonsammlung durch eine Übernahme von ca. 400 Tonträgern aus der Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin vergrößert (siehe Abschnitt 3.2). Der Erschließungsstand der Tonsammlung beläuft sich aktuell auf 90 Prozent (20 450 von 22 700 Einheiten). Weit fortgeschritten ist die Verzeichnung von Tondokumenten aus der Überlieferung der MfS-Bezirksverwaltungen. Im Berichtszeitraum wurden erneut auch Tonträger archivisch bearbeitet, die im Zusammenhang mit der Verzeichnung von Schriftgut aus den Dienststeinheiten der MfS-Zentrale anfielen oder im Schriftgut der archivierten Ablagen des MfS aufgefunden wurden.

3.3.3.3 Fotodokumente

In der Fotosammlung befinden sich alle lose überlieferten Bildaufnahmen, unabhängig von ihrer Überlieferungsform und ihrem Trägermaterial. Anzutreffen sind insbesondere Fotonegative, Fotoabzüge, Diapositive und Glasplatten mit Schwarz/Weiß- oder Farbaufnahmen. Nicht zur Fotosammlung zählen hingegen solche Bildaufnahmen, die mit dem Papierschriftgut physisch fest verbunden sind; diese verbleiben in den Akten.

Die Fotosammlung umfasst aktuell ca. 1,95 Millionen Stück. Der Umfang unterliegt noch Veränderungen, da im Zuge der fortschreitenden Schriftguterschließung weitere lose Bildaufnahmen identifiziert werden können, die dem Schriftgut entnommen und der Fotosammlung eingefügt werden. Auch im Berichtszeitraum hat sich der Umfang der Fotosammlung deshalb weiter vermehrt. Ihr Erschließungsstand liegt aktuell bei 79 Prozent (über 1,54 Millionen Stück). Im Berichtszeitraum wurde die Verzeichnung von Fotografien v. a. aus verschiedenen Dienststeinheiten der MfS-Zentrale fortgesetzt.

3.3.3.4 Maschinenlesbare Daten

Im Zuge der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit wurde der größte Teil der maschinenlesbaren Daten des MfS Anfang 1990 zerstört. Erhalten ist demzufolge nur eine verhältnismäßig geringe Restüberlieferung. Aktuell sind 106 Datenprojekte des MfS identifiziert, die in unterschiedlicher Qualität und Quantität vorliegen. Hervorzuheben sind die Reste der von der Hauptverwaltung A (Auslandsspionage) betriebenen Datenbank SIRA – „System der Informationsrecherche Hauptverwaltung A“ (siehe 11. Tätigkeitsbericht, S. 59).

Bei der Erschließung werden die Daten – soweit sinnvoll und technisch möglich – so aufbereitet, dass sie mithilfe aktueller Software lesbar sind und für Auskunftszwecke zur Verfügung stehen. Im Berichtszeitraum erfolgten Ar-

beiten zur Überführung der maschinenlesbaren Daten in eine neue, einheitliche Dateistruktur und in die beim BStU entwickelte Speicherlösung BBox (siehe Abschnitt 3.5).

3.4 Findmittel

3.4.1 Online-Findmittel

Seit mehreren Jahren präsentieren das Stasi-Unterlagen-Archiv und das Bundesarchiv gemeinsam Erschließungsangaben und digitalisiertes Archivgut im Internet. Parallel dazu ist das Stasi-Unterlagen-Archiv am Archivportal Europa beteiligt, das thematische Recherchen in transnationalen Kontexten ermöglicht, die z. B. bei der Behandlung vergleichender Fragestellungen zur ost- und mitteleuropäischen Repressionsgeschichte von Bedeutung sein können. Im Archivportal Europa aufgegangen ist auch das Informationsangebot aus dem Online-Kooperationsprojekt „Netzwerk SED-/FDGB-Archivgut“ von Bundesarchiv, BStU und den ostdeutschen Staats- und Landesarchiven, bei dem das Stasi-Unterlagen-Archiv einer der größten Einbringer von Erschließungsinformationen für die Internetrecherche war.

Das Angebot des Stasi-Unterlagen-Archivs an Online-Erschließungsangaben und digitalisiertem Archivgut wurde seitdem stetig erweitert. Es umfasst aktuell über 400 Online-Findmittel, die auf insgesamt fast 155 000 Titelangaben von Archivalien führen. Eingeschlossen sind darin Findmittel, die direkt auf digitalisiertes Archivgut im Internet führen. Dieser Fundus umfasst aktuell etwa 65 500 Seiten Schriftgut (Akten, Dokumente) sowie ca. 17 400 Minuten Spielzeit aus digitalisierten Tonaufzeichnungen. Die online les- oder hörbaren Unterlagen stammen aus unterschiedlichen Herkunftsstellen des Staatssicherheitsdienstes. Beispielführend sei auf zwei im Berichtszeitraum neu erarbeitete Online-Findmittel aus dem Teilbestand Rechtsstelle des MfS, die aus der Zusammenarbeit beider deutscher Staaten in der 1973 gebildeten innerdeutschen Grenzkommission hervorgingen oder aus der im gleichen Jahr beginnenden Mitgliedschaft der DDR in den Vereinten Nationen (UNO), darunter zum Agieren des SED-Regimes in der UNO-Menschenrechtskommission. Ferner wurden Unterlagen digital aufbereitet, die aus den Sitzungen des Kollegiums beim MfS stammen. Das Kollegium war ein Beratungsgremium für Grundsatzfragen, in welchem der Minister für Staatssicherheit, seine Stellvertreter sowie die Leiter wichtiger zentraler Dienststeinheiten gemeinsam tagten. Reguläre Sitzungsteilnehmer waren ferner der Chef der SED-Kreisleitung im MfS sowie ein Vertreter der Abteilung Sicherheitsfragen des SED-Zentralkomitees. Die Sitzungsprotokolle des MfS-Kollegiums bilden ein wichtiges Pendant zu anderen zentralen Grundsatzunterlagen aus dem Bereich der DDR-Herrschaftsgeschichte, die im Internet bereits zu finden sind, namentlich zu den Protokollen des Nationalen Verteidigungsrates der DDR oder zu den Protokollen des SED-Politbüros. Der Wert der MfS-Kollegiumsprotokolle ergibt sich auch daraus, dass aus dem Bereich (Sektor) Staatssicherheit der Abteilung Sicherheitsfragen des SED-Zentralkomitees relativ wenige Unterlagen zusammenhängend überliefert sind.

Zum Online-Angebot gehört ferner eine umfangreiche Übersicht der Bestände mit 1 170 Kurzbeschreibungen zu den im Stasi-Unterlagen-Archiv verwahrten Archivbeständen bzw. zu den einzelnen Teilbeständen des (zusammengefassten) Archivbestands MfS.

Im Berichtszeitraum wurden 86 Online-Findmittel neu erstellt oder wesentlich erweitert. Für den Bereich der MfS-Zentrale können beispielhaft die Online-Findmittel zu den Teilbeständen Abteilung M (Postkontrolle) und ZOS (Zentraler Operativstab) genannt werden. Mehrere Online-Findmittel wurden zudem zu den MfS-Teilbeständen AG BKK (Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung), AG XVII (Arbeitsgruppe Besucherbüros West-Berlin) und Hauptabteilung VII (Ministerium des Innern/Deutsche Volkspolizei) erarbeitet. Für den Teilbestand RS (Rechtsstelle) des MfS wurde ein Online-Verzeichnis zu Akten neu erstellt, die das Verhältnis zwischen dem SED-Regime und dem Westteil Berlins dokumentieren, hierunter Schriftwechsel zwischen dem DDR-Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und dem Berliner Senat. Zum ehemaligen Zentralarchiv des MfS wurde ein Findmittel in das Internet eingestellt, das Unterlagen nachweist, die in der Geheimen Ablage zum Sachbetreff Suizide/Suizidversuche gesammelt wurden. Außer Akten zu ehemaligen hauptamtlichen oder inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MfS sowie zu Funktionsträgern der SED finden sich hier auch beschlagnahmte Unterlagen von Erich Apel, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR in den Jahren 1963 bis 1965. Schließlich seien noch zwei Online-Findmittel erwähnt, welche die fotografische Überlieferung zu den MfS-Teilbeständen BdL (Büro der Leitung) und SdM (Sekretariat des Ministers) nachweisen.

Aus den Bestandsbereichen der MfS-Bezirksverwaltungen seien erwähnt die Online-Findmittel zu den Teilbeständen Abteilung VI (Passkontrolle, Tourismus) in den Bezirksverwaltungen Frankfurt (Oder), Halle (Saale), Leipzig und Schwerin, Abteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung) in den Bezirksverwaltungen Frankfurt (Oder) und Schwerin, Abteilung XIV (Untersuchungshaft, Strafvollzug) in den Bezirksverwaltungen Dresden und Frankfurt (Oder), Abteilung XVIII (Volkswirtschaft) in den Bezirksverwaltungen Erfurt, Leipzig und Schwerin, Abteilung XIX (Verkehr, Post, Nachrichtenwesen) in den Bezirksverwaltungen Gera und Schwerin, Abteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund) in den Bezirksverwaltungen Magdeburg und Rostock, AKG (Auswertungs- und Kontrollgruppe) in den Bezirksverwaltungen Berlin und Schwerin, N (Nachrichten) in den Bezirksverwaltungen Berlin und Potsdam, MD (Medizinischer Dienst) in den Bezirksverwaltungen Leipzig und Suhl, zu den Teilbeständen Abteilung Finanzen und AGG (Arbeitsgruppe Geheimnisschutz) in der Bezirksverwaltung Gera, Abteilung III (Funkaufklärung) und SR PS (Selbständiges Referat Personenschutz) in der Bezirksverwaltung Leipzig, zu Leitungsbereichen in den Bezirksverwaltungen Dresden (1. Stellvertreter des Leiters der Bezirksverwaltung; Stellvertreter Operativ), Erfurt (BdL – Büro der Leitung), Halle (Saale) (Leiter der Bezirksverwaltung; 1. Stellver-

treter des Leiters; Stellvertreter für operative Technik/Sicherstellung), Neubrandenburg (BdL – Büro der Leitung) und Potsdam (AGL – Arbeitsgruppe des Leiters), ferner zum Teilbestand BKG (Bezirkskoordinierungsgruppe) in der Bezirksverwaltung Halle (Saale).

Zu folgenden Kreisdienststellen des MfS wurden im Berichtszeitraum Online-Findmittel erarbeitet oder wesentlich erweitert: Altenburg, Berlin-Marzahn, Bitterfeld, Burg (bei Magdeburg), Eisenach, Gardelegen, Hettstedt, Hohenmölsen, Leipzig-Stadt, Lübz, Neuhaus am Rennweg, Niesky, Quedlinburg, Reichenbach (Vogtland), Saalkreis, Salzwedel, Schleiz, Stollberg (Erzgebirge), Wismar, Wurzen und Zossen. Außerdem wurden Online-Findmittel zum teils umfangreichen Schriftgut der Objektdienststellen des MfS in den DDR-Kombinaten VEB Chemiekombinat Bitterfeld und VEB Chemische Werke Buna (Buna-Werke Schkopau) erarbeitet.

Im 12. Tätigkeitsbericht wurde ausgeführt, dass das Online-Angebot des Stasi-Unterlagen-Archivs auf der Plattform ArchivGutSuche (ARGUS) einen Zwischenschritt darstellt auf dem Weg hin zu einer vollständigen Integration in die Online-Anwendungen des Bundesarchivs (siehe 12. Tätigkeitsbericht, S. 27). Das Bundesarchiv nutzt für das Internet inzwischen die speziell mit der dortigen Archivverwaltungssoftware BASYS Akte verknüpfte Rechercheanwendung invenio. Im Berichtszeitraum wurden deshalb die Arbeiten zur Überführung der Online-Erschließungsangaben und Digitalisate auch des Stasi-Unterlagen-Archivs aus ARGUS nach BASYS Akte für die Ausgabe in invenio fortgesetzt. Nach ihrer Integration können sämtliche Erschließungsangaben und Digitalisate des Stasi-Unterlagen-Archivs über invenio auch zur Ausgabe an die beiden nationalen Referenzportale Archivportal-D und Deutsche Digitale Bibliothek weitergegeben werden.

3.4.2 Fachanwendungen

Zur Erfüllung der vorgegebenen Aufgaben bestehen im Stasi-Unterlagen-Archiv verschiedene IT-Fachanwendungen. Die nach Zahl der Datensätze umfangreichste ist weiterhin das Elektronische Personenregister (EPR). Diese Datenbank nimmt die im Zuge der Erschließung bekannt werdenden personenbezogenen Angaben auf, soweit Personen in den Stasi-Unterlagen relevant dargestellt oder in Karteien bzw. Zentralen Materialablagen aus den verschiedenen MfS-Dienstseinheiten nachgewiesen sind und gleichzeitig eindeutig identifiziert werden können. Das EPR enthält aktuell knapp 31,8 Millionen Datensätze.

Zusätzlich werden die personenbezogenen Datenbanken HHO (Hauptverwaltung A/Hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter/Offiziere im besonderen Einsatz) und HM/WR (Hauptamtliche Mitarbeiter/Mitarbeiter Wachregiment) geführt. In der Datenbank HHO sind aktuell ca. 215 000 Datensätze enthalten, in der Datenbank HM/WR sind es ca. 522 500 Datensätze.

Die Datenbank „Rosenholz“ enthält mikroverfilmte und später digitalisierte Materialien der Hauptverwaltung A (Auslandsspionage). In der Datenbank verwaltet wer-

den Angaben aus der Personenkartei F 16/HV A, der Vorgangskartei F 22/HV A sowie den Statistikbögen der Hauptverwaltung A. Sie umfasst über 293 000 Datensätze zu Personen, ca. 57 500 Angaben zu Vorgängen und etwa 2 000 Einträge zu Statistikbögen.

Für die Erschließung von Archivgut besteht als zentrales Arbeitsmittel die Fachanwendung Sachaktenserschließung (SAE). Der Umfang der in SAE enthaltenen Verzeichnungseinheiten beläuft sich aktuell auf ca. 1,49 Millionen Datensätze. Im Berichtszeitraum wurde die Anwendung in einer funktional wesentlich erneuerten und erweiterten sowie technisch verbesserten Version in den Archivbereichen eingeführt.

Nicht mehr weitergeführt wird die Datenbank DOSA (Dokumentensammlung), in der gesondert die zentralen dienstlichen Bestimmungen des MfS als archivische Verzeichnungsangaben nachgewiesen waren. Die Datensätze aus DOSA wurden im Berichtszeitraum in die Fachanwendung SAE migriert und sind dort in die Erschließungsangaben integriert.

Die Vorbereitungen zur BASYS-3-Akte-Einführung waren auch im aktuellen Berichtszeitraum das bestimmende Vorhaben und der strategische Zielpunkt vieler Arbeiten zur Fortentwicklung der IT-Fachanwendungen. Grundlage für das Vorgehen im Berichtszeitraum war eine zwischen Bundesarchiv und BStU im Sommer 2018 geschlossene Verwaltungsvereinbarung (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 19). Das Bundesarchiv nutzt aktuell die Software BASYS 2 Akte. Diese Software wird zukünftig durch BASYS 3 Akte abgelöst. Im Rahmen des Projekts BASYS 3 Akte werden unter anderem auch die vom Stasi-Unterlagen-Archiv eingebrachten Anforderungen umgesetzt. Auf dieser Grundlage wird das Stasi-Unterlagen-Archiv verschiedene Altanwendungen ablösen können. Im Berichtszeitraum wurden hierzu u. a. die Meilensteinplanung finalisiert und das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren für die Fortentwicklung von BASYS Akte abgeschlossen. Die Planungen zielen darauf, dass im Stasi-Unterlagen-Archiv zunächst die Funktionskreise zur Magazin-, Bestandserhaltungs- und Benutzungsverwaltung von BASYS 3 Akte in Betrieb genommen werden. Dann soll schrittweise die bestehende Altanwendung AMAG (Aktenausleihe Magazin) abgelöst werden, die bisher zur Nachweisführung über ausgegebenes und zurückgenommenes Archivgut dient. In diesem Zusammenhang werden aus der Fachanwendung SAE Signaturangaben nach BASYS Akte migriert. Parallel dazu muss für eine Vielzahl von Nachweisangaben, die bislang noch nicht digital vorliegen, die generelle Einspeicherungsfähigkeit in IT-Verfahren herbeigeführt werden.

Als substanzieller Baustein dafür ist ein Projekt zu nennen, in dem die in den Archivregistrierbüchern des Staatssicherheitsdienstes handschriftlich festgehaltenen Nachweise über Unterlagen aus den archivierten Ablagen digital erfasst (retrokonvertiert) werden. Es handelt sich hierbei um sehr erhebliche Informationsmengen. Die Arbeiten konnten im Berichtszeitraum zu großen Teilen bereits beendet werden. Sie kommen gleichzeitig künftigen archivischen Erschließungen zugute, da mit ihnen bereits

Basisdaten zur Signatur, Aktenkategorie und anderen Merkmalen des Schriftguts aus den archivierten Ablagen des Staatssicherheitsdienstes vorliegen, die zur Verzeichnung maschinell nachgenutzt werden können. Insgesamt liegen aktuell über 3,2 Millionen Datensätze vor, die aus 1 376 Archivregistrierbüchern des Staatssicherheitsdienstes retrokonvertiert wurden.

Alle Überlegungen zur Fortentwicklung und Modernisierung der IT-Fachanwendungen standen unter der Prämisse der Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv. Im Berichtszeitraum fanden hierzu zunächst innerhalb des Stasi-Unterlagen-Archivs mehrere Workshops statt, in denen Konsolidierungsbedarf sowie Ablöse- oder Entwicklungsperspektiven für die verschiedenen Fachanwendungen diskutiert wurden. Im Anschluss daran wurden diese Überlegungen in gemeinsamen Workshops mit Expertinnen und Experten aus der IT-Abteilung des Bundesarchivs vertieft und die Fachanwendungen unter dem Gesichtspunkt ihrer Integrationsfähigkeit in die fachliche IT-Architektur des Bundesarchivs betrachtet.

3.4.3 MfS-Karteien

Die beiden wichtigsten zentralen Nachweissysteme des Staatssicherheitsdienstes sind die Personenklarnamenkartei F 16 und die Vorgangskartei F 22. Im Archiv der Zentralstelle enthält die Kartei F 16 ca. 5,6 Millionen Karteikarten, die Kartei F 22 ca. 1,2 Millionen Karteikarten. Entsprechende Karteien mit regional jeweils engerem Zugschnitt sind auch zu den archivierten Ablagen der MfS-Bezirksverwaltungen vorhanden. Daneben sind weitere umfangreiche Nachweissysteme wie die Decknamenkartei F 77 oder die Straßenkartei F 78 vorhanden, die ebenfalls unverzichtbar für Recherchen sind. Alle diese Karteien wurden nach einem einheitlich vorgegebenen Schema zentral durch die dafür zuständigen Abteilungen XII (Auskunft, Speicher) geführt, die gleichzeitig für die Verwahrung der archivierten Ablagen in den Bezirksverwaltungen bzw. für den Betrieb des MfS-Zentralarchivs in Berlin verantwortlich waren. Das skizzierte Recherchesystem weist gleichzeitig auch die im MfS zentral registrierpflichtigen Vorgänge nach, die Ende 1989 beim Staatssicherheitsdienst noch nicht zur Archivierung geschlossen waren.

Die Machbarkeit einer Digitalisierung der beiden zentralen Karteien F 16 und F 22 zur künftigen Vereinfachung von personen- und aktenbezogenen Recherchen wurde im Berichtszeitraum in einem Vorprojekt untersucht. Vorrangiges Ziel ist dabei die Prüfung der Möglichkeit zur Nachnutzung eines Datenbankverfahrens aus dem Bundesarchiv, das dort der Erfassung und Recherche der beiden digitalisierten NSDAP-Mitgliederkarteien (Zentralkartei und Gaukartei) dient.

Neben diesen von den MfS-Abteilungen XII geführten Karteien werden auch die aus den verschiedenen Dienststellen des MfS überlieferten Karteien für Recherchezwecke genutzt. Insgesamt stehen allein im Archiv der Zentralstelle über 1 000 solcher dezentralen Karteien zur Verfügung; ihr Umfang beläuft sich auf über 12 Millionen Karteikarten.

Dezentral geführte Kartearten sind nochmals zu unterscheiden nach der Reichweite ihrer Nutzung in den einzelnen Dienstseinheiten, aus denen sie stammen. Es gab Kartearten, die lediglich als Arbeitskarteien in bestimmten Teilbereichen einer Dienstseinheit verwendet wurden. Ihnen stehen Kartearten gegenüber, die innerhalb der betreffenden Dienstseinheit jeweils zentrale Informations- und Nachweisfunktion hatten. An erster Stelle zu nennen sind hier die VSH-Karteien (Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien) F 401/F 402, die gleichzeitig Zugangsmittel zu den jeweils in den einzelnen Dienstseinheiten geführten Zentralen Materialablagen waren. Die VSH-Kartei hatte generell noch einen eigenen, ergänzenden Informationscharakter zu den als ZMA zusammengetragenen Unterlagen. Nicht immer waren zudem die ZMA und ihre darauf bezogene VSH-Kartei gemeinsam erhalten, sodass die VSH-Kartei bspw. dann, wenn die zugehörige ZMA verloren ist, auch den Charakter einer Ersatzüberlieferung annehmen kann.

Im Berichtszeitraum war es wiederum möglich, die zentralen Karteien inhaltlich zu ergänzen. Im Archivbereich der Zentralstelle wurden hierzu bspw. 330 Ergänzungen an den Karteien F 16 und F 22 vorgenommen, die jeweils auf eigenen, besonders gekennzeichneten BStU-Karteikarten nachgehalten wurden. Auch weitere dezentrale Karteien aus verschiedenen Dienstseinheiten konnten im Berichtszeitraum neu geordnet und zugänglich gemacht werden. Im Archivbereich der Zentralstelle betraf das 104 Karteiformen.

3.5 Digitalisierung

Im Berichtszeitraum konnten weitere Schritte unternommen werden, um den Umfang der Digitalisierung erheblich zu erweitern und die damit zusammenhängenden Abläufe effizienter zu gestalten. Insgesamt wurden inzwischen etwa 4,65 Millionen Schriftgutdigitalisate angefertigt. Hiervon sind über 1,8 Millionen Digitalisate im Berichtszeitraum erstellt worden.

Die Digitalisierung von Schriftgut erfolgt grundsätzlich im Rahmen der Antragsbearbeitung, d. h. zu Nutzungszwecken. Gleichzeitig werden die Belange der Bestandserhaltung berücksichtigt, wenn digitale Reproduktionen von originalem Archivgut erzeugt werden. Zu diesem Zweck wurden im Berichtszeitraum der Ausbau und die Modernisierung der Digitalisierungstechnik weiter vorangetrieben. Dazu gehörte die Einrichtung von Arbeitsplätzen, die den Anforderungen an eine normgerechte Digitalisierung von Kulturgut entsprechen. Maßstab für die Ausstattung sind die aktuellen Empfehlungen zur schonenden Digitalisierung, die im Mai 2019 von den Kommissionen für Bestandserhaltung der staatlichen und kommunalen Archivkonferenzen sowie des Deutschen Bibliotheksverbandes verabschiedet wurden.

Primär im Rahmen der Bestandserhaltung angesiedelt sind die Maßnahmen zur Digitalisierung von Tonaufzeichnungen sowie von Filmen und Videos aus der Hinterlassenschaft des Staatssicherheitsdienstes. Die systematische Digitalisierung von Tondokumenten ist weit vorange-

schritten. Insgesamt liegen fast 13 000 digitalisierte Tondokumente mit einer Spielzeit von ca. 22 700 Stunden vor; davon entstanden im Berichtszeitraum 1 620 Tondokumente mit insgesamt etwa 2 700 Stunden Spielzeit. Die Digitalisierung der auf Videobändern überlieferten Eigenproduktionen des Staatssicherheitsdienstes wurde auch im aktuellen Berichtszeitraum mithilfe eines externen Dienstleisters systematisch fortgesetzt. Auf die Digitalisierung der Videokassetten im Format VCR und in speziellen Sonderformaten folgt planmäßig die digitale Sicherung der VHS-Kassetten. Inzwischen wurden über 650 Videobänder speziell in diesem Vorhaben zu Sicherungszwecken digitalisiert. Insgesamt liegen mittlerweile ca. 750 Filme und Videos digital vor.

Durch den Einsatz geeigneter Massenscanner werden zudem die Voraussetzungen geschaffen, in großem Umfang auch verfilmtes Schriftgut, das hauptsächlich in Gestalt von Rollfilmen oder Filmkarten vorliegt, zügig und systematisch zu digitalisieren. Das betrifft namentlich die im sogenannten Sicherungsfonds des Staatssicherheitsdienstes hinterlegten Abbildungen von im Original zum Teil verlorenen Unterlagen. Die systematische Digitalisierung verfilmter Unterlagen kommt gleichzeitig künftigen Erschließungsarbeiten zugute, da diese an digitalen Abbildungen ergonomisch wesentlich leichter leistbar sind als an analogen Reproduktionsformen wie etwa Mikrofilmaufnahmen.

Bei der fotografischen Überlieferung lag der Schwerpunkt der Arbeiten im Berichtszeitraum auf der Digitalisierung von Fotonegativen auf Nitrozellulosefilm. Es wurden knapp 6 900 dieser Nitronegative digitalisiert. Im Rahmen von Bestandserhaltungsmaßnahmen oder Nutzungsaufträgen wurden inzwischen fast 167 000 Bildaufnahmen digitalisiert, wovon annähernd 44 000 Digitalisate im Berichtszeitraum angefertigt wurden.

Zur Nachhaltigkeit des Digitalisierungsprozesses gehört gleichermaßen eine angemessene Strategie zur dauerhaft stabilen und vertrauenswürdigen Sicherung und Verwaltung der erzeugten Digitalisate. Hierzu verfügt das Stasi-Unterlagen-Archiv über das speziell entwickelte Fachverfahren BBox. Es ermöglicht die Speicherung und Bereitstellung digitaler Objekte. In die BBox gingen zunächst die Primärinformationen und Metadaten aus der Digitalisierung von Schriftgut, Bildaufnahmen (Fotos, verfilmtes Schriftgut) oder Filmen und Videos ein. Das Fachverfahren soll perspektivisch in dem Digitalen Magazin des Bundesarchivs aufgehen. Für die geplante neue Fachanwendung BASYS 3 Magazin wurden im Rahmen einer gemeinsamen Projektgruppe unter Federführung des Bundesarchivs im Berichtszeitraum auch die spezifischen Fachanforderungen des BStU eingebracht.

Als weitere Zwischenschritte im Stasi-Unterlagen-Archiv dienen zunächst die Integration der digitalisierten Tonaufzeichnungen in die BBox, die bislang in der älteren Eigenprogrammierung AudioDigital gespeichert werden, sowie die Aufnahme von Sicherungsdigitalisaten zu den maschinenlesbaren Datenprojekten des MfS, sodass digitale Repräsentationen aller Archivgutarten des Stasi-Un-

terlagen-Archivs im Fachverfahren BBox verwaltet werden können. Derzeit sind knapp 461 000 digitale Objekte in der BBox enthalten.

3.6 Bestandserhaltung

Neben der Digitalisierung sind weitere Maßnahmen der Bestandserhaltung wichtig, um die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes auf Dauer zu sichern und nutzbar zu halten. Das Spektrum der entsprechenden Aufgaben ist breit gefächert und prägt die Aufgabenwahrnehmung in den Archivbereichen des BStU seit Anbeginn.

Auf der Grundlage des Fachkonzepts Bestandserhaltung, das im Rahmen der Organisationsuntersuchung beim BStU erstellt wurde (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 8), konnten im Berichtszeitraum weitere Planungsschritte und Aufgabenpakete zur präventiven und reaktiven Substanzwahrung konkretisiert und mit dem Bundesarchiv abgestimmt werden. In den gemeinsamen Planungen für ein Archivzentrum in Berlin-Lichtenberg ist hierzu ein „Kompetenzzentrum Bestandserhaltung“ vorgesehen, das in größerem Maßstab konservatorische und restauratorische Arbeiten ermöglichen soll. Im Berichtszeitraum wurden mit dem Bundesarchiv u. a. Planungsunterlagen für eine neue Restaurierungswerkstatt erarbeitet. Gleichzeitig wurden bauliche, raumklimatische, lagerungs- und verpackungstechnische Parameter zur fachgerechten Unterbringung von Archivgut weiter verfeinert und aufeinander abgestimmt.

Darüber hinaus wurden auch im aktuellen Berichtszeitraum verschiedene Einzelmaßnahmen zur Bestandserhaltung vorangetrieben und umgesetzt. Hervorgehoben werden kann die Einrichtung von neuen, speziell klimatisierten Magazinräumen im Archivbereich der Zentralstelle, in denen der Bestand an audiovisuellem Archivgut optimiert gelagert werden kann. Die entsprechenden Baumaßnahmen wurden im Berichtszeitraum erfolgreich abgeschlossen. Ebenfalls weitergeführt wurde die fachgerechte Aufbereitung von Archivgut vor der Erstnutzung. Im Berichtszeitraum wurden hierzu fast 119 000 Archivalien technisch aufbereitet; der Gesamtumfang beläuft sich mittlerweile auf ca. 3,2 Millionen Einheiten. Fortgesetzt wurde auch die Verpackung und Umverpackung von Archivgut, deren Modalitäten mit dem Bundesarchiv fachlich abgestimmt wurden. Zusätzlich läuft ein entsprechendes Arbeitsvorhaben am Standort Chemnitz in Vorbereitung auf den Umzug der Außenstelle in eine Liegenschaft des Sächsischen Staatsarchivs (siehe Abschnitt 2.5). Insgesamt sind inzwischen 5 250 lfd. M. Archivgut neu verpackt bzw. umverpackt worden, hiervon über 2 000 lfd. M. im Berichtszeitraum.

In der bestehenden Restaurierungswerkstatt wurden im Berichtszeitraum 1 244 Akten, 5 143 Karteikarten, 70 Registrierbücher, 107 Fotopositive sowie 443 Karten und Pläne restauriert. Zur reaktiven Bestandserhaltung sind auch die Aufwände zu zählen, die bei der manuellen Rekonstruktion zerrissener Unterlagen umgesetzt werden.

3.7 Rekonstruktion zerrissener Unterlagen

3.7.1 Feinsichtung

Noch immer lagern in den Magazinen des BStU rund 15 500 Behältnisse (meist Säcke), in denen sich Millionen im Spätherbst 1989 zerrissener Schriftstücke befinden, die das MfS noch eilig beseitigen wollte. Eine erste Sichtung des damals noch umfangreicheren Materials fand 1991 mit dem Ziel statt, die Säcke ihren Provenienzen zuzuordnen, intaktes Material zur sofortigen Erschließung zu entnehmen sowie nicht mehr rekonstruierbares Schriftgut auszusondern. Zu vielen Säcken wurden zusätzlich weitere Daten aufgenommen: Zum Zerstörungsgrad der Papiere, zu deren Inhalt oder zum Vorhandensein von audiovisuellen Medien.

Um die beiden Rekonstruktionsverfahren gut miteinander zu verzahnen, Lücken in den Archivbeständen gezielter zu schließen und sicherzustellen, dass bedeutsame Informationen in der Rangfolge der Bearbeitung weit oben stehen, werden die Behältnisse mit den zerrissenen Unterlagen seit mehreren Jahren detailliert gesichtet. Nachdem die Erschließung der materialintakten Bestände in den Archiven der Außenstellen weitestgehend abgeschlossen ist, konnte die Sichtung im Berichtszeitraum auch dort aufgenommen werden. Insgesamt sind mittlerweile ca. 6 000 Behältnisse feingesichtet, davon jeweils die Hälfte in der Zentralstelle in Berlin und den Außenstellen.

3.7.2 Manuelle Rekonstruktion

Die manuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen wurde im Berichtszeitraum personell verstärkt und organisatorisch in eine Linienaufgabe umgewandelt. Die Rekonstruktionsarbeiten stoßen weiterhin auf öffentliche Aufmerksamkeit (siehe Abschnitte 5.4.3.3 und 5.8).

Im Berichtszeitraum konnten zerrissene Dokumente, Vorgänge und Aktenteile im Umfang von über 44 700 Blatt wiederhergestellt und an die Erschließungsbereiche des BStU übergeben werden. Seit Beginn der Arbeiten sind damit insgesamt ca. 1,67 Millionen Blatt händisch rekonstruiert worden.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Arbeiten lag auf der Wiederherstellung von Unterlagen aus den MfS-Bezirksverwaltungen Cottbus und Frankfurt (Oder). Ferner konnten Dokumente der Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund) aus der Zentrale des MfS rekonstruiert und dem Erschließungsbereich zur weiteren Bearbeitung zur Verfügung gestellt werden (siehe Abschnitte 3.3.1 und 3.3.2.2).

3.7.3 Virtuelle Rekonstruktion

Mit dem im Jahre 2007 vom Deutschen Bundestag initiierten Projekt der IT-gestützten (virtuellen) Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen verfolgt der BStU das Ziel, auch solche Informationen wieder zugänglich zu machen, die sich händisch wegen der geringen Schnipselgröße nicht wiederherstellen lassen. Zudem soll die Wiederher-

stellung der Dokumente mit technischer Hilfe beschleunigt werden.

Bis Ende 2016 gelang es, mit der vom Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) entwickelten Software, dem sogenannten e-Puzzler, Schriftgut aus 23 Säcken mit zerrissenen Unterlagen wieder zusammenzusetzen. Im Laufe des Projekts zeigte sich allerdings, dass die zur Verfügung stehende Scantechnik den speziellen Anforderungen an die Bildqualität und den zu verarbeitenden Mengen nicht gerecht wurde. Dadurch haben sich die Zeit- und Finanzierungsplanungen mehrfach verschoben. Aktuell ruht der technische Prozess. Die mithilfe des virtuellen Verfahrens zusammengesetzten Seiten wurden dem BStU vom IPK als Papierausdruck und digitale Daten übergeben. Mittlerweile sind sie vollständig erschlossen und rund 71 800 Seiten stehen zur Nutzung bereit.

Solange ein Massenverfahren nicht realisierbar ist, soll die virtuelle Rekonstruktion beim BStU künftig als begleitendes Erschließungsinstrument im archivischen Regelbetrieb genutzt werden. Eine vom IPK vorgelegte angepasste Projektskizze, die ihren Schwerpunkt auf die Entwicklung und den Bau eines dafür geeigneten Scansystems legt, ist derzeit Gesprächsgrundlage für die Aufnahme von Verhandlungen zum Abschluss eines Vertrages zur Fortsetzung des Projekts.

4 Verwendung von Unterlagen auf Antrag und Ersuchen

Auch nach fast 30 Jahren des Umgangs mit den Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ist ein Ende der im Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) vorgegebenen Aufgabe, Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft, Einsicht und Herausgabe zu bearbeiten, noch nicht in Sicht. Wann immer in der Öffentlichkeit vergangenheitsbezogene Themen aufgegriffen und gesellschaftlich diskutiert wurden, war dies mit einem stärkeren

persönlichen Interesse an den Stasi-Unterlagen verbunden und führte punktuell zu höheren Eingangszahlen. So verzeichnete die Behörde anlässlich des 30. Jahrestages der Friedlichen Revolution im Jahr 2019 einen starken Anstieg der Antragszahlen über mehrere Monate auf insgesamt 56 526, was einem Antragszuwachs um rund 25 Prozent zur Gesamtmenge des Vorjahres entsprach.

Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 nahmen die Antragszahlen vorübergehend deutlich ab. Mit der Stabilisierung der allgemeinen Lage nahmen auch die Antragszahlen ab Juni 2020 wieder zu, erreichten aber nicht den Vorjahreswert (siehe Tabelle 2).

4.1 Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft aus, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes

Im Berichtszeitraum gingen 59 240 Erstanträge und 23 351 Wiederholungsanträge von Bürgerinnen und Bürgern auf persönliche Akteneinsicht ein. 60 Prozent aller Anträge wurden in den zwölf Außenstellen registriert und bearbeitet (siehe Tabelle 3, S. 29).

Folgeanträge, die sich aus der Einsichtnahme ableiteten und die Herausgabe von Kopien oder die Bekanntgabe von Namen der Personen betrafen, die in den betreffenden Unterlagen nur mit einem Decknamen genannt waren, summierten sich im Berichtszeitraum auf 11 342.

Insgesamt wurden seit Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes am 29. Dezember 1991 im Rahmen der persönlichen Akteneinsicht bis zum 31. Dezember 2020 von fast 2,17 Millionen Bürgerinnen und Bürgern rund 3,35 Millionen Anträge gestellt. Hiervon wurden bereits 3,32 Millionen bearbeitet.

Tabelle 2

Anträge zur persönlichen Akteneinsicht nach Antragsarten

Anträge	1990–2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	gesamt
Erstanträge	1 905 739	38 869	40 994	37 499	27 348	28 454	26 875	35 554	23 686	2 165 018
Wiederholungsanträge	369 759	15 698	15 982	14 756	11 674	11 543	10 564	14 156	9 195	473 327
Decknamen-anträge	495 198	8 330	9 270	8 742	8 175	7 521	6 755	5 908	4 088	553 987
Kopieranträge nach Akteneinsicht	147 629	1 349	1 517	1 547	1 437	1 337	1 115	908	438	157 277
gesamt	2 918 325	6 4246	67 763	62 544	48 634	48 855	45 309	56 526	37 407	3 349 609

Tabelle 3

Bürgeranträge gesamt
Verteilung der Antragseingänge auf die einzelnen Bundesländer

Bundesland davon Standort	Anträge gesamt	davon Anträge 2019	davon Anträge 2020
Berlin – Zentralstelle	830 143	18 020	14 842
Bundesländer			
Mecklenburg-Vorpommern	365 512	5 404	3 195
Neubrandenburg	87 382	1 066	724
Rostock	141 343	2 132	1 300
Schwerin	136 787	2 206	1 171
Brandenburg	311 980	2 588	1 674
Frankfurt (Oder)	193 656	2 588	1 674
Potsdam*	118 324	0	0
Sachsen-Anhalt	421 714	7 057	4 446
Halle	180 602	3 115	1 848
Magdeburg	241 112	3 942	2 598
Thüringen	547 449	9 529	4 892
Erfurt	260 005	4 256	2 386
Gera	145 956	2 656	1 129
Suhl	141 488	2 617	1 377
Sachsen	872 811	13 928	8 358
Chemnitz	326 022	3 698	2 545
Dresden	304 516	5 543	3 391
Leipzig	242 273	4 687	2 422
BStU gesamt	3 349 609	56 526	37 407

* bis 31.12.2008; seitdem werden diese Anträge in der Zentralstelle erfasst.

4.1.1 Antragstellung

Seit 1992 ist das Recht jeder und jedes Einzelnen im Stasi-Unterlagen-Gesetz verankert, Zugang zu den vom Staatssicherheitsdienst zu ihrer oder seiner Person gespeicherten Informationen zu erhalten, unabhängig vom Wohnsitz, der Nationalität oder dem Charakter der möglichen Beziehung zum MfS, um eine Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes auf das persönliche Schicksal aufklären zu können. Diesen Zugang kann jede Person ohne Angabe von Gründen und mit einer beigefügten Identitätsbestätigung beantragen. Begründet werden müssen allerdings Anträge zu verstorbenen oder vermissten nahen Angehörigen. Solchen Anträgen sind zusätzlich die entsprechenden Nachweise über den Vermisstenstatus oder den Tod der

oder des nahen Angehörigen sowie die Nachweise über das Verwandtschaftsverhältnis beizufügen.

Anträge können formlos oder auf einem Vordruck des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) erfolgen. Ebenso ist eine Online-Antragstellung mittels des neuen Personalausweises mit freigeschalteter Online-Funktion in Verbindung mit einem Kartenlesegerät oder der Ausweis-App² möglich. Zur ordnungsgemäßen Antragsbearbeitung werden die Personendaten Vorname, Familienname, Anschrift, Geburtsdatum, -ort und -name aus dem Personalausweis gelesen. Auf diesem Weg erfolgt gleichzeitig die Bestätigung der Identität. Von diesem elektronischen Verfahren der Antragstellung

machten 2019 durchschnittlich 400 Bürgerinnen und Bürger im Monat Gebrauch. 2020 gingen 7 749 Anträge auf diesem Wege ein.

4.1.2 Anträge als Dritte

In etwa einem Drittel der Fälle kommt es vor, dass keine Unterlagen zur antragstellenden Person im erschlossenen Archivbestand aufgefunden werden. In diesen Fällen kann eventuell eine Antragstellung als sogenannte Dritte oder sogenannter Dritter im Sinne des StUG zum Auffinden von Unterlagen führen. Oft erinnern sich Antragstellerinnen und Antragsteller an besondere Ereignisse, bestimmte Sachverhalte und damals involvierte Personen, in deren möglicherweise vorhandenen Unterlagen sie auch Informationen zu ihrer Person vermuten, weil das MfS bei beobachteten Personen oder auffälligen Sachverhalten regelmäßig auch Informationen zum Umfeld dokumentierte. Um diesen Fällen Rechnung zu tragen, sieht das StUG eine Recherche als Dritte unter bestimmten Antragsvoraussetzungen vor (siehe § 13 Abs. 7 StUG). Grundsätzlich muss die oder der Einzelne diese Recherche beantragen und Angaben machen, die das Auffinden der vermuteten Informationen ermöglichen. Für eine zielführende Recherche werden Namen, Geburtsdaten und Wohnorte der Personen benötigt, in deren möglicherweise vorhandenen Unterlagen die Informationen zur antragstellenden Person vorhanden sein könnten. Im Berichtszeitraum wurden 10 965 solcher Recherchen durchgeführt.

4.1.3 Anträge naher Angehöriger vermisster oder verstorbener Personen

Für nahe Angehörige von vermissten oder verstorbenen Personen wurde der Zugang mit der achten Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes im Jahre 2011 erleichtert. Seitdem haben Verwandte ersten und zweiten Grades nicht nur zu den im § 15 Abs. 1 Satz 1 StUG genannten

Zwecken der Rehabilitierung, zum Schutz des Persönlichkeitsrechts, insbesondere der Klärung des Vorwurfs der Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst oder der Aufklärung des Schicksals Vermisster oder Verstorbener Zugang, sondern auch ein Zugangsrecht, wenn sie sonstige berechnete Interessen glaubhaft machen, die allerdings im Zusammenhang mit dem Aufarbeitungszweck des Stasi-Unterlagen-Gesetzes stehen müssen (siehe Tabelle 4, S. 30). Oft ist Letzteres den antragstellenden Personen nicht bewusst, was sich in einem größeren Beratungsbedarf äußert. Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen an, dass eine uneingeschränkte Einsicht in die vom Staatssicherheitsdienst zur Person der oder des Vermissten oder Verstorbenen angelegten Unterlagen möglich sei. Jedoch macht der Gesetzgeber hier vom Grundsatz, dass jede oder jeder Einzelne nur Informationen zur eigenen Person erhält, eine Ausnahme, die in jedem Einzelfall zu begründen ist, weil die oder der nahe Angehörige nicht die gleichen Einsichtsrechte hat, die die oder der Verstorbene oder Vermisste gehabt hätte.

Für den Aktenzugang weiterer Verwandter bis zum dritten Grad sind ausschließlich die bereits genannten Antragszwecke des § 15 Abs. 1 StUG maßgeblich. Nicht selten ist mit diesen Anträgen ein erhöhter Bearbeitungsaufwand wegen der Nachforderungen von beizubringenden Unterlagen verbunden, bspw. Personenstandsurkunden, Abstammungsnachweise, Begründungen zum Antragszweck oder Schriftsätze zum geltend gemachten berechtigten Interesse als zu prüfende Zulässigkeitsvoraussetzungen. In jedem Einzelfall ist abzuwägen, ob die Zweckbegründung des Antrages ein die Auskunft, Einsichtnahme oder Herausgabe rechtfertigendes Interesse trägt. Die folgenden Recherchen und das spätere Zugänglichmachen der Unterlagen zu Verstorbenen oder Vermissten erfolgt hier ausschließlich zu dem von der antragstellenden Person angegebenen Zweck und dem geltend gemachten berechtigten Interesse.

Tabelle 4

Anträge zu vermissten oder verstorbenen nahen Angehörigen nach § 15 StUG

Jahr	Erstanträge gesamt	davon nach § 15 StUG	
		Anzahl	in Prozent
2014	40 181	4 964	12
2015	37 449	5 215	14
2016	27 348	4 184	15
2017	28 454	4 410	15
2018	26 875	4 522	16
2019	35 554	5 875	16
2020	23 686	4 523	19

4.1.4 Bearbeitungszeiten und Eilbedürftigkeit

Die Wartezeit für die Bürgerinnen und Bürger bis zur Erledigung ihres Antrages hängt von vielen Faktoren ab. Die kontinuierlichen Antragszahlen der Vergangenheit und der Bearbeitungsrückstau früherer Berichtszeiträume hatten auch im aktuellen Berichtszeitraum wieder die stärksten Auswirkungen auf die Bearbeitungsdauer. Wiederkehrende Jahrestage zu historischen Ereignissen und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen der Behörde auf Bundes- oder Landesebene lassen die Antragszahlen mitunter kurzzeitig ansteigen; so auch im aktuellen Berichtszeitraum.

Weitere, die Bearbeitungszeit beeinflussende Faktoren sind die Rechercheaufwände. Diese können aufgrund der von den Antragstellenden gemachten Angaben zu ehemaligen Wohnorten oder Lebenssituationen unterschiedlich sein, weil entsprechend den Angaben möglicherweise auch in den Beständen der Außenstellen zu recherchieren ist. Der jeweilige Erschließungsstand und die Fülle des zu recherchierenden Materials sind weitere Faktoren für variierende Zeitaufwände.

So erhalten Bürgerinnen und Bürger die Auskunft, dass zu ihnen keine Erfassungen durch den Staatssicherheitsdienst vorliegen oder die Auskunft, dass lediglich Karteikarten vorhanden sind, nach maximal sechs Monaten. In den Fällen, in denen Material aufgefunden wurde, das zur Herausgabe gemäß StUG aufbereitet werden musste, lag die maximale Bearbeitungszeit im Berichtszeitraum bei ca. eineinhalb Jahren. Um regional differierende Wartezeiten zu steuern, die aufgrund der unterschiedlich hohen Antragsgänge in der Zentrale und den Außenstellen entstehen, wird mittels Kooperationen der Referate und Außenstellen die Bearbeitung von Anträgen umverteilt. Dieses Verfahren hat sich bewährt. Auf die inhaltliche Antragsbearbeitung hat es für die Bürgerinnen und Bürger keine Auswirkungen.

Um den Antragstellerinnen und Antragstellern den mit einem Besuch in der Behörde verbundenen Aufwand für die Wahrnehmung einer Akteneinsicht zu ersparen, wird Material kopiert und direkt zugeschickt, wenn Archivgut nur in geringem Umfang ermittelt werden konnte. Der überwiegende Teil der Erledigungen erfolgt inzwischen auf diesem Wege. Auch während der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie war das kontaktarme Arbeiten von Vorteil. Darüber hinaus ist jederzeit eine persönliche Einsichtnahme vor Ort möglich (siehe Tabellen 5, S. 32, und 6, S. 33).

Grundsätzlich erfolgt die Bearbeitung aller Anträge in der zeitlichen Reihenfolge ihres Eingangs. Gesetzlich vorgesehen ist allerdings eine vorrangige Bearbeitung von Anträgen zu Zwecken der Rehabilitation/Wiedergutmachung, zur Abwehr einer Gefährdung des Persönlichkeitsrechts oder zur Entlastung vom Vorwurf einer Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst. Neben den vom Gesetzgeber fixierten Gründen werden auch Anträge von Personen mit lebensbedrohenden oder lebensverkürzenden Krankheiten eilbedürftig bearbeitet, wenn dies begründet dargelegt wird. In jedem Einzelfall erfolgt die Entscheidung zur vorrangigen Bearbeitung auf Basis der

Begründung der antragstellenden Person. Diese wird nicht automatisch dauerhaft aufrechterhalten, bspw. für spätere Wiederholungsanträge, sondern ist vielmehr individuell ereignis- und sachbezogen.

4.1.5 Bürgerberatung

Zu den Aufgaben des Bundesbeauftragten gehört die umfassende Beratung zu den gesetzlichen Nutzungsmöglichkeiten der Stasi-Unterlagen. In der Berliner Zentralstelle sowie in den zwölf Außenstellen stehen Mitarbeitende für persönliche Beratungen zur Verfügung. Bürgerinnen und Bürger, aber auch ersuchende Stellen oder Personen aus Forschung und Medien können sich mit ihren Anliegen persönlich, telefonisch oder per E-Mail an die Bürgerberatung wenden und erhalten schnell und serviceorientiert die gewünschten Informationen. Dieses Angebot wurde auch im Berichtszeitraum von vielen Menschen in Anspruch genommen.

Auch die Außenstellen bieten diese Beratungen an, organisieren Beratungstage in der Region – zumeist unterstützt durch Stadt- und Kommunalverwaltungen, oft auch in Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur – oder gehen anlässlich von Wanderausstellungen oder regionalen Großereignissen direkt auf die Bürgerinnen und Bürger zu.

Für die Beurteilung des Anliegens ist es notwendig, möglichst konkrete Informationen von den Ratsuchenden zu erhalten, um die rechtlichen Zugangsmöglichkeiten zu den Unterlagen klären zu können. Beratungsgespräche sind daher oft sehr persönlich. Nicht selten erklären Bürgerinnen und Bürger, dass die Beratung beim BStU eine besondere Anlaufstelle für sie ist und verleihen ihrer Hoffnung Ausdruck, dass ihnen bei der Suche nach Erklärungen für erlittenes Leid weitergeholfen werden kann. Die Mitarbeitenden der Bürgerberatung geben neben der Information über die Zugangsmöglichkeiten zu den Hinterlassenschaften des MfS auch Hinweise auf weitere Stellen, an die sich Menschen wenden können, die ihr persönliches Schicksal aufarbeiten möchten, wie bspw. die Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, das Bundesarchiv, die Landesarchive oder den Personensuchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, oder empfehlen mitunter den Kontakt zu Einrichtungen, die etwa bei der Aufarbeitung von durch politische Haft entstandenen Traumata unterstützen können.

Am 24. Oktober 2019 beschloss der Deutsche Bundestag eine Änderung der Rehabilitierungsgesetze. Wesentliche Kernpunkte waren die Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten für die sogenannte Opferrente durch Senkung der Mindesthaftzeit in § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) von 180 Tagen auf 90 Tage, die Erhöhung der Opferrente um 30 Euro, die Vereinfachung der Sachaufklärung verfolgungsbedingter Heimunterbringung sowie der Wegfall sämtlicher Befristungen.

Im Berichtszeitraum ist daher der Beratungsbedarf der Betroffenen zu diesem sensiblen Thema angestiegen, ge-

Tabelle 5

Übersicht über die 2019 erledigten Erst- und Wiederholungsanträge zur persönlichen Akteneinsicht in der Zentralstelle und in den Außenstellen des BStU

	Summe der Anträge	Rücknahme oder Ablehnung des Antrags	Zusendung von Informationen			Persönliche Akteneinsicht vor Ort
			keine Erfassung	Übersendung von Kopien von Karteikarten	Schriftliche Auskunft mit Kopien der gesamten Unterlagen	
Mecklenburg-Vorpommern	3 636	200	1 180	877	1 146	233
Neubrandenburg	904	49	232	188	331	104
Rostock	1 593	95	508	335	552	103
Schwerin	1 139	56	440	354	263	26
Brandenburg	3 037	68	591	604	1 742	32
Frankfurt (Oder)	3037	68	591	604	1 742	32
Sachsen-Anhalt	4 394	284	1 523	1 083	1 274	230
Halle	1 979	136	831	450	498	64
Magdeburg	2 415	148	692	633	776	166
Thüringen	7 455	294	1 871	2 124	2 923	243
Erfurt	2 917	152	957	1 043	690	75
Gera	2 713	86	592	599	1 378	58
Suhl	1 825	56	322	482	855	110
Sachsen	9 772	452	3 252	2 002	3 704	362
Chemnitz	2 192	136	955	701	302	98
Dresden	4 258	193	1 292	595	2 051	127
Leipzig	3 322	123	1 005	706	1 351	137
Summe Außenstellen	28 294	1 298	8 417	6 690	10 789	1 100
Zentralstelle	15 098	1 203	5 076	2 413	6 061	345
BStU gesamt	43 392	2 501	13 493	9 103	16 850	1 445

Tabelle 6

Übersicht über die 2020 erledigten Erst- und Wiederholungsanträge zur persönlichen Akteneinsicht in der Zentralstelle und in den Außenstellen des BStU

	Summe der Anträge	Rücknahme oder Ablehnung des Antrags	Zusendung von Informationen			Persönliche Akteneinsicht vor Ort*
			keine Erfassung	Übersendung von Kopien von Karteikarten	Schriftliche Auskunft mit Kopien der gesamten Unterlagen	
Mecklenburg-Vorpommern	3 070	205	1 330	754	692	89
Neubrandenburg	739	44	261	152	234	48
Rostock	1 208	98	517	272	295	26
Schwerin	1 123	63	552	330	163	15
Brandenburg	2 403	105	564	475	1 240	19
Frankfurt (Oder)	2 403	105	564	475	1 240	19
Sachsen-Anhalt	3 976	274	1 243	878	1 444	137
Halle	1 727	129	692	404	475	27
Magdeburg	2 249	145	551	474	969	110
Thüringen	6 355	205	1 578	1 732	2 707	133
Erfurt	3 004	121	878	973	981	51
Gera	1 892	37	401	414	1 015	25
Suhl	1 459	47	299	345	711	57
Sachsen	8 792	462	2 832	1 780	3 538	180
Chemnitz	1 938	125	885	598	285	45
Dresden	3 887	198	1 137	606	1 888	58
Leipzig	2 967	139	810	576	1 365	77
Summe Außenstellen	24 596	1 251	7 547	5 619	9 621	558
Zentralstelle	14 205	1 220	6 006	2 566	4 283	130
BStU gesamt	38 801	2 471	13 553	8 185	13 904	688

* Der starke Rückgang der Erledigungsart Akteneinsicht ist auf die Schließung der Lesesäle des BStU aufgrund der Corona-Pandemie in der Zeit vom 24.3.2020 bis 1.6.2020 und vom 16.12.2020 bis 31.12.2020 zurückzuführen. Nach Wiederaufnahme des öffentlichen Services standen nur eingeschränkte Lesekapazitäten entsprechend den jeweiligen Raumgrößen zur Verfügung.

tragen von der Sorge, die beim BStU vorhandenen Unterlagen möglichst schnell auszuwerten und zugänglich zu machen. Die Eilbedürftigkeit wird in diesen Fällen grundsätzlich bejaht. Daneben wird in diesem Zusammenhang immer auch auf die für die Rehabilitierung zuständigen Behörden oder Gerichte verwiesen.

Allein durch die Bürgerberatung in der Berliner Zentrale wurden im Berichtszeitraum 1 316 persönliche und 4 648 telefonische Gespräche zu den verschiedensten Anliegen durchgeführt. Im E-Mail Kontakt wurden 1 318 Anfragen beantwortet.

Die Corona-Pandemie hatte einen gravierenden Einfluss auf den persönlichen Kontakt vor Ort. Aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen war eine persönliche Beratung in der Zentrale sowie den Außenstellen von März bis Mai und im Dezember 2020 vorübergehend nicht möglich. Allerdings blieben die telefonische Beratung sowie die Beantwortung von E-Mails weiterhin sichergestellt. Die Anfragemenge sank im Frühjahr 2020 auf die Hälfte vergleichbarer früherer Monate ab. Ab Juni 2020 verzeichnete die Behörde wieder einen Anstieg an Beratungswünschen.

4.2 Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen

4.2.1 Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts

Durch das Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 22. November 2019 (BGBl. I, S. 1 752) sind die bis Ende 2019 geltenden Fristen beseitigt worden, bis zu denen von politischer Verfolgung in der ehemaligen DDR Betroffene einen Antrag auf Rehabilitierung stellen und Leistungsansprüche zu Zwecken der Wiedergutmachung erlittenen Unrechts geltend machen konnten. Seitdem können Menschen entsprechende Rechte ohne zeitliche Begrenzung wahrnehmen.

Die am 29. November 2019 in Kraft getretenen Verbesserungen haben bspw. den Kreis der Anspruchsberechtigten auf eine besondere Zuwendung für Haftopfer (sogenannte Opferrente) erweitert, weil die Mindesthaftzeit von 180 auf 90 Tage gesenkt wurde. Auch können Betroffene einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsmaßnahme, die mit dem Ziel der Zersetzung erfolgte, nun nach § 1 a Abs. 2 des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (VwRehaG) eine einmalige Leistung in Höhe von 1 500 Euro erhalten. Darüber hinaus hat sich die Zahl ehemals heimuntergebrachter Kinder, die soziale Ausgleichleistungen beantragen können, erhöht, weil die verfolgungsbedingte Einweisung unter bestimmten Bedingungen nicht mehr nachgewiesen werden muss, sondern vermutet werden darf.

All dies wirkte sich unmittelbar ab Inkrafttreten der geänderten gesetzlichen Regelungen spürbar auf die Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs aus. Ab Dezember 2019 reichten die zuständigen Rehabilitierungsbehörden beim BStU in viel größerem Maße als bisher Ersuchen um Mitteilung

ein. Dabei ging es um Sachverhaltsfeststellung staatlichen Unrechts einerseits, vor allem aber um Ausschließungsgründe, die der Gewährung von Folgeansprüchen nach den jeweiligen Rehabilitierungsgesetzen entgegenstehen können, wie insbesondere der Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit, welcher vor allem aus einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit der oder des Betreffenden für den Staatssicherheitsdienst herrühren kann.

Im Berichtszeitraum insgesamt konnten den zuständigen Stellen zu 27,6 Prozent der eingereichten Personennamen Mitteilungen aus den Archivunterlagen gemacht werden. Speziell zu denjenigen, die eine Opferrente beantragten, haben sich in 10,8 Prozent der angefragten Fälle Hinweise auf Ausschließungsgründe ergeben.

Zum Zweck der strafrechtlichen Rehabilitierung wurde seitens der Gerichte zu 1 280 Personen angefragt und von Behörden in Wiedergutmachungsangelegenheiten zu 5 348 Personen.

Damit stieg für die Jahre 2019 und 2020 die Personenzahl gegenüber dem Berichtszeitraum des 14. Tätigkeitsberichts um 56 Prozent, während dort noch gegenüber dem Berichtszeitraum des 13. Tätigkeitsberichts ein Rückgang um 29 Prozent zu vermelden war (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 35).

4.2.2 Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr

Während im Berichtszeitraum keine Ersuchen zum Zweck der Gefahrenabwehr gestellt wurden, nutzten Gerichte und Ermittlungsbehörden weiterhin das Stasi-Unterlagen-Archiv zur Aufklärung sowohl von Straftaten, die keiner Verjährung unterliegen, als auch von gegenwärtig begangenen Delikten, bei denen dann aber nach Täterspuren gesucht wurde, die sich vielleicht schon in Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes abbildeten. Die Anfragen nach in den Archivablagen vorhandenen Hinweisen zu Personen und Sachverhalten kamen demzufolge etwa von Ermittlungsbehörden, die sich mit Altfällen ungeklärter Tötungsverbrechen befassten. Weitere Themenbereiche betrafen z.B. Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz oder bezogen sich auf den Terrorismus. Selbst die Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Regime war im Berichtszeitraum der Jahre 2019 und 2020 noch nicht abgeschlossen und richtete sich gegen noch lebendes Wachpersonal des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen oder befasste sich mit dem im Jahr 1944 von Verbänden der Waffen-SS begangenen deutschen Kriegsverbrechen in der französischen Gemeinde Oradour.

Als für Zwecke der Strafverfolgung nach wie vor hinderlich hat sich die unverändert gebliebene Fassung des zweiten Absatzes im Paragraphen 23 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes erwiesen (siehe zuletzt 14. Tätigkeitsbericht, S. 35). Da sich der Wortlaut statt auch auf Betroffene im Sinne von § 6 Abs. 3 StUG nur auf Personen bezieht, die zur Gruppe der hauptamtlichen oder inoffiziellen Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes gehören müssen, durfte selbst bei thematisch einschlägig vorhandenem Archivmaterial keine Mitteilung zu Personen gemacht werden, wenn diese Betroffene im Sinne des StUG waren. Damit gingen trotz gelegentlich bestehender archivischer Hinweise die Ermittlungsanfragen in diesen Fällen aus rechtlichen Gründen ins Leere. Das betraf etwa Ermittlungsverfahren zu Kunstdiebstählen, aber auch Fälle sexuellen Kindesmissbrauchs. Insgesamt waren die Anfragen zu 100 Personen ergebnislos, während in 88 Fällen weiterführende Erkenntnisse übermittelt werden konnten.

4.2.3 Verwendung von nicht personenbezogenen Unterlagen

Die schon seit 2011 bestehende Möglichkeit einer verbesserten Nutzung von Unterlagen, die nicht gezielt zu Personen angelegt worden sind, wurde im Berichtszeitraum verstärkt wahrgenommen. Anträge zu diesen Unterlagen stellten zumeist Personen, die nicht in erster Linie mit entsprechender Publikationsabsicht die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes im Sinne der §§ 32 ff. StUG aufarbeiten wollen. Das inhaltliche Verwendungsinteresse betraf verschiedene Aspekte. Häufig ging es um Dokumente, Richtlinien, Befehle und Ordnungen des MfS und anderer Ministerien, Organisationen und Institutionen. Ebenfalls oft nachgefragt wurden Dissertationen und Diplomarbeiten ehemals hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Juristischen Hochschule des MfS (JHS). Weitere Verwendungen bezogen sich etwa auf Kartensammlungen zum geteilten Berlin oder betrafen Fotos und Karten von städtischen Straßenabschnitten oder von Grenzübergangsstellen der DDR.

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 44 Verwendungsanträge nach § 26 StUG gestellt.

4.2.4 Überprüfung von Personen

Durch die Entscheidung des Gesetzgebers, die Prüfungsfrist des in den §§ 20/21 Abs. 3 StUG genannten Personenkreises auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst von Ende 2019 bis 2030 zu verlängern, sind im Berichtszeitraum Personen in herausgehobenen Funktionen überprüft worden (zum deutlich abnehmenden Umfang siehe bereits 14. Tätigkeitsbericht, S. 36). Zu Fallzahlen aus dem Berichtszeitraum siehe Anhang 11.

4.2.4.1 Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, sonstige kommunale Funktionsträgerinnen und Funktionsträger sowie Regierungsmitglieder

Diese Möglichkeit der Überprüfung wurde von vielen kommunalen Vertretungen (Kreistage, Stadträte und Gemeinderäte) der ostdeutschen Bundesländer genutzt, deren Mitglieder bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 gewählt wurden. Insgesamt wurden in den Jahren 2019 und 2020 Ersuchen zu 1 403 Personen eingereicht. Selbst seitens der Bezirksverordnetenversammlungen des Landes Berlin, deren Wahlen bereits im Jahr 2016 stattfanden, gab es noch im Berichtszeitraum zu vier (nachgerückten) Mitgliedern Ersuchen um Mitteilung. Insgesamt wurden

zu 26 Mitgliedern von kommunalen Vertretungen Hinweise auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst mitgeteilt.

Was die kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten (u. a. Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister), ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie entsprechende Vertreterinnen und Vertreter eines Gemeindeteils (Ortsvorsteherin und Ortsvorsteher, Ortsbürgermeisterin und Ortsbürgermeister) betrifft, wurden im Berichtszeitraum zwecks Überprüfung insgesamt 316 Ersuchen um Mitteilung gestellt; solche Ersuchen erreichten den BStU vorrangig aus den Ländern Sachsen und Thüringen.

Oftmals lässt sich, wie bereits im letzten Bericht mitgeteilt (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 37), ein Ersuchen zu bspw. einer Bürgermeisterin oder einem Bürgermeister nicht ausschließlich als Ersuchen zu einer oder einem kommunalen Wahlbeamtin oder Wahlbeamten behandeln, da diese Person auch als Mitglied eines Gemeinde- oder Stadtrates überprüft werden kann. Im Freistaat Thüringen erfolgt jedoch nach der Wahl einer kommunalen Wahlbeamtin oder eines kommunalen Wahlbeamten durch die jeweilige Rechtsaufsichtsbehörde eine Regelüberprüfung auf hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst. Diese Möglichkeit nutzten die genannten Behörden in 285 Fällen. Bei den zur Überprüfung eingereichten kommunalen Vertreterinnen und Vertretern sowie den kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten ergab sich in dem Zeitraum 2019/2020 eine Belastungsquote von insgesamt 2 Prozent.

In einigen Bundesländern fanden im Herbst 2019 Parlamentswahlen statt. In der anschließenden Wahlperiode ersuchten die Landtage von Sachsen zu 64 Abgeordneten und von Brandenburg zu 49 Abgeordneten um Mitteilung. Aus Parlamenten, deren Legislaturperioden und Stasi-Überprüfungsverfahren bereits vor 2019 begonnen hatten, erreichten den BStU in diesem Berichtszeitraum Ersuchen zu 71 Bundestagsabgeordneten, zu drei Mitgliedern des Abgeordnetenhauses von Berlin und zu einem Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt. Die Recherchen ergaben bei vier Abgeordneten Hinweise auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst. In zwei Fällen war den ersuchenden Stellen diese Tätigkeit bereits aus früheren Überprüfungen bekannt.

Aber auch zu Personen in Minister- und Staatssekretärsfunktion der Länder Berlin, Brandenburg und Sachsen sowie zu einem Senator und einem Staatsrat Hamburgs erfolgten auf Ersuchen nach den §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 a und c StUG Mitteilungen zu insgesamt 27 Personen. In einem Fall war hier eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst mitzuteilen.

4.2.4.2 Berufsrichterinnen und Berufsrichter sowie ehrenamtliche Richterinnen und Richter

Die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen ersuchten im Berichtszeitraum zum

Zweck der Überprüfung zu 134 Personen in beruflicher oder ehrenamtlicher Richterfunktion um Mitteilung. Lediglich in zwei Fällen wurde der zuständigen Stelle eine Mitteilung mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS gemacht.

4.2.4.3 Mitarbeitende öffentlicher Stellen in Leitungsposition, von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsächengestützten Verdachtsfällen

Die im Berichtszeitraum eingereichten Ersuchen öffentlicher Stellen nach §§ 20, 21 Abs. 1 Nr. 6 d StUG betrafen vor allem 349 Beschäftigte öffentlicher Stellen in Leitungsfunktion und tatsächengestützte Verdachtsfälle einer Tätigkeit für das MfS. Zu den überprüften Personengruppen zählten vor allem die Leitungen von Schulen, Universitäten/Hochschulen, Behörden und Staatsanwaltschaften. Besondere Anfragen richteten sich auf die Überprüfung von Leitern von Justizvollzugsanstalten, des Leiters einer Flüchtlingsunterkunft und eines Dezernatsleiters einer Landesfeuerwehrschule. Zu den genannten Ersuchen erhielten die Stellen in 26 Fällen eine Mitteilung mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst.

Wegen fehlender rechtlicher Voraussetzungen konnten die Anfragen zu insgesamt 18 Personen nicht bearbeitet werden.

4.2.4.4 Leitende Personen im Sport sowie Trainerinnen und Trainer, Betreuerinnen und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften

In Vorbereitung der European Games in Minsk 2019 bzw. der Youth Olympic Games in Lausanne 2020 erfolgten 81 Überprüfungen von Leitungspersonen des deutschen Sports.

In acht Fällen ergaben sich Hinweise auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst.

4.2.4.5 Beiratsmitglieder und wissenschaftliches Beratungsgremium des BStU, Bundesbeauftragter, Landesbeauftragte und deren Mitarbeitende sowie Beschäftigte, ehrenamtliche Mitarbeitende und Gremienmitglieder in Aufarbeitungseinrichtungen

Ersuchen zum Zweck der Überprüfung erfolgten zu drei Mitgliedern des Beirats; zu zwei Mitarbeitenden bei Landesbeauftragten, zu 29 Personen, die sich um eine Tätigkeit beim Bundesbeauftragten beworben haben, sowie 43 Beschäftigten, ehrenamtlich Mitarbeitenden und Gremienmitgliedern in Aufarbeitungseinrichtungen. Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst ergaben sich in einem Fall.

4.2.4.6 Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder ersuchten im Berichtszeitraum zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst um Mitteilung zu 11 250 Personen. Damit verzeichnet dieser Verwendungszweck im Vergleich zu den Vorjahren 2017 und 2018 einen weiterhin hohen Eingang von Ersuchen. Womöglich ist dies der Bestimmung in § 12 Abs. 4 Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) und entsprechenden Regelungen der Länder geschuldet (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 38), wonach die Geheimschutzbeauftragten gehalten sind, die Anfrage auch im Stasi-Unterlagen-Archiv vorzunehmen, wenn die betroffene oder die mitbetroffene Person vor dem 1. Januar 1970 geboren wurde und in dem Gebiet der ehemaligen DDR wohnhaft war. Daneben ist die Anfrage – verknüpft durch das Wort „oder“ – vorgesehen, wenn Anhaltspunkte für eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst vorliegen. Die Recherchen zu den im Berichtszeitraum eingereichten Ersuchen ergaben in 500 Fällen Hinweise auf eine Tätigkeit für das MfS, das entspricht einem Anteil von 5,4 Prozent.

Da die Sicherheitserklärung der betroffenen Personen in der Regel alle fünf Jahre zu aktualisieren ist, handelt es sich bei einer Vielzahl der eingereichten Anfragen um Wiederholungsersuchen. Weil die Erschließung der Stasi-Unterlagen jedoch inzwischen weit fortgeschritten ist, ergeben die erneuten Recherchen in der Regel keine neuen Erkenntnisse.

4.2.4.7 Rentenangelegenheiten

Im Berichtszeitraum wandten sich die zuständigen Stellen in 5 261 Fällen zur Klärung von Ansprüchen und Anwartschaften auf Rentenleistungen an den BStU. Zum Gegenstand von Ersuchen gehörten auch Fragen zu Gesundheitsschädigungen infolge eines Unfalls bzw. einer Erkrankung während der Zugehörigkeit hauptamtlicher bzw. inoffizieller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Staatssicherheitsdienst. Ferner ging es um die Anerkennung von Vordienstzeiten für Beamtinnen und Beamte. Nicht selten steht bei diesen Ersuchen die Frage im Mittelpunkt, ob Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit aus den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes ersichtlich sind.

Weitere Recherchen betrafen vorliegende Hinweise bei der anfragenden Stelle auf regelmäßige Gehaltszahlungen des Staatssicherheitsdienstes, die lediglich mit Decknamen bzw. Registriernummern versehen waren. Insgesamt ist die Zahl der Anfragen im Vergleich zum vergangenen Berichtszeitraum gleich hoch geblieben.

4.2.4.8 Ordensangelegenheiten

In den Jahren 2019 und 2020 erfolgten die Ehrungen oftmals vor dem Hintergrund der Thematik „30 Jahre Mauerfall“ und „30 Jahre Wiedervereinigung“. Die Verleihung von Orden oder Ehrenzeichen machten die vorschlags- und verleihungsberechtigten Stellen des Bundes und der

Länder (Ordens- und Staatskanzleien, Ministerien) vielfach davon abhängig, ob die vorzuschlagende Person für den Staatssicherheitsdienst tätig gewesen ist. Auslöser für ein Ersuchen um entsprechende Mitteilung war dann entweder ein konkreter Verdachtsfall oder allgemein ein Bezug der Person zur ehemaligen DDR wie bspw. ein früherer Wohnsitz dort.

Gegenüber dem Zeitraum des 14. Tätigkeitsberichts (611 Fälle, siehe dort S. 38) sind im vorliegenden Berichtszeitraum 601 Personennamen zu Überprüfungszwecken eingereicht worden. Die Quote mitgeteilter Hinweise auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst lag bei rund sieben Prozent.

4.3 Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung sowie von Presse, Rundfunk und Film

Auch nach drei Jahrzehnten ist das Interesse an den Stasi-Unterlagen in Forschung und Medien sehr hoch. Überwogen in den Anfangsjahren Medienanträge, prägen nun vor allem Forschungsanträge die Arbeit des Bereichs. Die Gesamtzahl der Anträge bleibt mit durchschnittlich 111 pro Monat weitgehend konstant. Im Berichtszeitraum gingen insgesamt 2 659 Forschungs- und Medienanträge gemäß §§ 32 ff. StUG ein (siehe Tabelle 7, Grafik 1 und 2).

1 910 Anträge stellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Forschungseinrichtungen oder Aufarbeitungsinitiativen, 749 Anträge kamen von Journalistinnen und Journalisten sowie von Fernseh- und Rundfunkanstalten.

Auch das Interesse aus dem Ausland ist nach wie vor groß, 355 Anträge waren von ausländischen Forscherinnen und Forschern und Medienvertreterinnen und -vertretern gestellt worden, dies ist ein Anteil von 13 Prozent.

Ein breites Spektrum von Antragstellenden nutzte, wie in den vergangenen Jahren auch, die Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs: Forschende verschiedener Disziplinen, Doktorandinnen und Doktoranden sowie Studierende, international, national und lokal tätige Medienleute, Museen, Mahn- und Gedenkstätten, Schulen und Universitäten, Vereine und Verbände sowie Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Das Spektrum der beantragten Themen ist breit gefächert, entsprechend unterschiedlich sind die Aufwände für Recherche, Auswahl und Anonymisierung. Nicht selten werden 40 000 Seiten und mehr ausgewertet, um die benötigten Informationen zu finden. Der fortschreitende Erschließungsstand der Archivbestände sowie nach drei Jahrzehnten intensiver Aufarbeitung immer weiter ausdifferenzierte und interdisziplinäre Forschungsansätze tragen ebenso zu vermehrten Aufwänden bei. Um den gewandelten Nutzungserwartungen zu entsprechen und die Bearbeitung möglichst effizient zu gestalten, werden zunehmend auch digitale Arbeitsverfahren eingesetzt. So können Anträge nicht nur online gestellt werden, auch die Bearbeitung erfolgt zunehmend digital, von der Anonymisierung über die Nutzung im Lesesaal bis hin zur Übergabe von Kopien, orts- und zeitunabhängig über eine eigens eingerichtete Online-Plattform.

Die Bearbeitung von Forschungs- und Medienanträgen im Stasi-Unterlagen-Archiv ist aufgrund der Erfordernisse des StUG deutlich arbeitsaufwendiger als in anderen

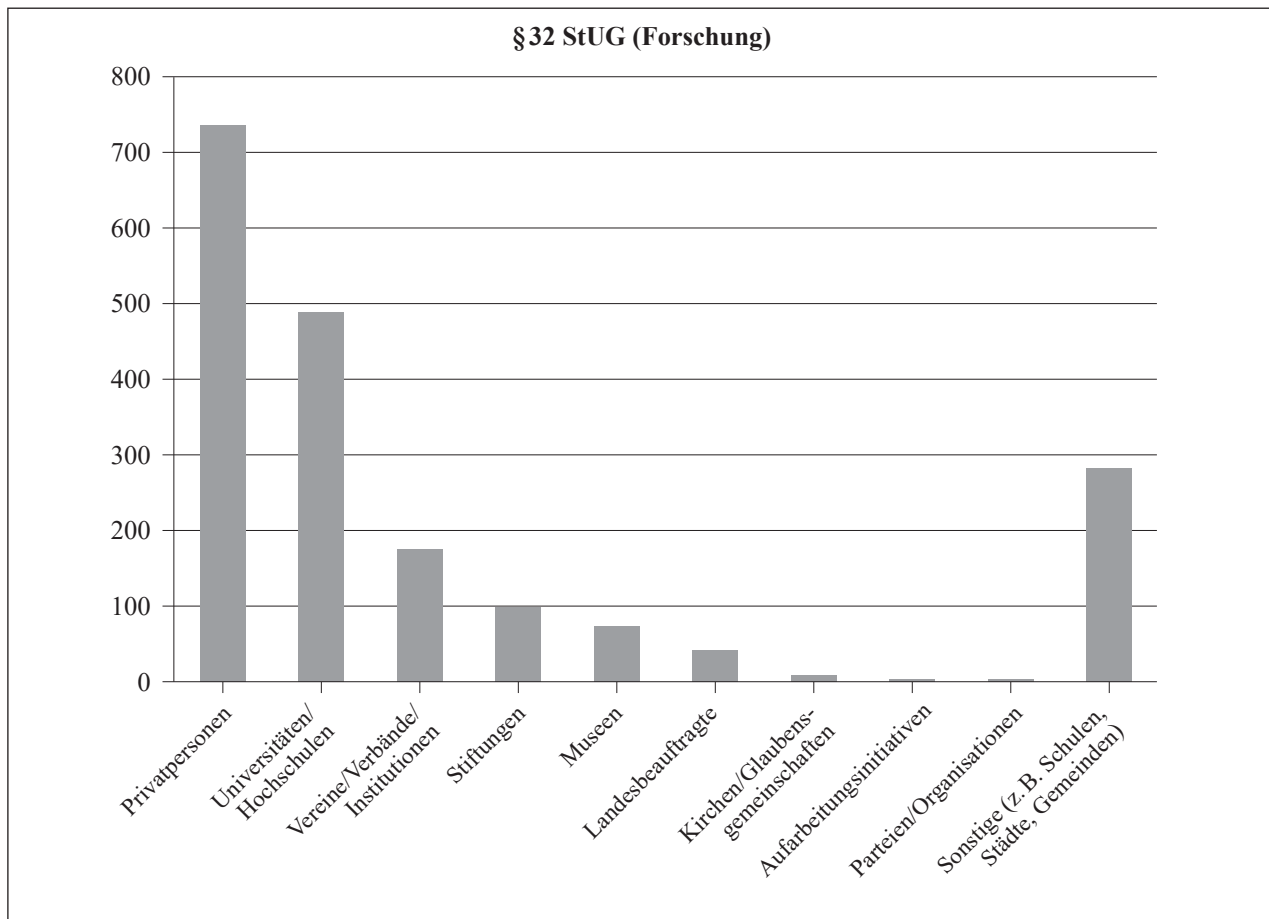
Tabelle 7

Antragseingänge gemäß §§ 32 und 34 StUG (Forschung und Medien)

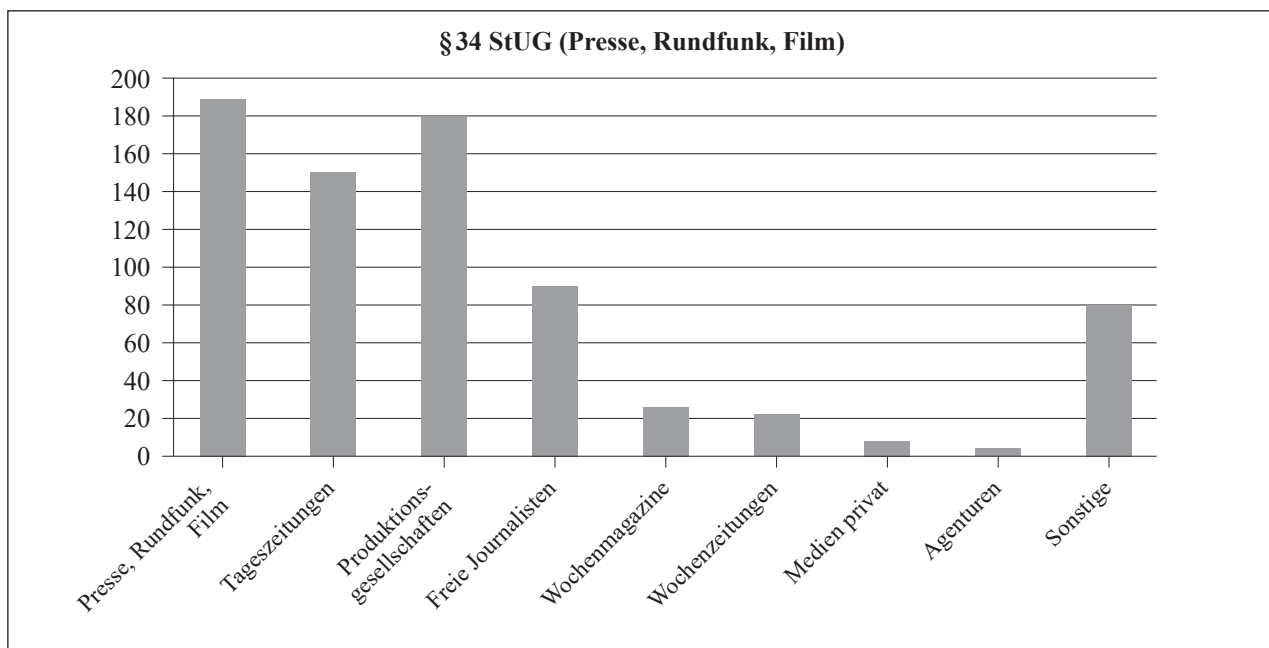
Themenkomplexe	Eingänge gesamt (1993–2020)	Eingänge im Berichtszeitraum	Anteile der Themen im Berichtszeitraum in Prozent
Politik/Internationale Beziehungen	6 971	400	15,0
Kunst/Kultur/Medien	5 498	386	14,5
Nationalsozialismus (NS)	3 472	290	11,0
Wissenschaft/Medizin/Sport	3 746	284	10,7
Militär/Grenze/Republikflucht	2 697	235	8,8
MfS	3 550	224	8,4
Bildung/Jugend/Familie/Sexualität	1 524	203	7,6
Recht/Justiz/Polizei	2 384	149	5,6
Opposition in der DDR	2 143	140	5,3
Wirtschaft	2 698	131	4,9
Geheimdienste (außer MfS)/Terrorismus	1 315	121	4,6
Religionsgemeinschaften	2 432	96	3,6
gesamt	38 430	2 659	100

Verteilung der Antragstellenden
Eingang von Anträgen im Berichtszeitraum

Grafik 1



Grafik 2



Archiven von Bund, Ländern und Kommunen. Bei jeder Herausgabe von Stasi-Unterlagen ist zwischen dem jeweiligen Aufarbeitungsinteresse und den betroffenen Persönlichkeitsrechten abzuwägen. Zu deren Schutz müssen dann ggf. Passagen anonymisiert oder Einwilligungen eingeholt werden. Zur Gewährleistung einheitlicher Bearbeitungen enthalten die internen Richtlinien Grundsätze, in die auch die insoweit ergangene Rechtsprechung einfließt. Dieses Verfahren hat sich in den vergangenen Jahrzehnten gut bewährt, in der Praxis gibt es mit den vorgenommenen Anonymisierungen sehr wenige Probleme. Rückfragen von Antragstellenden lassen sich in der Regel durch entsprechende Erläuterungen zum Verfahren einvernehmlich klären. Um die Qualität der Serviceleistungen zu evaluieren und ggf. neue Impulse zu erhalten, hat das Stasi-Unterlagen-Archiv im Mai 2019 zu einem Workshop für langjährige Nutzende aus den Bereichen Forschung und Medien eingeladen. Anregungen, die sich aus dem Dialog ergaben, etwa zum weiteren Ausbau des Angebots an Online-Findmitteln, sind inzwischen implementiert. Die Teilnehmenden zeigten darüber hinaus eine große Zufriedenheit mit der Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs. Dieses positive Feedback bestärkt den BStU auf dem beschrittenen Weg der konsequenten Orientierung an den Nutzungsinteressen und des weiteren Ausbaus der digitalen Angebote.

Die Vielfalt möglicher Fragestellungen in Verbindung mit der Notwendigkeit einer möglichst effizienten Bearbeitung hat zu einer themenbezogenen Spezialisierung bei der Verteilung der Anträge auf einzelne Sachgebiete geführt, die sich in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter ausdifferenziert und bewährt hat. Der hierzu genutzte Themenschlüssel kombiniert thematische und chronologische Kriterien und bildet in seiner Untergliederung das gesamte Spektrum möglicher Anträge ab. Diese Themenkomplexe dienen auch der Strukturierung der folgenden Vorstellung ausgewählter Anträge. Anträge aus Forschung und Medien werden je nach Fragestellung bzw. regionalem Bezug in der Zentralstelle oder den Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs bearbeitet.

4.3.1 Aufarbeitung der NS-Diktatur

Auch 75 Jahre nach Kriegsende ist das Interesse an der Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands keineswegs erlahmt. Das schlägt sich auch in den Antragszahlen zu dieser Epoche im Stasi-Unterlagen-Archiv nieder. Denn die Archivbestände des MfS sind auch hierfür ertragreich. In den zurückliegenden Jahren machten entsprechende Fragestellungen mehr als ein Zehntel aller Anträge aus dem Bereich Forschung und Medien aus, Tendenz steigend. Wissenschaftliche Institutionen und Universitäten, Stiftungen zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und Museen nutzen die MfS-Überlieferungen, um Detailkenntnisse über Konzentrationslager, Euthanasieverbrechen, Biografien von NS-Tätern und Opfern zu gewinnen. Insbesondere durch die Vorbereitung zahlreicher Ausstellungen und Veranstaltungen anlässlich des 75. Jahrestags der Befreiung der Konzentrationslager ist im Berichtszeitraum ein deutlicher Anstieg der Antragseingänge zu verzeichnen

gewesen. Ein hoher Zuwachs ist zudem bei Anträgen zu beobachten, die im Rahmen der politischen Bildungsarbeit in Schulen von Schülerinnen und Schülern und von Lehrkräften gestellt werden. Hier zeigt sich, welchen Beitrag die NS-Unterlagen des MfS zur Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus insbesondere für die jüngere Generation leisten können. Genannt sei hier exemplarisch der Antrag eines Lehrers aus Australien. Inspiriert durch eine deutsche Fernsehsendung über das Massaker von Oradour wollte er Aussagen des Kriegsverbrechers Heinz Barth vor einem DDR-Gericht in seinem Unterricht verwenden, um seiner Abiturklasse einen Einblick in die mörderische Ideologie des NS zu ermöglichen. Für den Antrag wurden gut 11 700 Seiten durchgesehen, über 300 Digitalisate konnten online zur Verfügung gestellt werden.

Eine Antragstellerin der University of Cambridge führte im Zusammenhang mit ihrer Promotion anthropologische Feldforschungen im Oderbruch (Brandenburg) durch. In diesem Kontext beschäftigte sie sich mit dem Gedenken an deutsche Kriegstote im jetzigen Brandenburg. Als Teil der Promotionsarbeit ging es darum, anhand der MfS-Überlieferung eine mögliche Einflussnahme bzw. spezifische Sicherheitsüberlegungen des Ministeriums für Staatssicherheit in Bezug auf die Bergung von deutschen Kriegstoten des Zweiten Weltkrieges und das Gedenken an sie dokumentieren zu können. Die Bearbeitung konnte im Juli 2020 beendet werden. Insgesamt wurden für den Forschungsantrag ca. 9 500 Seiten gelesen, Akteneinsicht in 435 Seiten gewährt und 63 Seiten zzgl. zwei Fotos an die Antragstellerin herausgegeben.

Das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau stellte 2019 einen Forschungsantrag, der zwei interessante Themen aufgreift: So sollte zum einen der Umgang der DDR mit dem Thema „Militärjustiz im Dritten Reich“ untersucht werden. Im Fokus stand dabei insbesondere die Rolle der Wehrmachtsrichter. Die Stadt Torgau ist ein besonders geschichtsträchtiger Ort. Von 1936 bis 1945 bestanden in Torgau zwei Wehrmachtsgefängnisse und ab 1943 wurde das Reichskriegsgericht von Potsdam nach Torgau verlagert. Zwischen 1943 und 1945 wurden über tausend Todesurteile in Torgau gefällt und teilweise auch dort vollstreckt. Hier erhoffte man sich genauere Zahlen. Die zur Verfügung gestellten Unterlagen konnten zur weiteren Aufarbeitung beitragen. Zum anderen stand Fritz Schmenkel im Fokus des Antrags. Fritz Schmenkel – Wehrmachtsdeserteur, Partisan und 1944 von einem deutschen Kriegsgericht in Minsk zum Tode verurteilt und hingerichtet – wurde 1964 postum zum „Helden der Sowjetunion“ ernannt. Erst danach setzte auch in der DDR eine Ehrung seiner Person ein. Straßen, Plätze, Schulen und Brigaden wurden nach ihm benannt, die Familie wurde durch Staat und Staatssicherheit hofiert. Die Akten belegen finanzielle Unterstützungen, Hilfe bei der Wohnungssuche und bei der Versorgung mit Urlaubsplätzen, die Anstellung des Sohnes beim MfS; außerdem bekam die Familie einen persönlichen Betreuer der Staatssicherheit zur Seite gestellt. Hierzu wurden knapp 23 000 Seiten durchgesehen, mehr als 10 500 Sei-

ten vorgelegt und gut 2 500 Kopien und Digitalisate übergeben. Diese Unterlagen werden in eine neu konzipierte Dauerausstellung des DIZ einfließen, die im September 2021 eröffnet werden soll.

Ein Heimatgeschichtsforscher hat mit zwei Forschungsanträgen beim BStU den Blick auf die Zeit des Nationalsozialismus in der Region um Bad Dübener Heide gerichtet. So untersuchte er Material zur Grenzpolizeischule Pretzsch, die im Jahr 1937/38 als Schulungsort für SS-Grenz- und Wacheinheiten diente. Im Sommer 1941 sammelten sich dort Einheiten, die auf ihren Einsatz in der Sowjetunion vorbereitet wurden. Anhand der im Stasi-Unterlagen-Archiv lagernden Akten konnte ein Beitrag zur Aufklärung dieser Einrichtung geleistet werden. Im Rahmen der Antragsbearbeitung wurden knapp 20 000 Seiten gelesen und über 4 100 Seiten zur Einsicht vorgelegt. Der Antragsteller plant, die Ergebnisse in einer Ausstellung und in der Tagespresse zu veröffentlichen. In einem zweiten Antrag untersuchte er die Geschichte der Ortsgruppe der NSDAP Dübener Heide (heute Bad Dübener Heide).

Im Berichtszeitraum wurde auch die mehrjährige, umfangreiche Bearbeitung eines Forschungsantrages zum Thema „Euthanasie in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg“ abgeschlossen. Durch die Bereitstellung eines großen Materialbestandes konnten viele Lücken der Dokumentation dieser heutigen Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ geschlossen werden. Insgesamt wurden zu diesem Forschungsthema über 48 000 Seiten gelesen sowie mehr als 6 000 Duplikate, Fotos und Tonbänder herausgegeben. Auf der Grundlage der neu zur Verfügung stehenden Quellen wurde die Dauerausstellung der Gedenkstätte überarbeitet und inzwischen der Öffentlichkeit vorgestellt.

Ein Forschungsantrag im Rahmen einer Dissertation am Historischen Seminar der Universität Leipzig widmet sich der Erforschung des Systems der KZ-Außenlager der Erla-Maschinenwerke GmbH Leipzig in den Jahren 1943 bis 1945. Die Erla-Maschinenwerke stellten Rüstungsgüter insbesondere für die Luftwaffe her und verfügten über ein umfangreiches Netz an ausgelagerten Produktionsstandorten. Der Einsatz von Häftlingen aus sächsischen KZ-Außenlagern in der Rüstungsproduktion der Erla-Werke wurde durch die KZ Buchenwald und Flossenbürg organisiert. Neben den Recherchen im Bundesarchiv, dem Sächsischen Staatsarchiv, dem Nationalarchiv der USA sowie in Beständen des United States Holocaust Memorial Museums in Washington D. C. kommt den Recherchen in den Beständen des Stasi-Unterlagen-Archivs besondere Bedeutung zu, da damit die u. a. von der MfS-Hauptabteilung IX/11 und der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland angelegten Ermittlungsunterlagen und Vernehmungprotokolle ehemaliger SS-Wachmannschaften und weiterer Personen ausgewertet werden können. Im Rahmen der Bearbeitung des Forschungsantrags wurden über 114 000 Seiten durchgesehen, knapp 70 000 Seiten zur Akteneinsicht vorgelegt sowie gut 1 900 Duplikate herausgegeben.

4.3.2 Auslandsaufklärung und „Westarbeit“ des MfS

Während das Wirken des Staatssicherheitsdienstes in der DDR gut dokumentiert ist, sieht es bei der „Westarbeit“ gegen die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin deutlich anders aus. Die entsprechenden Akten, vor allem jene der für Spionage zuständigen Hauptverwaltung A (HV A), sind nahezu vollständig vernichtet worden.

Zu den wichtigen überlieferten Restbeständen zählen zwei Karteien der HV A, die „Rosenholz“-Datei sowie das elektronische „Posteingangsbuch“ der HV A, die SIRA-Datenbank, in der die von Agenten beschafften Informationen verzeichnet sind. Diese Unterlagen erlauben immerhin das Erkennen von Personen und inhaltlichen Konturen der „Westarbeit“ der HV A. Vor allem auf diese Überlieferungen heben Berichte in den Medien und in wissenschaftlichen Veröffentlichungen ab, was zuverlässig anzeigt, wie aktuell die Thematik noch bis heute ist. Überraschungen sind jederzeit möglich. Das gilt auch für Personen des öffentlichen Lebens und der Zeitgeschichte. Trotz der genannten Einschränkungen tragen die vom BStU für die Erforschung der „Westarbeit“ bereitgestellten Unterlagen zu den faszinierendsten Kapiteln der deutsch-deutschen Geschichte bei. Das bedeutete im Einzelfall mitunter personal- und zeitintensive Recherchen wie etwa bei den Untersuchungen zu der Rolle der Staatssicherheit im Ruhrgebiet. Hierzu liegen mehrere Anträge der „Ruhr-Nachrichten“ (Jens Ostrowski) zum Thema „Städte im Ruhrgebiet“ vor. In einer Artikelserie werden auf der Internetseite der „Ruhr-Nachrichten“ regelmäßig die Ergebnisse der Recherchen beim BStU vorgestellt. Zu dieser Artikelserie ist auch ein Buch geplant. Bislang wurden hierfür über 60 000 Seiten und über 1 200 Fotos gesichtet, davon über 6 000 Seiten und Fotos digital bereitgestellt.

Der ehemalige WDR-Journalist und Autor Heribert Schwan veröffentlichte im Herbst 2019 sein Buch „Spione im Zentrum der Macht: Wie die Stasi alle Regierungen seit Adenauer bespitzelt hat“. Das Werk basiert auf Materialien aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv, der Bundesanwaltschaft und dem Bundesarchiv und beschreibt die Arbeit maßgeblicher inoffizieller und hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS gegen die Bundesrepublik. Dieser Publikation waren mehrjährige Recherchen zu den einzelnen Bundesministerien, Kabinettsmitgliedern und weiteren politisch wichtigen Einrichtungen der Bundesrepublik im Zeitraum 1949 bis 1989 vorausgegangen. Dabei konnten vom Antragsteller über 70 000 Blatt aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv ausgewertet werden. Die hohe Zahl der herausgegebenen Seiten ist ein Beispiel dafür, dass trotz der fast kompletten Aktenvernichtungen der HV A in den Beständen anderer Dienststellen noch Informationen zur „Westarbeit“ des MfS in Verbindung mit den deutsch-deutschen Beziehungen vorhanden sind. Der quantitative Schwerpunkt liegt hierbei auf den vom BStU entschlüsselten SIRA-Dateien der HV A.

Schließlich soll hier eine Filmdokumentation Erwähnung finden, die ebenfalls die HV A thematisiert. Die Filmemacher Daniel und Jürgen Ast haben in ihrem zweiteiligen

Film „Inside HV A“ Archivalien und zahlreiche Videos des MfS verwendet, um die Tätigkeit und das Selbstverständnis der HV A näher zu beleuchten. Im Film haben sie auch ehemalige hochrangige MfS-Mitarbeiter zu Wort kommen lassen. Diese sehenswerte Dokumentation, die über die Tätigkeit und das Selbstverständnis der ehemaligen „Elitetruppe“ des MfS berichtet, wurde auf verschiedenen Sendeplätzen der ARD gezeigt.

4.3.3 Grenzregime und Militär

Für die spektakuläre Flucht der Familien Strelzyk und Wetzel aus dem ostthüringischen Pößneck mithilfe eines Ballons interessierte sich der Regisseur und Schauspieler Michael Herbig. Sein im Herbst 2019 gestarteter Kinofilm „Ballon“ gründet auf dem Aktenstudium der entsprechenden Bestände im Stasi-Unterlagen-Archiv. Für die Produktion konnten außerdem zahlreiche Requisiten zur Verfügung gestellt werden.

Das Grenzlandmuseum Teistungen stellte einen Antrag zur Baugeschichte und zum Grenzregime des Grenzübergangs Worbis/Teistungen im thüringischen Eichsfeld von 1970 bis 1990. Die Bearbeitung erfolgte als Kooperationsprojekt des Grenzlandmuseums mit der Universität Erfurt, an der das Thema auch Gegenstand des derzeitigen Lehrprogramms ist. Hier konnten unter anderem viele technische und organisatorische Details des Grenzübergangsregimes geklärt werden, die Aufnahme in die neue Dauerausstellung des Grenzlandmuseums finden werden.

Tausende Menschen versuchten aus der DDR über die Ostsee zu fliehen. Der dänische Journalist Jesper Clemmensen beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit diesem Thema, woraus mehrere Publikationen und Fernsehbeiträge resultierten. 2020 legte er sein neuestes Buch mit dem Titel „Afhopperne“ vor. Darin geht es um die Fluchtgeschichte zweier tschechisch-jüdischer Familien über die DDR nach Dänemark. Die Familien aus Prag, zum größten Teil Überlebende des Vernichtungslagers Auschwitz, unternahmen 1960 eine Ausflugsfahrt mit der Weißen Flotte von Warnemünde bis vor den dänischen Hafen Gedser. Da den Passagieren der Landgang im „kapitalistischen Ausland“ verwehrt wurde, sprangen beide Familien ins Hafenbecken. Dänen konnten sie gegen den Widerstand der Besatzung an Land bringen. Zu dieser dramatischen Fluchtgeschichte konnten knapp 1 300 Seiten vorgelegt und 300 Kopien bereitgestellt werden.

Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn suchte für eine neue Dauerausstellung auf dem Gelände der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn Aktenmaterial, Filme und Fotos. In der neuen Ausstellung sollten die Abläufe bei der Grenzpassage dargestellt werden, ebenso wie die baulichen Zustände des gesamten Objektes. Weitere Themenbereiche waren u. a. der Einfluss der Militärverbindungsmissionen auf die Grenzpassage, die Aufgaben der Polizei in Helmstedt, die Überwachung der Einhaltung der Zollbestimmungen, die Einflüsse auf die umliegenden Gemeinden oder auch die Überwachung der Raststätte Börde an der Autobahn A 2 durch das MfS, um mögliche Fluchtabsichten im Vorfeld zu erkennen. Ein weiterer For-

schungspunkt war die Untersuchung versuchter und gelungener Fluchten über die Grenzübergangsstelle Marienborn. Dazu wurden durch mehrere Forscher bei insgesamt 39 Terminen knapp 115 000 Seiten und über 700 Fotos und Filme gesichtet. Herausgegeben wurden schließlich mehr als 6 000 Seiten und fast 500 Fotos und Filme.

4.3.4 Haft und Polizei

Eine umfangreiche Dimension haben die Anträge des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsverbunds zur Erfassung und Analyse der politischen Repression in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der DDR („Landschaften der Verfolgung“). Mitwirkende an diesem Forschungsverbund sind u. a. die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die Charité Berlin, die Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam, die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. Der BStU stellt im Wege einer Kooperationsvereinbarung die dafür notwendigen Unterlagen zur Verfügung. Im Zentrum eines der Projekte steht die Erarbeitung einer Datenbank zu den Dimensionen politischer Haft in der SBZ/DDR. Auf dieser Grundlage soll es möglich sein, erstmals umfassende Aussagen zur Gesamtzahl der Betroffenen zu treffen und sie in sozialen und kulturellen Kontexten zu verorten. In diesem Zusammenhang sind seit Dezember 2019 Mitarbeitende des Forschungsverbunds damit beschäftigt, Daten aus MfS-Karteibeständen aufzuarbeiten. Seit November 2020 werden zudem ergänzend zu den Daten des MfS auch vom Bundesarchiv zur Verfügung gestellte Daten des Ministeriums des Innern der DDR in das Projekt einbezogen.

Eine in Leipzig ansässige TV-Produktionsfirma hat im Stasi-Unterlagen-Archiv Material zu Kapitalverbrechen in der DDR eingesehen, die in einer ZDF-Dokumentationsreihe über DDR-Kriminalfälle aufgegriffen werden sollen. Eingesehen wurden u. a. MfS-Unterlagen zu einem Mord durch einen MfS-Mitarbeiter, zu einem Tötungsverbrechen an einem DDR-Funktionär und zu einem Polizistenmord. Insgesamt wurden über 42 000 Seiten ausgewertet, knapp 2 200 Dokumente vorgelegt und mehr als 1 800 Duplikate herausgegeben.

4.3.5 Opposition, Bürgerprotest und Friedliche Revolution

Der Lernort Keibelstraße in Berlin-Mitte stellte mehrere Forschungsanträge zum historischen Ort dieser ehemaligen Untersuchungsanstalt und ihren früheren Insassen. Die Forschungsanträge bezogen sich auf die Themenbereiche Punks, Skinheads, Prostituierte, aber auch Flugblätter und Dokumente von bekannten oppositionellen Personen wurden ausgewertet. Ebenso baten die Kolleginnen und Kollegen um Bildrecherchen für ihr historisch-politisches Bildungsmaterial. Der Abschnitt „Überfall auf die Zionskirche am 17. Oktober 1987“ soll zeigen, wie die DDR mit rechtsradikalen und nationalistischen Strömungen umging.

Die Revolution 1989 erfasste nicht nur die größeren Städte der DDR – auch auf dem Land erhoben sich die Men-

schen, um für Demokratie und Freiheit friedlich zu kämpfen. Mit Vorgeschichte und Verlauf der Erhebung im Kreis Grevesmühlen setzte sich erstmals eine Forschungsgruppe aus der nordwestmecklenburgischen Kleinstadt auseinander. Im Zuge der Bearbeitung des Forschungsantrags konnten gut 2 500 Seiten vorgelegt und nachfolgend fast 1 600 Kopien bereitgestellt werden. Die Ergebnisse der Forschungsarbeit wurden bei mehreren Veranstaltungen in Grevesmühlen im Herbst 2019 präsentiert.

In Kooperation mit der Havemann-Gesellschaft e.V. beantragten zwei Vertreterinnen der ehemaligen DDR-Gruppierung „Frauen für den Frieden“ Unterlagen zu ihrer oppositionellen Gruppe für ein Buchprojekt. Die Gruppe ging aus einer „Eingabe“ gegen das neue Wehrdienstgesetz von 1982 hervor, nachdem auch für Frauen die Wehrpflicht im Verteidigungsfall eingeführt worden war. Für das Buch hatten die zwei Autorinnen bereits Interviews mit 18 ehemaligen Mitgliedern der Oppositionsgruppe durchgeführt, die nun durch MfS-Unterlagen umrahmt werden sollten. Zahlreiche Unterlagen zu diesem Thema konnten dabei insbesondere dank der virtuellen Rekonstruktion zur Verfügung gestellt werden. Für den Antrag wurden fast 19 000 Seiten durchgesehen, über 15 500 Seiten zur Akteneinsicht vorgelegt sowie knapp 1 800 Seiten und Fotos herausgegeben. Die Ergebnisse mündeten im Oktober 2019 in die Publikation „Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin“. In mehreren Veranstaltungen, u. a. auch in der Samariterkirche, die damals für die Gruppe eine Zufluchtsstätte war, wurde das Buch von den Protagonistinnen vorgestellt.

Den 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution würdigte die ARD-Sendereihe „Fakt“ mit einem anspruchsvollen Projekt über „unerzählte Geschichten“ rund um die Ereignisse im Jahr 1989. Durch aufwendige Sach- und Personenrecherchen in den Stasi-Unterlagen und eine umfangreiche Zeitzugensuche entstanden sieben Beiträge, die im Zeitraum Februar bis November 2019 ausgestrahlt wurden. Das Themenspektrum reichte von Todesfällen an den Grenzübergangsstellen über eine missglückte Republikflucht bis hin zu den entscheidenden Demonstrationen in Leipzig und Dresden. Für diesen Antrag wurden knapp 80 000 Seiten und über 500 Fotos ausgewertet sowie über 1 500 Duplikate und 120 Fotos herausgegeben.

Im Mai 2019 stellte das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. einen Forschungsantrag zu den Friedensgebeten in der Leipziger Nikolaikirche. Diese ab 1982 stattfindenden Veranstaltungen waren untrennbar mit den Leipziger Montagsdemonstrationen verbunden. Bis Oktober 2020 entstand eine Internet-Präsentation, die der Mythenbildung um die Leipziger Ereignisse nachgeht: www.mythos-montagsdemonstrationen.de. Die Darstellung schlägt den Bogen von den historischen Hintergründen und den Rahmenbedingungen über die ersten Friedensgebete, die Konflikte mit der Amtskirche und die „Wir-wollen-raus“-Bewegung bis hin zu verschiedenen Protestformen, die sich aus den montäglichen Treffen ergeben hatten. Die handgreifliche Auseinandersetzung mit der Staatsmacht gehörte demnach weit vor dem Herbst 1989 zum wöchentlichen Alltag. Den Abschluss bildet das Geschehen im Herbst 1989 bis zur

ersten großen Montagsdemonstration am 9. Oktober. Das Hauptinteresse des Antragstellers lag auf den multimedialen Überlieferungen, die im Stasi-Unterlagen-Archiv zu finden sind.

Abschließend sei noch ein Theaterprojekt erwähnt. In der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ in Berlin-Lichtenberg widmete sich das Historikerlabor e.V. in einem Dokumentartheater-Projekt der Zeit um 1989/90. In einer szenischen Performance stellten Historiker gemeinsam mit Theaterschaffenden ihre Rechercheergebnisse zur Friedlichen Revolution vor. Anhand von historischen Dokumenten, u. a. aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv, rekonstruiert das Stück jene Ideen und Diskussionen, die entscheidende Veränderungen herbeiführten. Die Vorstellungen liefen im Januar 2020.

4.3.6 Wissenschaft

Das nunmehr zur Leibniz-Gesellschaft gehörende Deutsche Institut für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke beauftragte zwei Wissenschaftshistoriker mit der Aufarbeitung der Institutsgeschichte, die bis in den Ersten Weltkrieg zurückreicht. Der an den BStU gerichtete Antrag betraf die Zeit zwischen 1945 und 1990, in der die Einrichtung überwiegend als „Zentralinstitut für Ernährung“ zur Akademie der Wissenschaften der DDR gehörte, und führte zu mehreren umfangreichen Publikationen. Die Bearbeitung des Antrags zeigte, dass sich mithilfe der beim Bundesbeauftragten verwahrten Unterlagen Überlieferungslücken in den Beständen anderer Archive schließen lassen.

4.3.7 MfS und seine Bezirksverwaltungen

Als Beispiel eines sehr umfassenden Antrags sei hier das Forschungsvorhaben der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) genannt, dessen Ziel eine Analyse zur Auflösung der MfS-Kreisdienststellen im heutigen Land Brandenburg ist. Für diesen Antrag sind bisher mehr als 110 000 Seiten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv zur Akteneinsicht vorgelegt worden. Es ist geplant, in gemeinsamen Veranstaltungen von LAKD und dem Stasi-Unterlagen-Archiv in Frankfurt (Oder) die Ergebnisse des Forschungsvorhabens an mindestens sechs verschiedenen Orten vorzustellen und dabei jeweils auf die Besonderheiten der ehemaligen MfS-Kreisdienststellen einzugehen.

Eine Gruppe von Studierenden der Hochschule für Technik, Wissenschaft und Kultur Leipzig (HTWK, Professur für Regionalplanung und Städtebau) erforschte die Baugeschichte des Geländes der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung Leipzig. Von besonderem Interesse waren in diesem Zusammenhang Grundrisspläne, Bauskizzen und Entwürfe sowie schriftliche Planungsunterlagen und Fotografien. Es wurden insgesamt Unterlagen im Umfang von gut 12 500 Seiten gelesen, über 9 500 Seiten zur Einsichtnahme vorgelegt und über 250 Seiten und Fotos als Digitalisate herausgegeben. Im Ergebnis entwickelten Architekturstudierende der HTWK Ideen für eine mögliche Gestaltung des an diesem Ort geplanten „Forums für

Freiheit und Bürgerrechte“, das auch das dortige Stasi-Unterlagen-Archiv umfassen soll. Die Entwürfe, die in Teilen die historischen Ereignisse des Herbstes 1989 aufgreifen, wurden am 13. Februar 2020 vor ausgewähltem Publikum präsentiert.

Die Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden überarbeitet ihre Dauerausstellung. Diese beschäftigt sich mit der Geschichte des Geländes und des Hauses. In dem Komplex waren bis zur Erstürmung im Dezember 1989 die Bezirksverwaltung Dresden sowie die Untersuchungshaftanstalt des MfS untergebracht. Schwerpunkte des Projektes sind der Aufbau und die Erweiterung des digitalen Angebotes für die Gäste der Gedenkstätte, des pädagogischen Angebotes sowie die Überarbeitung des Webauftrittes. Gleichzeitig wollen die Forscherinnen und Forscher eine Übersicht über den Kaderbestand der Bezirksverwaltung Dresden, besonders der Abteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung), der Abteilung IX (Untersuchungsorgan) und der Abteilung XIV (Untersuchungshaft, Strafvollzug) erarbeiten. Dabei konzentrieren sie sich auf ausgewählte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Hauptaugenmerk liegt auf Personen, die am Aufbau der Bezirksverwaltung in den 50er-Jahren beteiligt waren sowie solchen, die in den 70er-Jahren und am Ende der DDR eingestellt worden sind. Entsprechend umfangreich wurden Unterlagen aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv recherchiert und bereitgestellt.

Der Staatssicherheitsdienst sah in den inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (IM) eine seiner wichtigsten Waffen. Zur Gewährleistung der konspirativen Zusammenarbeit von IM und Staatssicherheit mussten die Treffen zwischen den Führungsoffizieren und ihren „Spitzeln“ im Geheimen durchgeführt werden. Dafür schuf das MfS ein flächendeckendes Netz an sogenannten konspirativen Wohnungen und konspirativen Objekten. Auch das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei (K I) nutzte für Treffen mit seinen Informantinnen und Informanten sogenannte geheime Treffquartiere (TQ). Das Bürgerkomitee Leipzig e. V. stellte 2018 einen Forschungsantrag zu sämtlichen konspirativen Wohnungen und Objekten, die im Jahr 1989 durch das MfS und die K I im Stadtgebiet Leipzig genutzt worden waren. Es wurde umfassend recherchiert, Aktenmaterial zur Einsicht vorgelegt und Kopien sowie Scans von Lageplänen, Wohnungsskizzen und Fotos zur Verfügung gestellt. Für das Projekt wurden fast 288 000 Seiten durchgesehen, über 58 000 Seiten vorgelegt sowie knapp 35 400 Papierkopien und gut 1 500 Digitalisate herausgegeben. Im Ergebnis seiner Recherchen im Stasi-Unterlagen-Archiv präsentiert das Bürgerkomitee Leipzig e. V. seit Anfang Dezember 2019 auf seiner Homepage die rund 1 060 ermittelten konspirativen Wohnungen und Objekte sowie Treffquartiere auf einer digitalen Karte. Zu jedem angezeigten Objekt sind vertiefende Informationen hinterlegt, z. B. zur Lage, zum Decknamen, zur Laufzeit und zur nutzenden Dienst Einheit.

4.3.8 Kinder und Jugendliche

Zum Thema der Auswahl und Gewinnung von minderjährigen bzw. jugendlichen inoffiziellen Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern konnten einem Antragsteller u. a. Dokumente aus Diplom- und Fachschulabschlussarbeiten hauptamtlicher Mitarbeiter herausgegeben werden. Darin beschäftigte sich das MfS auch mit den psychologischen Aspekten der inoffiziellen Zusammenarbeit mit Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren. In den Unterlagen sind Fälle von Jugendlichen u. a. der 10. und 11. Klassen Polytechnischer oder Erweiterter Oberschulen (POS oder EOS) beschrieben. Der Staatssicherheitsdienst nutzte Kenntnisse zu sexuellen Orientierungen, über Zugehörigkeiten zu Subkulturen oder vermeintlich „politisch-ideologisch negative Einstellungen“ aus, um Einfluss auf die Jugendlichen zu gewinnen. Bis zum Jahresbeginn 2020 wurden für den Forschungsantrag ca. 10 500 Seiten gelesen, Akteneinsicht in 320 Seiten gewährt und ca. 240 Seiten herausgegeben.

4.3.9 Medien

Die Radiosendung „Briefe ohne Unterschrift“ war im Rahmen der Nachrichtensendung „Programm für Ostdeutschland“ von 1949 bis 1974 von der BBC (British Broadcasting Corporation) ausgestrahlt worden. Das MfS sammelte hierzu mehrere Jahre Informationen und leitete operative Maßnahmen gegen BBC-Journalisten sowie gegen Bürgerinnen und Bürger der DDR ein, die sich mit politischen und alltäglichen Begebenheiten an die BBC gewandt hatten. Hierzu wurden beim BStU insgesamt vier Anträge bearbeitet. Der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) erstellte in Kooperation mit der BBC eine Dokumentarfilmproduktion, unabhängig davon befasste sich auch ein Doktorand aus Großbritannien in seiner Dissertation mit diesem Thema. Mitte des Jahres 2019 beantragten sowohl das Museum für Kommunikation Berlin für eine geplante Ausstellung als auch eine freischaffende Drehbuchautorin die Einsichtnahme und Herausgabe von Unterlagen zu dieser deutsch-englischen Thematik. Den einzelnen Antragstellenden konnten insgesamt 10 700 Seiten mit Informationen zum beantragten Thema zur Einsichtnahme vorgelegt werden. Davon wurden mehr als 2 000 Seiten als Duplikate bzw. Digitalisate herausgegeben. An audiovisuellen Medien sind insgesamt 17 Ton- und 86 Fotodokumente herausgegeben worden. Eine vom MfS angelegte Kartei mit den Adressen der BBC-Hörer und -Briefeschreiber sowie abgefangene Originalbriefe und insbesondere MfS-eigene Audiomitschnitte der BBC-Sendung „Briefe ohne Unterschrift“ fanden das besondere Interesse der Nutzenden. Der rbb-Dokumentarfilm „London Calling – Briefe aus dem Kalten Krieg/Cold War Letters“ wurde am 31. März 2020 erstmalig gesendet. Die Ausstrahlung der englischen Version war im November 2019 im Programm der BBC-4 erfolgt. Die Ausstellung „Briefe ohne Unterschrift. DDR-Geschichte(n) auf BBC Radio“ des Museums für Kommunikation wurde in der Zeit vom 20. März bis 11. Oktober 2020 gezeigt.

Als Organ der SED-Bezirksleitung Gera war die Zeitung „Volkswacht“, aus der die jetzige „Ostthüringer Zeitung“ hervorging, das Leitmedium in Ostthüringen. Der Journalist Hans-Jürgen Barteld ging der Infiltration von Redaktion und Verlag durch die Staatssicherheit nach. Seine Er-

kennnisse legte er in dem Buch „Geheime Volkswächter. Die SED-Bezirkszeitung Gera und die Staatssicherheit“ vor und referierte dazu auch anlässlich der Geraer Museumsnacht am 30. August 2019.

4.3.10 Wirtschaft

Mit dem Schwerpunkt „Innovationsfähigkeit und Modernisierungsblockaden in Wirtschaft und Wissenschaft der DDR“ forscht der Wissenschaftler Falk Flade von der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Sein Habilitationsprojekt soll u. a. analysieren, inwieweit das Erbe der DDR konkret die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern behinderte. Eine Analyse zu Innovation von Forschung und Produktion, zu den Möglichkeiten von Dienstreisen ins In- und Ausland, dem Wissenschaftstransfer von der Forschung in die Produktion, zu den Handlungsspielräumen der Verantwortlichen im Produktionsprozess sowie zu möglichen Beschränkungen von Innovation durch politische Einflussnahme könnten Anhaltspunkte für fehlende Entwicklungsmöglichkeiten in der Volkswirtschaft der DDR liefern. In den bereits gesichteten Akten der Bezirksverwaltungen des MfS in Frankfurt (Oder) und Cottbus konnten erste Ergebnisse zu den oben angeführten Punkten insbesondere für die 80er-Jahre gefunden werden. Bis zur Jahresmitte 2020 wurden dem Forscher aus ca. 7 800 gelesenen Seiten etwa 500 Dokumente als Kopien übergeben. Das Forschungsprojekt ist Teil der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der DDR und dem SED-Unrecht. Das Forschungsteam der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) verfolgt dieses Ziel in einem von 14 Forschungsverbänden. Zu diesem Projekt gehören die Universität Bremen, die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), die Friedrich-Schiller-Universität Jena und die Technische Universität Berlin.

Die Schifffahrt in der DDR ist immer wieder Gegenstand entsprechender Forschungsanträge. Zwei Beispiele seien für den Berichtszeitraum genannt. Das Monopol für die Handelsschifffahrt auf den Weltmeeren hatte in der DDR die Deutsche Seereederei (DSR) mit Sitz in Rostock. In Spitzenzeiten gehörten ihr 200 Schiffe und mehr als 10 000 Beschäftigte an. Die Überwachung der DSR war besonders engmaschig. Meistens schaltete sich das MfS auch bei der Untersuchung von Seeunfällen oder bei Angriffen auf Schiffe ein. Der Publizist und Historiker Wolfgang Kliez hat diese politisch brisanten Vorfälle erstmals eingehend untersucht. 2019 erschien sein Buch „Schutzlos auf See. Angriffe auf die zivile Schifffahrt der DDR“ mit zahlreichen Dokumenten und Aufnahmen auch aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv.

Ein anderer Antrag befasste sich mit der Peene-Werft Wolgast. Sie war der wichtigste militärische Schiffbaubetrieb der DDR. Die Werft stellte nicht nur Seefahrzeuge für die Volksmarine, sondern auch für die Staaten des Warschauer Paktes her. Dementsprechend legten SED und MfS größten Wert auf die Wahrung der Geheimhaltung der Produktion und auf die Sicherheitsüberprüfung des Werft-

personals. Erstmals erforschte Maximilian Marder von der Universität Potsdam diese Überwachung im Rahmen einer Masterarbeit. Im Zuge der Bearbeitung des Forschungsantrags konnten dem Forscher rund 3 000 Seiten vorgelegt werden.

Der Forschungsverbund „Umweltpolitik, Bergbau und Rekultivierung im deutsch-deutschen Vergleich. Das Lausitzer Braunkohlenrevier, die Wismut und das Ruhrgebiet (1949–1989/2000)“ untersucht den Umgang mit den landschaftlichen Folgen des Bergbaus in Ost- und Westdeutschland. Die Forschungsergebnisse sollen u. a. in die universitäre Lehre einfließen und in eine Sonderausstellung münden. Der Schwerpunkt der mehrjährigen Forschungen liegt auf umweltpolitischen Akteuren und Praktiken. Beteiligt am Verbund sind die Ruhr-Universität Bochum, das Deutsche Bergbau-Museum Bochum, das Leibniz-Forschungsmuseum für Georessourcen sowie die Technische Universität Bergakademie Freiberg. Bisher wurden für den Antrag ca. 17 000 Seiten durchgesehen. Davon konnten bis zum jetzigen Zeitpunkt ca. 1 500 Seiten zur Einsicht vorgelegt werden.

Zu den Antragstellenden zählen bisweilen auch Privatunternehmen, die Akteneinsicht zu einem Forschungsthema wünschen. So hat bspw. ein Unternehmen aus Klein Wanzleben 2019 anlässlich seines Firmenjubiläums und des 30. Jahrestages der Maueröffnung zur Aufarbeitung seiner Firmengeschichte eine Broschüre herausgebracht, deren Grundlage u. a. Stasi-Unterlagen zur Operation „Kristall“ bilden. Hierbei ermittelte das MfS wegen der illegalen Beschaffung von Zuckerrübensaatgut aus dem westlichen Ausland. Mit einer Vielzahl an Unterlagen – von rund 6 200 vorgelegten Seiten wurden gut 1 500 in Kopie herausgegeben – konnte die Veröffentlichung der Broschüre wesentlich unterstützt werden.

Zuletzt sei noch eine Filmproduktion erwähnt. Die Film- und Fernsehgesellschaft Hoferichter & Jacobs produzierte eine dreiteilige Dokumentation „Ostfrauen“, die 2019 über mehrere Fernsehsender lief. Ziel der Serie war ein Einblick in das Arbeitsleben, die Karrieren und das Rollenverständnis ostdeutscher Frauen. Für den Antrag wurden fast 22 000 Seiten gelesen und knapp 9 000 zur Akteneinsicht vorgelegt.

4.3.11 Kunst und Kultur

In einer Dissertation befasste sich ein Antrag mit dem Thema „Museum Junge Kunst Frankfurt (Oder) im Wandel politischer Systeme, historische Brüche und Spannungsfelder – Wiederhall und Nachklang in Museum und Sammlung“. Die Recherchen konzentrierten sich auf Dokumente, die eine Unterstützung der Galerie Junge Kunst durch die Nationalgalerie Berlin als „Museum von Republikbedeutung“ belegen sollten. Darüber hinaus wurden Dokumente gesichtet, die die Situation der Nationalgalerie Berlin in der DDR widerspiegeln. Die Arbeit inoffizieller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war dort von Interesse, wo zentrale Fragen der Museumsarbeit ins Blickfeld rückten. Hier ging es insbesondere um die Auswirkungen auf

die Sammlung. Bis zum Abschluss des Forschungsprojektes wurden ca. 7 800 Seiten gelesen und Akteneinsicht in ca. 2 000 Seiten gewährt.

Der Hartware MedienKunstVerein präsentierte in Kooperation mit der Universität Zürich von Oktober 2019 bis März 2020 die Ausstellung „Artists & Agents Performancekunst und Geheimdienste“ im „Dortmunder U“. Gezeigt wurden zahlreiche Beispiele künstlerischer Subversion sowie bislang unbekannte Fälle geheimdienstlicher Unterwanderung der Kunstszene u. a. durch inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes. Es wurden hierfür knapp 27 000 Seiten vorgelegt und fast 800 Kopien herausgegeben.

Seit Jahren stellt der Mitteldeutsche Rundfunk regelmäßig Anträge beim BStU. Für die Sendereihe „Legenden des Ostens“ wurden Unterlagen zum Schauspieler Hans-Joachim Preil (Sendetermin November 2019) herausgegeben; für die Reihe „Der Osten – entdecke, wo du lebst“ sind Unterlagen zum „Hotel Elephant in Weimar“ (Sendetermin Januar 2020), zur „Semperoper Dresden“ (Sendetermin Februar 2020) und zum „Endlager für radioaktive Abfälle“ (Sendetermin März 2020) zur Verfügung gestellt worden.

Mit der Einwilligung des Schriftstellers Christoph Hein konnte Lew Hohmann Textdokumente und Abhörprotokolle des MfS sichten und damit den Dokumentarfilm „Mein Leben, leicht überarbeitet“ zum 75. Geburtstag des Schriftstellers gestalten, der im Oktober 2019 vom rbb gesendet wurde. Nachdem gut 30 000 Seiten durchgesehen worden waren, konnten über 1 400 Seiten vorgelegt werden.

4.3.12 Terrorismus und Internationale Beziehungen

Bereits seit 1991 werden im Bereich Terrorismus vor allem Unterlagen zu den beiden Themenkomplexen „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und „Arabischer Terrorismus“ konstant durch Forschung und Medien, national wie international, nachgefragt. Beachtenswert sind im Bereich „Rote Armee Fraktion“ zwei Medienevorhaben. Anlässlich des 30. Jahrestages des Mordes an Detlev Karsten Rohwedder (2021) gibt es seit September 2020 eine Dokumentation unter dem Titel „Rohwedder. Einigkeit und Mord und Freiheit“ bei dem Streamingdienst Netflix. Über den Mord an Alfred Herrhausen ist eine Fernsehdokumentation des rbb in Arbeit. Durch den BStU wurden für diese Anträge insgesamt rund 13 000 Duplikate von Unterlagen, 140 Fotos sowie 13 Filme zur Verfügung gestellt

Weitere Schwerpunkte ergaben sich im Berichtszeitraum insbesondere aufgrund aktueller Ereignisse. Zu nennen ist hier u. a. die Wiederaufnahme der Ermittlungen zum Mord am schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme (1986). Diese war ursächlich für verschiedene internationale Forschungs- und Medienanträge, für die rund 3 000 Duplikate zur Verfügung gestellt worden sind.

Bedingt durch das öffentlich bekannt gewordene Rechtshilfeersuchen der Scottish Criminal Cases Review Com-

mission zur Zeugenvernehmung von ehemaligen Mitarbeitern der HA XXII (Terrorabwehr) des MfS zum Lockerbie-Anschlag am 21. Dezember 1988 ergaben sich Anträge zum Kenntnisstand des MfS zu diesem Attentat. Exemplarisch erwähnt sei hier die kurzfristige Bereitstellung von 680 Duplikaten für einen Medienantrag zu diesem Thema.

Beim Themenschwerpunkt Internationale Beziehungen sei ein Forschungsantrag der Universität Turku (Finnland) genannt, in dem die Aktivitäten des Bereiches Aufklärung (BA) des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR in Skandinavien erforscht wurden. Da ein großer Teil der Unterlagen in den Jahren 1989 und 1990 vernichtet worden ist, ergibt sich heute grundsätzlich nur noch aus den diesbezüglich überlieferten MfS-Unterlagen die Möglichkeit, an entsprechende Informationen zu gelangen. Diesem Ziel zugute kommt das offensichtliche Misstrauen des MfS gegenüber dem BA, das unter anderem in die Anwerbung eines nicht unerheblichen Teiles der im Ausland eingesetzten Militärattachés, ihrer Gehilfen und inoffiziellen Mitarbeiter mündete. Anhand der so gewonnenen Informationen war das MfS im Wesentlichen über die Aktivitäten des Bereiches Aufklärung im Bilde. Insgesamt wurden für den Vorgang knapp 13 600 Seiten gelesen und es konnten 4 400 Duplikate zur Verfügung gestellt werden.

4.4 Widersprüche gegen Entscheidungen des BStU

Die Anzahl der Widerspruchsverfahren ist, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Anträge und Ersuchen und im Hinblick auf die Komplexität der rechtlichen Materie, weiterhin gering.

Im Berichtszeitraum wurde am häufigsten im Bereich der privaten Akteneinsicht Widerspruch gegen einen Bescheid des BStU erhoben. 14 Widersprüche richteten sich gegen die Ablehnung von Anträgen naher Angehöriger auf Akteneinsicht in Unterlagen zu verstorbenen oder vermissten Personen gemäß § 15 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG). Dies betrifft insbesondere Fälle, in denen das erforderliche berechnete Interesse nicht ausreichend dargelegt worden war oder die Antragstellenden nicht zum antragsberechtigten Personenkreis gehörten. Mit vier Widersprüchen wurde die Kategorisierung von Unterlagen gemäß § 6 StUG hinterfragt, das heißt die Einstufung als Unterlagen von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern des MfS. Ein Widerspruch richtete sich gegen die Ablehnung der Bekanntgabe eines Klarnamens gemäß § 13 Abs. 5 StUG. Hier waren die Voraussetzungen für eine Decknamenschlüsselung nicht gegeben.

In sieben Fällen wurde Widerspruch gegen die Ablehnung eines Antrags aus dem Bereich Forschung und Medien gemäß §§ 32 ff. StUG erhoben. Dies betraf insbesondere Anträge, die den nach StUG erforderlichen Zweck der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes nicht erkennen ließen.

Ein Widerspruch bezog sich auf die Ablehnung einer Überprüfung gemäß §§ 20 ff. StUG. Gegenstand war das

Ersuchen einer privaten Klinikgesellschaft in kirchlicher Trägerschaft, die eine leitende Angestellte auf eine frühere Tätigkeit für das MfS überprüfen wollte. Da die betreffende Person nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt war, fehlte die gesetzliche Voraussetzung für eine Überprüfung. In anderen Fällen erledigten sich Widersprüche entweder durch Rücknahme, nachdem die angefochtene Entscheidung noch einmal erläutert wurde, oder die zunächst abgelehnte Bearbeitung konnte letztlich doch aufgenommen werden, weil erforderliche Angaben bzw. Unterlagen nachgereicht wurden. In einem Fall wurde Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben, in den übrigen Fällen wurden die Widersprüche bestandskräftig zurückgewiesen.

4.5 Rechtsstreitigkeiten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz

Im Berichtszeitraum haben den Bundesbeauftragten sechs Klagen vor dem zuständigen Verwaltungsgericht Berlin erreicht, die sich auf die Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes beziehen. Damit ist die Zahl der gegen den BStU erhobenen Klagen mit Bezug zu Fragen des Zugangs zu den Unterlagen weiterhin sehr gering. Drei Verfahren zu Rechtsfragen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) wurden im Berichtszeitraum vom Verwaltungsgericht entschieden.

In einer der Entscheidungen hat das Verwaltungsgericht das Anliegen des Klägers auf Entschlüsselung eines Decknamens abgelehnt. Zu zwei anderen Entscheidungen wurde durch die Klagenden beim Oberverwaltungsgericht Berlin ein Antrag auf Zulassung der Berufung gestellt. Die Verfahren befassten sich jeweils mit dem Umfang der bei einer privaten Akteneinsicht und Herausgabe von Kopien vorgenommenen Anonymisierungen. Beide Anträge wurden vom Oberverwaltungsgericht abgelehnt.

In einem der neu anhängigen Verfahren begehrt der Kläger Zugang zu Unterlagen zu einem verstorbenen Elternteil, obwohl eine ausdrückliche Erklärung eines sogenannten entgegenstehenden Willens im Sinne des § 15 Abs. 5 StUG vorliegt. Ein Verfahren mit dem gleichen Begehren aus dem vorangegangenen Berichtszeitraum wurde vom Kläger zurückgenommen (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 46).

Mit einer weiteren, neu anhängigen Klage wird das Anliegen verfolgt, die zur eigenen Person durch das MfS angelegten und von dem Beklagten verwahrten Unterlagen vernichten zu lassen. Mit dem gleichlautenden Begehren waren bereits im vorherigen Berichtszeitraum zwei Klagen erhoben und aufgrund richterlicher Hinweise wieder zurückgenommen worden (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 46). Für eine Löschung oder Anonymisierung personenbezogener Informationen in Stasi-Unterlagen bzw. eine Vernichtung von Unterlagen gibt es im Gesetz keine Rechtsgrundlage.

Zwei Klagen betrafen vor dem Hintergrund von Anträgen auf private Akteneinsicht die Frage der Einordnung von Unterlagen als solche zu inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes. In den jeweils gefundenen Unterlagen finden sich hinreichende

Belege für eine Bereiterklärung zur Berichterstattung an den Staatssicherheitsdienst, die zu einer Einstufung der entsprechenden Aktenteile als Mitarbeiterinnen- oder Mitarbeiterunterlagen führten.

Die Klage einer Journalistin richtete sich gegen die Ablehnung ihres Medienantrags auf Herausgabe von Informationen über sieben von ihr genannte Personen, die aktuell öffentliche Funktionen oder Ämter bekleiden. Ein solcher Antrag ist nach StUG nicht zulässig, da er nicht erkennen lässt, dass es der Klägerin, wie in § 32 Abs. 1 StUG vorausgesetzt, um die politische und historische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes geht. Die Überprüfung von Personen, die heute in bestimmten Positionen tätig sind, auf eine frühere Tätigkeit für das Ministerium der Staatssicherheit ist nach StUG den dafür zuständigen Stellen vorbehalten.

Eine weitere Klage richtete sich auf die Entschlüsselung eines Decknamens, wobei die betreffende Person in den Unterlagen lediglich mit einem Buchstaben, mithin nicht mit einem Decknamen bezeichnet ist. Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Entschlüsselung liegen deshalb nicht vor.

5 Kommunikation und Wissen

Mit Beschluss vom 26. September 2019 stimmte der Deutsche Bundestag dem Konzept von Bundesarchiv (BArch) und dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) zur „Zukunft der Stasi-Unterlagen“ zu und beauftragte den Bundesbeauftragten damit, frühzeitig die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Ein wesentlicher Aspekt des Konzepts ist die Sichtbarkeit der Eigenständigkeit des künftigen Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv.

Um den besonderen Charakter und Symbolwert des Stasi-Unterlagen-Archivs zu erhalten und in Zukunft weiter herauszustellen, bedarf es einer zeitgemäßen Kommunikation, die den sich verändernden Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht wird. Mit der Gründung einer Abteilung „Kommunikation und Wissen“ (KW) zum 1. Juli 2020 soll diesem Anspruch Rechnung getragen werden. In der Abteilung KW wurden daher Teile der Stabsstelle Presse/Online-Kommunikation und die Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit/Campusentwicklung mit den Referaten der ehemaligen Abteilung Bildung und Forschung zusammengeführt.

Die Forschung beim BStU wird mit laufenden und neuen Projekten auch weiterhin in Richtung einer gezielten quellenkundlichen Forschung und damit nutzungsorientiert fortentwickelt. Sie soll noch stärker als bisher den Charakter und die Binnenstrukturen der Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs verständlich machen. Durch die Aufbereitung der historischen Quellen soll eine bessere Orientierung für die Nutzerinnen und Nutzer ermöglicht werden, insbesondere durch die Publikation von Editionen und Rechercheleitfäden. Um die bisherigen Forschungsleistungen stärker mit der universitären Forschung und

Lehre zu verzahnen, machten zudem erstmals drei wissenschaftliche Mitarbeitende des BStU von der Möglichkeit Gebrauch, sich für einen befristeten Zeitraum an eine Hochschule abordnen zu lassen. An der Humboldt-Universität zu Berlin führen sie seit April 2019 an den Lehrstühlen für die Geschichte Osteuropas (Jörg Baberowski), Neueste und Zeitgeschichte (Martin Sabrow) sowie Geschichte Westeuropas und der transatlantischen Beziehungen (Gabriele Metzler) ihre Arbeiten fort und beteiligen sich zudem an der Lehre. Eine weitere Person ließ sich zur Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. abordnen.

Im Rahmen eines intensiveren wissenschaftlichen Austauschs beteiligt sich der BStU seit 2019 an dem Verbundprojekt „Landschaften der Verfolgung“, in dem acht weitere Institutionen zusammenarbeiten. Dazu gehören der Lehrstuhl für Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin, die Gedenkstätten Berlin-Hohenschönhausen und Lindenstraße Potsdam, die Universitäten in Frankfurt (Oder) und Passau, die Berliner Charité, das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. sowie die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. Das Verbundprojekt untersucht mit interdisziplinären Ansätzen die „Ursachen, Ausmaße und Auswirkungen politischer Repression in vergleichender Perspektive“ und baut eine „Datenbank zu den Dimensionen politischer Haft in der SBZ/DDR“ auf. Der BStU stellt dem Projekt die einschlägigen Unterlagen zur Verfügung. Ein an die Humboldt-Universität abgeordneter wissenschaftlicher Mitarbeiter ist zudem in das Forschungsmodul „Willkür und Verrechtlichung“ des Projekts eingebunden.

In Kooperation mit dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste konnte das Spezialinventar „Auf der Suche nach Kulturgutverlusten“ erarbeitet werden. Es weist auf eine Vielzahl von MfS-Unterlagen hin, die Auskunft über Kulturgutentziehungen und -transfers geben können. Im Dezember 2019 wurde das Projekt zur Erforschung der MfS-Aktenvernichtung 1989/90 mit einer Publikation abgeschlossen. Auf dem 3. Berliner Archivtag am 20. November 2019 und auf einer Jubiläumsveranstaltung zum Sturm auf die Stasi-Zentrale am 15. Januar 2020 stellte Roger Engelmann die wesentlichen Projektergebnisse vor.

Das Wissenschaftliche Beratungsgremium (WBG, siehe Anhang 7) kam im Berichtszeitraum zu einer Sitzung zusammen, die am 10. März 2020 stattfand. Es ließ sich über die zurückliegende Arbeit der Forschungsabteilung und den aktuellen Stand der Transformation unterrichten, diskutierte über die Perspektiven der quellenkundlichen Forschung unter dem Dach des Bundesarchivs und befürwortete drei neue Forschungsprojekte, die ihren Schwerpunkt in der quellenkundlichen Bestandsforschung haben. Diese Projekte untersuchen zum einen die dezentralen Informationsspeicher der operativen Dienstseinheiten des MfS, analysieren zum zweiten Statistikbögen der Auslandsspionageabteilung des MfS und zielen zum dritten auf die Erstellung eines Rechercheleitfadens im Rahmen des Forschungsverbunds „Landschaften der Verfolgung“ ab. Das WBG ist bereit, eine Forschungstätigkeit auch un-

ter veränderten Rahmenbedingungen weiterhin beratend zu begleiten.

5.1 Forschungsprojekte

5.1.1 Abgeschlossene und publizierte Forschungsprojekte

Auch in den Jahren 2019 und 2020 hat der BStU wieder eine größere Anzahl Publikationen herausgegeben. Es handelt sich um zehn Monografien, zwei Editionen, zwei Sammelbände sowie zwei Neuauflagen. Die beiden Sammelbände setzen die Reihe „Stasi in der Region“ fort und informieren ein breiteres Lesepublikum über das Wirken der DDR-Staatssicherheit auf dem Gebiet der heutigen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Die beiden Editionsbande erscheinen in der Reihe „Die DDR im Blick der Stasi“ und enthalten die Berichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS an die Partei- und Staatsführung aus den Jahren 1963 und 1989. Die drei neuen Bände in der wissenschaftlichen Reihe des BStU („Analysen und Dokumente“) präsentieren ebenso wie die vier Monografien der Reihe „BF informiert“ und die vier Einzelpublikationen die Ergebnisse mehrjähriger Forschungen zu einem breiten Themenspektrum. Dieses umfasst beispielsweise die Kooperation der sozialistischen Geheimdienste, die MfS-Repressionen in den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft oder bestimmte Arbeitsmethoden des MfS ebenso wie Untersuchungen zur Vernichtung von Stasi-Unterlagen oder zur möglichen Aufklärung von Kulturgutverlusten.

Die Forschungsergebnisse wurden in vielfältiger Weise medial präsentiert. So diente das 2017 erschienene Buch „Verschluss-Sachen – Dokumente, Fotos und Objekte aus dem Archiv der Staatssicherheit“ von Philipp Springer beispielsweise als Grundlage für mehrere Kurzfilme, die im Berichtszeitraum in der Serie „40 Dinge – Fundstücke aus 40 Jahren Stasi“ bei YouTube eingestellt wurden.

Die Publikationen erscheinen entweder als Verlags- oder als Eigenveröffentlichung bzw. in elektronischer Form. Die Eigenpublikationen werden als barrierefreie PDF-Dateien kostenlos online zur Verfügung gestellt. Betreut werden ferner Nachschlagewerke wie das „Abkürzungsverzeichnis“ der häufig verwendeten Begriffe des MfS, das nunmehr in 12. Auflage vorliegt, und die Nach- und Neuauflagen von Publikationen des BStU. Im Zuge der Retrodigitalisierung wurden weiterhin frühere Veröffentlichungen als Download verfügbar gemacht. Im Folgenden werden die im Berichtszeitraum erschienenen Publikationen vorgestellt. Eine Liste sämtlicher Publikationen befindet sich im Anhang 13.

5.1.1.1 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1963 und 1989

Die Reihe wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt: Im Jahr 2019 erschien anlässlich des 30. Jahrestages der Friedlichen Revolution der Jahrgang 1989 „Die DDR im Blick

der Stasi“, bearbeitet von Martin Stief und Mark Schiefer. Die Berichte der Staatssicherheit aus dem Jahr 1989 lesen sich wie eine Chronik der „Revolution“: lokale Konflikte um Umweltfragen und Wahlfälschungen, Parteigründungen und Massenfluchten – schließlich Großdemonstrationen und die Besetzung der Stasi. Die Rasanz des politischen Umbruchs in der DDR wird genauso deutlich wie der Kontrollverlust einer gelähmten Elite und das neue Selbstbewusstsein einer Bürgerschaft, die sich engagiert, organisiert und am Ende die politische Führung übernimmt.

Im Herbst 2020 erschien der Jahrgang 1963 der Reihe, bearbeitet von Georg Herbstritt. Die Berichte des MfS beleuchten zentrale historische Vorgänge: Zwei Jahre nach dem Mauerbau in Berlin kommt Bewegung in die nationale und internationale Politik. Egon Bahr prägt die Formel „Wandel durch Annäherung“, die den unumstößlichen Beginn der Entspannungspolitik markiert. Mit dem ersten Passierscheinabkommen wird die Mauer im Dezember 1963 zumindest für die Menschen in West-Berlin erstmals wieder durchlässig. In der DDR bringt Walter Ulbricht grundlegende Reformen auf den Weg, die neben der Wirtschaft auch Justiz, Jugend sowie Kunst und Kultur betreffen. Er reagiert damit geschickt auf ernsthafte Krisensymptome. Doch breite Bevölkerungskreise artikulieren weiterhin Unzufriedenheit, seien es Arbeiterinnen und Arbeiter oder Jugendliche, Christinnen und Christen oder Kulturschaffende. Die Berichte der DDR-Staatssicherheit an die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) spiegeln in aller Deutlichkeit die Ambivalenz dieses markanten Jahres zwischen Aufbruch und Beharrung wider.

Darüber hinaus wurde die Datenbank der Edition einem Relaunch unterzogen und konnte in einem neuen Design und mit aktualisierter Funktionalität freigeschaltet werden. Im Berichtszeitraum wurden dort die Jahrgänge 1968 und 1953 online gestellt.

5.1.1.2 „Stellt die Bürger ruhig“. Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle–Bitterfeld

„Stellt die Bürger ruhig!“, so lautete die Devise von Wirtschaftsfunktionären und Politikern angesichts der sich zuspitzenden Umweltkonflikte im Chemierevier Halle–Bitterfeld. Die ohnehin akuten Umweltprobleme der Region wurden durch die zunehmende ökonomische Überforderung der DDR verschärft und führten zu einer konfliktträchtigen Situation, die in den 80er-Jahren auch den Staatssicherheitsdienst auf den Plan rief.

Die Dissertation von Martin Stief, die beim BStU entstand und dort betreut worden ist, zeigt, wie die Geheimpolizei angesichts einer zunehmend umweltbewussten Bevölkerung und handlungsunfähiger Behörden und Betriebe Umweltprobleme vertuschte, indem sie für eine strikte Geheimhaltung von Umweltdaten sorgte. Dazu überwachte sie Wissensträger lückenlos und observierte und bekämpfte die staatlich unabhängige Umweltbewegung. Die Studie erschien als Band 55 in der Reihe „Analysen und Dokumente“.

5.1.1.3 Vom Scheitern der kybernetischen Utopie. Die Entwicklung von Überwachung und Informations- verarbeitung im MfS

Die Beschaffung und Verarbeitung von Informationen ist eine zentrale Aufgabe eines jeden Geheimdienstes. Die Stasi, so die These des Autors, wollte allerdings keineswegs undifferenziert „alles“ wissen und überwachte auch nicht flächendeckend. Ihre Aufmerksamkeit galt insgesamt wesentlich stärker Staat, Wirtschaft und militärischer Abwehr als „Staatsfeinden“ und Oppositionellen.

Die Informationsspezialisten des MfS hatten seit den 60er-Jahren daran gearbeitet, durch gezielte Informationsgewinnung und -analyse die Überwachungsmethoden zu optimieren. Auch wenn ihre kybernetische Utopie scheiterte, vollzog das MfS damit wichtige Schritte auf dem Weg in den digitalen Überwachungsstaat. Die Studie von Christian Booß (Band 56 der Reihe „Analysen und Dokumente“) unternimmt es, die Forschungslücke zu diesem Aspekt der Geschichte der DDR-Geheimpolizei zu schließen.

5.1.1.4 Von einer Freundschaft, die es nicht gab. Das Ministerium für Staats- sicherheit der DDR und das polnische Innenministerium 1974–1990

Die Beziehung zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit und dem polnischen Innenministerium bzw. dessen Geheimdienst war eine der schwierigsten innerhalb des Warschauer Paktes. Der Band des polnischen Historikers und langjährigen Mitarbeiters des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts Tytus Jaskułowski beschreibt das Mit- und Gegeneinander beider Geheimdienste anhand umfangreicher Quellenrecherchen in den Archiven der früheren Staatssicherheitsdienste Polens und der DDR in detaillierter Betrachtung ihrer divergierenden Interessenlagen. Er erscheint in der wissenschaftlichen Reihe des Bundesbeauftragten als 57. Band.

Hinter der Fassade einer offiziell verordneten und vertraglich vereinbarten Freundschaft herrschte abgrundtiefes Misstrauen. Die polnische Perspektive offenbart zudem überraschende Schwachstellen der Stasi. Den zeitlichen Schwerpunkt bilden die Jahre 1974 bis 1990, doch nimmt die Studie auch die frühen Jahre seit 1949 in den Blick. Im frostigen Verhältnis der verbündeten Geheimdienste spiegelt sich stets auch das problematische Verhältnis der beiden „Bruderstaaten“ zueinander.

5.1.1.5 Versagtes Vertrauen. Wissenschaftler der DDR im Visier der Staatssicherheit

Sie wurden erst gebraucht, dann geduldet und schließlich kaltgestellt. Vertrauen schenkte die SED ihnen nie; die Stasi bespitzelte sie und behinderte ihre Arbeit. Die Rede ist von bürgerlichen Wissenschaftlern, die – parteilos oder als SED-Mitglieder – in der Ulbricht-Ära bedeutsame Leistungen trotz widriger Umstände erbrachten und unter Honecker mithilfe der Stasi rasch aus ihren Funktionen verdrängt wurden.

Die vom BStU geförderte Studie des früheren Mitarbeiters Reinhard Buthmann zeigt die beeindruckende Aufbauleistung in den Disziplinen, die die wissenschaftlich-technische Revolution der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts prägten: die Mikroelektronik, die Raumforschung und die Kerntechnik. Sie wird ergänzt um neue Erkenntnisse zum Scheitern des Flugzeugbauprogramms der DDR.

„Versagtes Vertrauen“ gibt einen spannenden, bedrückenden und paradigmatischen Einblick in die Welt von Wissenschaft und Technik der DDR. Trotz der kommunistisch ausgerichteten Wissenschaftspolitik der SED konnten bürgerlich sozialisierte Wissenschaftler für eine begrenzte Zeit in der industriellen und akademischen Forschung ihre Kreativität entfalten und eigenbestimmte Wege gehen. Das Werk liest sich wie ein Who's who der DDR-Wissenschaften. Es zeigt an wichtigen Forschungsdisziplinen empirisch und analytisch das destruktive Wirken der Staatssicherheit im Sinne der Wissenschaftspolitik der SED.

5.1.1.6 Der Blick der Staatssicherheit. Fotografien aus dem Archiv des MfS

Mit der Publikation „Der Blick der Staatssicherheit“ legte Philipp Springer im März 2020 die Ergebnisse eines Forschungs- und Editionsprojektes vor, das sich der fotografischen Überlieferung des MfS widmete. In dem Bildband, der im Sandstein Verlag erschienen ist, werden erstmals die vom BStU verwalteten Fotobestände mit Einzelbeispielen vorgestellt und die Fotografien als eigenständige Quellengattung zur Geschichte des MfS präsentiert. In sieben Kapiteln, die sich unter anderem den Innenansichten des MfS, den Bildern von Flucht und Grenze, der Observation, dem Blick auf den Westen und dem Protest widmen, zeigt sich die bislang von der Forschung weitgehend unbeachtete Vielfalt an Fotografien, die das visuelle Erbe des MfS bilden. In einer umfangreichen Einleitung wird die Rolle der Fotografie in der Arbeit der Geheimpolizei beleuchtet und dabei den Fragen nachgegangen, welche Typen von Fotografien es gab, wer die Fotografen waren und welche Dimension die Überlieferung hat.

Die Publikation, die 335 bislang weitgehend unbekannte Aufnahmen zeigt und deren Entstehung und Bedeutung erläutert, soll sowohl die MfS- als auch die fotohistorische Forschung zu weiteren Studien in diesem außergewöhnlichen Bestand anregen.

5.1.1.7 Vernichtung von Stasi-Akten. Eine Untersuchung zu den Verlusten 1989/90

Im Berichtszeitraum wurde das Projekt zur Erforschung der MfS-Aktenvernichtungen 1989/90 abgeschlossen und die Ergebnisse publiziert, die ein nach Überlieferungen differenziertes Bild zeigen: Bei den bereits vor November 1989 in der zentralen Registratur-Abteilung XII archivierten MfS-Akten erwiesen sich die Verluste als minimal. Sehr viel größer sind sie bei den Vorgängen, die sich damals noch in der Hand der operativen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befanden. Zwischen 10 und gut 20 Prozent

dieser aktiven registrierten Akten – vor allem Vorgänge zu inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – wurden im Spätherbst 1989 kassiert. Die größten Verluste sind bei den dezentralen „Speichern“ der operativen Dienstseinheiten zu verzeichnen, in denen primär personenbezogenes operatives Material unterhalb der Relevanzschwelle der registrierten Vorgänge abgelegt wurde. In diesem Bereich, wo sich die niederschwellige, aber große Teile der Bevölkerung betreffende Überwachung widerspiegelt, gingen rund 40 Prozent der Ablagen fast vollständig verloren, weitere 30 Prozent wurden erheblich dezimiert.

5.1.1.8 Auf der Suche nach Kulturgutverlusten. Ein Spezialinventar zu den Stasi-Unterlagen

Provenienzforschung zu Kunst- und Kulturgegenständen aller Art erlebt in den letzten Jahren eine erhöhte Aufmerksamkeit. Nicht nur während des Nationalsozialismus wurden wertvolle Kunstobjekte ihren ursprünglichen Besitzerinnen und Besitzern unter Druck entzogen, sondern auch in der Nachkriegszeit in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Ein im Frühjahr 2020 abgeschlossenes Kooperationsprojekt des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste Magdeburg und des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen dokumentiert die Spurensuche nach Belegen für solche Kulturgutentziehungen und -transfers in den Stasi-Unterlagen und zeigt erste Ergebnisse.

Neben einer Beschreibung zweier unterschiedlicher Zugangswege zu den Beständen und einer ersten Einschätzung ihrer Aussagekraft umfasst die vorliegende Veröffentlichung auch eine Auflistung von ca. 450 Signaturen, die im Zuge dieser Spurensuche gesichtet wurden und einen Auszug des Verzeichnisses der ca. 2 000 Unterlagen, deren Aktentitel und Enthält-Vermerke Hinweise auf mögliche Kulturgutentziehungen geben. Das komplette Verzeichnis wird zusätzlich als Download zur Verfügung gestellt.

Somit erlaubt die Studie, die von Ralf Blum, Helge Heidemeyer und Arno Polzin erarbeitet wurde, einen tieferen Einblick in die Szene von Museen, Kunstsammlungen und Antiquitätenhandel einerseits bzw. die staatlichen Handelnden wie MfS, Steuerfahndung, Polizei und Zollverwaltung andererseits. Nicht zuletzt fanden Dokumente zu zahlreichen inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von MfS und Kriminalpolizei, die an Kulturgutverlusten beteiligt waren, Aufnahme in die Liste der gesichteten Unterlagen.

5.1.1.9 Auschwitz und Staatssicherheit. Strafverfolgung, Propaganda und Geheimhaltung in der DDR

Das Vernichtungslager Auschwitz steht für den industriemäßig organisierten Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Europas, eine schwere Hypothek für beide deutsche Nachkriegsstaaten. Die DDR-Führung versuchte, der Bundesrepublik hierfür die alleinige historische Verantwortung zuzuschreiben, und thematisierte die westdeutschen Versäumnisse bei der Ahndung der Verbrechen bevorzugt in ihrer Propaganda. Sie selbst war aber eben-

falls nicht in der Lage und zum Teil auch nicht bereit, eine Strafverfolgung zu gewährleisten, die der Dimension der Verbrechen und den Erwartungen der Überlebenden gerecht geworden wäre.

Die Studie von Henry Leide (Band 40 in der Reihe „BF informiert“) betrachtet den Umgang der DDR mit „ihren“ Auschwitz-Fällen, insbesondere ihre widersprüchliche Strafverfolgungspraxis. Dabei zeigt sich in der Gründungsphase der DDR zunächst ein starker Ahndungswille, aber gleichzeitig eine willkürliche und weithin untaugliche Wahrheitssuche. Drakonische Bestrafungen selbst bei zweifelhafter strafrechtlicher Schuld stehen neben milden Urteilen in tatsächlich schweren Fällen.

Später galt die Ahndung von NS-Verbrechen im eigenen Land als weitgehend erledigt, bei jedem in der DDR entdeckten Täter drohte ein Glaubwürdigkeitsverlust. Folgerichtig wurden entsprechende Informationen bei der Staatssicherheit unter Verschluss gehalten. Ließ sich ein Fall nicht verbergen, wie 1966 beim Auschwitz-Arzt Horst Fischer, reagierte man schnell und hart, um den überlegenen Ahndungswillen der DDR zu demonstrieren. Aber in vielen anderen Fällen wurde die Verwicklung von Bürgerinnen und Bürgern der DDR in NS-Verbrechen von der DDR-Geheimpolizei unter den Teppich gekehrt. So blieben auch Personen, die in den im Vernichtungslager Auschwitz begangenen Völkermord involviert waren, in der DDR ungeschoren.

Die Studie stieß auf großes Interesse der Öffentlichkeit und liegt bereits in zweiter Auflage vor; eine dritte, erweiterte Auflage erscheint im Januar 2021.

5.1.1.10 „Nun falten Sie den Zettel ...“. Wahlen in der DDR in der Überlieferung der Staatssicherheit (1949–1961)

Regelmäßig ließ sich die SED vom Volk in Wahlen bestätigen. Doch es war keine Wahl zu treffen. Zuvor genau geprüfte Kandidatinnen und Kandidaten in einem Proporz, der der SED die Mehrheit garantierte, standen auf dem Wahlschein, den die Bürgerinnen und Bürger erhielten. Sie hatten ihn nur noch zu falten und in die Wahlurne zu stecken. Selbst die Anonymität vorspiegelnde Wahlkabine sollten sie nicht benutzen, um sich nicht in Verdacht zu bringen, gegen die Mächtigen zu stehen. Der ganze Vorgang wurde nicht nur im Volksmund, sondern selbst von den Wahlorganisatoren als „Zettelfalten“ bezeichnet.

Die Angst der SED vor dem in Schach gehaltenen Wahlvolk wirkte grotesk. Dennoch bot der Machtapparat alles auf, um dem „Zettelfalten“ den letzten Rest eines Herrschaftsrisikos zu nehmen. Das Ministerium für Staatssicherheit kontrollierte alle Maßnahmen, verfolgte Widersacher unerbittlich und dokumentierte den tatsächlichen Ablauf.

Die im Band 41 der Reihe „BF informiert“ vorgelegten Dokumente spiegeln die Aktivität des MfS bei der Überwachung, Sicherung und Analyse der Wahlen von der Staatsgründung bis ins Jahr 1961. Die Geheimpapiere zeigen die Verfolgung von Opponenten ebenso wie elaborierte Maßnahmenpläne und Instruktionen, die den erwünschten

Verlauf sichern sollten. Die Analysen der Wahlergebnisse und ihr Vergleich mit den Veröffentlichungen belegen nicht nur die Maßlosigkeit des Zustimmungsverlangens der SED (selbst 95 Prozent der Stimmen reichten nicht), sondern auch, dass es regionale Konfliktschwerpunkte gab und dass das Ausmaß von Einschüchterung und Gleichgültigkeit der Menschen einem Ereignis gegenüber riesig war, das die Bezeichnung Wahl nicht verdiente.

5.1.1.11 Kleine Brüder des KGB. Die Kooperation von DDR-Auslandsaufklärung und bulgarischer Staatssicherheit

Die Auslandsaufklärungen der Ostblockgeheimdienste waren besondere Akteure im Kalten Krieg. Am Beispiel der Hauptverwaltung A (HVA) der DDR und der PGU-DS Bulgariens werden die Einbettung der nationalen Spionagedienste in das sowjetisch dominierte Gesamtsystem, aber auch deren Rivalitäten und Kooperationen untereinander und mit dem KGB beschrieben. Durch die vergleichende Betrachtung wird deutlich, dass die Unterordnung der Spionagedienste unter den KGB von Land zu Land unterschiedlich weit vorangetrieben wurde.

Die Studie umreißt die Haupt- und Regionalziele der Aufklärungsdienste ebenso wie die bulgarisch-ostdeutsche Zusammenarbeit bei der Wirtschaftsspionage oder das offensive Vorgehen in der Gegenspionage. Breiten Raum nehmen Schilderungen zu geheimdienstlichen Desinformationskampagnen als Kooperationsschwerpunkt von HVA und PGU-DS ein.

Der besondere Wert der Publikation liegt auch darin, dass sie sich auf HV-A-Dokumente stützt, die nur im Archiv der bulgarischen Staatssicherheit in Sofia überliefert sind. Sie schließt somit Lücken, die durch die umfassende Vernichtung der HV-A-Akten in der DDR 1990 entstanden sind. Mit dieser Studie, die als Band 42 der Reihe „BF informiert“ herausgegeben wurde, bietet Christopher Nehring zugleich einen konzisen Überblick über seine Dissertation, die umfassend Formen, Motive, Ziele und Grenzen der Kooperation von bulgarischer und ostdeutscher Auslandsespionage untersucht.

5.1.1.12 Schmuggler, Spitzel und Tschekisten. Wie Stasi und KGB den Bibelschmuggel in die Sowjetunion bekämpften

Die Kooperation zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) und dem sowjetischen Komitee für Staatssicherheit (KGB) ist trotz der engen Verflechtung beider Geheimdienste jenseits der Aufbauphase bislang wenig erforscht. Dies ist vor allem der Unzugänglichkeit des sowjetischen Geheimdienstarchivs geschuldet. Die neue Publikation von Ann-Kathrin Reichardt, erschienen als Band 43 der Reihe „BF informiert“, trägt dazu bei, diese Lücke zu füllen, und untersucht die Zusammenarbeit exemplarisch anhand des Bibelschmuggels auf der Grundlage der überlieferten Stasi-Akten.

Bibeln, Gesangbücher und exegetische Literatur waren in der Sowjetunion Mangelware. Diese absichtliche Ver-

knappung war ein wichtiges Instrument der sowjetischen Staatsmacht, um kirchliches Leben zu unterdrücken. Missionsgesellschaften aus Westeuropa und den USA unterstützten deshalb insbesondere freikirchliche und lutherische Gemeinden in der Sowjetunion durch illegale Lieferungen einschlägiger Literatur. Dafür nutzten sie unter anderem Transportwege über die DDR. Dort existierte – über die gesamte Republik verzweigt – ein Netzwerk von Verbindungspersonen, die den Weitertransport der zuvor aus der Bundesrepublik illegal eingeführten Bücher in die Sowjetunion übernahmen.

Über Jahrzehnte hinweg versuchten MfS und KGB gemeinsam, dieses „Schmuggler-Netzwerk“ zu zerschlagen. Dieses Ziel wurde trotz detaillierter Absprachen auf Leitungsebene, Einschleusung inoffizieller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, konspirativer Tätigkeiten auf dem jeweils anderen Staatsgebiet und der Beschlagnahmung großer Mengen der geschmuggelten Literatur nie wirklich erreicht. Das Buch geht der Funktionsweise der Zusammenarbeit, den Gründen für ihre Ineffizienz und den divergierenden Handlungsstrategien beider Geheimdienste nach.

5.1.2 Laufende Forschungsprojekte

5.1.2.1 ZAIG-Edition und -Analyse/Das MfS im deutsch-deutschen Systemkonflikt

In dem von Daniela Münkler geleiteten Projektbereich werden die geheimen Berichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS in einer kommentierten Edition jahrgangsweise herausgegeben und darüber hinausgehende Forschungen zur Informationstätigkeit der Staatssicherheit durchgeführt.

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung

Die Edition der geheimen Berichte, die die ZAIG zur Information der DDR-Partei- und Staatsführung seit dem Juniaufstand 1953 bis zum Dezember 1989 verfasst hat, unter dem Titel „Die DDR im Blick der Stasi – Die geheimen Berichte an die SED-Führung“ wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt (zum Konzept siehe 11. Tätigkeitsbericht, S. 74). In den Bänden werden alle Inlandsberichte ediert und in einer ausführlichen Einleitung erste Auswertungsergebnisse sowie Forschungen zum Informations- und Berichtswesen des Staatssicherheitsdienstes präsentiert. Die Berichte zeichnen ein Bild, welches in der Langzeitperspektive deutlich macht, wie MfS und Staats- und Parteiführung die allgemeine Lage in der DDR einschätzten, welche Schwierigkeiten und „Bedrohungen“ sie für den Aufbau und die Festigung ihrer Herrschaft sahen und welche Konsequenzen daraus gezogen wurden. Die Berichte sagen darüber hinaus auch etwas über das Verhältnis von MfS und Staatsführung sowie den Einfluss des MfS auf die Meinungsbildung der höchsten politischen Führungsschicht in der DDR aus. Die Bände werden in Form einer Auswahl-edition (Buch) und einer Komplett-edition auf einer CD bzw. in einer gesonderten Datenbank publiziert. Ein Jahr nach der Buchpublikation stehen die Daten dann kostenlos unter www.ddr-im-blick.de online

zur Verfügung. In dieser Datenbank, die komfortable Auswertungsmöglichkeiten bietet, ist eine Recherche auch über die Jahrgänge hinweg möglich.

Im Berichtszeitraum wurde die Bearbeitung folgender Jahrgänge begonnen bzw. fortgeführt: „Die DDR im Blick der Stasi 1983“ (Bearbeiter: Mark Schiefer und Martin Stief); „Die DDR im Blick der Stasi 1982“ (Bearbeiter: Mark Schiefer und Martin Stief); „Die DDR im Blick der Stasi 1959“ (Bearbeiterin: Ann-Kathrin Reichardt).

5.1.2.2 Zusammenarbeit osteuropäischer Geheimdienste/Internationales

Bis März 2019 leitete Douglas Selvage den Projektbereich „Zusammenarbeit osteuropäischer Geheimdienste/Internationales“. Seit dem 1. April 2019 ist er zum Lehrstuhl für Geschichte Westeuropas und der transatlantischen Beziehungen an der Humboldt-Universität zu Berlin abgeordnet. Dort arbeitet er, in Weiterführung bisheriger Forschungsschwerpunkte, an dem Projekt „Aktive Maßnahmen – die Hauptverwaltung A und ihre ‚Bruderorgane‘ zwischen Psychoterror und psychologischer Kriegsführung 1966–1989“. Die Ergebnisse des bisherigen Forschungsprojekts „MfS und MGB/KGB im sowjetischen Block 1950–1989“ fließen in einen Sammelband ein, der im Berichtszeitraum zur Druckreife gebracht wurde.

Bereits 2014 war in dem Projektbereich die Studie „Die AIDS-Verschwörung“ von Douglas Selvage und Christopher Nehring erschienen, in der über die Kooperation von MfS und KGB bei der Lancierung von Desinformationen berichtet wurde. Gegen diese Studie wurde 2015 Klage eingereicht und ihre weitere Verbreitung gestoppt. Doch mit Urteil vom 2. Juli 2019 stellte der Bundesgerichtshof höchststrichterlich fest, dass die Studie vollumfänglich rechtskonform ist und wieder erscheinen darf.

Geheimdienstliche Arbeit des MfS nach Westen: Eine quellenkundliche und quellenkritische Analyse der Leipziger Statistikbögen der HV A

Seit April 2019 wird der Projektbereich kommissarisch von Georg Herbstritt geleitet, der zwei neue Projekte der quellenkundlichen Forschung angestoßen hat. Das erste Projekt begann im Frühsommer 2020 und steht unter der Überschrift „Geheimdienstliche Arbeit des MfS nach Westen: Eine quellenkundliche und quellenkritische Analyse der Leipziger Statistikbögen der HV A“. Im Rahmen dieses Projekts werden verschiedene Überlieferungen aus dem Kontext der „Westarbeit“ des MfS untersucht und verglichen. Obgleich auf einer regionalen Quellenbasis aufbauend, werden auch grenzüberschreitende und internationale Aktivitäten des MfS einbezogen.

Computer und elektronische Datenverarbeitung im Überwachungssystem der Stasi

Das zweite Projekt startete zum Jahresende 2020 unter dem Arbeitstitel „Computer und elektronische Datenverarbeitung im Überwachungssystem der Stasi“ und analy-

siert die MfS-Unterlagen, die im direkten Zusammenhang mit der Computernutzung der Stasi stehen.

5.1.2.3 Herrschaft und Gesellschaft

In dem unter Leitung von Roger Engelmann stehenden Projektbereich waren im Berichtszeitraum verschiedene Projekte der Grundlagenforschung angesiedelt.

Die dezentralen Informationsspeicher der operativen Dienstseinheiten: Zentrale Materialablagen (ZMA), Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien (VSH) und Dokumentenkarteien

In den operativen Dienstseinheiten des MfS bestanden ab 1965 sogenannte Informations- und Auswertungsorgane. Diese führten dezentrale Informationsspeicher, in denen die „operativ bedeutsamen“ Informationen des Zuständigkeitsbereiches zugriffsfähig gehalten wurden und die darüber hinaus dazu dienten, die Lage im eigenen Verantwortungsbereich einzuschätzen. Wenn man also von flächendeckender Überwachung des MfS in den 70er- und 80er-Jahren sprechen will, so wird diese am ehesten durch dieses dezentrale Ablagesystem, vor allem auf der Ebene der Kreisdienststellen, abgebildet. Es gewann mit der zunehmenden Ausweitung der Überwachung bei gleichzeitiger Verminderung ihrer Eindringtiefe an Bedeutung. Ende der 80er-Jahre waren in den VSH-Karteien der Kreisdienststellen durchschnittlich ca. 50 Prozent der in einem Landkreis lebenden Menschen erfasst, zu 40 Prozent waren darüber hinaus auch Informationen in der Zentralen Materialablage abgelegt. Diese „Bearbeitung“ betraf somit rund die Hälfte der DDR-Bevölkerung. Das Projekt untersucht diese dezentralen Speicher anhand des weitgehend vollständig überlieferten Beispielfalls der Kreisdienststelle Brandenburg/Havel nach quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten.

Forschungsprojekt „Stasi-Zentrale“

Das Projekt befasst sich mit der baulichen Entwicklung und stadträumlichen Ausbreitung der MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg im Stadtgebiet nördlich der Frankfurter Allee ab 1950. Berücksichtigt werden dabei auch die Vorgeschichte sowie die Standortwahl, die durch in Berlin-Lichtenberg bereits bestehende Liegenschaften von Sicherheits- und Militärorganen begünstigt wurde. Die Entwicklungen des Geländes nach 1989 sollen ebenfalls in den Blick genommen werden. Das Projekt dient nicht nur zur Erweiterung der historischen Erkenntnisse über den Komplex Stasi-Zentrale, sondern auch der inhaltlichen Zuarbeit für die Entwicklung des Campus für Demokratie. Es konzentriert sich auf Fragestellungen, die für die Campusentwicklung und die hierfür zu schaffenden didaktischen Konzepte von besonderer Bedeutung sind. Dabei wird das Projektdesign in Abstimmung mit allen am Campus relevanten Beteiligten abgestimmt und sukzessive konkretisiert. Die Ergebnisse sollen schrittweise über digitale Medien, aber auch zusammengefasst in einer Print-Publikation veröffentlicht werden.

5.1.2.4 Bei der Arbeit – Hauptamtliche Mitarbeiter auf Fotografien des MfS

Fotografische Quellen zum Arbeitsalltag der Hauptamtlichen des MfS sind außerordentlich selten. Da in der Geheimpolizei ein recht striktes Fotografierverbot herrschte, liegen nur wenige Aufnahmen vor, die Hauptamtliche an ihren Arbeitsplätzen zeigen. Das Forschungs- und Editionsprojekt „Bei der Arbeit – Hauptamtliche Mitarbeiter auf Fotografien des MfS“ widmet sich der Recherche nach bislang unbekanntem Aufnahmen in den Beständen des BStU. Ziel des Projekts ist die Veröffentlichung eines Text-Bild-Bandes.

5.2 Stasi in der Region

In enger Zusammenarbeit mit den Außenstellen des BStU entstehen zu regionalen Forschungsthemen Beiträge für die Publikationsreihe „Stasi in der Region“. Damit wird der Ansatz verfolgt, die politische Verfolgung und Repression der SED-Diktatur an biografischen Fallbeispielen aus einer bestimmten Region zu veranschaulichen und damit für ein breites Publikum fassbarer zu machen. Die Beispiele werden jeweils in einen zeitgeschichtlichen Kontext gestellt und verallgemeinert. Bezogen auf die ehemaligen Bezirke der DDR – nach der Wiedervereinigung die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen – sowie auf Berlin werfen sie Schlaglichter auf 40 Jahre MfS-Geschichte und vermitteln, wie Überwachung und Verfolgung im Alltag abliefen und mit welchen Folgen die Betroffenen konfrontiert waren. Dabei werden allgemeine historische Ereignisse und regionalspezifische Charakteristika miteinander verknüpft. Vor Augen geführt werden zudem die Methoden und Maßnahmenpläne der Staatssicherheit, die für die Betroffenen oftmals erst im Nachhinein durch die Einsicht in ihre Stasi-Akten erkennbar geworden sind.

Stasi in Mecklenburg-Vorpommern und Stasi in Brandenburg

2019 und 2020 wurden zwei weitere Ausgaben veröffentlicht. Im Mittelpunkt der reich bebilderten Publikationen stehen Mecklenburg-Vorpommern sowie Brandenburg. Die Herausgeberinnen Elise Catrain und Konstanze Soch gewannen für die wissenschaftlich fundierten Beiträge erfahrene Co-Autorinnen und -Autoren. So enthält der Band „Stasi in Mecklenburg-Vorpommern. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin“ Kapitel zu Fluchten über die Ostsee, zur Überwachung des Tourismus wie im Hotel „Neptun“ oder von jugendlichen Campern auf Usedom. Am Beispiel der Bausoldaten in Prora wird das Vorgehen der Stasi gegen abweichendes Verhalten beleuchtet. Im Band „Stasi in Brandenburg. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Cottbus, Frankfurt und Potsdam“ finden sich unter anderem Beiträge über die Bespitzelung der sorbischen Minderheit, die Aufdeckung der Kommunalwahlfälschung durch die Umweltgruppe Cottbus sowie über die einzige brandenburgische Stasi-Objektdienststelle zur Kontrolle des Gaskombinats „Schwarze Pumpe“ bei Hoyerswerda.

Die Publikationen bieten zudem lexikalische Artikel über die Leiter der MfS-Bezirksverwaltungen und die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen sowie systematische Übersichten der Dienststellen des MfS.

Die Reihe wird mit der Länderstudie Berlin fortgesetzt, deren Erscheinen für 2021 vorgesehen ist und die sich mit beiden Teilen Berlins beschäftigen wird.

5.3 Bibliothek

Die wissenschaftliche Spezialbibliothek des BStU sammelt und verwaltet neben Veröffentlichungen zum Ministerium für Staatssicherheit und anderen Geheimdiensten, zur SBZ und zur DDR, zur Deutschlandpolitik und den innerdeutschen Beziehungen, zu Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa auch Publikationen zu modernen Diktaturen, zu Kommunismus und Totalitarismus, sowie Biografien und biografische Nachschlagewerke. Hauptaufgabe der Bibliothek ist die Informationsbeschaffung für die Beschäftigten des BStU. Durch die Bereitstellung des Bibliothekskatalogs und der Bibliografie zum Staatssicherheitsdienst der DDR auf der Internetseite der Bibliothek konnte die Nutzung für die interessierte Öffentlichkeit spürbar verbessert werden. Der Zeitschriftenbestand ist über die Zeitschriftendatenbank (ZDB) und der Bibliotheksbestand sowohl über den Online-Katalog auf der Homepage des BStU als auch über den Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg (KOBV) recherchierbar. Die Mitgliedschaft in mehreren Fachverbänden ermöglicht den konstanten fachlichen Austausch mit anderen wissenschaftlichen Bibliotheken. Im Berichtszeitraum konnte der Bestand durch gezielte Erwerbung, Tausch und Geschenke um fast 1 150 Medien erweitert werden. Die Bibliothek bezieht laufend 121 Zeitschriften sowie 13 Tages- und Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazine.

5.4 Öffentliche Kommunikation des Stasi-Unterlagen-Archivs

„Die öffentliche Kommunikation wird ein wichtiges Element der Sichtbarkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs unter dem Dach des Bundesarchivs sein“ – um dieser Vorgabe aus dem vom Bundestag beschlossenen Konzept zur künftigen Nutzung der Unterlagen gerecht zu werden, kommt der Präsentation des Archivs am historischen Ort besondere Bedeutung zu. Als Schauplatz von Geschichte wird Besuchenden hier die Vergangenheit greifbar, lassen sich der besondere Charakter und Symbolwert der Stasi-Unterlagen besonders nachhaltig vermitteln. An diesem Auftrag hat der BStU schon jetzt seine Arbeit ausgerichtet. Mit seinen Angeboten für die breite Öffentlichkeit macht er die Hinterlassenschaft der DDR-Geheimpolizei anschaulich, stellt beispielhaft Inhalte des Archivs vor und informiert zu seinen Nutzungsmöglichkeiten. Am Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ wird die komplexe Materie der MfS-Bürokratie für unterschiedliche Formate aufbereitet. Da der Bedarf je nach Alter, Prägung und Wissensstand der Besuchenden stark variiert, sind die Angebote vor Ort durchgängig modular organisiert. Die Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit basiert

auf vielfältigen Modulen: der Dauerausstellung „Einblick ins Geheime“, der zugehörigen Beispielakten-Sammlung, geführten Rundgängen durch Ausstellung, Kartei- und Magazinräume sowie Geländeführungen am historischen Ort. In dieser individualisierten Nutzung des Ortes und der Archivinhalte liegt eine besondere Chance, zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und ihren Folgen anzuregen.

Darüber hinaus setzte der BStU seine Angebote der historisch-politischen Bildung und Archivpädagogik für Schulen, Universitäten, Bildungseinrichtungen und andere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren am historischen Ort fort. Zur Vertiefung der archivbezogenen Themen entwickelte er Dokumentenhefte sowie Informationsmaterialien zu Archiv und Gelände für Besuchende. Außerdem vermittelte er Nutzungsmöglichkeiten des Archivs mit zahlreichen Veranstaltungen an die breite Öffentlichkeit. Und natürlich waren auch die regionalen Standorte Teil der Vermittlungs- und Bildungsarbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs.

5.4.1 „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“

Die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg war mit rund 50 Gebäuden und Tausenden Büros ein riesiger Komplex, in dem zu DDR-Zeiten bis zu 7 000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig waren. Im Januar 1990 drangen Bürgerinnen und Bürger auf das abgeriegelte Gelände vor und trugen dazu bei, das Wirken der Stasi zu beenden und die Vernichtung der Unterlagen weitgehend zu stoppen. In den vergangenen Jahren ist hier ein Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand, ein Lernort für Demokratie entstanden, der kontinuierlich weiterentwickelt wird. Wie kaum anderswo lässt sich hier gleichermaßen die Geschichte von Repression, Friedlicher Revolution und Aufklärung nachvollziehen. Am historischen Ort und aus der Nutzung der authentischen Stasi-Unterlagen ergeben sich vielfältige Chancen, das Spannungsfeld von Diktatur und Demokratie zu erfassen und zu diskutieren. Anhand der systematischen Missachtung von Menschenrechten in der Diktatur lässt sich auf den Wert von Freiheit und Menschenrechten in der Gegenwart hinweisen. Der BStU nutzt dabei die Kraft des historischen Ortes für die Profilierung seiner archivspezifischen Vermittlungsarbeit oder im Zusammenwirken mit verschiedenartigen Kooperationspartnern.

5.4.1.1 Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv

Die vier Etagen der Ausstellung „Einblick ins Geheime“ wurden 2020 um eine fünfte erweitert. Eine Präsentation von Robert Havemann, Wolf Biermann und Bärbel Bohley als Personen, deren Überwachung und Verfolgung in besonderer Weise im Archiv dokumentiert ist, ermöglicht zusätzliche Anknüpfungspunkte bei geführten Rundgängen. Die Ausstellung kann von Gruppen ebenso wie von Individualbesuchenden besichtigt werden. Sie vermittelt den Zugang zum Stasi-Unterlagen-Archiv als Errungenschaft der Friedlichen Revolution und gibt Eindrücke von

Umfang und Charakter der riesigen Datensammlung. Objekte wie Karteipaternalien, nachgebildete Magazinanlagen sowie Projektionen geben räumliche Eindrücke des Archivs selbst. Die begehbbare Akte eines Zeitzeugen mit Verfolgungs- und Haftgeschichte macht die Bürokratie der Unterdrückung beispielhaft deutlich und regt an, sich mit den Auswirkungen auf Betroffene auseinanderzusetzen.

5.4.1.2 Ausstellungs- und Archivführungen

Zur Präsentation des Archivs gehören auch Führungsangebote. Da die Ausstellung nur einen ersten Überblick zu der komplexen, oft sehr persönlich wahrgenommenen Thematik geben kann, stellen Rundgänge mit Mitarbeitenden des BStU ein eigenes Element der Vermittlung dar. Je nach Interessenlage oder Herkunft der Gäste, ihrem Vorwissen und ihren besonderen Fragestellungen nutzen Besucherreferentinnen und -referenten passende Inhaltsmodule, um Struktur und Wirken der Staatssicherheit, die Sicherung der Akten oder die Nutzungsmöglichkeiten des Archivs deutlich zu machen. Um den musealen Charakter der Unterlagen zu verdeutlichen, gehört in der Regel auch ein Blick in einen Magazin- oder Karteiraum zu den Rundgängen. Die große Mehrheit der Besuchenden beschreibt diesen Blick auf die Masse der Originale, die Begegnung mit dem Monument der Überwachung, als Schlüsselmoment, in dem Geschichte die eigene Gegenwart berührt.

Bei geführten Geländerundgängen stehen die Größe des Komplexes und seine Bedeutung in der Friedlichen Revolution im Fokus. Hier wird neben Aufbau und Nutzungen der Liegenschaften der Stasi-Zentrale auch die von der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. gestaltete Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ einbezogen.

In den ersten drei Jahren nach Eröffnung der Ausstellung „Einblick ins Geheime“ konnten insgesamt 45 000 Besucherinnen und Besucher begrüßt werden. Davon kamen etwas mehr als die Hälfte als Individualgäste, die anderen im Rahmen von insgesamt 1 416 Gruppenführungen in die Ausstellung. Von diesen Gruppen besuchten rund 21 Prozent die Ausstellung „Einblick ins Geheime“ während Informationsfahrten des Bundespresseamts. Über 14 Prozent der Gruppen waren Schulklassen, die an vom BStU veranstalteten Projekttagen teilnahmen (siehe Abschnitt 5.4.1.4). Auch außerhalb Deutschlands stieß das Angebot auf Interesse: Gruppen aus 30 verschiedenen Staaten nahmen Führungen durch die Ausstellung und das Archiv wahr, sowohl in deutscher als auch in englischer, französischer und spanischer Sprache.

Für Individualgäste fanden regelmäßig öffentliche Rundgänge statt, für die keine Anmeldung nötig ist. Mehr als 1 200 Gäste nahmen an solchen offenen Führungen auf Deutsch oder Englisch teil. Die Gruppen wurden von über 40 Besucherreferentinnen und -referenten des BStU geführt.

Über im April 2019 eingeführte Feedbackkarten erreichten den Besuchsdienst überwiegend positive Rückmeldungen und hilfreiche Hinweise zur Ausstellung. Bis Ende 2020 gaben über 400 Besucherinnen und Besucher eine Rück-

meldung. Viele gaben an, aus historischem (110) oder persönlichem/biografischem Interesse (53) gekommen zu sein. Den Besuch im Stasi-Unterlagen-Archiv verbanden viele mit der Nutzung weiterer Angebote auf dem Gelände (93 Nennungen). Häufig positiv hervorgehoben wurden die anschauliche Ausstellungsgestaltung sowie die Darstellung persönlicher Schicksale, die Möglichkeit, einen Blick ins Archiv werfen zu können und die Freundlichkeit und Kompetenz des Servicepersonals.

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Maueröffnung im November 2019 besuchten rund 5 400 Gäste die Ausstellung innerhalb einer Woche – dies entspricht dem Besuchsaufkommen von etwa drei Monaten. Allein an den öffentlichen Führungen nahmen 980 Personen teil, sodass das Angebot der geführten Rundgänge kurzfristig teilweise vervierfacht wurde.

Neben den regelmäßig stattfindenden Ausstellungs- und Geländeführungen erarbeitete der BStU thematische Führungsformate zu bestimmten Anlässen. Hierunter fallen beispielsweise Sonderführungen zur Postkontrolle der DDR-Staatssicherheit und zur Oppositionsgruppe „Frauen für den Frieden“, passend zu Buchvorstellungen zu den jeweiligen Themen. Zum Tag des offenen Denkmals 2019 konnten die Gäste in einer Schwerpunktführung die Geschichte von „Haus 7“ erkunden, dem Gebäude, in dem sich heute die Archiv-Ausstellung befindet. Während der Jubiläumswoche zum 30. Jahrestag des Mauerfalls fand eine dialogische Führung mit zwei Experten statt, die über Parallelen und Unterschiede zwischen der historischen EDV-Nutzung durch die Stasi und dem Einsatz von Computertechnologie in heutigen Geheimdiensten sprachen.

Auch auf spezielle Zielgruppen wurden Führungsformate zugeschnitten. Da die Marineunteroffizierschule der Bundeswehr einen Besuch der Archiv-Ausstellung des BStU als festes Element ihres politischen Bildungsplans verankert hat, erfahren beispielsweise die Teilnehmenden eines Seminars mehr über die besondere Überwachung der DDR-Marine durch das Ministerium für Staatssicherheit.

Für Familien mit Kindern im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren wurde die Familienführung „Wie kommt der Brief in die Stasi-Akte?“ entwickelt.

Der Tag der Archive 2020 fand mit ersten Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie mit elf Sonderführungen statt. Danach wurden kontaktarme Formate entwickelt, die einen Teil der Rundgänge auf den Hof der Stasi-Zentrale verlegten und unter Schutzbedingungen dennoch einen kurzen Blick auf die originalen Akten ermöglichten. Während einer Phase der Schließung wurde die Ausstellung in Online-Formaten im Netz vorgestellt; im Betrieb unter Hygieneauflagen wurden die Führungen mit Klein- und Kleinstgruppen fortgesetzt.

Der Tag des offenen Denkmals 2020 fand unter Abstands- und Hygieneregeln vor Ort statt. 58 Personen nahmen an 17 Kleinstführungen teil, während etwa 120 Einzelbesuchende die Ausstellung anschauten. Dabei konnten sie sich an Expertenstationen von Mitarbeitenden über Angebote und Nutzungsmöglichkeiten des Stasi-Unterlagen-Archivs im Detail informieren.

Begleitend zu „Einblick ins Geheime“ hat der BStU im Jahr 2020 einen Ausstellungskatalog entwickelt. Der Band beleuchtet das bürokratische Informationssystem und die Arbeitsweise des MfS. Ebenso bietet er Einblick in die heutige Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs, seine Entstehungsgeschichte und seinen Aufbau. Neben historischen Fotos, die den geheimdienstlichen Arbeitsalltag und die Überwachung durch die Stasi zeigen, enthält der Katalog zahlreiche Originaldokumente zu den Ausstellungsinhalten. Ein Teil widmet sich den Ausstellungsobjekten und Impressionen aus der Entstehungszeit der Ausstellung. Mit eindrucksvollen Farbfotos bietet sich die Möglichkeit, die Ausstellung „Einblick ins Geheime“ sowie die Nutzungsmöglichkeiten des Archivs auch unabhängig von einem Besuch kennenzulernen. Der Katalog liegt auch in englischer Sprache vor.

5.4.1.3 Beispielakten-Sammlung

Ein zusätzliches Modul der Archivpräsentation am historischen Ort entstand 2019 mit einer Beispielakten-Sammlung. Als Teil der Archivausstellung „Einblick ins Geheime“ schafft sie einen weiteren Zugang zum Archiv und ermöglicht Besuchenden, sich mit ganzen Vorgängen des MfS zu beschäftigen. Viele der ausgewählten Beispielakten stehen in Beziehung zu einzelnen Ausstellungsinhalten oder vertiefen diese. Dabei reicht die Bandbreite von sogenannten operativen Vorgängen über Sachakten des MfS bis zu Personalakten der Hauptamtlichen Mitarbeiter in „Haus 7“. Mit dieser Sammlung nachgebildeter Unterlagen können Besuchende der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ erstmals Einblick in vollständige Stasi-Akten nehmen. So vermitteln die Beispielakten die Bandbreite, Zusammensetzung und Systematik des Stasi-Unterlagen-Archivs und machen die Bürokratie der Repression anschaulich. Um das Verständnis der Dokumente zu erleichtern, ist jeder Akte ein Kommentarband beigelegt, der den historischen Hintergrund erläutert, eine kurze Aktenkunde beinhaltet und Abkürzungen auflöst.

Anlässlich der „Langen Nacht der Museen“ am 31. August 2019 wurde die Beispielakten-Sammlung mit einem Zeitzeugenpanel eröffnet. Zwei Betroffene, die ihr Einverständnis zur Nutzung ihrer Akte gegeben hatten, berichteten von ihren Erlebnissen. Zugleich konnte sich das Auditorium anhand der vorliegenden Dokumente ein genaues Bild vom Vorgehen der Stasi machen. Der betreffende operative Vorgang zählt zu den 44 Bänden, die derzeit in der Sammlung präsentiert sind. Die Sammlung wird kontinuierlich erweitert.

5.4.1.4 Archivpädagogik und historisch-politische Bildungsarbeit für junge Menschen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren am Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“

Die Bildungsarbeit am historischen Ort war im Berichtszeitraum stark geprägt vom Interesse am 30. Jubiläum der Friedlichen Revolution 2019 und im Jahr 2020 von der Corona-Pandemie.

Im Jahr 2019 kamen insgesamt 107 Gruppen mit 2 818 Personen zu Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler in die ehemalige Stasi-Zentrale. Das Bildungsteam kam dem Wunsch vieler Schulen nach, jeweils einem gesamten Schuljahrgang die Teilnahme an den Projekttagen und Führungen zu ermöglichen. Zehn Schulen konnten so 2019 an einem Tag mit ihrem gesamten Jahrgang der Klassenstufen 10 bis 12 den Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ besuchen und zeitgleich – unterteilt in Gruppen – mit 80 bis zu 130 Lernenden an den Projekttagen teilnehmen. Darüber hinaus besuchten Schulklassen aus den Niederlanden, Italien und aus Frankreich den Campus. Der Januar 2020 war mit 17 Schülergruppen und 397 Teilnehmenden der veranstaltungsreichste erste Monat eines Jahres überhaupt. Bis zum Veranstaltungsstopp wegen der Corona-Pandemie am 16. März 2020 kamen 25 Gruppen mit 669 Schülerinnen und Schülern nach Berlin. Den Hauptteil der Schulveranstaltungen nahmen archivpädagogische Projektstage ein, die meist auch Archivrundgänge oder Schülerarbeit in den Ausstellungen umfassten. Das modulare Projektstageangebot wurde 2019 und 2020 jeweils an neue Angebote oder aktuelle Fragestellungen angepasst, z. B. an den 30. Jahrestag der Maueröffnung. Wegen der Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mussten im Jahr 2020 zwischen März und August 43 Bildungsveranstaltungen mit annähernd 2 000 Teilnehmenden abgesagt werden.

Die starke Nachfrage nach Bildungsangeboten für den Berliner Familienpass und für den Ferienpass (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 55) setzte sich auch 2019 fort. Das für Juli 2020 geplante Super-Ferien-Pass Angebot wurde an die aktuelle Lage angepasst und ein virtuelles Quiz zum Stasi-Gelände für Smartphones erstellt (Actionbound).

Mit seiner archivpädagogischen Expertise und den anerkannten Bildungsangeboten war das Bildungsteam mit Workshops auf dem Archivpädagogentag in Karlsruhe im März 2019 und beim Berlin-Brandenburgischen Forum für zeitgeschichtliche Bildung im Oktober 2019 präsent. Auch auf der Geschichtsmesse der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurden Angebote des BStU vorgestellt. Seit 2019 sind Besuche am Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ in das Programm der Firma „Hauptstadtreisen“ aufgenommen, um so Schulklassen für die Angebote zu interessieren. Seit dem Schuljahr 2019/20 sind Projektstage in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ als ergänzende staatspolitische Maßnahme bei Besuchen des Bundesrats anerkannt, sodass ein Fahrkoszuschuss möglich ist.

Pro Jahr fanden im Berichtszeitraum mindestens vier öffentliche Fortbildungen für Berliner und Brandenburger Lehrkräfte am Lernort statt. Im Rahmen von Exkursionen kamen außerdem zahlreiche Lehrkräfte, um sich mit dem Potenzial des Lernortes und den Bildungsangeboten des Stasi-Unterlagen-Archivs vertraut zu machen. Zukünftige Lehrende von sieben Universitäten aus dem In- und Ausland besuchten Bildungsveranstaltungen auf dem Campus. In einem eintägigen Seminar erarbeiteten sich Referendarinnen und Referendare im Vorbereitungsdienst

für Sonderpädagogik anhand der Bildungsmaterialien und Projekttagemodule inklusive Angebote. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 37 Weiterbildungsveranstaltungen für 683 Lehrkräfte durchgeführt. Vier Weiterbildungsveranstaltungen mussten wegen der Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie abgesagt werden. In mehreren Videokonferenzen für Lehrkräfte informierte das Bildungsteam über die Nutzungsmöglichkeiten der Online-Angebote. Onlinefortbildungen mit dem Lernort Keibelstraße und der Gedenkstätte Berliner Mauer zeigten Möglichkeiten auf, sich trotz der Beschränkungen mit den historischen Orten zu beschäftigen. Das Interesse an der „Kennenlern-Woche“ für Berliner Lehramtsreferendarinnen und -referendare der Fächer Geschichte und Politik hielt sowohl 2019 als auch 2020 unvermindert an (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 55).

Im Jahr 2019 nahmen Studierende an mehrtägigen Fortbildungsveranstaltungen über das MfS und seine Hinterlassenschaften teil. Auf Europas größter Bildungsmesse „Didacta“ besuchten 2019 nahezu 2 000 Lehrerinnen und Lehrer den Messestand des Stasi-Unterlagen-Archivs, um sich über die Bildungsangebote zu informieren.

Als neue Bildungsmaterialien wurden im Berichtszeitraum pädagogische Aufgabenbögen für Schulprojekttag in der Ausstellung „Einblick ins Geheime“ (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 56) sowie pädagogisches Begleitmaterial mit einfachen Fragen zu jedem Thema der Ausstellung für Individualgäste entwickelt. Für das Lern-Kartenspiel „Stasi raus, es ist aus!“ der Serious-Game-Produzenten „playing history“ entwickelte das Bildungsteam ein pädagogisches Begleitheft, das beim Kauf des Kartenspiels kostenlos mitgeliefert wird (Kooperation von BStU und DDR-Museum).

Das am weitesten verbreitete Bildungsmaterial des Stasi-Unterlagen-Archivs, die Reihe „Quellen für die Schule“, wurde Anfang 2020 um das Heft Nr. 8 erweitert. Unter dem Titel „1956: Sechzehn Abiturienten fliehen nach West-Berlin“ enthält es Kopien aus den Stasi-Unterlagen über eine 12. Klasse der Oberschule in Storkow (Brandenburg). Sie hatte im Unterricht eine Schweigeminute für die während des Ungarnaufstandes 1956 getöteten Frauen und Männer abgehalten. Dieser Fall war auch Grundlage für den Film „Das schweigende Klassenzimmer“. Zu der Broschüre gibt es auf den Fall bezogene Arbeitsbögen für unterschiedliche Niveaustufen. Als weiteres Material ist im Herbst 2020 eine fünfte Themenmappe für die Bildungsarbeit erschienen. Sie handelt von jungen Menschen, die einem Anwerbungsversuch als inoffizielle Mitarbeiter für den Staatssicherheitsdienst widerstanden haben.

Auf die Herausforderungen, mit denen Schulen während der Corona-Pandemie konfrontiert waren, reagierte der BStU mit Unterstützungsangeboten, wobei die bereits online gestellten Bildungsmaterialien und Arbeitsvorschläge die Ausgangsbasis waren. Mit Telefonhotlines bot das Bildungsteam in der Phase der Schulschließungen Beratung bei der Gestaltung von Homeschooling-Angeboten an, die über Social-Media-Kanäle bekannt gemacht wurden. Im ersten Halbjahr 2020 erarbeitete das Stasi-Unterlagen-Ar-

chiv schwerpunktmäßig Bildungsmaterialien für das Internet. Dazu gehört die App „Actionbound“. Als rein digitales Angebot führt sie Schülerinnen und Schüler mithilfe von deren Smartphones über das Gelände der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“. Die Jugendlichen haben dabei multimediale Aufgaben zu MfS und DDR zu lösen. Die abschließende Auswertung kann entweder am Smartphone, gemeinsam im Seminarraum oder auch am Bildschirm zu Hause erfolgen.

Ein weiteres Angebot war das Bildungsquiz auf der Website des BStU von März bis Mai 2020. Wöchentlich sollten Aufgaben zu den Bildungsangeboten des BStU gelöst werden, die kostenlos online zur Verfügung standen. Dabei gab es jeweils ein Exemplar des Lern-Kartenspiels „Stasi raus, es ist aus!“ zu gewinnen. Zur Unterstützung von Lehrkräften beim Unterricht während der Schulschließung hat das Bildungsteam als Homeschooling-Angebot neue Arbeitsbögen für Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 9 veröffentlicht. Auf Anfrage wird ein „Lehrkräftetelexemplar“ mit Antwortmöglichkeiten mitgeliefert.

5.4.1.5 Dokumentenhefte und Informationsmaterialien des BStU

Ein weiteres Instrument, den besonderen Charakter der Stasi-Unterlagen herauszustellen, sind die Dokumentenhefte des BStU. Bei der Reihe „Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv“ handelt es sich um weitgehend unkommentierte Quellensammlungen zu spezifischen Themen. Als Angebot zum Mitnehmen vermitteln sie auch zeit-historisch nicht Vorgebildeten einen ersten Einblick von den Inhalten des Archivs und geben Gelegenheit, in einer Auswahl zusammenhängender originaler Dokumente die Sichtweise und das Vorgehen der Geheimpolizei bei einem bestimmten Thema selbst nachzuvollziehen. Im Berichtszeitraum erschien das Heft „Schleswig-Holstein und die Stasi. Spionieren – Überwachen – Auswerten“ anlässlich der zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2019 in Kiel.

Um den Verlauf der Friedlichen Revolution in ihrer Bedeutung für das Gelände darzustellen, brachte der BStU im Januar 2020 einen Faltpfad zum einstigen Hauptsitz des MfS in Berlin-Lichtenberg heraus. Der anlässlich des 30. Jahrestags der Besetzung veröffentlichte Plan soll Besuchenden die Orientierung vor Ort erleichtern. Er stellt Geschichte und Funktion der jeweiligen Gebäude für die Stasi sowie zahlreiche Bildmotive aus dem Archiv vor. Zusätzlich sind die heutigen Nutzungsformen der einzelnen Häuser durch den BStU sowie durch zivilgesellschaftliche Initiativen erläutert. Der Faltpfad erschien auch in englischer Sprache.

Für Orientierung auf dem historischen Gelände sorgt das Besucherzentrum in „Haus 22“, das der BStU in Kooperation mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. betreibt. Hier können sich Besucherinnen und Besucher anhand eines 2020 fertiggestellten 3-D-Modells einen räumlichen Überblick verschaffen, Audioguides ausleihen sowie Publikationen und weiteres Informationsmaterial erhalten. Im Foyer des denkmalgeschützten Gebäudes geben seit

Tabelle 8

**Veranstaltungsreihe
„Macht, Menschenrechte, Mauerfall – Die Stasi in der Friedlichen Revolution“ 2019**

27.02.2019	Menschenrechte in der Diktatur – Die Staatssicherheit und der KSZE-Prozess in den 70er- und 80er-Jahren
07.05.2019	Wahlbetrug '89 – Die Kommunalwahlen in Berlin und ihre Folgen
04.06.2019	Klagetrommeln für China – Reaktionen in der DDR auf das Tiananmen-Massaker
04.09.2019	Der Weg in die Freiheit – Die Botschaftsflüchtlinge in Warschau, Prag und Ost-Berlin
08.10.2019	„Knüppel gegen Demonstranten“ – Die Gedächtnisprotokolle zum 7. Oktober 1989 in Ost-Berlin
05.11.2019	„Stasi in die Produktion“ – Massendemonstration am Alexanderplatz

2019 großformatige Wandfotos Eindrücke der Nutzung durch das MfS. Die Motive stammen aus den Bildbeständen des Archivs. In einem Medienraum können Filme aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv angesehen werden. Das Besucherzentrum wurde 2019/2020 von 11 700 Personen besucht.

5.4.1.6 Veranstaltungen in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“

An die Kraft des historischen Ortes anknüpfend führte der BStU den Großteil seiner Berliner Veranstaltungen am ehemaligen Sitz des Ministeriums für Staatssicherheit durch, für den der Begriff „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ etabliert wurde. Arbeitsweisen und Wirken der Stasi vermitteln sich hier besonders anschaulich. Zugleich wird das Areal als lebendiger Lernort zur Aufklärung über Diktatur und Widerstand und als Ort deutscher Diktatur- und Demokratiegeschichte weiterentwickelt. Der BStU stellte eigene Arbeitsergebnisse vor, ermöglichte Einblick in die Tätigkeit des Archivs und eröffnete Räume für Debatten und Formate, die den Campusgedanken am historischen Areal lebendig machen.

Bei seinen Veranstaltungen setzte der BStU auf die bewährte Kooperation mit den am Ort ansässigen Partnern, die ebenfalls für tägliche Regelangebote verantwortlich zeichnen: Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. (RHG) und Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e. V. (ASTAK) als Betreiberin des Stasimuseums. Außerdem gab es Kooperationen mit der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG) und dem Bürgerkomitee 15. Januar e. V.

Zu den weiteren Kooperationspartnern gehörten Institutionen wie das Deutsche Spionagemuseum, der Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin (BAB), die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, das DDR-Museum, die Agentur für Bildung, Geschichte, Politik und Medien e. V., der Bundesverband Deutscher Zeitschriftenverleger e. V., die Stiftung Lesen, Reporter ohne Grenzen, das Historikerlabor e. V., das Deutsche Institut für Menschenrechte, Weltkino, das Zweite Deutsche Fern-

sehen (ZDF), der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), Kulturprojekte Berlin, der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. und das English Theatre Berlin e. V.

Einen Schwerpunkt bildeten im Berichtszeitraum Veranstaltungen anlässlich der 30. Jahrestage von Friedlicher Revolution, Maueröffnung und Deutscher Einheit. Mit dem Blick auf Repression, Revolution und Aufklärung waren diese Themen in besonderer Weise mit dem historischen Ort und seiner heutigen Nutzung verknüpft.

Am 15. Januar 2019 stand die Besetzung der Stasi-Zentrale durch Bürgerinnen und Bürger 29 Jahre zuvor im Fokus. „Stasi raus – es ist aus!“ – Die letzten Tage der DDR-Staatssicherheit“ war das gemeinsame Motto von BStU, RHG e. V. und ASTAK e. V. Projektionen und Installationen mit Videos und Mitschnitten sowie Führungen auf dem historischen Gelände und eine Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen vermittelten einen Eindruck von den Ereignissen 1990.

Anlässlich des 30. Jahrestags der Besetzung der Stasi-Zentrale am 15. Januar 2020 besuchte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Stasi-Unterlagen-Archiv. Bei einer Diskussion mit Schülerinnen und Schülern waren Andreas Schmidt-Schaller, Angela Marquardt, Hugo Müller-Vogg, außerdem Uwe Schwabe und weitere ehemalige Bürgerrechtsaktivistinnen und -aktivisten zu Gast. Dabei ging es um Anpassung und Widerstand in der Diktatur, persönliche Verantwortung und den Wert der Stasi-Akten heute. Am Nachmittag gab es unter dem Motto „Wo ist meine Akte?“ – 30 Jahre Sicherung der Stasi-Unterlagen“ Führungen durch Archiv, Restaurierungswerkstatt und Gelände, eine Präsentation der manuellen Rekonstruktion, eine Zeitzeugendiskussion und Beratungen zur Akteneinsicht für die breite Öffentlichkeit. Eine Abendveranstaltung mit Vertreterinnen und Vertretern der „3. Generation Ost“ beendete den Erinnerungstag an die Sicherung der Akten aus dem Blick der nächsten Generation.

Die Veranstaltungsreihe zum Thema „Macht, Menschenrechte, Mauerfall – Die Stasi in der Friedlichen Revolution“ wurde von insgesamt 300 Gästen besucht. Die Reihe

Tabelle 9

Buchvorstellungen im Jahr 2019

24.01.2019	Auschwitz und Staatssicherheit. Strafverfolgung, Propaganda und Geheimhaltung in der DDR
12.03.2019	Zielobjekt Rechts. Wie die Stasi die westdeutsche Neonaziszene unterwanderte
02.04.2019	Warten auf den Vater. Erinnerungen an Ibrahim Böhme
09.04.2019	Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug in der DDR
21.05.2019	Bilder der Allmacht. Die Staatssicherheit in Film und Fernsehen
18.09.2019	Chronisten des Untergangs. Die Stasi in der Friedlichen Revolution
29.10.2019	Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin
19.11.2019	Spion ohne Grenzen: Heinz Felfe – Agent in sieben Geheimdiensten

lief von Februar bis November 2019 in Kooperation mit der RHG e. V. und orientierte sich an der Chronologie des Jahres 1989. Ergänzend zu den Podiumsdiskussionen wurden Sonderführungen im Stasi-Unterlagen-Archiv sowie den Ausstellungen auf dem Gelände angeboten.

Buchvorstellungen im Jahr 2019

Der BStU stellte acht Publikationen zusammen mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., ASTAK e. V. und den Verlagen Ch. Links und Vandenhoeck & Ruprecht vor. Dazu gehörten die beim BStU erarbeiteten Studien von Henry Leide zur Rolle des MfS bei der Strafverfolgung und Geheimhaltung von NS-Verbrechen in der DDR und von Tobias Wunschik zum politischen Strafvollzug in der DDR. Bei Buchvorstellungen von Andreas Förster und Tatjana Böhme-Mehner standen neue Recherchen zu den Verbindungen des Ministeriums für Staatssicherheit mit der westdeutschen Neonaziszene zur Diskussion sowie die differenzierte Perspektive der Tochter Ibrahim Böhm auf die Rolle ihres Vaters in der DDR. Der Sammelband „Bilder der Allmacht. Die Staatssicherheit in Film und Fernsehen“ wurde am 21. Mai 2019 bei einer Podiumsdiskussion mit dem Autor, einer Historikerin und einer Regisseurin präsentiert. Ergänzend gab es Sonderführungen, bei denen jeweils die Bedeutung des Archivs für Recherche und Forschung deutlich wurde.

Kooperationen

Mit der Beteiligung an Kooperationsveranstaltungen zu aktuellen Fragen wie Einschränkung von Menschenrechten, Presse- und Meinungsfreiheit und dem Recht auf Privatsphäre konnte der BStU neue Zielgruppen ansprechen und mit Beiträgen zu den Stasi-Unterlagen am historischen Ort die Aktualität von Themen mit Geschichtsbezug verdeutlichen.

Bei der Podiumsdiskussion „Menschenrechte in Zeiten des Rechtspopulismus“ am 11. April 2019 arbeitete der BStU mit dem Inforadio des rbb und dem Deutschen Institut für Menschenrechte zusammen.

Zum „Tag der Pressefreiheit“ veranstaltete der BStU mit Partnern am 2. Mai 2019 zum dritten Mal in Folge einen Aktionstag für Schülerinnen und Schüler, bei dem neben einer Fishbowl-Diskussion und der Preisverleihung zu einem Schülerwettbewerb Film- und Quellenworkshops, Werkstattgespräche und Führungen angeboten wurden. 2020 fand die sonst im ehemaligen MfS-Offizierskasino („Haus 22“) ausgetragene Veranstaltung erstmals digital statt. Die Preisverleihung des Wettbewerbs #unserePressefreiheit wurde am 28. April 2020 als Livestream übertragen. Jugendliche waren aufgerufen, sich in ihren Beiträgen mit dem Wert der Pressefreiheit und deren Einschränkung in Vergangenheit und Gegenwart auseinanderzusetzen. Der BStU bot begleitende Online-Workshops für Schulklassen an. Der Tag der Pressefreiheit fand in Kooperation mit dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e. V., Reporter ohne Grenzen und Stiftung Lesen statt. Im Inforadio des rbb folgte am 3. Mai 2020 in der Sendung „Das Forum“ eine Diskussion u. a. mit Roland Jahn, Georg Mascolo und Jörg Quos zum Thema „Corona-Krise – ein Wendepunkt in Akzeptanz und Relevanz für die Rolle der Presse in Deutschland?“.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG) präsentierte am 9. September 2019 gemeinsam mit dem BStU den Dokumentarfilm „F – wie Freiheit“ mit einem Podium zum lyrischen Erbe der Dichterin und politischen Gefangenen Edeltraud Eckert.

Aktionstage im Verlauf des Jahres 2019

Im Rahmen von stadt- und bundesweiten Aktionstagen präsentierte der BStU auch in diesem Berichtszeitraum die Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs am historischen Ort. Im Fokus stand die Verzahnung der Angebote auf dem Campus für Demokratie, was sich in der Vielfalt der Programme spiegelte.

Zum 33. Berliner Denkmaltag am 22. März 2019 beteiligte sich der BStU unter dem Titel „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie – Vom Sperrgebiet zum historischen Denkmal“ mit einer Führung am Rahmenprogramm zur Konferenz „Erinnern am authentischen Ort – Erinnern in

der wachsenden Stadt“ des Denkmalamtes Berlin im Rathaus Kreuzberg.

Am 19. Mai 2019 beteiligte sich der BStU erstmalig am Internationalen Museumstag mit der 2018 eröffneten Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv. Knapp 200 Besucherinnen und Besucher nutzten die Möglichkeit, Kurzführungen zu Ausstellung, Archiv und historischem Ort wahrzunehmen. Am 17. Mai 2020 beteiligte sich der BStU an der Präsentation digitaler Angebote anlässlich des Internationalen Museumstages unter dem Hashtag #MuseenEntdecken. Familien und Kinder konnten sich den historischen Ort mit einem Quiz erschließen. Auch zu den jährlichen Aktionstagen Lange Nacht der Museen und Tag des offenen Denkmals bot der BStU zusammen mit seinen Partnern auf dem Campus für Demokratie ein breit gefächertes Programm an.

Auf starkes Interesse stieß die Eröffnung der Beispielakten-Sammlung bei der Langen Nacht der Museen am 31. August 2019. Gäste der Ausstellung „Einblick ins Geheime“ können nun in ganzen Vorgängen aus dem Archiv des MfS lesen. Bei den insgesamt 750 Besucherinnen und Besuchern waren an diesem Tag besonders Kurzführungen durch die Ausstellung, Taschenlampen- und Familienführungen, Beratungen zur persönlichen Akteneinsicht und ein Gespräch mit Zeitzeuginnen nachgefragt, die ihre Stasi-Akten der Beispielakten-Sammlung zur Verfügung gestellt hatten. Im Jahr 2020 fiel die Lange Nacht der Museen aufgrund der Corona-Pandemie aus.

Zum Tag des offenen Denkmals am 7. September 2019 kamen 225 Gäste in die ehemalige Stasi-Zentrale. Es gab u. a. Führungen zu sonst unzugänglichen Gebäuden wie dem ehemaligen Dienstsitz der Auslandsespionage HV A in „Haus 15“. Zum Tag des offenen Denkmals am 12. September 2020 bot der BStU nach den Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zusammen mit den Partnern auf dem Campus online und vor Ort mit Stationen zur Geschichte des Ortes, Instawalk oder Actionbound-App verschiedene Möglichkeiten an, das historische Areal, Ausstellung und Archiv individuell oder in kleinen Gruppen zu erkunden.

Veranstaltungsreihe „Unangepasst – Repressionserfahrungen von Frauen in der DDR“

In Kooperation mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. und der Agentur für Bildung, Geschichte, Politik und Medien e.V. startete am 26. September 2019 die Veranstaltungsreihe „Unangepasst. Repressionserfahrungen von Frauen in der DDR“. Zum Auftakt unterzogen Peggy Piesche, Carola Rudnik und Almut Ilsen die Narrative des politischen Widerstands gegen das SED-Regime einer geschlechterkritischen Analyse. Shamira Kenawi und Jessica Bock blickten am 24. Oktober auf die Rolle von Frauen in der Oppositionsbewegung zurück, begleitet von einer Vorstellung des Archivbestands „GrauZone“ der RHG e.V. Darüber hinaus fanden am Lernort Keibelstraße in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt am 14. November und 12. Dezember Werkstattgespräche zu non-konform lebenden Frauengruppen in der DDR statt.

Schwerpunkt 30 Jahre – Gedenken im Herbst 2019

Einen Höhepunkt im Berichtszeitraum bildeten in Hinsicht auf die Dichte und Diversität der Angebote, Kooperationen und Besuchszahlen der Herbst und Winter 2019.

1989 wurde das MfS mit den geheimen Berichten der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) an die SED-Führung zum unfreiwilligen „Chronisten des Untergangs“. Im Rahmen der Präsentation der Edition „Die DDR im Blick der Stasi 1989“ am 18. September 2019 diskutierte der Bundesbeauftragte mit den Zeitzeugen Hans Modrow und Peter Grimm und der Historikerin Daniela Münkel über die Reaktion und Strategien der SED-Führung im Umgang mit den Berichten.

Bei der Vorstellung der Publikation „Frauen für den Frieden“ richtete sich der Blick auf die Geschichte der DDR-Opposition: Ab 1982 sollten in der DDR Frauen per Gesetz zum Wehrdienst herangezogen werden. Aus Protest gründete sich unter anderem die Gruppe „Frauen für den Frieden“ in Ostberlin, deren Erfahrungen am 29. September 2019 im Mittelpunkt standen. Die Herausgeberinnen Almut Ilsen und Ruth Leiserowitz sprachen über die Entstehung des Buches mit insgesamt 18 Beiträgen von Frauen aus der ehemaligen Friedensbewegung, die sich auch auf Recherchen im Stasi-Unterlagen-Archiv stützten. Die Buchvorstellung und begleitende Sonderführung durch „Einblick ins Geheime“ fand gemeinsam mit dem Ch. Links Verlag und der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. statt.

Vom 11. bis 20. Oktober 2019 war das Campus-Gelände zum ersten Mal Teil des „Festival of Lights“, das anlässlich des Jubiläums unter dem Motto „Lights of Freedom“ stand. Neben Videoprojektionen mit historischen Motiven an den Fassaden der Stasi-Zentrale boten der BStU und seine Kooperationspartner Sonderführungen durch Ausstellungen und über das Gelände an.

Zur Premiere des ZDF-Dreiteilers „Preis der Freiheit“ fand am 31. Oktober 2019 die Ausstrahlung in der ehemaligen Stasi-Zentrale „Haus 22“ statt. In Anwesenheit der Darstellerinnen und Darsteller Nadja Uhl, Barbara Auer, Nicolette Krebitz, Angela Winkler, Joachim Król, Janina Fautz, Jonathan Berlin, Florence Kasumba, der Produzenten sowie von Redakteurinnen und Redakteuren des ZDF kam der Bundesbeauftragte im Anschluss mit den Gästen am historischen Ort ins Gespräch über die Geschichte einer Familie zwischen Anpassung und Opposition.

Festwoche „30 Jahre Friedliche Revolution – Mauerfall“

Vom 4. bis zum 10. November 2019 beteiligte sich der BStU an den Feierlichkeiten des Landes Berlin zum 30. Jubiläum der Maueröffnung. Im Rahmen der von Kulturprojekte Berlin koordinierten Festivalwoche „30 Jahre Friedliche Revolution – Mauerfall“ (7 Tage, 7 Orte) nahmen 10 000 Menschen Angebote auf dem Campus für Demokratie wahr. Projektionen auf die historischen Fassaden des Innenhofes, Filmvorführungen, Vorträge, zusätzliche Ausstellungen, Audioinstallationen und Führungen

gehörten zum Programm, das von den Regelangeboten flankiert war und zu dem u. a. Kulturprojekte, RHG e. V., ASTAK e. V. und BStU beitrugen.

Theater am historischen Ort

Unter dem Titel „Wende einer Chronik“ präsentierte das Historikerlabor e. V. an sechs Terminen zwischen November 2019 und Januar 2020 ein Dokumentartheaterstück, das sich, gestützt auf Recherchen im Stasi-Unterlagen-Archiv und dem Archiv der DDR-Opposition, auch auf den historischen Ort bezog. Am 6. Dezember 2019 führte das English Theatre Berlin e. V. die zweisprachige performative Lesung „Born in East Berlin“ auf, die sich um Repression von Jugendlichen in der DDR in den späten 80er-Jahren drehte.

Buchvorstellungen und andere Beiträge zur Geheimdienstforschung

Am 19. November 2019 stellte Autor Andreas Förster im Gespräch mit BND-Chefhistoriker Bodo Hechelhammer sein Buch „Heinz Felfe – Agent in sieben Geheimdiensten“ vor. Dabei waren die Funktion von Geheimdiensten sowie die Recherchemöglichkeiten des Stasi-Unterlagen-Archivs in einem populärwissenschaftlichen Format Thema.

Die Studie „Spionage im frühen Kalten Krieg. Der Bundesnachrichtendienst in der DDR“ war Anlass für eine Diskussion am 11. Februar 2020. Sie beschreibt erstmals quellengestützt die westliche Spionage in Ostdeutschland. Autor Ronny Heidenreich diskutierte mit anderen Historikerinnen und Historikern u. a. über die Auswirkungen auf die DDR-Geheimpolizei.

Campus-Stream

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie konnten ab Mitte März 2020 zunächst keine Veranstaltungen mehr vor Ort stattfinden. Der BStU entwickelte daher mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. das Konzept „Campus-Stream. Veranstaltungen aus der Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“. Gespräche und Diskussionen wurden als Live-Stream über die Social-Media-Kanäle der Behörde übertragen. Dadurch hatten Interessierte weiterhin die Möglichkeit, sich an Diskussionen zu aktuellen Themen, dem historischen Ort oder der Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs zu beteiligen. Während des Streams konnten Teilnehmende Fragen an die Gäste aus Gesellschaft, Kultur und Forschung richten und kommentieren. Die Aufzeichnungen waren im Anschluss auf den jeweiligen Kanälen abrufbar.

Der Historiker Philipp Springer stellte am 8. April 2020 im Gespräch mit Dagmar Hovestädt (beide BStU) unter dem Titel „Der Blick der Staatssicherheit“ sein gleichnamiges Buch vor und gab Einblicke in die Bilderwelt und Fotobestände der Staatssicherheit. Am 4. Mai 2020 sprach der ehemalige DDR-Oppositionelle Wolfgang Templin mit dem Bürgerrechtler Lukasz Szopa unter dem Titel „Bürgerrechte im Ausnahmezustand“ über Herausforderungen der deutschen und polnischen Demokratie in Vergangenheit und Gegenwart. Es folgten „Die Da-

ten, die ich rief“ am 20. Mai 2020, wobei die Publizistin Katharina Nocun Gefahren und Chancen einer digitalen Demokratie beleuchtete. Am 16. Juni 2020 berichtete der Zeitzeuge Gilbert Furian unter dem Titel „Wie der Blick in einen Zerrspiegel“ über sein Leben und seine Verhaftung durch die Stasi. Diese Veranstaltung konnte sowohl als Live-Stream als auch am historischen Ort verfolgt werden.

Beim Digitalen Tag der offenen Tür der Bundesregierung am 8. November 2020 beteiligte sich der BStU mit einem Live-Gespräch mit Roland Jahn. Über den Internet-Kanal YouTube hatten die Gäste die Möglichkeit, dem Bundesbeauftragten Fragen zur Tätigkeit und Zukunft des Stasi-Unterlagen-Archivs zu stellen.

Videointerviews zur vergleichenden Geheimdienstforschung

In Kooperation mit dem Berliner Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) entstanden im November 2020 für den YouTube-Kanal des BStU zwei Videointerviews, die aktuelle Forschungen der vergleichenden Geheimdienstforschung in den Blick nehmen. Martin Stief (BStU) und Thomas Wolf (TU Dresden) sprachen mit Daniela Munkel (BStU) und Ronny Heidenreich (BAB) über die Entstehung von MfS und BND im Kontext von Herrschaft, Sicherheit und Teilung in den 50er-Jahren. Die Veröffentlichung erfolgte Anfang Dezember 2020.

Erstmals auf dem Gelände: Filmfest „Campus-Kino“

Zwischen dem 13. August und dem 3. September 2020 wurde der weitläufige Hof der ehemaligen Stasi-Zentrale zur Open-Air-Spielstätte. Beim Filmfest „Campus-Kino“ präsentierte das Stasi-Unterlagen-Archiv mit seinen Partnern vor Ort an je zwei Tagen pro Woche Spiel- und Dokumentarfilme. Insgesamt acht Mal wurden thematisch passende Filme und Dokumente aus dem Archiv gezeigt und durch Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Filmschaffenden und Forschenden in den historischen Kontext gesetzt. Die Themenbreite reichte von „Jugend in der DDR“ über „Verrat unter Freunden“ bis hin zur „Flucht in den Westen“. Ziel war es, bei unterschiedlichen Zielgruppen Interesse für das Gelände und seine Angebote zu wecken und über Nutzungsmöglichkeiten des Archivs zu informieren. Führungen auf dem Gelände und durch die Dauerausstellungen begleiteten die Veranstaltungsreihe, ergänzt von einem Informationsstand mit Publikationen zum jeweiligen Thema. Das Format zog viele Menschen erstmals auf das Gelände, über 2 000 Interessierte waren in den vier Wochen zu Gast.

Würdigung der Besetzung und Öffnung der Akten vor 30 Jahren

„Die Akten gehören uns“ – mit dieser Botschaft besetzten im September 1990 Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler Archivräume in der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, begleitet von einem Hungerstreik. Der Streit um die Akten hatte sich kurz vor Abschluss des Einigungsvertrages zugespitzt. Auf Druck der Besetzerinnen und Besetzer wurde ein Zusatz in den Einigungsvertrag hi-

neinverhandelt, der Grundstein für den Erhalt und die Öffnung der Stasi-Unterlagen war. Im Vorfeld des Jahrestages dieser zweiten Besetzung des Stasi-Unterlagen-Archivs besuchte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble am 4. September 2020 den historischen Ort. Gemeinsam mit dem Bundesbeauftragten besichtigte er die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ im Innenhof sowie die Archiv- und Arbeitsräume des BStU.

Das Veranstaltungsprogramm würdigte den Einsatz der Besetzerinnen und Besetzer für die Öffnung der Akten als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Forschende, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Beschäftigte des Archivs diskutierten die Bedeutung der Stasi-Unterlagen in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, mit Diktatur und Demokratie und der Zukunft der Erinnerung.

Archivfachliche Veranstaltungen

Im November 2019 fanden zwei Archivtagungen in Kooperation mit dem BStU statt. Die Tagung des Arbeitskreises Offene Archive des Verbands der Archivarinnen und Archivare (VdA) am 4. und 5. November 2019 war Gelegenheit für eine internationale Standortbestimmung zum Thema Öffnung von Archiven sowie zum fachlichen Austausch und Besuch der beiden Archive auf dem Campus.

Der Berliner Landesarchivtag am 20. November 2019 mit 270 Gästen widmete sich den Herausforderungen für Archive im digitalen Zeitalter und der Überlieferung von Revolutionen. Die Schwerpunktsetzung in der Kooperation von VdA (Landesverband Berlin), Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und BStU schuf im 30. Jahr nach der Friedlichen Revolution eine enge Verbindung zu Thema und Ort. Über Vorträge und Führungen zu Gelände, Magazin und Ausstellung wurde in diesem Zusammenhang auch die Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs vermittelt. Zu den Einzelvorträgen aus Archiven und Forschung zählten der Beitrag von Roger Engelmann (BStU) zur Vernichtung der Stasi-Akten in der Phase der Friedlichen Revolution sowie der Vortrag von Tina Krone (Archiv der DDR-Opposition) zur Friedlichen Revolution im Archiv der DDR-Opposition.

Am 7. und 8. März 2020 beteiligte sich der BStU außerdem am bundesweiten Tag der Archive, der unter dem Leitthema „Kommunikation. Von der Depesche bis zum Tweet“ stand. Diesem Thema widmete sich das Stasi-Unterlagen-Archiv mit dem Motto „Überwachte Kommunikation“ mit Archiv-, Ausstellungs- und Geländeführungen, Fachvorträgen sowie einer Bürgersprechstunde mit dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn. Die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. öffnete ebenfalls ihr Archiv der DDR-Opposition.

5.4.2 Veranstaltungen in Berlin außerhalb der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“

In besonderen Fällen, anlässlich von Jahrestagen u. Ä., vermittelte der BStU die Inhalte seiner Bestände auch an anderen Orten. Mit der Veranstaltung „Wenn Fremde

mitlesen. Privates im Visier der Geheimdienste“ beteiligte er sich am 5. Juni 2019 zusammen mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte an der Reihe der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen „Achtung Menschenrechte!“. Mit Vorträgen und Informationsangeboten präsentierte sich das Stasi-Unterlagen-Archiv am 15. Juni 2019 in Kooperation mit der TU Berlin bei der berlinweiten „Langen Nacht der Wissenschaften“. Bei „moving history – Festival des historischen Films“ in Potsdam sowie bei der Berlin-Premiere des Kinderfilms „Fritzi – Eine Wendewundergeschichte“ war der BStU ebenfalls präsent. Mit seinen Fachleuten war er u. a. bei einer Veranstaltung des Deutschen Spionagemuseums „Die Akte Karl-Heinz Kurras. SED-Mitglied, Stasi-IM und Todesschütze“ am 23. Januar 2020 vertreten. Anlass war die Übergabe des SED-Mitgliedsausweises von Karl-Heinz Kurras als Leihgabe an das Museum.

Am 17. und 18. August 2019 beteiligte sich der BStU am Tag der offenen Tür der Bundesregierung. Der Stand auf dem Festivalgelände im Regierungsviertel wurde diesmal in Kooperation mit der RHG e. V. und der ASTAK e. V. als Betreiberin des Stasimuseums angeboten, wobei die Partner mit eigenen Inhalten die Verzahnung von Repression, Revolution und Aufklärung am historischen Ort deutlich machten.

5.4.3 Veranstaltungen und Archivführungen in den Regionen

Den gesetzlichen Auftrag zur Unterrichtung der Öffentlichkeit nahm der Bundesbeauftragte wie schon in den vergangenen Jahren auch in den Außenstellen wahr und realisierte dort verschiedene Formate der Öffentlichkeitsarbeit. Diese richteten sich an der Vermittlung des besonderen Charakters und des Symbolwerts des Stasi-Unterlagen-Archivs aus und waren zumeist eine Kombination aus Informationsangeboten wie Vorträgen, Ausstellungen und Lesungen mit Beratungsangeboten zum Thema Akteneinsicht für die Bürgerinnen und Bürger in den verschiedenen Städten und Regionen. Dabei arbeiteten die Außenstellen häufig in Kooperation mit Einrichtungen vor Ort, die zumeist in die regionale Gedenkstätten- und Erinnerungslandschaft eingebettet sind, aber auch mit Institutionen der außerschulischen und politischen Bildungsarbeit oder politiknahen Stiftungen. Dieser regionalen Bedeutung soll auch in Zukunft Rechnung getragen werden und die regionale Forschungs- und Bildungsarbeit an historisch authentischen Orten nach dem Übergang des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv weiterhin Bestand haben.

Zudem nahmen die regionalen BStU-Standorte an zentralen Ereignissen wie Museumsnächten und Tagen des offenen Denkmals sowie den jährlichen Ländertagen in den ostdeutschen Bundesländern teil. So präsentierten sich die Außenstellen Erfurt, Gera und Suhl beim Thüringentag in Sömmerda, die Außenstelle Dresden beim Tag der Sachsen in Riesa und die Außenstellen Halle und Magdeburg beim Sachsen-Anhalt-Tag in Quedlinburg. Der alle zwei Jahre stattfindende Tag der Archive wurde 2020 ebenfalls von mehreren Außenstellen genutzt, um die regionalen Stasi-Unterlagen zu präsentieren.

Darüber hinaus boten die Außenstellen auch im aktuellen Berichtszeitraum regelmäßig Archivführungen an, zum Teil mit Sonderformaten wie Seniorenführungen (Außenstellen Erfurt, Gera, Suhl, Halle), die barrierefrei sind und neben der Archivführung einen Kurzvortrag sowie die Möglichkeit der Antragstellung auf Akteneinsicht umfassen. Einen besonderen Stellenwert hatten im Jahr 2019 Veranstaltungen zu den 30. Jubiläen zur Friedlichen Revolution und Maueröffnung, bei denen weit über 8 000 Gäste gezählt werden konnten, und der Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober.

5.4.3.1 Brandenburg

Ein Vortrag aus der Reihe „Beobachten – Verfolgen – Zersetzen“ am 27. August 2019 vermittelte den Besuchenden in Forst (Lausitz) einen Einblick in Überwachung, Repression und deren Konsequenzen für die Bevölkerung in der Lausitz. Mehr als 130 Gäste konnten sich anhand dokumentierter Beispiele über die Einflussnahme des MfS auf die Stadt und das Umland informieren. Neben Berichten zur Städtepartnerschaft zwischen Forst und Zweibrücken waren Dokumente zum „Teestubenkreis Forst“ und zu der kirchlichen Musikgruppe „Eben-Ezer“ ebenso enthalten wie zur Situation im Kreiskrankenhaus Forst. In der Diplomarbeit eines hauptamtlichen MfS-Mitarbeiters aus dem Jahr 1988 steht die Überwachung des Friedenskreises Forst im Mittelpunkt. In der gleichen Veranstaltungsreihe fanden im Berichtszeitraum Informationstage u. a. in Müllrose, Schwedt/Oder, Jüterbog, Elsterwerda, Eberswalde und Angermünde statt, die insgesamt von nahezu 500 Interessierten besucht wurden.

Am 29. Oktober 2019 ging es im Hörsaal des Carl-Thiem-Klinikums Cottbus in einem Vortrag des Außenstellenleiters Rüdiger Sielaff um den „Einfluss des Ministeriums für Staatssicherheit auf das Gesundheitswesen“. Veraltete Medizintechnik, fehlendes Zahngold, Fehldiagnosen, Rezeptfälschungen sowie die Ausreiseproblematik sind in vielen Berichten inoffizieller Mitarbeiter des MfS beschrieben und zeichnen ein teils düsteres Bild des Cottbuser Gesundheitswesens. Anhand der Unterlagen aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv Frankfurt (Oder) wurde deutlich, wie umfassend das MfS über das Gesundheitswesen informiert war und in einzelne Entscheidungen hineinwirkte. Dies reichte vom Ausschluss von Abiturientinnen und Abiturienten für den Zugang zum Medizinstudium über die Besetzung von wichtigen Positionen bis hin zur Beschaffung von Medizintechnik und Medikamenten oder die Behandlung gegen Devisen. Die Unterlagen belegen jedoch auch, mit welchem Engagement die im Gesundheitswesen Tätigen diesen alltäglichen Herausforderungen begegneten.

Im Kammermusiksaal der Konzerthalle Frankfurt (Oder) fand am 3. November 2019 die gemeinsame Festveranstaltung der Brandenburger Außenstelle, der Stadt Frankfurt (Oder), des Museums Viadrina Frankfurt (Oder) sowie der Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ anlässlich des 30. Jubiläums der Friedlichen Revolution und zum 25. Jahrestag des Bestehens der Gedenk- und Dokumentationsstätte statt. Kooperati-

onspartner war das Politische Bildungsforum Brandenburg der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Den Abschluss des Festaktes unter dem Titel „Vom Stasi-Knast zur Gedenkstätte“ bildete eine Podiumsdiskussion mit dem Mitglied des Deutschen Bundestages Martin Patzelt, der ehemaligen Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) Ulrike Poppe sowie dem Bürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder) Claus Junghanns.

Im Rahmen der „Sonntagsöffnung“ führt die Außenstelle Frankfurt (Oder) in der Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ mehrmals im Jahr Beratungs- und Informationsveranstaltungen durch. Im Mittelpunkt der Sonntagsöffnungen steht jeweils ein Vortrag, eine Lesung oder ein Podiumsgespräch im thematischen Zusammenhang mit dem historischen Ort. Am 20. Januar 2019 stellte Tobias Wunschik, Mitarbeiter des BStU, vor 60 Gästen seine Forschungsarbeit „Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug der DDR 1949–1989“ vor. Anhand neu ausgewerteter MfS-Akten wurden Schicksale der Gefangenen sowie die Biografien der Verantwortlichen in der Gefängnisverwaltung des Zuchthauses Brandenburg-Görden und bei der Stasi beleuchtet.

5.4.3.2 Mecklenburg-Vorpommern

In der Veranstaltungsreihe „Revolution unter Beobachtung – Die Rapport-Berichte der Stasi im Jahr 1989“ informierte die Außenstelle **Neubrandenburg** im Rahmen monatlicher Lesungen über Ereignisse, mit denen sich das MfS im Revolutionsjahr 1989 in der Region beschäftigt hat. Aktenauszüge sowie Bild- und Tondokumente vermittelten den Gästen Einblicke in die Handlungsweise des MfS. Die in Neubrandenburg gezeigte Ausstellung „Mauern. Gitter. Stacheldraht. Politische Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik“ der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG) gibt Menschen ein Gesicht, die aufgrund ihrer politischen Einstellung oder ihrer Lebensweise in Konflikt mit dem SED-Staat gerieten.

Die oft in Kooperation realisierten öffentlichen Veranstaltungen der Außenstelle **Rostock** konzentrierten sich im Jahr 2019 auf Angebote zur Friedlichen Revolution im Bezirk Rostock sowie zu regional- bzw. lokalgeschichtlich relevanten Ereignissen. Am 30. Jahrestag der ersten öffentlichen Demonstration in Rostock, dem 19. Oktober 2019, fand die Veranstaltung „Gewaltfrei für Demokratie – Von der ‚Friedlichen Revolution‘ bis heute“ im Rathaus Rostock statt. Kooperationspartner waren die Hansestadt Rostock und der Verein Bunt statt braun e. V. Die Veranstaltungsreihe schloss am 1. Dezember 2019 unter dem Titel „Aus moralischen Gründen geschlossen“ mit einer Podiumsdiskussion zur Besetzung der Rostocker Bezirksverwaltung des MfS am 4. Dezember 1989. Gäste der Kooperationsveranstaltung mit dem „Haus der Justiz“ waren der Bundesbeauftragte Roland Jahn und der Rostocker Zeitzeuge Harald Terpe.

Das Zeitzeugengespräch „Fluchtroute Warnemünde – Dänemark. Flüchtlinge, Fluchthelfer und die Stasi“ in Warnemünde mit dem dänischen Autor Jesper Clemmensen, dem Fluchthelfer Dietrich Rohrbeck und dem „geschleusten“ Hanns Stephan Wüst vermittelte dem Publikum aus verschiedenen Perspektiven persönliche Erfahrungen einer dramatischen Flucht mit der Fähre Warnemünde – Gedser in den 60er-Jahren.

Zum Tag der Archive am 8. März 2020 setzte die Außenstelle Rostock inhaltlich den Schwerpunkt auf das für die gesamte DDR bedeutsame Wirken des „Unabhängigen Untersuchungsausschusses“ zur Auflösung der Rostocker MfS-Bezirksverwaltung und den Umgang mit seinem Erbe. Die regionalgeschichtlichen Angebote wurden mit Vorträgen des BStU-Mitarbeiters Michael Heinz „Warnemünde geheim. Stasi-Stadtgeschichte(n)“ und „Überwachtes Tor zur Welt. Der Überseehafen Rostock und die Stasi in den frühen Jahren“ des Außenstellenleiters Volker Höffer zum 60. Jahrestag der Inbetriebnahme des Rostocker Überseehafens fortgesetzt.

Auch in der Außenstelle **Schwerin** standen die Veranstaltungen im Jahr 2019 im Zeichen des 30. Jahrestages der Friedlichen Revolution. Mehrere Veranstaltungen der Reihe „Samstag im Archiv“ widmeten sich den regionalen Ereignissen des Jahres 1989. Den Höhepunkt der Reihe bildete die Veranstaltung „Damals im Herbst“ am 26. Oktober 2019, die ausschließlich von den Auszubildenden der Außenstelle gestaltet wurde. Mit einer szenischen Lesung, einem Zeitzeugengespräch und einer Archivführung präsentierten die angehenden Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste die Ergebnisse ihres einjährigen Rechercheprojektes zum Herbst 1989 in und um Schwerin.

Am 16. Juni 2019 beteiligte sich die Außenstelle Schwerin erneut am Tag der offenen Tür des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Auf der „Vielfalts-Meile“ am Informationsstand der Außenstelle konnten sich die Gäste einen Überblick über die Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs verschaffen oder erfahren, wo sich in der Stadt Schwerin konspirative Wohnungen der Stasi befanden.

Im Spätsommer 2020 wurde die Reihe open air unter Einhaltung der gültigen Corona-Regelungen fortgesetzt. Zum Auftakt präsentierte Konstanze Soch (BStU) die Studie „Stasi in Mecklenburg-Vorpommern“. Im Oktober wurde traditionell der ersten Montagsdemo im Herbst 1989 mit einem Zeitzeugengespräch gedacht. Module der Ausstellung „Die Stasi“ flankierten beide Veranstaltungen.

5.4.3.3 Sachsen

Für das Stasi-Unterlagen-Archiv **Chemnitz** stand das Jahr 2019 im Zeichen des 30. Jubiläums der Friedlichen Revolution. Vor diesem Hintergrund wurde die erfolgreiche Kooperation mit dem Sächsischen Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz, fortgesetzt und die sich aus den Spiegelüberlieferungen beider Archive ergebenden Synergieeffekte für die politische Bildungsarbeit weiter genutzt.

Unter dem Motto „Karl-Marx-Stadt 1989. Stasi und SED im Bezirk unter Druck“ präsentierten beide Archive Dokumente aus ihren Beständen. Diese warfen Schlaglichter auf wichtige Ereignisse des Jahres 1989 im Spiegel von SED- und MfS-Unterlagen und sie zeigten die Sicht der Machthaber im Bezirk Karl-Marx-Stadt auf die dramatischen Entwicklungen bis hin zu ihrem Untergang. Die Dokumentenpräsentation konnte bis Mitte des Jahres 2020 besichtigt werden. Begleitend fand u. a. am 28. November 2019 unter dem Titel „Aufbruch – Durchbruch – Umbruch. SED und Stasi in der Region vor dem Ende“ eine Diskussionsrunde mit Zeitzeugen sowie Wissenschaftlern statt, die in Kooperation mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung veranstaltet wurde.

Zum Themenschwerpunkt „Flucht! Gefährliche Wege aus der DDR“ kamen ca. 800 Gäste am 11. Mai 2019 im Rahmen der Chemnitzer Museumsnacht in die Außenstelle des Stasi-Unterlagen-Archivs in Chemnitz. An der Veranstaltung beteiligten sich die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung und der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V.

Erstmals fand am 5. Dezember 2019 im Stasi-Unterlagen-Archiv **Dresden** der Workshop „Stasi-Akten (neu-) entdeckt. Themen, Forschungsperspektiven und Archivpraxis“ für Studierende und Forschende statt. Ziel des Workshops war es, auf die besonderen Bestände des Archivs hinzuweisen, interessante Themen aus den Stasi-Akten vorzustellen und Hinweise zur Antragstellung im Forschungsbereich zu geben.

Welche neuen Wege auch 30 Jahre nach Öffnung der Stasi-Akten noch beschritten werden können, machte der Impulsvortrag von Dagmar Ellerbrock (TU Dresden) zu „Gewolltem Nicht-Wissen – Zu Kontexten, Gründen und Auswirkungen der Nichteinsichtnahme in die eigenen Unterlagen des MfS“ deutlich. Vier Stationen mit Musterakten ermöglichten den Gästen, intensiver in die Themen „Stasi und politischer Extremismus“, „NS-Verbrechen in den Akten der Stasi“, „Die Objektdienststelle Technische Universität/Hochschule Dresden (OD TU/H)“ und „Antragsteller auf ständige Ausreise“ einzutauchen.

Am 30. Januar 2020 referierte der Autor Uwe Karte zu „Jörg Stübner. Ein Fußballstar im Visier der Stasi“. Der Referent stellte rund 100 Interessierten das Leben des Fußballers vor. Stübner bestritt 177 Oberliga-Spiele, wurde zweimal DDR-Meister und absolvierte 29 Europacup-Spiele. Immer dabei: das wachsame Auge der Stasi, die jeden Spieler und jedes Spiel in den Blick nahm und ihre Beobachtungen in den Akten dokumentierte. Im Anschluss an den Vortrag sprach der Referent mit Heyko Scholz, einem Weggefährten Jörg Stübners. Über einen Zeitraum von vier Jahren hatte Uwe Karte gemeinsam mit Jörg Stübner bis zu dessen plötzlichem Tod im Juni 2019 an dem Buchprojekt „Stübner. Popstar wider Willen“ gearbeitet. Die entsprechenden Stasi-Unterlagen stellte die Außenstelle Dresden im Rahmen eines Medienantrags im Frühjahr 2019 zur Verfügung.

Anlässlich der Buchmesse 2019 in **Leipzig** fanden im dortigen Stasi-Unterlagen-Archiv sieben Buchvorstellungen statt, darunter am 21. März 2019 zur Studie „Strom für die Republik. Die Stasi und das Kernkraftwerk Greifswald“ von Sebastian Stude. Mit 24 hauptamtlichen und mehr als 200 inoffiziellen Mitarbeitern versuchte die Stasi, den größten Nuklearbetrieb der DDR mit mehreren Tausend Beschäftigten sowie immenser politischer und wirtschaftlicher Bedeutung unter Kontrolle zu halten. Auf dem Podium diskutierten der Autor und der Zeitzeuge Manfred Haferburg, der als diensthabender Ingenieur im Kraftwerk zunehmend in Konflikt mit Partei und Staatssicherheitsdienst geriet.

An den Feierlichkeiten anlässlich des 30. Jahrestags der Friedlichen Revolution beteiligte sich die Außenstelle mit zwei Nächten der offenen Tür im Rahmen des Lichtfestes der Stadt Leipzig, bei dem unter der Regie der Lichtkünstlerin Victoria Coeln an Leipzigs Innenstadtring wöchentlich ein neuer Lichtraum eröffnet wurde. Der am 23. September 2019 erstmals gezeigte Lichtraum IV befand sich an der „Runden Ecke“, der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung und dem heutigen Sitz der Außenstelle. Schülerinnen und Schüler der Leipzig International School hatten sich zuvor in einem Projekt des Schulmuseums mit Stasi-Unterlagen auseinandergesetzt und stellten mit Transparenten und Sprechchören eine Demonstration nach. Die Fassade der „Runden Ecke“ wurde illuminiert und auf dem Innenhof kamen Poetry Slammer mit ihren Texten zu Wort. Am 9. Oktober 2019, genau 30 Jahre nach der entscheidenden Montagsdemonstration in Leipzig, öffnete die Leipziger Außenstelle des Stasi-Unterlagen-Archivs erneut die Archivräume im Gedenken an Angst und Mut. Mehr als 2 000 Interessierte nutzten diese Gelegenheit.

Der Leipziger Matthäikirchhof, einst Sitz der Stasi-Bezirksverwaltung, soll zu einem „Forum für Freiheit und Bürgerrechte“ und so zu einem Zentrum lebendiger Demokratie und des Austauschs der Generationen entwickelt werden. Der gleichnamige Arbeitskreis organisierte am authentischen Ort zum zweiten Mal das „Herbstkino am Matthäikirchhof“. In der Filmreihe wurden vom 3. bis 8. Oktober 2019 sechs Filme präsentiert, die DDR-Geschichte und die Zeit nach der Friedlichen Revolution künstlerisch aufgreifen. Am 5. Oktober 2019 zeigte die Außenstelle Leipzig dort den Film „Zwischen den Zeiten“, in dem die zerrissenen Stasi-Unterlagen und ihre Rekonstruktion zum Sinnbild für biografische Brüche in Ost und West werden.

5.4.3.4 Sachsen-Anhalt

Anlässlich der Museumsnacht 2019 wurde im Stasi-Unterlagen-Archiv **Halle** die Ausstellung „Spurensuche“ eröffnet. Die Präsentation zeigt ca. 1 000 unbekannte Fotografien des Ministeriums für Staatssicherheit aus dem Hallenser Archiv, die bisher nicht eingeordnet werden konnten. Allein an diesem Abend halfen mehr als 600 Besucherinnen und Besucher mit ihrem Wissen bei der Erschließung. Bisher konnten durch ca. 500 Hinweise Fotografien einem Ort, der Entstehungszeit oder auch einem Ereignis zugeordnet werden.

Die für den 9. Oktober 2019 geplante gemeinsame Veranstaltung der Stadt zur Erinnerung an die Friedliche Revolution musste aufgrund des rechtsextremistischen Anschlags in Halle abgesagt werden. Am 19. November 2019 wurde der Termin, bei dem das Stasi-Unterlagen-Archiv Halle Mitveranstalter war, nachgeholt. Mehr als 250 Bürgerinnen und Bürger fanden sich in der Marktkirche in Halle zusammen, um am historischen Ort an die Geschehnisse des 9. Oktober 1989 zu erinnern.

Das Podiumsgespräch „Freiheit für meine Akte“ rundete am 5. Dezember 2019 das Gedenken an die Friedliche Revolution ab. Am 30. Jahrestag der Besetzung der Bezirksverwaltung des MfS in Halle berichteten die Zeitzeugen Ulrich Schlademann und Frank Eigenfeld über ihre Erinnerungen an die Besetzung und die Sicherung der Stasi-Unterlagen. Ergänzt wurden ihre Ausführungen durch viele persönliche Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus dem Publikum. Der lebhaft und intensive Austausch zwischen Podium und Publikum erweckte Geschichte zum Leben. Die Aufzeichnung der Veranstaltung bietet die Möglichkeit, das Gesagte und Erlebte für Schülerinnen und Schüler in zukünftige Projekte einzubinden.

Die Außenstelle **Magdeburg** des Stasi-Unterlagen-Archivs bot im Berichtszeitraum monatliche Archivführungen an. Die überregionale bzw. landesübergreifende Reichweite des Stasi-Unterlagen-Archivs zeigte sich insbesondere an Gästen aus der Verwaltungsfachschule in Karlsruhe sowie an einer Gruppe Historikerinnen aus der Schweiz.

Der Fokus der Öffentlichkeitsarbeit in Magdeburg lag 2019 auf zwei Veranstaltungen im Oktober. Organisiert von der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn beteiligte sich die Außenstelle am „Fest der Begegnung zum Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober in Marienborn und am 5. Oktober im Rahmen des 28. Rathausfestes der Stadt Magdeburg. Das umfangreiche Beratungs- und Informationsangebot wurde an beiden Tagen von rund 500 Gästen in Anspruch genommen.

5.4.3.5 Thüringen

Am Morgen des 4. Dezember 1989 besetzten mutige Bürgerinnen und Bürger die Bezirksverwaltung des MfS in Erfurt. Sie retteten damit die Akten vor weiterer Vernichtung und gaben gleichzeitig den Auftakt zur Besetzung von Stasi-Dienststellen im ganzen Land. Zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution erinnerte das Stasi-Unterlagen-Archiv **Erfurt** in Kooperation mit der Landespolizeidirektion Thüringen am 4. Dezember 2019 an die Ereignisse.

So bot die Landespolizeidirektion Thüringen Führungen durch Foyer- und Kellerräume der einstigen MfS-Bezirksverwaltung Erfurt an. Die Werkstatt-Ausstellung „Arbeitsplätze der Stasi in der Andreasstraße“, erarbeitet durch das Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt, gab Einblick in das damalige Gebäude und die Struktur der Stasi. Die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Tely Büchner, Gabriele Stötzer, Jürgen Haschke und Falko Schulz teilten mit den

Anwesenden der Veranstaltung ihre Erinnerungen an die damaligen Ereignisse.

Anlässlich des Abschlusses der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Studie zum Tod von Matthias Domaschk, der unter ungeklärten Umständen in der Untersuchungshaftanstalt in Gera am 12. April 1981 verstarb, fand am 13. August 2019 eine öffentliche Veranstaltung in der Außenstelle in Erfurt statt, bei der die Publikation „Matthias Domaschk 2.0: Suizid oder Mord in Stasi-Haft 81?“ der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung vorgestellt und der Dokumentarfilm gezeigt wurde. Ministerpräsident Bodo Ramelow und die ehemalige Lebensgefährtin Domaschks, Renate Ellmenreich, diskutierten auf dem Podium.

Im Jahr 2019 wurden im Stasi-Unterlagen-Archiv **Gera** die monatlich stattfindende „Mittwochsführung“ durchs Archiv mit Vorträgen unter dem Titel „Aufgegriffen: Geschichten aus den Stasi-Akten“ ergänzt. Sie stellten regionalspezifische Begebenheiten im Spiegel der Geraer Stasi-Unterlagen vor und betrachteten Themen wie die Kommunalwahl 1989, die Friedliche Revolution und das Ende der Stasi.

An der 21. Museumsnacht am 30. August 2019 beteiligte sich die Außenstelle mit einer Ausstellung, Archivführungen, Kurzfilmen, einem Vortrag sowie einem Zeitzeugengespräch. Der Nachrichtentechniker Detlev Vreisleben referierte unter dem Titel „Die überwachte Gesellschaft“ über die operative Foto- und Abhörtechnik der Stasi. Bei dem Zeitzeugengespräch ging es um „Die geheimen Volkswächter – die SED-Bezirkszeitung Gera (Volkswacht) und die Staatssicherheit“. Hans-Jürgen Barteld, Journalist und ehemaliger Volkswachttredakteur, und Jens Meyer, Fotojournalist und ehemaliger Volontär der Volkswacht, sprachen über die Durchdringung der Geraer Bezirkszeitung durch die Staatssicherheit.

Die Auftaktveranstaltung im Jahr 2020 bildete der Gedenktag am 3. Januar 2020 anlässlich des 30. Jahrestages der dauerhaften Besetzung der Geraer Bezirksverwaltung des MfS am 6. Januar 1990. Neben einem Zeitzeugengespräch am historischen Ort und Führungen durch das Archiv und über das Gelände rundete die Vorführung des Films „Zivilcourage“ über die erste Besetzung einer MfS-Bezirksverwaltung in Erfurt das Programm ab.

Im Jahr 2019 beteiligte sich das Stasi-Unterlagen-Archiv **Suhl** an der Ausrichtung des 89. Deutschen Archivtages, der vom 17. bis 20. September 2019 unter dem Thema „RECHTssicher – Archive und ihr rechtlicher Rahmen“ in Suhl stattfand. In Kooperation mit der Stadt und dem Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Peter Wurschi richtete die Außenstelle am 8. Dezember 2019 die Veranstaltung „Aufbruch in die Demokratie und Ende der Stasi – 30 Jahre Friedliche Revolution in Suhl“ in der ehemaligen Bezirksverwaltung Suhl des MfS aus.

Die Veranstaltungsreihe „Geschichte lesen“ hat sich im Berichtszeitraum mit ihrer Themenvielfalt, durch hohe Besucherzahlen und rege Diskussionen mit den Gästen zu

einer Säule in der Öffentlichkeitsarbeit der Außenstelle in Suhl entwickelt. Die Themen reichten von „Feindobjekte der Stasi“ über „Grenzinformationsstellen“ und „Zwangsausiedlungen in der DDR“ bis hin zur „Spielwarenindustrie in Südthüringen“. Mit den Vorträgen verbunden waren jeweils Archivführungen, die einen Einblick in die Arbeitsweise des MfS eröffneten.

5.5 Ausstellungen

5.5.1 Dauerausstellungen

In der Vermittlung von Wissen zur DDR-Staatssicherheit nehmen Ausstellungen einen wichtigen Platz in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des BStU ein. Mit seinen thematisch breit gefächerten Dauer- und Wanderausstellungen informiert der BStU über die wesentlichen Fragen der MfS-Geschichte und macht zugleich das Stasi-Unterlagen-Archiv und seine Inhalte sichtbar. Neben der Dauerausstellung „Einblick ins Geheime“ in Berlin sind permanente Ausstellungen in den Dokumentations- und Informationszentren der BStU-Außenstellen zu sehen: in Dresden „Wer ist wer?“, in Erfurt „Sicherungsbereich DDR“, in Frankfurt (Oder) „Freiheit für meine Akte“, in Halle „Entschlüsselte Macht“ und in Rostock „Stasi im Ostseeraum“. In der Außenstelle Schwerin steht „Licht aus am Demmlerplatz“ zur Besichtigung bereit. Die Dauerpräsentationen geben Einblick in die Entstehung und Entwicklung der Staatssicherheit in der DDR und richten dabei das Hauptaugenmerk auf regionalspezifische Aspekte.

Des Weiteren ist der BStU an der Dauerausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ beteiligt, die seit 2015 im ehemaligen Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit, dem heutigen Stasimuseum, dem Publikum offen steht. Gemäß der Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts des Bundes von 2008 erarbeitete der BStU diese Ausstellung in Kooperation mit dem Aufarbeitungsverein ASTAK e. V. Der Rundgang erstreckt sich über drei Etagen des historischen Gebäudes: Die Besucherinnen und Besucher erhalten zunächst Einblick in Ideologie und Funktion, Struktur, Mitarbeiter und Methoden der Staatssicherheit, im Anschluss können sie sich in der sogenannten Minister-Etage, in der Stasi-Minister Mielke und seine engsten Mitarbeiter saßen, informieren, in der darauffolgenden Vertiefungsetage lernen sie zahlreiche Fallbeispiele kennen, die die Stasi-Praxis und ihre Folgen für die betroffenen Menschen konkretisieren. Die Ausstellung umfasst historische Objekte, Faksimiles von Dokumenten und Fotografien, Datenbanken sowie Originalton- und -filmsequenzen. Die Haupttexte sind in deutscher und englischer Sprache verfasst, zudem stehen Audioguides in fünf Sprachen zur Verfügung. Als ergänzendes Angebot der Kooperationspartner erscheint zum 15. Januar 2021 der Katalog zur Ausstellung in deutscher Sprache. Er enthält die wesentlichen Erläuterungstexte sowie eine konzise Auswahl der gezeigten Objekte, Dokumente und Bilder. Eine englische und eine spanische Ausgabe des Katalogs sind in Vorbereitung.

5.5.2 Modulare Ausstellung zur Tätigkeit der Stasi in den Regionen

Ein zentrales Angebot im Bereich der BStU-Wanderausstellungen stellt der „Baukasten Ausstellungen regional“ dar: eine modulare Ausstellung mit einem Gesamtpool aus 140 Bausteinen (siehe Anhang 15). Die Module sind vielfältig miteinander kombinierbar, sodass sich je nach inhaltlichem Anlass und räumlichen Gegebenheiten die passende Ausstellung zusammenfügen lässt. Der Baukasten umfasst Basismodule zur Einführung in die Grundlinien der Stasi-Geschichte, themen- und ereignisbezogene Rahmenmodule wie „Stasi und Jugend“ oder zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 und schließlich Module mit exemplarischen Biografien und Fallbeispielen aus den Regionen.

So skizzieren die Baukastenmodule zum Thema Sport, welche Bedeutung der „Sicherungsbereich Sport“ für die Stasi hatte, biografische Beispiele von Sportlern, die in den Westen flüchteten, machen kenntlich, welche Rolle die Staatssicherheit dabei spielte, Bausteine wie „Kennwort „Kufe““ oder „Friedensfahrt““ wiederum belegen, wie die Stasi sportliche Großereignisse „abzusichern“ versuchte. Weitere Schwerpunkte bilden die Bereiche Wirtschaft – die Überwachung von Betrieben, der Umgang mit Havarien oder das Treiben der Kommerziellen Koordinierung „KoKo“ – Umwelt, Grenze, Kunst, Friedliche Revolution, nicht zu vergessen der Themenkomplex „Stasi im Westen“. Deutlich erkennbar wird, wie die Stasi versuchte, durch allumfassende Kontrolle die Herrschaft der SED zu gewährleisten – und wie die damit verbundene Erstarrung und repressive Einengung die DDR zwangsläufig immer mehr erodieren ließen und die Ablehnung in der Bevölkerung verstärkten.

Das Baukasten-Angebot wird von den BStU-Außenstellen rege genutzt: zur Unterrichtung der Öffentlichkeit in ihren Räumen, als mobile Ausstellung zur Abrundung von Veranstaltungen, im Kontext von Informationstagen und Bürgerberatungen sowie zur Präsentation anlässlich der Ländertage oder der Museumsnächte. Beispielsweise konnten sich Interessierte am „Tag der Sachsen“ in Riesa 2019 über das Vorgehen der Stasi im Zusammenhang mit dem verheerenden Unglück im Riesaer Ölwerk 1979 informieren. Ein gleichartiges regionalspezifisches Angebot stand zum Thüringentag in Sömmerda bereit; hier ging es um die „Absicherung“ des Honecker-Besuchs im Büromaschinenwerk „Ernst Thälmann“ im Mai 1986. Das Modul zum Sachsen-Anhalt-Tag in Quedlinburg informierte über die Überwachung der Bevölkerung durch die Stasi-Kreisdienststelle vor Ort.

Der Baukasten wird aber zunehmend auch von Externen ausgeliehen. Diese können die Module online im Detail ansehen und, dem eigenen Bedarf entsprechend, ihre Leihwünsche zusammenstellen. Zu den Nutzenden im Berichtszeitraum zählten die Konrad-Adenauer-Stiftung, das Harzmuseum Wernigerode, die Albinus-Gesamtschule in Lauenburg und das Museum Schloss Rheydt bei Mönchengladbach. Letzteres entwickelte in Kooperation mit dem BStU aus ortsrelevanten Modulen Teile einer eigenen

Ausstellung über die Staatssicherheit im Raum Mönchengladbach. Begleitend zur Ausstellung, die im Frühjahr 2021 eröffnet werden soll, ist ein Spezialmagazin veröffentlicht worden. Es enthält eine grundlegende Einführung in die Stasi-Geschichte, einen Beitrag zur sogenannten Westarbeit der Staatssicherheit sowie einen Überblick über Aktionen der Stasi in Mönchengladbach, unterfüttert durch Abbildungen von Dokumenten und Fotografien aus dem Stasi-Kontext.

Der regionale Ansatz des Baukastens ist sein besonderes Merkmal und der konkrete Ortsbezug der Module macht seinen Anziehungswert aus. Zahlreiche produktive Anregungen ergeben sich aus der engen Verzahnung mit den ebenfalls regional ausgerichteten Länderstudien: Beide Projekte profitieren vom dichten Austausch über Rechercheergebnisse und von der gemeinsamen Weiterentwicklung von Themen.

5.5.3 Die Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“

Zentraler Bestandteil des BStU-Bildungsangebots für die westlichen Bundesländer ist die Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“. Sie informiert in deutscher und englischer Sprache über die Mechanismen des SED-Regimes, sie zeigt die Funktion und Methoden der Stasi auf und beschreibt an ausgewählten Biografien die unmittelbaren Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen. Darüber hinaus sensibilisiert sie für grundlegende Fragen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, von individueller und gesellschaftlicher Verantwortung und verdeutlicht, dass die Stasi-Geschichte kein ostdeutsches Regionalthema ist, sondern ein Bestandteil der gesamtdeutschen Geschichte. Die wichtigsten Texte und Dokumente der Ausstellung sind im Begleitkatalog zusammengefasst.

Im aktuellen Berichtszeitraum machte die Wanderausstellung des BStU „Feind ist, wer anders denkt“ anlässlich der Jubiläen „30 Jahre Friedliche Revolution und 30 Jahre Deutsche Einheit“ Station an Orten entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze. Im Jahr 2019 wurde sie im Ratssaal im Rathaus Ratzeburg, in der Bürgerhalle im Rathaus Wolfsburg, in der Markthalle in Mellrichstadt sowie im Bürgerhaus Treffurt präsentiert.

Während der Laufzeit konnte die interessierte Öffentlichkeit zudem Vorträge von BStU-Beschäftigten besuchen. Schwerpunkte der Vortragsabende waren „Infiltrieren – Spionieren – Zersetzen. Streiflichter zur Stasi-Arbeit in Schleswig-Holstein“, „Die Region Rhön-Grabfeld im Spiegel der Stasi-Akten“ oder „Verschluss-Sachen. Dokumente, Fotos und Objekte aus dem Archiv der Staatssicherheit“.

Anfang 2020 war die Ausstellung in der Wandelhalle des Kurhauses Bad Hersfeld zu Gast. Von Ende Juni bis Anfang September 2020 präsentierte der BStU die Ausstellung im Museum Bayerisches Vogtland in Hof. Die Eröffnung nahm der Bundesbeauftragte gemeinsam mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Hans-Peter Friedrich vor. Anlässlich des 30. Jahrestages der Deutschen

Einheit und der damit verbundenen zentralen Feierlichkeiten in der brandenburgischen Landeshauptstadt zeigte der BStU die Wanderausstellung von Oktober 2020 bis Mitte Januar 2021 in der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam. Zu Beginn der Online-Eröffnungsveranstaltung sprach die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Maria Nooke ein Grußwort, dem sich ein Dialog des Bundesbeauftragten mit der Historikerin Irmgard Zündorf vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung anschloss. Für das jeweilige örtliche Publikum bot der BStU stets ergänzende regionalbezogene Anknüpfungspunkte an. Lokale Fallbeispiele vermittelten den Besuchenden, wo und wie die DDR-Staatssicherheit in ihrer Heimatregion agierte und spionierte, und konnten auf diese Weise den gesamtdeutschen Bezug des Themas nahebringen. In welcher Form die vermeintlich rein ostdeutsche Stasi-Geschichte mit ihrem Heimatort verflochten ist, sahen die Besucherinnen und Besucher in Ratzeburg beispielsweise an der Bespitzelung von Bundesgrenzschutz, Polizei und Verwaltung durch einen inoffiziellen Mitarbeiter (IM) der Stasi. Das „Hotel Sturm“ in Mellrichstadt geriet in das Visier der Staatssicherheit, da dort viele westdeutsche Besuchergruppen abstiegen und Tagesreisen in die DDR unternahmen. In Bayern waren es vor allem Politikerinnen und Politiker, Ministerien, Grenzpolizei sowie Technologie- und Rüstungsbetriebe, die die Stasi in den Blick nahm. Als grenzthematisches Sondermodul wurde das Modul zum Fall Michael Gartenschläger gezeigt, das die gezielte Brutalität des DDR-Grenzregimes eindringlich darstellt.

Die Präsentation der Wanderausstellung findet stets in enger Kooperation mit Vertreterinnen und Vertretern von Stadt und Land oder Bildungsträgern vor Ort statt. Ihre Unterstützung und Vernetzung tragen maßgeblich zur Wirkung und Reichweite der Ausstellung bei. Zur Eröffnung, die der Bundesbeauftragte gemeinsam mit dem jeweiligen Kooperationspartner durchführt, findet in der Regel eine Podiumsdiskussion zu den Herausforderungen der Aufarbeitung statt. Im Rahmen der Eröffnung in Ratzeburg nahmen neben dem BStU auch der Bundestagsabgeordnete Konstantin von Notz sowie der ehemalige Bundesgrenzschutzbeamte Wolfgang May teil. Dabei gaben die Teilnehmer einen kritischen Rückblick auf die DDR- und MfS-Geschichte und diskutierten auch über den Umgang mit Nachrichtendiensten und Bürgerrechtsfragen in der heutigen Gesellschaft.

Als Werkstattvariante wurde „Feind ist, wer anders denkt“ in spanischer Sprache produziert. Dieses Projekt geht auf eine Initiative der Konrad-Adenauer-Stiftung und der deutschen Botschaft in Santiago de Chile in Kooperation mit dem Museo del Memoria der chilenischen Hauptstadt zurück. Ausstellungsort wird – nach der pandemiebedingten Schließung – das Museo sein, das einen wichtigen Platz in der südamerikanischen Aufarbeitungslandschaft einnimmt. Dem chilenischen Kontext entsprechend geht ein ergänzendes Ausstellungssegment auf die chilenischen Exilantinnen und Exilanten ein, die während der Pinochet-Diktatur in die DDR emigrierten. Die Staatssicherheit nahm diese Gruppe sehr argwöhnisch ins Visier: Sie

misstraute der ideologischen Zuverlässigkeit der südamerikanischen Genossen, sie überwachte sie und versuchte, Kontakte zur DDR-Bevölkerung nur in eingeschränkten, kontrollierten Bahnen zuzulassen. Zur Information über zentrale Begriffe der Stasi-Geschichte steht dem Ausstellungspublikum ein Glossar zur Verfügung. Die ursprünglich für den 9. November 2020 vorgesehene Eröffnungsveranstaltung fand als digitale Diskussionsrunde der Kooperationspartner und des Bundesbeauftragten statt. Im Mittelpunkt stand der Austausch über Erfahrungen und Perspektiven der Aufarbeitung von Diktaturgeschichte und ihren Folgen.

5.5.4 Weitere Wanderausstellungen

Zu den gefragten Wanderausstellungen des BStU gehört die Dokumentation „Lernt Polnisch“, die anhand eindrucksvoller Bilddokumente nachzeichnet, welche Resonanz die polnische Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* in der DDR-Bevölkerung hatte und wie die SED und ihre Geheimpolizei das Überspringen des „polnischen Funken“ zu verhindern suchten. Die in deutscher und polnischer Sprache produzierte Ausstellung war unter anderem in Erfurt, Wittenborn, Suhl und Düsseldorf zu sehen. Die Basisausstellung „Überwachen. Verängstigen. Verfolgen“ führt in die Geschichte der Stasi ein, dokumentiert ihr Eingreifen im Alltag und zeichnet exemplarische Biografien von Betroffenen nach. Sie ist in mehreren Sprachen erhältlich und wird seit 2016 von der deutschen Botschaft in Buenos Aires an verschiedenen Standorten gezeigt; in albanischer Fassung steht sie seit 2018 in der Partnerbehörde des BStU in Tirana bereit.

Sportbezogene Themen finden stets ihr Publikum, davon zeugen die einschlägigen Ausstellungen „Kaderschmiede Sport“, „Eigentor. Der F. C. Hansa Rostock und die Stasi“ und „Fußball für die Stasi. Der Berliner Fußball-Club Dynamo“. Auf rege Aufmerksamkeit – insbesondere in den Jubiläumsjahren 2019 und 2020 – stoßen aber auch die Themen Friedliche Revolution und das dadurch bewirkte Ende der Staatssicherheit. „Stasi Ohn(e) Macht“ zeichnet die Hauptereignisse im Winter/Herbst 1989/90 nach und dokumentiert eindringlich wesentliche Stationen der Selbstermächtigung und Diktaturüberwindung in den verschiedenen Regionen der DDR. Die Schau war in Rüdersdorf und Angermünde zu sehen, in Magdeburg, Schwerin, Göldenitz und Rostock.

5.6 Regionale und überregionale Bildungsangebote

Regionale Bildungsangebote werden fast ausschließlich in den Außenstellen realisiert. Im Archiv als Lernort haben Schülerinnen und Schüler sowie Lehrende die Möglichkeit, sich der Geschichte des MfS und der DDR-Diktatur an historischen Orten unter Verwendung authentischer Quellen und in Gesprächen mit Zeitzeugen zu nähern. Den thematischen Schwerpunkt der Bildungsarbeit im Berichtszeitraum bildete das Jubiläum „30 Jahre Friedliche Revolution“. So nahmen in den Außenstellen fast 4 300 Schülerinnen und Schüler an Projekttagen, nahezu 1 300

an Seminaren teil. Für ca. 900 Lehrkräfte, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wurden in den Regionen Weiterbildungen angeboten.

Im Berichtszeitraum beteiligte sich die Außenstelle **Neu-Brandenburg** in Kooperation mit Bildungsträgern an dem jährlichen deutschlandweiten Projekttag für Schülerinnen und Schüler am 9. November mit Workshops, Zeitzeugengesprächen und Archivführungen. Im Fokus stand die Auseinandersetzung mit den Stasi-Unterlagen als einzigartiger Überlieferung sowie als wichtiger Grundlage für das Begreifen der Mechanismen einer Diktatur. Thematisiert wurden Flucht, Aufbegehren und Protest sowie die Arbeit des MfS mit jugendlichen inoffiziellen Mitarbeitern.

Seit der sanierungsbedingten Schließung der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt in **Rostock** finden fast alle Bildungsangebote der Außenstelle Rostock am Archivstandort in Waldeck-Dummerstorf statt. Seit zehn Jahren arbeiten der Bereich Geschichtsdidaktik des Historischen Instituts der Universität Rostock und die BStU-Außenstelle Rostock in der Ausbildung zukünftiger Lehrkräfte eng zusammen. Pro Semester bot die Außenstelle jeweils ein Blockseminar zum Thema „Stasi im Unterricht“ mit unterschiedlichen Schwerpunkten an. Außerdem findet in Ulrichshusen regelmäßig eine zentrale Lehrkräftefortbildung für Mecklenburg-Vorpommern statt. 2019 stand eine Schulung zum Thema „Friedliche Revolution und Stasi“ im Mittelpunkt.

Die in Rostock erarbeitete Wanderausstellung „Hoffnungsträger oder Staatsfeind? DDR-Jugend und Stasi an der Ostsee“ wird regelmäßig an Schulen in der Region gezeigt. Anhand von zehn Fallbeispielen berichtet die Ausstellung von Jugendlichen im Spannungsfeld zwischen Anpassung und Aufbegehren.

Die Außenstellen **Gera**, **Leipzig** und **Schwerin** beteiligten sich erneut am Boy's Day im März 2019. Die Schüler der Klassenstufen 7 bis 9 konnten vor Ort den Ausbildungsberuf „Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste“ (FaMI) kennenlernen und erhielten Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv als Quelle hochspannender Geschichten über Verrat, Zivilcourage und Widerstand.

Im Rahmen der Sozialkundeolympiade der 10. Klassen der Regelschulen Ostthüringens organisierte die Außenstelle Gera das Begleitprogramm mit Archivführungen für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler.

Im September 2019 fand in **Leipzig** das 8. Sächsische Geschichtscamp statt. Es stand unter dem Motto „Ich krieg' hier Gänsehaut! 30 Jahre Friedliche Revolution – Für ein offenes Land mit freien Menschen“ und war ein Projekt des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Schule und Bildung und des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. Knapp 60 Schülerinnen und Schüler aus ganz Deutschland setzten sich eine Woche lang in zehn Workshops mit der DDR und ihrem Ende auseinander, wobei besonders die Arbeit mit den Stasi-Unterlagen im Mittelpunkt stand. Am letzten Tag wurden die Ergebnisse präsentiert, darunter ein E-Book, eine Graphic Novel und ein Zeitzeugeninterview.

Die Schulprojekte der Außenstelle **Halle** werden zu meist gemeinsam mit Einrichtungen wie der Gedenkstätte „Roter Ochse“ oder der Bildungs- und Begegnungsstätte Deutsche Einheit durchgeführt. Im Berichtszeitraum widmeten sich die Projekte dem Leben Jugendlicher in der DDR und der Friedlichen Revolution. Die Schülerinnen und Schüler erhielten die Möglichkeit, mit Betroffenen zu sprechen und mit deren Stasi-Unterlagen zu arbeiten.

Dass die Bildungsangebote der Außenstelle **Magdeburg** auch überregional in Anspruch genommen werden, zeigte das Interesse der Ricarda-Huch-Schule Hannover, die mit einer Schulklasse im Rahmen des Geschichtsunterrichts einen Projekttag in Magdeburg im März 2020 verbrachte.

Ein fester Bestandteil der Bildungsarbeit in der Außenstelle **Erfurt** sind die teils mehrtägigen Quellen-Zeitzeugen-Projekte, die gemeinsam mit dem Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur durchgeführt werden. Dabei werden die Schülerinnen und Schüler sowohl mit den Stasi-Akten der politischen Verfolgung als auch mit den Betroffenen, zu denen diese Akten angelegt wurden, bekanntgemacht und können diesen Personen Fragen stellen. Diese Veranstaltungen sind immer gekoppelt mit einer Archivführung und einem Vortrag im Dokumentationszentrum zum Thema Stasi.

Im Februar 2019 fand in der Außenstelle Erfurt ein dreitägiger Workshop „Staatliches Unrecht in Deutschland“ zur Aufarbeitung von DDR-Unrecht statt, eine Kooperation mit dem Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Universität Erfurt, Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte und Geschichtsdidaktik. Studierende der Rechtswissenschaften an der Universität Regensburg und angehende Lehrkräfte für Geschichte und Politik aus Thüringen nahmen an dem Workshop teil. Durch Quellenarbeit an historischen Fallbeispielen zu erlittenem DDR-Unrecht und anhand von Zeitzeugenberichten und Gesprächen mit Fachleuten für Rehabilitation wurden zeithistorische und biografische Hintergründe ausgeleuchtet.

5.7 Digitale Angebote

Die Angebote des Stasi-Unterlagen-Archivs im Netz haben im Berichtszeitraum weiter wachsendes Interesse erfahren. Im Fokus der Arbeit standen die Veröffentlichung von Originaldokumenten, um Nutzerinnen und Nutzern direkten Einblick in die Stasi-Unterlagen zu ermöglichen, die Weiterentwicklung der Social-Media-Angebote sowie die Neugestaltung der Website „DDR im Blick“ und weitere konzeptionelle Arbeiten zur Erweiterung des Online-Angebotes wie die Vorbereitungen zu einer Website, die den gesamten Bestand der Juristischen Hochschule des MfS präsentiert.

5.7.1 Originaldokumente in der „Stasi-Mediathek“

Die im Januar 2015 online gestartete „Stasi-Mediathek“ ist im Berichtszeitraum weiter gewachsen. Zum Ende des Berichtszeitraums befanden sich 1 068 Textdokumente (6 242 Seiten), 947 Fotos, 33 Audios und 48 Videos in

der Mediathek. Das vom Online-Team kuratierte „Online-Schaukasten ins Archiv“ bietet einen intuitiven und multimedialen Zugang zu den Inhalten des Stasi-Unterlagen-Archivs. Das Angebot auf www.stasi-mediathek.de ist für verschiedene Zielgruppen gedacht: Journalistinnen und Journalisten, geschichtsinteressierte Personen sowie Studierende und Lehrkräfte, aber auch allgemein Interessierte, die wissen wollen, was Stasi-Akten enthalten.

Ein zentrales Bedienelement ist die semantische Suche. Sie ermöglicht qualifizierte Suchergebnisse, denn die inhaltliche Bedeutung von Texten und Suchanfragen wird berücksichtigt. Da alle veröffentlichten Unterlagen der Mediathek vollständig transkribiert wurden, kann die Suche auch die Inhalte von Akten, Audiomitschnitten und Filmen der Stasi erfassen und recherchierbar machen.

Die Unterlagen sind exemplarisch für zeithistorische Ereignisse oder Methoden und Wirken der Staatssicherheit ausgewählt. Sie behandeln konkrete Fallbeispiele. Die veröffentlichten Quellen haben eine hohe Informationsdichte und dienen als Wegweiser zu weiteren Dokumenten. Sie verdeutlichen möglichst größere Zusammenhänge und beleuchten die gesamte Zeit des Bestehens des MfS.

Die Redaktion der Mediathek bietet außerdem „Themensammlungen“ und „Geschichten“ an. Im Format „Geschichten“ wird entlang der Akten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv ein persönliches Schicksal oder eine zeitlich eng begrenzte Begebenheit erzählt. Zu Beginn ordnet ein redaktioneller Text das Geschehen in seine historischen Zusammenhänge ein, ehe dann die Akten selbst den Verlauf des Ereignisses dokumentieren. Themensammlungen wiederum fassen die Dokumente besonderer historischer Ereignisse zusammen und können fortlaufend ergänzt werden.

Neben vielen beispielhaften Einzeldokumenten und audiovisuellen Unterlagen wurden weitere besondere Themenschwerpunkte online gestellt, darunter eine ausführliche Darstellung der Todesurteile zu Elli Barczatis und Karl Laurenz aus dem Jahr 1955, ein seltenes Video von einem Vortrag des Doppelspions Kim Philby in „Haus 22“ aus dem Jahr 1981 sowie eine „Geschichte“ rund um den Palast der Republik. Um die vielfältigen Inhalte der Mediathek weiter bekannt zu machen, wurden im Berichtszeitraum Links zu den Dokumenten, Bildern, Filmen und Audios der Mediathek systematisch als Referenzen auf der Wissensplattform Wikipedia veröffentlicht. Der BStU legt selbst keine Einträge an und pflegt auch keine Einträge, außer dem Eintrag über den BStU, den er faktisch korrigieren kann. Dafür werden bei vorhandenen historischen Artikeln Weblinks oder Einzelnachweise für weiterführende Informationen zur Stasi-Mediathek bzw. zu www.bstu.de hinterlegt. In den Statistiken der Mediathek ist daher im Berichtszeitraum ein deutlicher Anstieg der Referenzen von Wikipedia auf die Mediathek zu verzeichnen.

5.7.2 Homepage www.bstu.de

Das neue Design der Website hat sich etabliert und wird durch Feedback aus der Nutzung stetig weiterentwickelt. Ebenfalls etabliert hat sich die komplett überarbeitete

Suchfunktion, die eine übergreifende Recherche über die verschiedenen digitalen Angebote des BStU ermöglicht. So zeigt das Suchfenster im Ergebnis Informationen von der Website www.bstu.de, aus der Stasi-Mediathek sowie aus den Bestandsübersichten von www.argus.bstu.bundesarchiv.de, dem Suchportal des Bundesarchivs, in das auch Online-Findmittel des Stasi-Unterlagen-Archivs eingestellt sind, und ab dem ersten Quartal 2021 auch aus dem nun überarbeiteten und technisch in den BStU-Auftritt integrierten Online-Angebot der Edition „DDR im Blick der Stasi“.

Während der Corona-Pandemie hat die Seite unter dem Hashtag „Von Zu Hause“ insbesondere schulische Angebote, den Online-Antrag auf Akteneinsicht und die vom Stasi-Unterlagen-Archiv erstellten Videos hervorgehoben. Zusätzlich wurde ein Quiz für Schülerinnen und Schüler entwickelt und ein bereits länger geplanter Podcast gestartet (siehe Abschnitt 5.8). Das Dienstobjekt Freibrink des MfS war ein weiterer Themenschwerpunkt; in der öffentlichen Diskussion stand das Gelände wegen der aktuellen Ansiedlung einer Fabrik für die Produktion von Autos des US-Herstellers Tesla. Auch die Darstellung zum Stasi-Krankenhaus Berlin-Buch mit vergleichenden historischen und neuen Fotos fand reges Interesse.

Parallel wurde die Website www.ddr-im-blick.de, die bisher vom Verlagspartner der Edition zur Verfügung gestellt wurde, im August 2020 gelauncht. Mit der automatischen Verarbeitung der Print-Druckvorlagen und dem modernen Design im Portfolio des BStU ist die Seite für alle bisherigen sowie die weiteren Publikationen der ZAIG-Reihe gerüstet. Um den Anforderungen einer zeitgemäßen Edition gerecht zu werden und insbesondere eine digitale Volltextrecherche zu ermöglichen, werden online das gesamte Textkorpus, die Einleitungstexte, die Faksimiles, die Fußnoten, die Dokumentenköpfe und -apparate sowie das Abkürzungsverzeichnis publiziert – nach wie vor mit einem Jahr Abstand zur 360-seitigen Buchpublikation jeder Edition.

5.7.3 Social-Media-Aktivitäten

Die sozialen Medien als etablierte Kommunikationsplattformen sind die direkte Verbindung zu Nutzerinnen und Nutzern im digitalen Raum. Der BStU ist seit 2012 auf Facebook aktiv, seit 2014 auf Twitter, seit 2016 auf Instagram und seit 2017 auf YouTube. Insbesondere über soziale Medien ist auch der direkte Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern unkompliziert möglich; diese wenden sich mit Anfragen zur Antragstellung oder zu historischen Zusammenhängen an den BStU. Die Nutzerbasis bewegt sich im Rahmen dessen, was auch für andere Aufarbeitungseinrichtungen an Follower- und Interaktionszahlen zu messen ist. Es handelt sich dabei um ein am Thema interessiertes Publikum, das sich sachlich über Geschichte austauschen will.

Da aufgrund der Corona-Pandemie seit Frühjahr 2020 wenige bzw. keine Veranstaltungen mehr mit Publikum stattfinden konnten, wurden digitale Formate wie der Campus-Stream mit der RHG e.V oder das digitale Gespräch von BStU und BAB entwickelt (siehe Abschnitt 5.4.1.6).

5.7.4 Weiterentwicklung der digitalen Präsenz

Mit der kontinuierlichen Verschiebung von Wissensangeboten in den digitalen Raum steht auch das Stasi-Unterlagen-Archiv vor der Herausforderung, seine Informationen noch intensiver zielgruppenspezifisch in den digitalen Wissenstransfer einzuspeisen. Dafür ist die Online-Kommunikation in stetem Austausch mit allen anderen Vermittlungspartnern des Hauses und begleitet deren digitalen Angebote konzeptionell und technisch. So wird eine digitale Präsenz der Beispielakten-Bibliothek, die Teil der Ausstellung „Einblick ins Geheime“ am historischen Ort ist, vorbereitet. Die Online-Stellung der vielfach nachgefragten Diplomarbeiten und Dissertationen der Juristischen Hochschule des MfS (JHS) ist ein nächster größerer Schritt zur digitalen Veröffentlichung einer zentralen Wissensressource aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv. Die Arbeiten der JHS eignen sich insbesondere, die Perspektive und Denkweise des MfS nachzuvollziehen. Sie enthalten relativ wenige personenbezogene Daten, vermitteln aber ein Verständnis der Denk-Mechanismen der Arbeit der Geheimpolizei. Zur Vorbereitung der Online-Stellung wurde ein mehrstufiger Workshop-Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der digitalen Geschichtswissenschaften und verschiedenen Technik-Anbietern im Herbst 2020 durchgeführt, um die spezifischen Anforderungen der Nutzerinnen und Nutzer bei der Umsetzung zu berücksichtigen. Der Launch der Plattform ist für Ende 2021 geplant.

5.8 Pressearbeit

Die Online- und multimedialen Aktivitäten in der Pressearbeit wurden weiter ausgebaut. Ein zentrales Thema waren im Berichtszeitraum fortlaufende Informationen über den Transformationsprozess des BStU, vor allem in der Folge der Zukunftsentscheidungen des Deutschen Bundestages im September 2019. Die Pressestelle verbreitete ihre Informationen zu diesen und anderen Themen über Pressemitteilungen, Presse-Newsletter, die Homepage www.bstu.de und über Twitter.

Besondere Höhepunkte in der medialen Berichterstattung waren der Beschluss des Deutschen Bundestages zur Zukunft des Stasi-Unterlagen-Archivs im September 2019 sowie der presseöffentliche Besuch des Bundespräsidenten zum 30. Jahrestag der Erstürmung der Stasi-Zentrale im Januar 2020. Zum Beschluss 2019 war der Bundesbeauftragte in zahlreichen Stellungnahmen, Interviews und Schaltgesprächen in Fernsehen und Hörfunk sowie in Online- und Print-Medien vertreten. Das mediale Echo im Januar 2020 war national und international groß. Knapp 30 Medienvertreterinnen und -vertreter kamen zum historischen Ort in Berlin-Lichtenberg. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigte die Errungenschaft der Friedlichen Revolution, den Aktenzugang sowie die Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs und hob die Wichtigkeit der nun gesicherten Zukunft hervor.

Die Pressestelle organisierte Dreharbeiten im Magazin, der Kartei und auf dem Campus und war regelmäßig mit Hinweisen und Hilfestellungen für die Entwicklung von Spiel- und Dokumentarfilmproduktionen im Gespräch mit

Autorinnen und Autoren sowie den Dokumentarfilmschaffenden. Häufig wurden Teams aus dem In- und Ausland begleitet, die sich die Rekonstruktion von Stasi-Unterlagen anschauen wollten. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang Dreharbeiten zur Fernsehserie „Deutschland 89“ sowie zu einer Discovery-Channel-Dokumentarreihe über „Cold War Secrets“. Ebenso organisiert wurde eine Vielzahl von Interviewanfragen an den Bundesbeauftragten durch Print-, Online- und elektronische Medien, darunter regelmäßig auch Anfragen öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten.

Zu den Aufgaben der Pressestelle gehörten auch Workshops für Journalistinnen und Journalisten zu den Themen Recherche, Zukunftsentwicklungen und Campus. Darunter waren ein Workshop für Nutzende der Stasi-Unterlagen im Mai 2019 sowie im Rahmen des 30. Jahrestags des Sturzes der Mauer etliche Angebote und ein Seminar. Zudem wurde das Erscheinen des Kartenspiels „Stasi raus, es ist aus!“ im Januar 2020 mit einer Pressekonferenz begleitet.

Die Pressestelle kommunizierte ansonsten weitere Themen der Behördenleitung sowie der Fachabteilungen über ihre Kanäle an Vertreterinnen und Vertreter der Medien im In- und Ausland. Dazu gehörten zum Beispiel die neuen Publikationen der Abteilung Kommunikation und Wissen, BStU-Veranstaltungen sowie die Entwicklung der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“. Zudem war sie für viele Journalistinnen und Journalisten Anlaufstelle bei der Vorbereitung zum Stellen von Medienanträgen an das Stasi-Unterlagen-Archiv.

Im Frühjahr 2020 startete die Pressestelle den Podcast „111 Kilometer Akten. Der offizielle Podcast des Stasi-Unterlagen-Archivs“. Die Anregung hierzu kam von einem externen Hörfunk-Journalisten, der ein intensiver Nutzer des Audioarchivs des BStU ist. Ursprünglich sollte der Podcast zum 30. Jahrestag der Maueröffnung im Herbst 2019 mit einem Medienpartner starten. Dieser entschied sich letztlich anders und so verbreitete der BStU die bereits produzierten Episoden und machte in Eigenregie weiter. Der Podcast will in Gesprächen mit den Mitarbeitenden die Arbeit des BStU transparent machen. Zusätzlich wird im Dialog mit Nutzerinnen und Nutzern die Beschäftigung mit den Akten und das Ergebnis dieser Beschäftigung debattiert sowie durch ausgewählte und gekürzte Mitschnitte von Veranstaltungen des BStU die Erforschung der SED-Diktatur und die Auseinandersetzung damit weiter zur Diskussion gestellt. Gastgeber des Podcast sind der Hörfunk- und Wissenschaftsjournalist Maximilian Schönherr und die Sprecherin des Bundesbeauftragten Dagmar Hovestädt. Seit dem Start am 8. April 2020 wurden 23 Folgen sowohl über Podcast-Plattformen wie itunes oder spotify als auch über die Homepage des BStU verbreitet, die über 40 000 Plays erzielten.

5.9 Der Bundesbeauftragte im Dialog

Auch über 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution 1989/1990 und dem Entschluss, die Stasi-Unterlagen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wurde der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen von anderen Veran-

staltern und Institutionen bei der Bemühung um Aufarbeitung und Aufklärung in Anspruch genommen. Er wurde zu einer Vielzahl öffentlicher Diskussionen, Reden und Vorträge eingeladen, bei denen er auch denjenigen eine Stimme gab, die ein Leben lang mit den Folgen von Repression, Haft und Unterdrückung leben müssen. Den Opfern gerecht zu werden war ihm bei vielen seiner öffentlichen Auftritte ein besonderes Anliegen. Dies tat er nicht zuletzt mit einer differenzierten Darstellung von Betroffenenbiografien, die in den Stasi-Unterlagen dokumentiert sind. Der besondere Charakter dieser Unterlagen, ihr Entstehungskontext als Dokumente einer staatlichen Überwachung unter Verletzung von Menschenrechten – diese Thematik führte ihn häufig zu Veranstaltungen, die sich mit aktuellen Fragen von Grundrechten, Demokratie und europäischen Werten beschäftigten. Dabei wurde deutlich, dass es für die Vermittlung von Geschichte hilfreich ist, wenn die Menschen das geschehene Unrecht der Vergangenheit zu den Werten von Freiheit und Menschenrechten der Gegenwart ins Verhältnis setzen können.

Die Einladungen zu externen Veranstaltungen waren von den Gastgebenden also oftmals verknüpft mit der Erwartung, dass aus dem Amt des Bundesbeauftragten die Beschäftigung mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts Bezug nimmt auf die Werte, die heute in Deutschland und Europa gelebt werden.

Exemplarisch für die zahlreichen Auftritte des Bundesbeauftragten in diesem Sinne steht seine Rede vor Schülerinnen und Schülern am Tag der Pressefreiheit auf dem Campus für Demokratie, der im Mai 2019 gemeinsam mit dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V., der Stiftung Lesen und Reporter ohne Grenzen durchgeführt wurde. Eine Brücke zur Generation der nach 1989 Geborenen schlug der Bundesbeauftragte auch bei seiner Teilnahme an einem Expertengespräch beim Festakt „70 Jahre Grundgesetz“ mit 600 Schülerinnen und Schülern in der Frankfurter Paulskirche im Mai 2019. Über die Grundwerte von freien Wahlen und Bürgerrechten sprach er in seiner Rede beim „Hessischen Europaempfang“ im September 2019, auf der Podiumsdiskussion „30 Jahre Mauerfall“ im Oktober 2019 an der Universität Gießen sowie in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Deutsch-Tschechischen Journalistenpreises im November 2019 in Leipzig. Darüber hinaus war er vielfach in den Wahlkreisen von Bundestagsabgeordneten in ganz Deutschland zu Gast, wo er beispielsweise über den Prozess der Deutschen Einheit, die Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Werte von Freiheit und Menschenrechten diskutierte.

Zum Jubiläum der Deutschen Einheit 2019 besuchte er drei Tage lang das Bundesland Schleswig-Holstein, nahm an Podiumsdiskussionen mit verschiedenen Abgeordneten teil und tauschte sich mit Schülerinnen und Schülern aus. Zu Jahresbeginn 2020 trat der Bundesbeauftragte darüber hinaus als Festredner bei Neujahrsempfängen in Neuruppin und Sonneberg auf.

In den folgenden Monaten erschwerte die Corona-Pandemie das öffentliche Auftreten des Bundesbeauftragten. Unter den Auflagen der Infektionsschutzverordnungen

konnte er aber im September den Düsseldorfer Landtag besuchen, um die BStU-Ausstellung „Lernt Polnisch!“ zu eröffnen. Beim Jahrestreffen des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasi-Opfer im Oktober in Hannover diskutierte er mit Mitgliedern des Netzwerks über den Stand der Aufarbeitung.

Anstatt Veranstaltungen vor Ort gab es im zweiten Halbjahr 2020 mehrfach Online- und Live-Stream-Formate. Eine Bilanz der Deutschen Einheit nach 30 Jahren zog der Bundesbeauftragte auf diese Weise mit dem CDU-Stadtverband Ulm im Oktober 2020. Beim digitalen Tag der offenen Tür der Bundesregierung am 8. November kam er mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch und am 9. November würdigte er in einem Videocast der Gedenkstätte Berliner Mauer die Menschen, die vor 31 Jahren für Freiheit und Demokratie demonstriert hatten. Am Diskurs über die Entwicklung und Erhaltung europäischer Werte beteiligte er sich im November 2020 bei einer Onlineveranstaltung der Hessischen Landesvertretung in Brüssel unter dem Titel „Crisis Talk. 30 Jahre Mauerfall – Die Bedeutung des Mauerfalls für die Entwicklung europäischer Gesellschaften“.

Zudem nahm der Bundesbeauftragte im Berichtszeitraum regelmäßig an den Verbändetreffen der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) teil, um auch in diesem Kreise mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen.

6 Internationale Beziehungen

Seit vielen Jahren ist der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) im internationalen Raum ein wichtiger Ansprechpartner, wenn es um den Umgang mit Diktaturfolgen und insbesondere um Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen mithilfe von Geheimpolizei-Archiven geht. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Deutschland und die Öffnung und Nutzung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit werden als ein Modell für die Auseinandersetzung mit diktatorischen Vergangenheiten wahrgenommen, von dessen Erfahrungen andere Ländern profitieren wollen. Die Bedeutung des internationalen Austausches unterstreicht auch der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 26. September 2019, der die „internationale Vorbildwirkung“ der Arbeit des Bundesbeauftragten und des Stasi-Unterlagen-Archivs betont. In seinem Beschluss stellt der Bundestag heraus, dass die „Sichtbarkeit der Eigenständigkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs mit internationaler Vorbildwirkung [...] auch nach Integration in das Bundesarchiv erhalten“ bleiben soll. Die Unterlagen sollen weiterhin, auch international, einen Beitrag zur Sensibilisierung für den Wert von Freiheit und Menschenrechten leisten (siehe Anhang 2).

Im Berichtszeitraum lagen die Schwerpunkte in der internationalen Zusammenarbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs in den folgenden Bereichen:

Das „Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“, in dem Einrichtungen zur Aufarbeitung kommunistischer Diktaturen zusammenge-

geschlossen sind, ist für die internationalen Aktivitäten des BStU von besonderer Bedeutung. So nahm der Bundesbeauftragte im September 2019 an der Jahrestagung der Institutionen aller Netzwerkpartner in der slowakischen Hauptstadt Bratislava teil. Im Vorfeld sprach er auf der von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Konferenz „Verbrechen des Kommunismus – Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ anlässlich des 30. Jahrestages der Sanften Revolution über die Auseinandersetzung mit den kommunistischen Unrechtsregimen.

Auch mit Ländern Süd- und Südosteuropas, die nicht oder mit Gaststatus im Netzwerk organisiert sind, unterhielt der BStU einen regelmäßigen Austausch, so u. a. mit Albanien, Serbien, Kroatien und Slowenien. Im November 2019 nahm der Bundesbeauftragte an einer Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zagreb teil, die in Zusammenarbeit mit dem Bundestagabgeordneten Josip Juratovic stattfand. Unter dem Motto „Denkmäler. Werkzeuge des Friedens oder Waffen des Krieges. Deutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall“ diskutierten die Teilnehmenden in einem Rundtisch-Gespräch über den Umgang mit Denkmälern, Archiven und Monumenten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa.

Besonderes Interesse an einer Zusammenarbeit wurde wiederholt von Taiwan gezeigt. Im Jahr 2018 hatte der Bundesbeauftragte das Land erstmals besucht (siehe 14. Tätigkeitsbericht, S. 68) und vor Ort über die deutschen Erfahrungen in der Nutzung des Stasi-Unterlagen-Archivs zur Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen berichtet. Im Laufe des Jahres tauschte er sich mehrmals mit Vertreterinnen und Vertretern Taiwans aus, um die Zusammenarbeit zu intensivieren und über Kooperationsmöglichkeiten zu sprechen.

Im November 2019 begleitete der Leiter des Leitungsbüros Niels Schwiderski die Vorsitzende des Kulturausschusses des Bundestages Katrin Budde nach Taipeh zu Beratungsgesprächen mit taiwanischen Abgeordneten und Regierungsvertretern und hielt im Rahmen eines deutsch-taiwanischen Workshops einen Vortrag über die „Chancen der Nutzung von Archiven zur Aufarbeitung einer Diktatur am Beispiel des Stasi-Unterlagen-Archivs“. Zudem beriet er unterschiedliche taiwanische Institutionen, wie das Human Rights Museum Taipeh, in Fragen der Aufarbeitung mithilfe von Archiven.

Im Dezember des Jahres mündete die Zusammenarbeit mit Taiwan in die Unterzeichnung einer gemeinsamen Absichtserklärung zur weiteren intensiven Zusammenarbeit zwischen dem BStU und dem taiwanischen Kulturministerium. Dieser Prozess wurde insbesondere durch Katrin Budde und den Vorsitzenden des parlamentarischen Freundeskreises Berlin-Taipeh Klaus-Peter Willsch unterstützt, die beide auch bei der Unterzeichnung zugegen waren.

Die gemeinsame Erklärung untermauert die internationale Bedeutung des Stasi-Unterlagen-Archivs und besonders die Rolle des Bundesbeauftragten als eine direkt dem Parlament unterstellten Beratungsinstitution. Die Zusammenarbeit drückt sich vor allem durch einen regelmäßi-

gen Austausch zu den unterschiedlichen Fachthemen aus. Der Bundesbeauftragte vermittelt Kontakte zu anderen Institutionen in Deutschland, die zu spezifischen Themen fachliche Expertise beisteuern können. Manche Projekte, wie eine Hospitation im Stasi-Unterlagen-Archiv, mussten aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Wie auch in den vergangenen Jahren besuchten im Berichtszeitraum viele internationale Gäste den Bundesbeauftragten auf dem Campus für Demokratie. Sie kamen u. a. aus Indonesien und Osttimor, der Ukraine, Tunesien, Äthiopien und Süd-Korea. Die Gäste informieren sich hierbei regelmäßig über das Konzept des Campus und über die langjährigen Erfahrungen des Stasi-Unterlagen-Archivs zum Umgang mit den Unterlagen, rechtlichen Zugangsmöglichkeiten und gesellschaftlicher Aufklärung.

Aber auch ausländische Botschaften sind an der Arbeit des Bundesbeauftragten und dem Konzept des Campus interessiert. Am 29. Juli 2020 empfing der Bundesbeauftragte die französische Botschafterin Anne-Marie Descôte, am 5. August die australische Botschafterin Lynette Wood in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“. Beide interessierten sich für die Präsentation des Archivs am historischen Ort mit dem Stasimuseum, der Open-Air-Ausstellung zu Revolution und Maueröffnung, der Dauerausstellung „Einblick ins Geheime“ und den originalen Akten in den Magazinen des Stasi-Unterlagen-Archivs.

Auf Anfrage unterstützt der BStU die Arbeit der deutschen Botschaften vor Ort. So verlieh er eine Werkstattvariante der Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ ins Museo del Memoria in Santiago de Chile in spanischer Sprache (siehe auch Abschnitt 5.5.3). Ein ergänzendes Ausstellungssegment ging auf die chilenischen Exilantinnen und Exilanten ein, die während der Pinochet-Diktatur in die DDR emigrierten. Bei der im Live-Stream durchgeführten Eröffnungsveranstaltung hielt der Bundesbeauftragte ein Grußwort. Die Präsentation soll auf Initiative der Konrad-Adenauer-Stiftung und der deutschen Botschaft in Kooperation mit dem Museum der chilenischen Hauptstadt nach pandemiebedingter Schließung des Museums im Frühjahr 2021 eröffnen.

Aufgrund der Corona-Pandemie war der Bundesbeauftragte auch bei anderen internationalen Veranstaltungen zunehmend digital aktiv. So z. B. hielt er online übertragene Keynotes bei einer Konferenz der Friedrich-Naumann-Stiftung in Belgrad und bei einer Tagung der Hessischen Landesvertretung in Brüssel (siehe auch Abschnitt 5.9) und schickte ein Videogrußwort an die deutsch-koreanische Tagung „Vergangenheitsbewältigung und Erinnerungskultur“ der Deutschen Botschaft in Seoul.

Zu Themen wie der Bedeutung von Archiven für die Umsetzung von Menschenrechten, die Übergangsgerechtigkeit oder den Zugang zu staatlichen Einrichtungen sind die Erfahrungen aus der langjährigen Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs international zunehmend gefragt. Daher nahmen auch im Berichtszeitraum Beschäftigte des BStU

an internationalen Tagungen teil, um ihre fachspezifische Expertise zu teilen.

Im März 2019 reiste der frühere Leiter der Abteilung Auskunfts, Joachim Förster, nach Kolumbien, um dort an einer Tagung der Universidad del Norte in Barranquilla vorzutragen. Der zweitägige Kongress wurde von Catedra Europa veranstaltet und beschäftigte sich mit Aspekten der Entwicklung und Transformation Europas seit 1989. Unter dem Titel „Remember and Construct: The Agency of the Stasi-Records and its Role in German Society“ stellte Förster die verschiedenen Bereiche der Aufarbeitung und Aufklärungsarbeit in Deutschland vor.

Im November 2019 referierte der Leiter des Referats „Anträge für Forschung, Medien und politische Bildung“ aus der Abteilung Auskunfts Karsten Jedlitschka in Bukarest über „30 Jahre ohne Mauer und Stasi“. Anlässlich des 30. Jahrestages des Zerfalls des kommunistischen Systems organisierte der Frontline Club Bukarest zusammen mit dem Goethe-Institut, dem Polnischen Institut, dem Tschechischen Zentrum und dem Ungarischen Institut eine Reihe von Debatten- und Dokumentarfilm-Abenden über die Auswirkungen des Kommunismus in den Ländern Mittel- und Osteuropas. In der anschließenden Diskussion sprach Jedlitschka mit zwei rumänischen Journalisten über die Stasi und ihr rumänisches Pendant Securitate, über Kontrolle und Überwachung, aber auch über die Aufarbeitungsgeschichte der beiden Dienste.

Ebenfalls im November 2019 nahm Projektleiterin Daniela Münkel aus der Abteilung Kommunikation und Wissen am „Peace Unification International Forum“ in Uijeongbu City, Südkorea, teil. Bei der von der südkoreanischen Stadt ausgerichteten internationalen Konferenz mit Gästen aus den USA, China, Japan und Vietnam standen Fragen der Wiedervereinigung von geteilten Ländern im Rahmen der internationalen Beziehungen im Mittelpunkt. Die deutsche Wiedervereinigung und Aufarbeitung der SED-Diktatur gilt in Südkorea als Blaupause für eine mögliche Wiedervereinigung mit dem kommunistischen Nordkorea. Münkel referierte zum Thema „West- und Ost-Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung.“

Den Erfahrungsaustausch zur Nutzung von Akten zur Aufklärung von Unrecht sowie die Kommunikation über das Archiv des MfS im Ausland setzte die Sprecherin des BStU Dagmar Hovestädt durch ihre Teilnahme an verschiedenen internationalen Formaten fort. So referierte sie über das Stasi-Unterlagen-Archiv in der „Cold-War“-Reihe des National Archive in London im August 2019, hielt einen Workshop-Impuls an der University of Galway, Irland, bei dem es um den Aufbau eines irischen Archivs über den Missbrauch in kirchlichen Einrichtungen ging, und sprach im März 2020 an der dänischen Universität Aarhus über „30 Jahre Einblick in die Akten“.

Der BStU ist zudem seit November 2019 Teil des „Network on Archives and Dealing with the Past“, einem von der Robert-Bosch-Stiftung finanzierten Netzwerk, das sogenannte Human-Rights-Archives besser vernetzen möchte. Neben dem BStU gehören Akevot (Israel), Do-

umenta (Kroatien), das International Center for the Promotion of Human Rights (Argentinien), Memoria Abierta (Argentinien), die Oxford University (Großbritannien), das South African History Archive (Südafrika) und swiss peace (Schweiz) der Gruppe der beratenden Institutionen an. Im Juli 2020 organisierte und moderierte Dagmar Hovestädt im Rahmen dieses Netzwerks einen Online-Experten-Workshop zum Thema „Access to National Security and Intelligence Documentation“.

Anhang

	Seite
Anhang 1	Konzept zur Zukunft der Stasi-Unterlagen (Drucksache 19/8201) 76
Anhang 2	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (Drucksache 19/12115) 82
Anhang 3	Organisationsplan 85
Anhang 4	Anschriftenverzeichnis 86
Anhang 5	Entwicklung des Personalbestandes des BStU 1992–2020 88
Anhang 6	Mitglieder des Beirats 89
Anhang 7	Mitglieder des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums 90
Anhang 8	Eingang von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken 91
Anhang 9	Summe der eingegangenen Anträge und Ersuchen 1991–2020 92
Anhang 10	Eingänge von Anträgen gemäß §§ 32 und 34 für den Zeitraum 1991 bis 31. Dezember 2020 93
Anhang 11	Erledigungen von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungs- zwecken 94
Anhang 12	Bürgeranträge auf Akteneinsicht – Eingänge, Erledigungen, offene Anträge 95
Anhang 13	Publikationsreihen 96
Anhang 14	Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums der Abteilung Bildung und Forschung 107
Anhang 15	„Baukasten Ausstellungen regional“. Liste der Basis-, Rahmen- und Regionenmodule 108
Anhang 16	Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“, Informations- und Dokumentationszentren des BStU, BStU Online 110
Anhang 17	Abkürzungsverzeichnis 112

Anhang 1

Konzept zur Zukunft der Stasi-Unterlagen

Unterrichtung durch den Bundesbeauftragten für die Unter- lagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Konzept des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Bundesarchivs für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen- Archivs in das Bundesarchiv

(Drucksache 19/8201)

1. Einleitung

Im Winter 1989/1990 besetzten mutige Bürgerinnen und Bürger die Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und stoppten so die weitere Vernichtung von Unterlagen. Sie setzten sich dafür ein, die Unterlagen zu erhalten und für eine gesellschaftliche Nutzung zu öffnen. Die Öffnung der Stasi-Unterlagen gehört zu den zentralen Errungenschaften der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit.

Mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) wurde eine rechtsstaatliche Grundlage geschaffen, die es erstmals in der Welt ermöglichte, dass Bürgerinnen und Bürger Zugang zu den Informationen erhielten, die die Geheimpolizei einer Diktatur menschenrechtswidrig über sie gespeichert hat. Zudem wurden Voraussetzungen für die Verwendung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes durch öffentliche und nicht öffentliche Stellen und zu Zwecken der historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung geschaffen.

In den zurückliegenden rund drei Jahrzehnten wurde die Arbeit des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) zu einer wichtigen Säule der Aufarbeitung der SED-Diktatur und die damit verbundene rechtsstaatliche Nutzung der Stasi-Unterlagen zu einem weltweiten Vorbild.

2. Auftrag und Ziel des Konzepts

Mit dem Beschluss „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent fortführen“ (Drucksache 18/8705) hat der Deutsche Bundestag im Juni 2016 den Grundstein für die zukünftige Nutzung der Stasi-Unterlagen gelegt. Mit seiner Entscheidung zum dauerhaften Erhalt des Gesamtbestands und zur Sichtbarkeit der Eigenständigkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs mit internationaler Vorbildwirkung würdigt der Deutsche Bundestag die Sicherung und den Zugang zu den Stasi-Unterlagen als ein Symbol der Friedlichen Revolution in der DDR und der Überwindung der SED-Diktatur.

Der Deutsche Bundestag hat den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen beauftragt, den Transformationsprozess der Stasi-Unterlagen-Behörde aus dem Amt des Bundesbeauftragten heraus einzuleiten und gemeinsam mit dem Bundesarchiv ein Konzept für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv zu erarbeiten.

Das Bundesarchiv als Fachbehörde hat den gesetzlichen Auftrag, das Archivgut des Bundes auf Dauer zu sichern und nutzbar zu machen. Es versteht sich als integraler Bestandteil der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft und trägt Sorge dafür, dass die Spuren menschlichen Handelns in wesentlichen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen gesichert, nutzbar gemacht und in eine möglichst weite Zukunft tradiert werden, damit die Gesellschaft auf allen Ebenen vom Gesamtstaat bis hin zur Familie und zur einzelnen Person sich erinnern kann.

Unter den Bedingungen des demokratischen und liberalen Rechtsstaats geschieht das durch die möglichst umfassende und neutrale Sicherung und die allgemeine und öffentliche Bereitstellung der Quellen für eine ergebnisoffene Erforschung und diskursive Deutung der Vergangenheit.

Das Bundesarchiv ist auf der Ebene des Nationalstaats die Institution, die verlässliche und authentische Quellen aufbewahrt, einordnet, nutzbar macht und nach rechtsstaatlichen Regeln der Gesellschaft zur Verfügung stellt. Dies gilt auch und gerade in der digitalen Welt.

Zu den Beständen des Bundesarchivs gehören auch über 60 Kilometer Akten von staatlichen Stellen sowie von Parteien- und Massenorganisationen der DDR. Diese sind nicht nur eine wichtige Quelle für Forschung, Wissenschaft und Medien, sondern dienen Betroffenen, in der SED-Diktatur erlittenes Unrecht zu belegen und ihre Ansprüche geltend zu machen.

Als Teil des Bundesarchivs werden die Stasi-Unterlagen noch stärker als bisher eingebunden in die Strukturen zur Bewahrung des schriftlichen Kulturerbes unserer Nation und können eingebettet in den Überlieferungskontext der gesamten DDR-Geschichte noch besser einen dauerhaften Beitrag zur gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur leisten.

BStU und Bundesarchiv arbeiten seit vielen Jahren zusammen und legen jetzt ein gemeinsames Konzept vor, das zeigt, wie durch die Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs in die Strukturen des Bundesarchivs die großen Zukunftsherausforderungen des dauerhaften konservatorischen Erhalts der Stasi-Unterlagen, der Sicherung der darin enthaltenen Informationen, der Digitalisierung und des Umgangs mit den sich verändernden Anforderungen, welche die Gesellschaft an ihre Archive stellt, gemeinsam besser bewältigt werden können.

Eine Grundlage für das vorliegende Konzept ist die bisherige Arbeit des BStU, welche in den regelmäßigen Tätigkeitsberichten an den Deutschen Bundestag dargestellt ist.

noch Anhang 1

(siehe insbesondere 14. Tätigkeitsbericht des BStU für die Jahre 2017 und 2018, Drucksache 19/8200)

Das Konzept orientiert sich an den im zuvor genannten Beschluss des Deutschen Bundestages formulierten Vorgaben. Fragen zu Folgen für das Amt des Bundesbeauftragten, die nicht die Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv betreffen, sind nicht Teil des Auftrags für die Erstellung des Konzepts und müssen gesondert betrachtet werden.

Der Bundesbeauftragte und das Bundesarchiv werben für zeitnahe Entscheidungen durch den Deutschen Bundestag, damit notwendige Investitionen zur dauerhaften Sicherung der Stasi-Unterlagen erfolgen können.

3. Das Stasi-Unterlagen Archiv als Teil des Bundesarchivs

3.1 Rechtsrahmen

Rechtsgrundlage für die Tätigkeit des BStU ist bislang das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG). Dieses enthält Regelungen für die Erfassung und Verwendung der Stasi-Unterlagen sowie Regelungen über die Aufgaben und Organisation des BStU als Behörde.

Ausgehend vom Beschluss des Bundestages, der den „*Erhalt des Stasi-Unterlagen-Gesetzes mit spezialgesetzlichen Regelungen*“ als Kondition für die Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv definiert, sind Änderungen im StUG notwendig, um dem geänderten institutionellen Rahmen zu entsprechen.

Das Bundesarchivgesetz (BArchG) ist entsprechend zu novellieren.

3.2 Organisation

Mit der Überführung der Stasi-Unterlagen in die Verantwortung des Bundesarchivs wird ein eigener Bereich unter einer herausgehobenen Leitung mit der Bezeichnung „Stasi-Unterlagen-Archiv“ eingerichtet. In dieser Organisationseinheit werden auch künftig die speziellen Aufgaben des heutigen BStU weitergeführt. Die Verwaltung und die archivfachlichen Querschnittsaufgaben werden in die korrespondierenden Organisationsstrukturen des Bundesarchivs integriert. Mit Integration dieser Aufgaben in das Bundesarchiv werden in den strategisch zentralen Bereichen der Digitalisierung und Bestandserhaltung Synergieeffekte ermöglicht, die auch insbesondere für die Erhaltung und Zugänglichmachung der Stasi-Unterlagen einen wesentlichen Qualitätsgewinn darstellen können. Der Personalbestand bleibt davon unberührt.

Die Personalgewinnung und Personalentwicklung wird nach der Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv auf eine wesentlich breitere Grundlage gestellt werden können. BStU und Bundesarchiv arbeiten bereits heute bei der Ausbildung von Fachpersonal eng zusammen. Bei Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs

unter das Dach des Bundesarchivs kann dies weiterentwickelt und verstetigt werden. Personalaustausch zwischen dem Stasi-Unterlagen-Archiv und den weiteren Bereichen des Bundesarchivs ist unter dem gemeinsamen Dach problemlos möglich und eröffnet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr Entwicklungschancen. Noch stärker als bisher können so die Kompetenzen und Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Archive gemeinsam genutzt und der fachliche Austausch weiter intensiviert werden.

Das Bundesarchiv kann ein Beratungsgremium einrichten, das die Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs begleitet.

3.3 Dauerhafte Sicherung des Archivbestandes, Digitalisierung

Unter dem Dach des Bundesarchivs können Kompetenz, Technik und die langjährigen Erfahrungen des Bundesarchivs in Fragen der archivgerechten Unterbringung für das Stasi-Unterlagen-Archiv gebündelt genutzt werden.

Die Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs sind aktuell in der Zentrale in Berlin-Lichtenberg und an zwölf weiteren Standorten in den ostdeutschen Ländern untergebracht. Im Stasi-Unterlagen-Archiv befinden sich in Summe ca. 111 Kilometer Stasi-Akten, ca. 1,8 Mio. Fotodokumente, sowie rund 2 800 Filmdokumente. Der konservatorische Zustand ist nur befriedigend, häufig ist er angesichts der Vorschädigungen im alltäglichen Dienstgebrauch der Staatssicherheit und der unzureichenden Lagerung bedenklich bis schlecht. Die im Stasi-Unterlagen-Archiv verwahrte Aktenüberlieferung besteht weit überwiegend aus säurehaltigem, qualitativ minderwertigem Papier, das zudem über viele Jahre mechanischer Belastung durch intensive Nutzung ausgesetzt war.

Um den Erhalt und die Nutzbarkeit der Unterlagen langfristig zu sichern, sind in den nächsten Jahren weitere umfassende konservatorische und restauratorische Maßnahmen zur Bestandserhaltung notwendig. Dazu gehören sowohl präventive Maßnahmen, wie die Umbettung aller papierbasierten Unterlagen in säurefreie Archivgutbehältnisse (Mappen und Kartons) und die Lagerung in angemessenen klimakontrollierten Magazinen, als auch Maßnahmen zum Erhalt besonders zerfallsbedrohter Unterlagen, wie deren Entsäuerung. Hierfür wird beim BStU aktuell ein Maßnahmenkonzept erarbeitet, das mit den fachlichen Grundsätzen des Bundesarchivs im Einklang steht. Im Mittelpunkt des Konzeptes stehen die Klassifizierung der Bestände nach Schadensbildern und eine Priorisierung der Maßnahmen anhand der Kriterien Gefährdung, Bedeutung und Nutzung der jeweiligen Teilbestände. In der weiteren Entwicklung soll in Fragen der konservatorischen und restauratorischen Maßnahmen zur Bestandserhaltung die Kompetenz des Bundesarchivs genutzt werden.

Die Bedingung für eine erfolgreiche und nachhaltige Bestandserhaltung ist eine archivgerechte Lagerung der Un-

noch Anhang 1

terlagen. Der BStU nutzt seit seiner Gründung ehemalige Liegenschaften des MfS und vor allem Gebäude, die in der Gründungszeit der Behörde schnell für eine Nutzung zur Verfügung gestellt werden konnten. Bei der Auswahl der Liegenschaften standen archivfachliche Gesichtspunkte, wie eine bestandsschonende Lagerung der Unterlagen, nicht im Vordergrund, sondern die zügige Aufnahme der Arbeit. Teilweise ließen sich Mängel in der Folgezeit reduzieren, jedoch bietet nur das Archivgebäude in Berlin in eingeschränktem Maße die notwendigen Voraussetzungen für eine dauerhafte Aufbewahrung von Archivgut. Von den zwölf Außenstellen verfügt nur die Außenstelle Halle über eine Klimatisierung in den Archivräumlichkeiten. Die Außenstelle Halle liegt jedoch im Hochwasser-Gefährungsgebiet und war vom Hochwasser 2013 betroffen.

Durch die Entscheidung des Deutschen Bundestages zum dauerhaften Erhalt des Gesamtbestands durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv wurde die Grundlage für notwendige Investitionen in die archivgerechte Lagerung der Unterlagen durch Um-, An- bzw. Neubau von Archivgebäuden gelegt. (siehe 4. Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs)

Ein zentraler Baustein in der Strategie, das Stasi-Unterlagen-Archiv zukunftsfest zu machen, ist die zügige Digitalisierung von Akten, Foto-, Ton- und Filmdokumenten. Sie dient zunächst dem Erhalt der Originale, denn durch die Bereitstellung von Digitalisaten können die Originale vor weiteren Schädigungen geschützt werden. Gleichzeitig dient sie dem Informationserhalt, wenn es nicht möglich ist, die Originale als Informationsträger dauerhaft zu erhalten, wie dies zum Beispiel im Bereich der Film- und Tonüberlieferung absehbar ist.

Zur besseren konservatorischen und restauratorischen Behandlung und zur Digitalisierung der Stasi-Unterlagen wird das Bundesarchiv in Berlin-Lichtenberg am Standort des Stasi-Unterlagen-Archivs ein Werkstatt- und Digitalisierungszentrum aufbauen.

Ziel der Digitalisierung ist zudem die Verbesserung der Zugänglichkeit und Nutzbarkeit, da sie die Prozesse der Erschließung, Findmittelerstellung, Auskunftserteilung und Bereitstellung der Unterlagen erheblich beschleunigen kann und die Einsicht in die Stasi-Unterlagen nicht mehr an bestimmte Orte gebunden ist. Nicht zuletzt kann die Digitalisierung in erheblichem Maße die Sichtbarkeit einer Institution erhöhen und verstärkt damit ihre öffentliche Wahrnehmung, zum Beispiel im Rahmen ihrer Internetpräsenz.

3.4. Erschließung und Rekonstruktion der Unterlagen, Quellenforschung

Aufgabe des Stasi-Unterlagen-Archivs ist es, die bestmögliche Nutzbarkeit der Hinterlassenschaft des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR zu gewährleisten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Überlieferung von ca. 111 km Schriftgut.

Diese Überlieferung besteht im Wesentlichen aus zwei Schriftgutgruppen: Einerseits die sich zum Zeitpunkt der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes noch in Verwendung befindlichen Unterlagen der einzelnen Dienststellen, andererseits die bereits vom MfS archivierten Unterlagen. Beide Schriftgutarten sind im gleichen Umfang überliefert. Die bis zuletzt in den Dienststellen des MfS zirkulierenden Unterlagen wurden überwiegend ungeordnet überliefert. Ihre sach- und personenbezogene Erschließung ist im Stasi-Unterlagen-Archiv weit vorangeschritten.

Die vom MfS archivierten Ablagen sind, aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte als Arbeitsinstrument für die zielgerichtete geheimpolizeiliche Bearbeitung von Vorgängen, überwiegend nur personenbezogen recherchierbar. Eine sachthemenbezogene Erschließung erfolgte bisher nur im geringen Umfang.

Während für die persönliche Akteneinsicht für Betroffene die personenbezogenen Recherchemöglichkeiten weitgehend geeignet sind, erfordert diese Form des Recherchezugangs einen besonderen Aufwand und Spezialkenntnisse bei thematischen Recherchen für Forschung, Bildung und Medien.

Um den Dienstleistungscharakter des Stasi-Unterlagen-Archivs für Forschung, Bildung und Medien weiter zu stärken, liegt zukünftig ein Schwerpunkt für das Stasi-Unterlagen-Archiv auf der sachthemenbezogenen Erschließung der vom MfS archivierten Ablage. Damit sollen die Möglichkeiten der eigenständigen, themenbezogenen Recherche für Forschung, Bildung und Medien weiter verbessert werden.

Durch eine umfassendere Erstellung und Veröffentlichung von Findmitteln soll der Entstehungszusammenhang und die Aussagemöglichkeit des Archivguts transparent gemacht werden und so ein dem Archivgut in besonderer Weise angepasster, struktureller Zugang erzeugt werden.

Um den steigenden Ansprüchen einer sich verändernden Wissenschaftslandschaft gerecht zu werden wird, aufbauend auf der bisher beim BStU geleisteten Grundlagenforschung, die Forschung beim Stasi-Unterlagen-Archiv in Richtung einer gezielten quellenkundlichen Forschung weiterentwickelt.

Sie soll zukünftig noch stärker als bisher den Charakter und die Binnenstrukturen der Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs, die für Außenstehende mitunter noch heute schwer zu durchschauen sind, verständlich machen. Durch die Aufbereitung der historischen Quellen soll eine bessere Orientierung für die Nutzerinnen und Nutzer ermöglicht werden. Verstärkt soll dies insbesondere durch die Erarbeitung und Publikation von Editionen und Rechercheleitfäden geleistet werden.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben werden die Ressourcen, die dem Stasi-Unterlagen-Archiv im wissenschaftlichen Bereich zur Verfügung stehen, genutzt.

noch Anhang 1

Um einen wissenschaftlichen Austausch zu pflegen, wird das Stasi-Unterlagen-Archiv insbesondere mit Forschungseinrichtungen, wie Universitäten, außeruniversitären Forschungsinstitutionen und Gedenkstätten, gezielt in vielfältiger Form zusammenarbeiten.

Die zukünftige serviceorientierte Quellenforschung im Stasi-Unterlagen-Archiv soll einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung und Verstärkung der zeitgeschichtlichen Forschung zur SED-Diktatur leisten.

Unter dem Dach des Bundesarchivs können insbesondere im Bereich der Editionen korrespondierende Dokumente aus den Parallelüberlieferungen zur DDR genutzt werden, um so einen tiefergehenden Einblick in die Herrschaftsmechanismen und Verflechtungen der unterschiedlichen Institutionen in der ehemaligen DDR zu ermöglichen.

Aufbauend auf den Erfahrungen mit dem aktuell gemeinsam von BStU und Bundesarchiv genutzten Online-Findmittelportal ARGUS (ArchivGutSuche) kann unter dem gemeinsamen Dach zukünftig die Erschließung der Unterlagen und Erstellung und Veröffentlichung von Findmitteln auf den nationalen und internationalen Archivportalen, insbesondere durch den Einsatz der beim Bundesarchiv erprobten Archivverwaltungssoftware BASYS verbunden mit der Mitnutzung der Präsentationsplattform Invenio, stärker als bisher bestandübergreifend verzahnt werden.

Das Bundesarchiv verfügt seit 25 Jahren über ein eigenes Archivverwaltungssystem (BASYS) und entwickelt dieses kontinuierlich weiter. Neben der fachgerechten Verwaltung des Archivguts eröffnet BASYS vielfältige Möglichkeiten der Aufarbeitung und Präsentation von Erschließungsdaten und Digitalisaten über alle Bestände hinweg.

Durch die Einführung von BASYS werden die bisherigen Einzeldatenbanken beim BStU zu Sachaktenererschließung, zu der vom MfS überlieferten Dokumentensammlung zu Befehlen, Anweisungen des MfS und anderer staatlicher Organe der DDR und zur Aktenausgabe in ein einheitliches System überführt. Perspektivisch sollen zudem die Metadaten zu Digitalisaten in BASYS verwaltet und Schnittstellen zu digitalen Magazinen und Archiven eingerichtet werden, um die Nutzung weiter zu vereinfachen.

Im Stasi-Unterlagen-Archiv werden knapp 16 000 Säcke mit von der Staatssicherheit zerrissenen Unterlagen verwahrt. Die Rekonstruktion und Erschließung von zerrissenen Unterlagen wird im Bundearchiv fortgeführt. Die Rekonstruktion der Unterlagen erfolgt auch weiterhin sowohl händisch als auch virtuell unter Nutzung einer Scan- und Puzzle-Technologie, die vom Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik entwickelt wird. Die Rekonstruktion kommt als begleitendes Erschließungsinstrument zum Einsatz.

3.5. Verwendung der Unterlagen, Beratung

Die Verwendung der Stasi-Unterlagen durch Bürgerinnen und Bürger, durch öffentliche und nicht öffentliche Stel-

len, durch Forschung und Medien sowie für alle weiteren im StUG definierten Zwecke ist bei Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv auch weiterhin gewährleistet.

Die umfassende Betreuung der Nutzerinnen und Nutzer bei der persönlichen Akteneinsicht, die sich aus der Sensibilität der in den Unterlagen enthaltenen Informationen ergibt, bleibt im Stasi-Unterlagen-Archiv unter dem Dach des Bundesarchivs ebenfalls gewährleistet.

Zudem wird das Dienstleistungsangebot für die Nutzerinnen und Nutzer weiter verbessert. Die Beratung und Antragstellung zur Akteneinsicht kann zukünftig nicht nur zu den Stasi-Unterlagen erfolgen, sondern auch die für die Nutzerinnen und Nutzer relevanten Aktenbestände des Bundesarchivs einbeziehen. Für die Opfer der SED-Diktatur sind dies insbesondere die Haftakten aus dem Bundesarchiv, die für die Rehabilitierung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen von besonderer Bedeutung sind.

Die Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht öffentliche Stellen z. B. für Zwecke der Rehabilitierung und Wiedergutmachung, für Ordensangelegenheiten und für Zwecke der Überprüfung im öffentlichen Dienst, von Personen mit besonderer Verantwortung, wie etwa parlamentarischen Mandatsträgern, Richtern oder Beschäftigten von Aufarbeitungseinrichtungen, wird auch unter dem Dach des Bundesarchivs weiterhin erfolgen.

Für die Nutzerinnen und Nutzer aus dem Bereich von Forschung und Medien bietet das gemeinsame Dach des Bundesarchivs Arbeitserleichterungen, da die Archivbestände des Bundes mit Bezug zur DDR in einer Institution gebündelt sind und Recherche, Nutzung von Beratungsangeboten und Antragsstellung an einer zentralen Stelle erfolgen wird.

In der weiteren Entwicklung liegt für das Stasi-Unterlagen-Archiv unter dem Dach des Bundesarchivs ein besonderer Schwerpunkt auf der Bereitstellung durchgehend digitaler Prozesse der Antragsbearbeitung von Entgegennahme über die Auslösung und Auswertung von Recherchen, Magazinanforderungen, das digitale Lesen und Anonymisieren bis zur Beauskunftung. Perspektivisch soll für alle Nutzerinnen und Nutzer, sowohl im Bereich der persönlichen Akteneinsicht, für Forschung und Medien als auch für öffentliche Stellen die Möglichkeit eröffnet werden, ihre Unterlagen zukünftig auch in digitalisierter Form über das Internet, unter Beachtung der Anforderungen des Datenschutzes, abrufen zu können.

3.6. Öffentliche Kommunikation

Die öffentliche Kommunikation wird ein wichtiges Element der Sichtbarkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs unter dem Dach des Bundesarchivs sein. Die Vermittlung des besonderen Charakters und Symbolwerts des Stasi-Unterlagen-Archivs als Hinterlassenschaft der Geheimpolizei einer Diktatur, der Inhalte des Archivs und seiner heutigen Nutzungsmöglichkeiten für die Gesellschaft als

noch Anhang 1

Errungenschaft der Friedlichen Revolution stehen dabei im Mittelpunkt der öffentlichen Angebote.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv verwahrt ein einzigartiges schriftliches Kulturerbe, welches als Monument eines Überwachungsstaates wahrgenommen wird. Mit seinen Bildungs- und Ausstellungsangeboten trägt das Stasi-Unterlagen-Archiv zur Profilierung von Archiven als Lernorte, insbesondere an den historischen Orten der SED-Diktatur, bei. Neben archivpädagogischen Angeboten für Schülerinnen, Schüler und Studierende bietet das Stasi-Unterlagen-Archiv öffentliche Führungen durch das Archiv, Ausstellungen und Veranstaltungen an.

Die Informationsangebote verstehen sich insbesondere als ein Brückenschlag zu jüngeren Generationen, die keine eigenen Erfahrungen mit der SED-Diktatur und der Zeit der deutschen Teilung haben. Sie sollen zur Auseinandersetzung mit den Herrschaftsmechanismen und dem Alltag in der SED-Diktatur anregen und einen Beitrag zur Sensibilisierung für den Wert von Freiheit und Menschenrechten leisten. Alle Informationsangebote werden wissenschaftlich begleitet.

Im Rahmen von Kooperationen und Arbeitsteilung werden die Informationsangebote auf die Aktivitäten der jeweils vor Ort ansässigen Gedenkstätten und anderen Einrichtungen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur abgestimmt. (siehe 4. Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs)

In der Strategie des Stasi-Unterlagen-Archivs zur öffentlichen Kommunikation haben die digitalen Angebote einen besonderen Stellenwert. Durch niedrigschwellige Angebote, wie beispielsweise die „Stasi-Mediathek“, wird ein „Schaufenster in das Archiv“ geschaffen, welches als Wegweiser zu weiteren Dokumenten dient und das Interesse an weiterführenden eigenen Recherchen weckt.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv bringt sich auch in Zukunft mit seiner spezifischen Kompetenz in der gesellschaftlichen Nutzung von menschenrechtswidrig gesammelten Informationen in die internationalen Beziehungen Deutschlands ein und wirkt auch weiterhin im „Europäischen Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“.

Unter dem Dach des Bundesarchivs können sowohl bei den digitalen Angeboten als auch im Bereich der Archivpädagogik noch stärker als bisher korrespondierende Dokumente aus den Parallelüberlieferungen zur DDR genutzt werden. Den Nutzerinnen und Nutzern der Angebote wird so ein tiefergehender Einblick in die Herrschaftsmechanismen der ehemaligen DDR ermöglicht und das Verständnis für die Bedeutung von Archiven in der Öffentlichkeit weiter gestärkt.

4. Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs

4.1 Berlin-Lichtenberg

Auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale wird ein Archivzentrum zur SED-Diktatur eingerichtet, in dem ne-

ben den Stasi-Unterlagen auch die Bestände der zentralen DDR-Behörden, das Archiv der SED sowie der Massenorganisationen der DDR und die Bibliothek der Stiftung Partei- und Massenorganisationen der DDR, deren Kern die Bibliothek des früheren Instituts für Marxismus-Leninismus bildet, untergebracht werden.

Des Weiteren umfasst das Archivzentrum Restaurierungs- und Digitalisierungswerkstätten, um durch die Bündelung der Kompetenzen des Fachpersonals und der Archivtechnik die Herausforderungen der langfristigen Bestandserhaltung und einer zeitgemäßen Nutzung der Unterlagen noch besser als bisher schon zu bewältigen. In den dortigen Lesesälen erhalten die Nutzer die Möglichkeit, sowohl die Stasi-Unterlagen als auch die weiteren DDR-Archivbestände des Bundesarchivs an einem Ort einzusehen.

Die Präsenz des Stasi-Unterlagen-Archivs am historischen Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale ist ein wichtiger Eckpfeiler in der Entwicklung des Geländes zu einem Ort der „Aufklärung über Diktatur und Widerstand“ (siehe Bundestagsbeschluss Drucksache 18/8705).

Neben dem Archivzentrum zur SED-Diktatur mit den besonderen Beständen des Stasi-Unterlagen-Archivs bringen sich das Stasi-Museum, die Robert-Havemann-Gesellschaft mit der Open-Air-Ausstellung „Friedliche Revolution und Mauerfall“ und dem Archiv der DDR-Opferverbände, die Opferverbände und zivilgesellschaftlichen Akteure in Haus 1, dem ehemaligen Dienstszitz des Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke, mit eigenen Angeboten am historischen Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale ein.

Auch das Land Berlin unterstützt mit dem Beschluss des Abgeordnetenhauses „Campus für Demokratie in Lichtenberg auf den Weg bringen“ (Drucksache 18/0916) vom 22. März 2018 die Entwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale als „Ort der Erinnerung, des Gedenkens, der historischen Forschung und der politischen Bildung“.

Die langjährige Arbeit der genannten Institutionen und das bestehende Zusammenwirken der Akteure sind das Fundament auch für zukünftige Entwicklungen. Eine sinnvolle Arbeitsteilung und Kooperation zwischen den Akteuren ermöglicht dem Stasi-Unterlagen-Archiv in der ehemaligen Stasi-Zentrale eine Profilierung als weitere Archiv. Unter Beachtung dieser über Jahre gewachsenen, pluralen Trägerstruktur auf dem Gelände soll das ehemalige Offizierscasino der Staatssicherheit (Haus 22) ausgehend vom jetzigen Informationspunkt zu einem institutionsübergreifenden Besucherzentrum weiterentwickelt werden.

4.2 Ostdeutsche Länder

Der BStU hat aktuell zwölf Außenstellen in den Hauptstädten der früheren DDR-Bezirke. In den Außenstellen sind die Bestände der jeweiligen Bezirksverwaltungen des MfS untergebracht.

noch Anhang 1

Für Investitionen in die archivgerechte Lagerung der Unterlagen durch Um-, An- bzw. Neubau der Archivgebäude ist eine Bündelung der Archivstandorte in den Ländern notwendig. (siehe 3.3. *Dauerhafte Sicherung des Archivbestandes*)

Die zukünftige regionale Struktur des Stasi-Unterlagen-Archivs sieht einen Archivstandort in jedem ostdeutschen Bundesland vor. An den Standorten der Außenstellen, an denen kein Archivzweckbau errichtet wird, werden weiterhin die Dienstleistungen Information, Beratung, Antragstellung und Akteneinsicht für die Bürgerinnen und Bürger entsprechend der jeweiligen Bedarfe angeboten.

Für die Wahl und Gestaltung der zukünftigen Archivstandorte für die Stasi-Unterlagen erfolgt eine Prüfung und Abwägung anhand der Kriterien:

- Archivgerechte Lagerung der Unterlagen
- Effiziente Arbeitsstrukturen in Archiv und Verwaltung
- Nutzung der historischen Orte in der Vermittlung
- Einbindung in die regionale Gedenkstätten-, Bildungs-, Forschungs- und Archivlandschaft
- Regionale Präsenz und Ansprechbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger

Zudem tauschte sich der Bundesbeauftragte zu Fragen der Entwicklung der Außenstellenstruktur mit den Vertretern der Landesregierungen aus. Die Landesregierungen betrachteten die auf dem Gebiet ihrer Länder entstandenen

Stasi-Unterlagen als herausragendes Kulturgut und ihre heutige rechtsstaatliche Nutzung als Symbol der Friedlichen Revolution. Die Einbindung der Archivstandorte in die regionale Gedenk- und Erinnerungslandschaft sind für die Landesregierungen von zentraler Bedeutung.

Damit kommende Entscheidungen über die Archivstandorte des Stasi-Unterlagen-Archivs auf einer soliden Basis erfolgen können, hat der BStU die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien gebeten, die konkrete Eignung von Liegenschaften und Flächen mittels Machbarkeitsstudien durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) prüfen zu lassen. Diese Prüfungsverfahren wurden bereits eingeleitet.

Berlin, den 13. März 2019

Roland Jahn

Bundesbeauftragter für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Dr. Michael Hollmann

Präsident des Bundesarchivs

Anhang 2

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik – Drucksachen 19/8201, 19/9079 Nr. 2 –

Konzept des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Bundesarchivs für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv

(Drucksache 19/12115)

A. Problem

Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und das Bundesarchiv haben gemeinsam ein Konzept erarbeitet, auf dessen Grundlage die Akten, Foto-, Ton- und Filmdokumente des Staatssicherheitsdienstes der DDR dauerhaft gesichert werden sollen. Sie knüpfen damit an einen Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9. Juni 2016 an. Vorgeschlagen wird, für die Stasi-Unterlagen einen eigenen Bereich mit der Bezeichnung „Stasi-Unterlagen-Archiv“ im Bundesarchiv einzurichten.

B. Lösung

Annahme einer Entschließung, mit der der Deutsche Bundestag die Rettung und Sicherung der Akten des Staatssicherheitsdienstes der DDR als große Errungenschaft der friedlichen Revolution anerkennt und das vorgelegte Konzept für den dauerhaften Erhalt der Stasi-Unterlagen ausdrücklich begrüßt. Über den Erhalt hinaus stehe dabei ein verbesserter Aktenzugang für die Opfer und alle weiteren Nutzerinnen und Nutzer im Vordergrund. Die Integration der Stasi-Akten in das Bundesarchiv biete die Chance, das Thema im Rahmen einer gesamtdeutschen Aufgabe in ganz Deutschland zu stärken, heißt es in der Entschließung.

Die Überführung der Stasi-Unterlagen in die Verantwortung des Bundesarchivs soll mit dem Ende der Amtszeit des derzeitigen Bundesbeauftragten erfolgen. Der Bundesbeauftragte soll in Absprache mit dem Bundesarchiv am Ende der Jahre 2019 und 2020 über die Fortschritte im Transformationsprozess berichten. Der Auftrag lautet, insbesondere über Investitionsbedarfe und Personalkonzepte zu informieren.

Weitere Punkte der Entschließung betreffen unter anderem das Stasi-Unterlagen-Gesetz, das als eigenständiges Gesetz erhalten bleiben soll, die Fortsetzung der Rekonstruktion vorvernichteter Stasi-Akten und den Ausbau der

ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg zu einem „Ort deutscher Diktatur- und Demokratiegeschichte“. Im weiteren Verlauf des Transformationsprozesses bleibe zu entscheiden, dass aus dem Amt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ein Bundesbeauftragter für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag wird.

Kenntnisnahme und Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Kenntnisnahme und Annahme einer Entschließung der Fraktion der FDP oder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

D. Kosten

Die Kosten wurden nicht im Detail erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksachen 19/8201, 19/9079 Nr. 2 folgende Entschließung anzunehmen:

„Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zu den großen Errungenschaften der Friedlichen Revolution zählt die Rettung und Sicherung der Akten der Staatssicherheit der DDR. Ab Dezember 1989 besetzten mutige Bürgerinnen und Bürger die Zentralen der Staatssicherheit in der DDR, forderten „Freiheit für meine Akte“ und bewahrten die Stasiakten vor der Vernichtung.

Am 29. Dezember 1991 trat das Stasiunterlagengesetz in Kraft, welches bis heute den rechtlichen Rahmen für den Zugang und die Erschließung der Akten regelt. Zugleich wurde aus dem „Sonderbeauftragten“ der „Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“. Die Gründung einer Institution, die der Gesellschaft den Zugang zu den Akten einer Geheimpolizei eröffnet, war weltweit erstmalig. Der Bundesbeauftragte genießt national und international hohes Ansehen. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur mithilfe des Stasi-Unterlagen-Archivs hat weltweit Vorbildwirkung.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv umfasst insgesamt mehr als 111 Kilometer an Stasiakten und über 15.000 Säcke mit vorvernichteten, zerrissenen Stasiakten. Hinzu kommen 1,8 Millionen Fotodokumente, 2.870 Filme und Videos und über 23.000 Tondokumente. Immer noch gibt es monatlich ca. 4.000 Anträge auf persönliche Akteneinsicht.

noch Anhang 2

Insgesamt haben bislang rund 2 Millionen Bürgerinnen und Bürger von diesem Recht Gebrauch gemacht.

Die Akten im Stasi-Unterlagen-Archiv geben Zeugnis von fast 40 Jahren politischer Verfolgung, Bespitzelung, Repression und staatlicher Willkür in der DDR. Sie sind für die Aufarbeitung der SED-Diktatur unerlässlich und müssen für die Gesellschaft und die Forschung zugänglich bleiben und gesichert werden.

Der Deutsche Bundestag hat in der 18. Wahlperiode eine Expertenkommission zur Zukunft der Stasiunterlagenbehörde eingesetzt. Im Ergebnis wurde der Antrag „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent fortführen“ (Drucksache 18/8705) verabschiedet, in dem der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und das Bundesarchiv beauftragt wurden, dem Deutschen Bundestag gemeinsam „ein belastbares Konzept für die dauerhafte Sicherung der Stasiakten durch eine Überführung des Stasiunterlagenarchivs in das Bundesarchiv“ vorzulegen.

Am 13. März 2019 wurde das „Konzept des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Bundesarchivs für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv“ (Drucksache 19/8201) dem Deutschen Bundestag übergeben.

Am 8. Mai 2019 wurde das Konzept dem Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages vorgestellt. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, das Konzept „im Benehmen mit den Opferverbänden“ zu beraten.

Im Ergebnis wird das vorliegende Konzept für einen dauerhaften Erhalt der Stasi-Unterlagen ausdrücklich begrüßt. Es gilt, zukunftsfähige, archivgerechte Strukturen zu schaffen und so den Gesamtbestand für die kommenden Generationen zu erhalten. Dabei stehen ein verbesserter Aktenzugang für die Opfer und eine verbesserte Aktennutzung im Vordergrund. Im politischen Entscheidungsprozess sind die Interessen der Opfer der SED-Diktatur auch weiterhin zu berücksichtigen.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist nicht nur eine elementare Aufgabe in Anerkennung der Opferschicksale. Zudem bietet die Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv die einmalige Chance, dieses Thema im Rahmen einer gesamtdeutschen und gesamtgesellschaftlichen Aufgabe in ganz Deutschland zu stärken.

II. Fortführung des Transformationsprozesses und Vorbereitung der Integration

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik soll den Transformationsprozess fortführen und gemeinsam mit dem Bundesarchiv die Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv, entsprechend des vorliegenden Konzeptes, vorbereiten. Der Bundesbeauftragte wird beauftragt, dem Deutschen Bundestag jeweils zum Jahresende 2019 und 2020 einen

Bericht zum Stand des Transformationsprozesses vorzulegen und dabei gemeinsam mit dem Bundesarchiv die Investitionsbedarfe insbesondere für die konservatorische Sicherung und Digitalisierung des Archivbestandes zu benennen. Zudem soll ein transparentes Personalkonzept für die Beschäftigten des BStU entwickelt werden, das keine Kündigungen vorsieht, Versetzungen auf ein Mindestmaß beschränkt und einen angemessenen Ausgleich unter Berücksichtigung der Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Anpassung der Vergütungsstrukturen herstellt.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die für die Integration des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv notwendigen Gesetzesänderungen unter anderem im Stasiunterlagengesetz und im Bundesarchivgesetz unter Berücksichtigung der besonderen Sensibilität der Stasi-Akten und den beizubehaltenden besonderen Zugangsregeln vorzulegen. Die Überführung soll mit Ende der Amtszeit des jetzigen Bundesbeauftragten erfolgen.

IV. Für die Überführung gelten folgende Rahmenbedingungen:

- die Sichtbarkeit der Eigenständigkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs mit internationaler Vorbildwirkung bleibt auch nach Integration in das Bundesarchiv erhalten;
- das Stasiunterlagengesetz bleibt als eigenständiges Gesetz erhalten;
- Arbeits- und Serviceleistung, insbesondere bei der Aktenerschließung, der archivgerechten Lagerung und Digitalisierung werden weiter verbessert. Anträge auf persönliche Einsicht in die Stasiakten sollen noch schneller und effizienter bearbeitet werden können;
- der Zugang zu und die Nutzung der Stasi-Unterlagen soll durch die Überführung in das Bundesarchiv für die Gesellschaft, die Forschung zum Zwecke der politischen und historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes oder der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik oder der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone sowie für Zwecke der politischen Bildung sowie für die Verwendung durch Medien verbessert werden. Die Grundlagenforschung im Stasi-Unterlagen-Archiv bleibt weiterhin bestehen und soll in Richtung einer quellenkundlichen Forschung weiterentwickelt werden;
- das Projekt der Rekonstruktion vorvernichteter Stasiakten wird entsprechend der Beschlüsse des Deutschen Bundestages fortgesetzt. Nach Integration der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv wird das Bundesarchiv die Fortführung des Projektes übernehmen;
- der Standort der ehemaligen Stasizentrale in Berlin-Lichtenberg soll als „Ort deutscher Diktatur- und

noch Anhang 2

Demokratiegeschichte“ mit Bildungs- und Informationsangeboten der Akteure vor Ort weiterentwickelt und als Archivzentrum zur SED-Diktatur ausgebaut werden.

V. Im Transformationsprozess sind folgende ergänzende Entscheidungen zu treffen:

- die zukünftige Struktur der Außenstellen unter Einbeziehung des Bundesratsbeschlusses vom 10. Februar 2017 (Bundesratsdrucksache 743/16);
- die Weiterentwicklung des Amtes des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu einem/einer Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag;
- die Forschung über die Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Deutschland und Europa zu stärken und die Schaffung eines eigenen Forschungszentrums als Ergänzung zu den bestehenden Forschungseinrichtungen für dieses Thema zu prüfen sowie die Ergebnisse der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten „Forschungsverbände DDR-Geschichte“ einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“

Berlin, den 25. Juli 2019

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde

Vorsitzende und Berichterstatterin

Elisabeth Motschmann

Berichterstatterin

Dr. Götz Frömming

Berichterstatter

Thomas Hacker

Berichterstatter

Simone Barrientos

Berichterstatterin

Erhard Grundl

Berichterstatter

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien (beschlossen vom Deutschen Bundestag am 26.9.2019)

Anhang 3

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Beirat
Vorsitzender: Herr Mothes
Wissenschaftliches Beratungsgremium
Vorsitzender: Herr Prof. Dr. Eckert

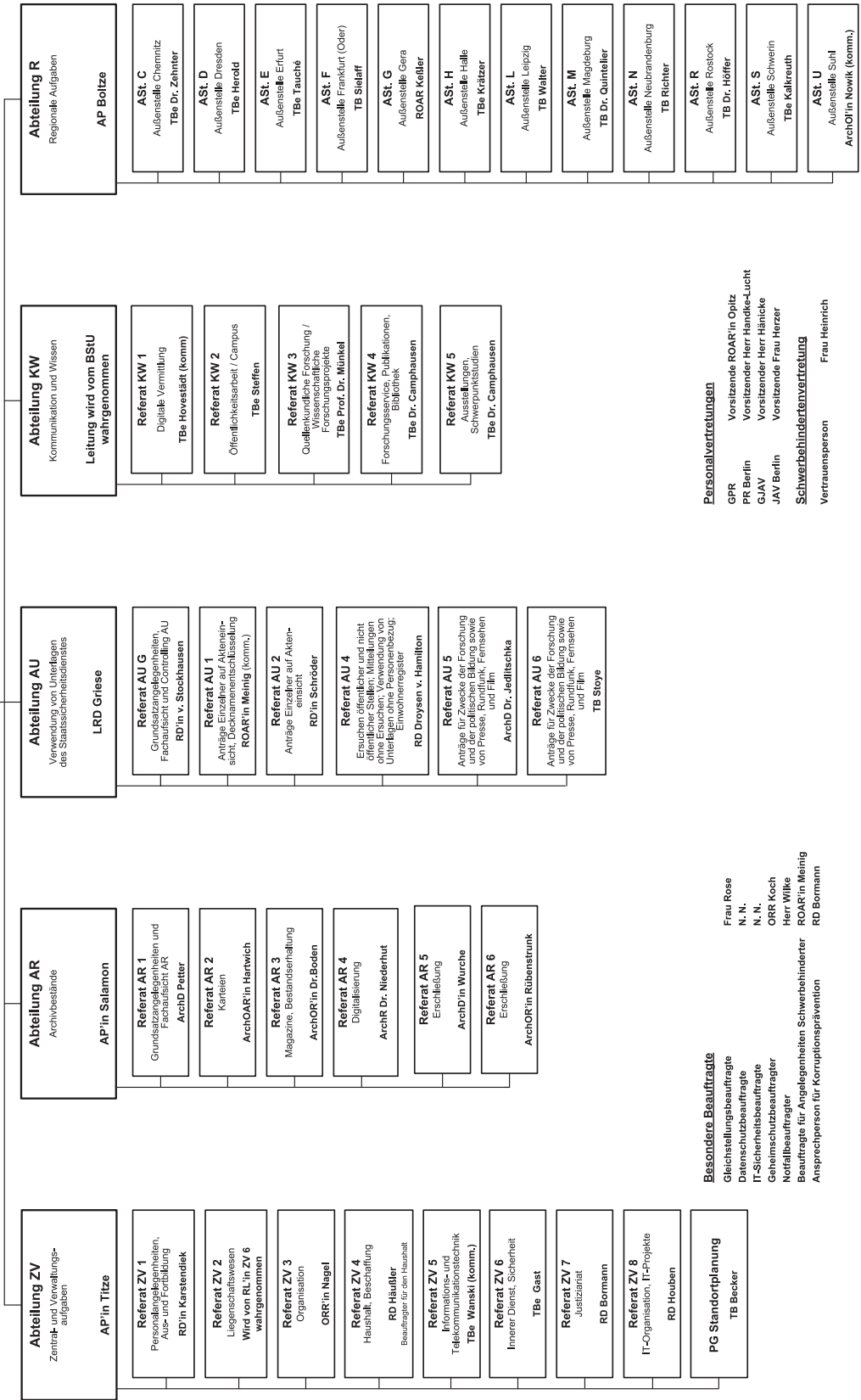
Der Bundesbeauftragte
Roland Jahn

Direktor
Wird vertretungsweise von der AL in ZV wahrgenommen

Hausanschrift: Karl-Liebknecht-Str. 31/33
10178 Berlin
Telefon: 030 18 665-50
Telefax: 030 18 665-7799
E-Mail: post@bstu.bund.de

Stabsbereich
Pressestelle, Sprecherin: TBe Hovestädt
Leitungsbüro: RR Schwiderski
Rekonstruktion: RD'in Michalsky
Prävention / Interne Revision: ORR Koch

Organisationsplan
Januar 2021



Personalvertretungen
GPR: Vorsitzende ROAR'in Opitz
PR Berlin: Vorsitzender Herr Handke-Lucht
GJAV: Vorsitzender Herr Hinke
JAV Berlin: Vorsitzende Frau Harzer
Schwerbehindertenvertretung
Vertretungsperson: Frau Heinrich

Besondere Beauftragte
Gleichstellungsbeauftragte: Frau Rose
Datenschutzbeauftragte: N. N.
IT-Sicherheitsbeauftragte: N. N.
Geheimhaltungsbeauftragter: ORR Koch
Notfallbeauftragter: Herr Wilke
Beauftragte für Angelegenheiten Schwerbehinderter: ROAR'in Meinig
Ansprechperson für Korruptionsprävention: RD Bornmann

Anhang 4**Anschriftenverzeichnis****Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik****Anschriften, Telefon- und Faxnummern der
Zentralstelle des BStU****Postanschrift:**

10106 Berlin

**Hausanschrift/Akteneinsichtsbereich/Lesesäle/
Antragstellung:**

Karl-Liebknecht-Str. 31/33
10178 Berlin

Telefon/Fax/E-Mail/Internet:

Telefon: 030 2324-50
Telefax: 030 2324-7799
Telefon IVBB-Netz: 030 18 665-50
Telefax IVBB-Netz: 030 18 665-7799
E-Mail: post@bstu.bund.de
Internet-Adresse: www.bstu.bund.de

Telefonische Bürgerberatung:

Telefon: 030 2324-7000
Telefon IVBB-Netz: 030 18 665-7000

**Persönliche Bürgerberatung mit vorheriger
telefonischer Terminvereinbarung:**

Karl-Liebknecht-Str. 31/33
10178 Berlin

Telefon: 030 2324-7000
Telefon IVBB-Netz: 030 18 665-7000
E-Mail: post@bstu.bund.de
Internet-Adresse: www.bstu.de

**Archiv der Zentralstelle/Dauerausstellung
„Einblick ins Geheime“:**

Ruschestraße 103, „Haus 7“
10365 Berlin
Telefon: 030 2324-6699
Telefax: 030 2324-6619
E-Mail: besuch@bstu.bund.de
Internet-Adresse: www.einblick-ins-geheime.de

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag 10:00 bis 18:00 Uhr
Samstag und Sonntag 11:00 bis 18:00 Uhr

Der Eintritt ist frei.

**Anschrift/Telefon- und Faxnummern der
Außenstelle in Brandenburg****Frankfurt (Oder)**

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt

Telefon: 0335 6068-0
Telefax: 0335 6068-2419
E-Mail: astfrankfurt@bstu.bund.de

**Anschriften/Telefon- und Faxnummer der
Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern****Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg

Telefon: 0395 7774-0
Telefax: 0395 7774-1619
E-Mail: astneubrandenburg@bstu.bund.de

Rostock

Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck-Dummerstorf

Telefon: 038208 826-0
Telefax: 038208 826-1219
E-Mail: astrostock@bstu.bund.de

Schwerin

Görslow, Resthof
19067 Leezen

Telefon: 03860 503-0
Telefax: 03860 503-1419
E-Mail: astschwerin@bstu.bund.de

**Anschriften/Telefon- und Faxnummern der
Außenstellen in Sachsen****Chemnitz**

Jagdschänkenstraße 52
09117 Chemnitz

Telefon: 0371 8082-0
Telefax: 0371 8082-3719
E-Mail: astchemnitz@bstu.bund.de

Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig

Telefon: 0341 2247-0
Telefax: 0341 2247-3219
E-Mail: astleipzig@bstu.bund.de

noch Anhang 4

Dresden

Riesaer Straße 7
01129 Dresden

Telefon: 0351 2508-0
Telefax: 0351 2508-3419
E-Mail: astdresden@bstu.bund.de

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Sachsen-Anhalt**Halle**

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)

Telefon: 0345 6141-2711
Telefax: 0345 6141-2719
E-Mail: asthalle@bstu.bund.de

Magdeburg

Georg-Kaiser-Straße 7
39116 Magdeburg

Telefon: 0391 6271-0
Telefax: 0391 6271-2219
E-Mail: astmagdeburg@bstu.bund.de

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Thüringen**Erfurt**

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt

Telefon: 0361 5519-0
Telefax: 0361 5519-4719
E-Mail: asterfurt@bstu.bund.de

Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1
07548 Gera

Telefon: 0365 5518-0
Telefax: 0365 5518-4219
E-Mail: astgera@bstu.bund.de

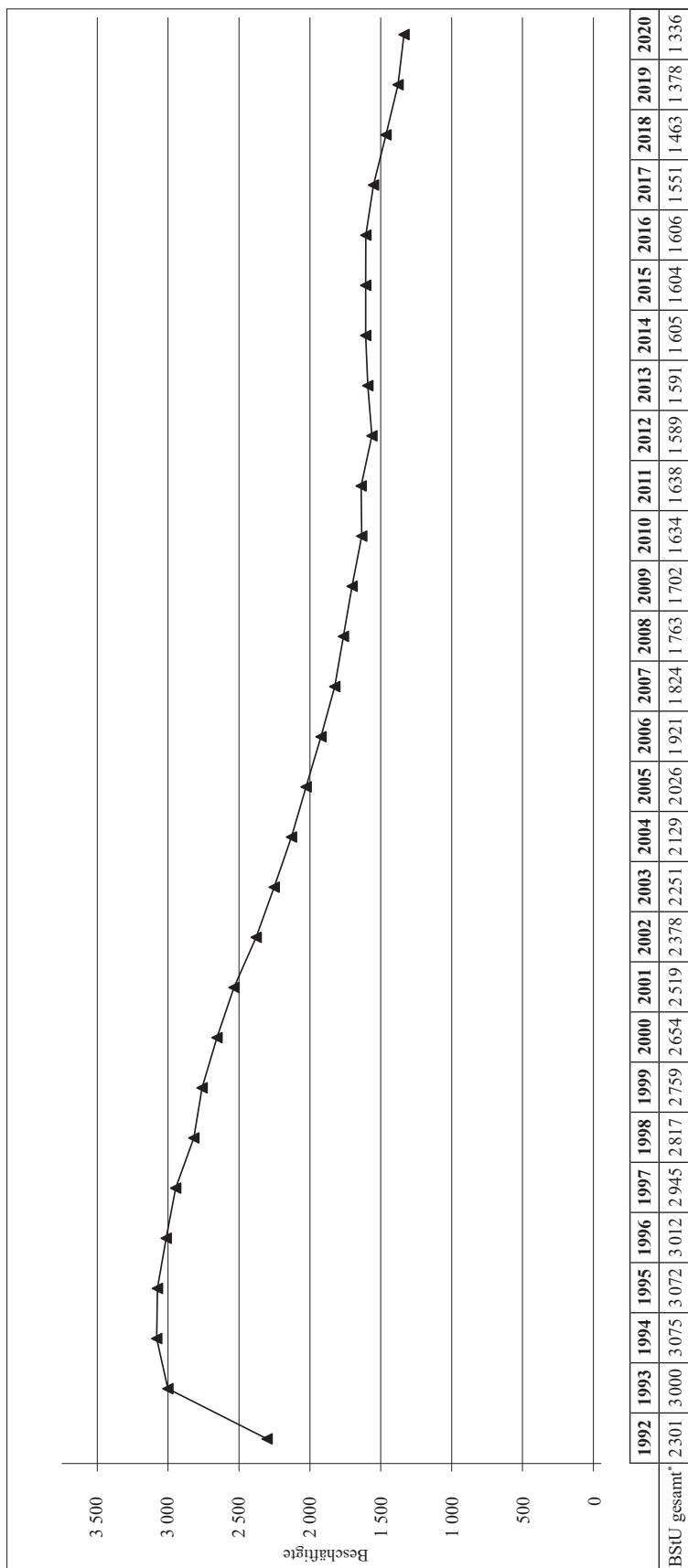
Suhl

Weidbergstraße 34
98527 Suhl

Telefon: 03681 456-0
Telefax: 03681 456-4519
E-Mail: astsuhl@bstu.bund.de

Anhang 5

Entwicklung des Personalbestandes des BSTU 1992–2020



* Real in der Behörde tätige Personen im jeweiligen Jahr (ab 2000 zum 01.12. des Jahres), nach Abzug von Altersteilzeit, Elternzeit u. Ä.

Anhang 6**Mitglieder des Beirats**

Stand: Dezember 2020

Von den Ländern benannte Mitglieder des Beirats:

Jörn Mothes	Mecklenburg-Vorpommern Vorsitzender
Uwe Schwabe	Sachsen erster stellvertretender Vorsitzender
Iris Gleicke	Thüringen zweite stellvertretende Vorsitzende
Dr. Nancy Aris	Sachsen
Dr. Kai Langer	Sachsen-Anhalt
Dr. Maria Nooke	Brandenburg
Astrid Rothe-Beinlich, MdL	Thüringen
Tom Sello	Berlin
N.N.	Sachsen-Anhalt

Vom Deutschen Bundestag gewählte Mitglieder des Beirats:

Katrin Budde, MdB
Siegmond Ehrmann
Thomas Hacker, MdB
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller
Petra Morawe
Bodo Walther
Prof. Dr. Manfred Wilke
Jörn Wunderlich

Im Berichtszeitraum ergaben sich im Beirat folgende personelle Entwicklungen:

Frau Ulrike Poppe schied aus dem Gremium aus. Als Nachfolgerin wurde Frau Dr. Maria Nooke für das Land Brandenburg benannt und im Februar 2019 bestellt.

Für Herrn Martin Gutzeit folgte Herr Tom Sello für das Land Berlin (Bestellung November 2019).

Das Land Mecklenburg-Vorpommern benannte für den Beirat abermals Herrn Jörn Mothes (im November 2019 bestellt).

Herr Prof. Dr. Florian Steger schied im April 2020 aus dem Beirat aus. Im Berichtszeitraum wurde vom Land Sachsen-Anhalt keine Nachfolge benannt.

Anhang 7**Mitglieder des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums**

Stand: Dezember 2020

Eigene Forschungsprojekte des BStU werden regelmäßig mit einem wissenschaftlichen Beratungsgremium erörtert. Die neun Mitglieder werden vom Deutschen Bundestag für die Dauer von fünf Jahren benannt.

Prof. Dr. Rainer Eckert	Vom Gremium zum Vorsitzenden gewählt. Historiker, Politologe, 1997 bis 2015 Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig
Dr. Nikolas Dörr	Politologe, seit 2019 Professor (in Vertretung) für vergleichende Staatstätigkeitsforschung unter besonderer Berücksichtigung der Sozialpolitik an der Universität Bremen
Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller	Historiker, seit 2014 Vorstandsvorsitzender der Stiftung Ettersberg in Weimar und seit 2017 Professor für Europäischen Diktaturenvergleich an der Friedrich-Schiller-Universität Jena
Prof. Dr. Antonia Grunenberg	Politikwissenschaftlerin, Gründerin des Hannah-Arendt-Zentrums, emeritierte Professorin der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Dr. Michael Hollmann	Historiker und Archivar, seit 2011 Präsident des Bundesarchivs
Prof. Dr. Klaus Schroeder	Politikwissenschaftler, seit 1992 Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Leiter der Arbeitsstelle Politik und Technik des Otto-Suhr-Institutes Berlin
Halina Wawzyniak	Juristin, 2009 bis 2017 Mitglied des Bundestages (Die Linke), seit 2018 Fraktionsgeschäftsführerin der Partei Die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus
Dr. Andrea Wettmann	Historikerin und Archivarin, seit 2012 Direktorin des Sächsischen Staatsarchivs
Wolfgang Wieland	Jurist, Rechtsanwalt, 2005 bis 2013 Mitglied des Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen), seit 2020 Ombudsmann für das Landesamt für Einwanderung Berlin

Anhang 8

Eingang von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken

Stand: Dezember 2020

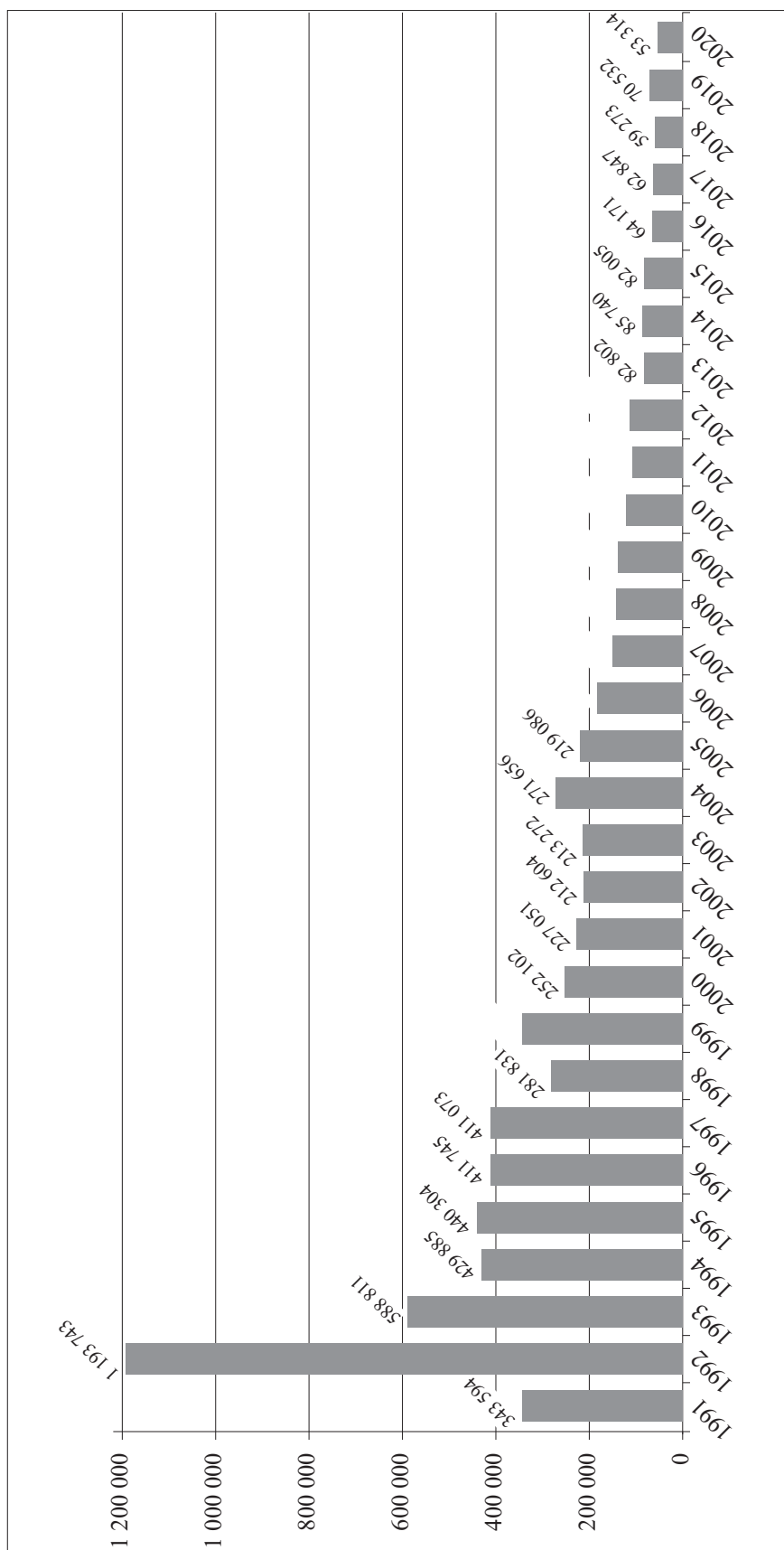
Verwendungszweck	1991– 2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Eingänge gesamt
Bürgeranträge gesamt	2 918 325	64 246	67 763	62 544	48 634	48 855	45 309	56 526	37 407	3 349 609
Ersuchen zur Überprüfung wichtiger Funktionsträger und weitere Ersuchen ¹⁾	224 697	1 411	1 847	3 031	1 657	930	1 018	1 224	1 599	237 414
Ersuchen zur Überprüfung öffentlicher Dienst	1 754 838	296	272	260	227	167	167	193	172	1 756 592
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/Zuverlässigkeitsüberprüfungen	223 874	7 800	7 859	7 348	6 849	6 543	6 037	5 761	5 645	277 716
Ersuchen Rentenanlagenheiten	1 155 046	3 661	2 457	2 705	2 355	2 283	2 765	3 012	2 421	1 179 126
Ersuchen Überprüfungen gesamt	3 358 455	13 168	12 435	13 344	11 088	9 923	9 987	10 190	9 837	3 448 427
Ersuchen Rehabilitierung	98 220	998	1 130	1 015	773	658	598	528	752	104 672
Ersuchen Wiedergutmachung	169 576	2 824	2 717	3 025	2 194	1 934	1 763	1 687	3 941	189 661
Ersuchen Strafverfolgung	220 895	247	288	726	183	154	274	172	147	223 086
Ersuchen Reha/WGM/StrV gesamt	488 691	4 069	4 135	4 766	3 150	2 746	2 635	2 387	4 840	517 419
Anträge Forschung und politische Bildung ²⁾	14 861	835	891	906	867	951	945	1 011	899	22 166
Anträge Presse, Rundfunk und Film ²⁾	12 869	484	516	445	432	372	397	418	331	16 264
Anträge Forschung und Medien gesamt²⁾	27 730	1 319	1 407	1 351	1 299	1 323	1 342	1 429	1 230	38 430
Summe	6 793 201	82 802	85 740	82 005	64 171	62 847	59 273	70 532	53 314	7 353 885

¹⁾ Parlamentarische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, kommunale Wahlbeamtinnen und -beamte, leitende Funktionsträger im Sport, Berufsrichterinnen und -richter, ehrenamtliche Richterinnen und Richter u. a.

²⁾ Zählung nur der beantragten Themen.

Anhang 9

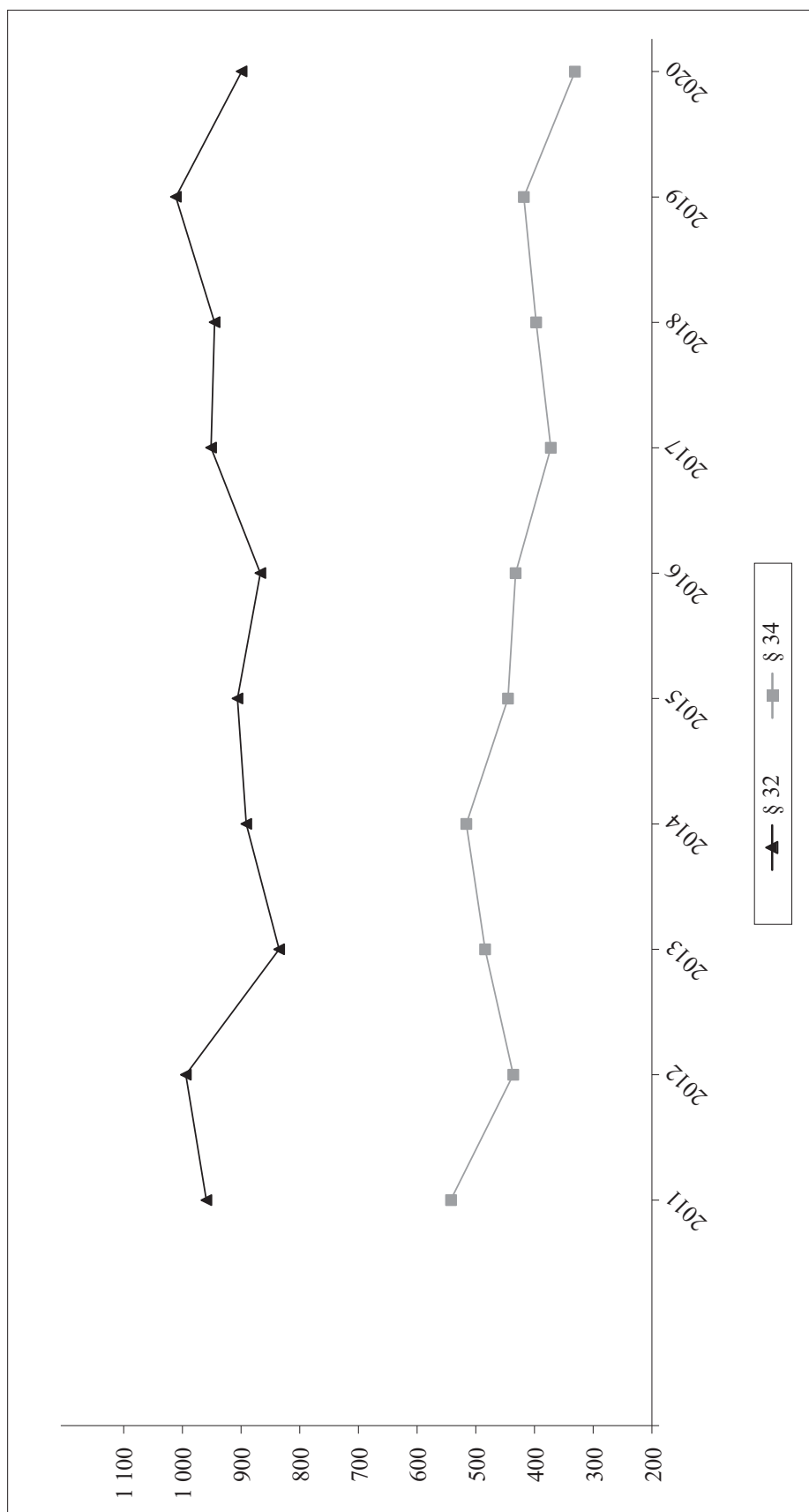
Summe der eingegangenen Anträge und Ersuchen 1991–2020



Anhang 10

Eingänge von Anträgen gemäß §§ 32 und 34 für den Zeitraum 1991 bis 31. Dezember 2020

Jahr	1991–2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
§ 32	12 908	959	994	835	891	906	867	951	945	1 011	899
§ 34	11 891	542	436	484	516	445	432	372	397	418	331



Anhang 11

Erledigungen von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken
Stand: Dezember 2020

Verwendungszweck	1991–2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Erledigungen gesamt
Bürgeranträge gesamt	2 855 021	67 743	69 772	77 109	61 899	61 203	55 901	51 140	44 362	3 319 703
Ersuchen zur Überprüfung wichtiger Funktionsträger und weitere Ersuchen ¹⁾	224 222	1 616	1 379	3 194	1 969	1 032	1 002	925	1 576	236 915
Ersuchen zur Überprüfung öffentlicher Dienst	1 754 818	283	279	261	231	183	160	184	184	1 756 583
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/Zuverlässigkeitsüberprüfungen	223 109	7 272	6 807	8 582	6 841	6 465	6 162	5 114	5 544	275 896
Ersuchen Rentenanlagenheiten	1 153 533	3 788	2 417	2 821	2 417	2 313	1 775	2 997	2 205	1 174 266
Ersuchen Überprüfungen gesamt	3 355 682	12 959	10 882	14 858	11 458	9 993	9 099	9 220	9 509	3 443 660
Ersuchen Rehabilitierung	97 686	1 172	1 093	1 129	836	666	630	490	753	104 455
Ersuchen Wiedergutmachung	168 504	2 969	2 872	3 138	2 208	2 012	1 722	1 490	3 718	188 633
Ersuchen Strafverfolgung	220 622	469	270	487	396	173	256	199	103	222 975
Ersuchen Reha/WGM/StrV gesamt	486 812	4 610	4 235	4 754	3 440	2 851	2 608	2 179	4 574	516 063
Anträge Forschung und politische Bildung ²⁾	13 573	933	1 000	987	856	950	956	996	870	21 121
Anträge Presse, Rundfunk und Film ²⁾	12 540	488	543	504	408	373	405	436	381	16 078
Anträge Forschung und Medien gesamt²⁾	26 113	1 421	1 543	1 491	1 264	1 323	1 361	1 432	1 251	37 199
Summe	6 723 628	86 733	86 432	98 212	78 061	75 370	68 969	63 971	59 696	7 316 625

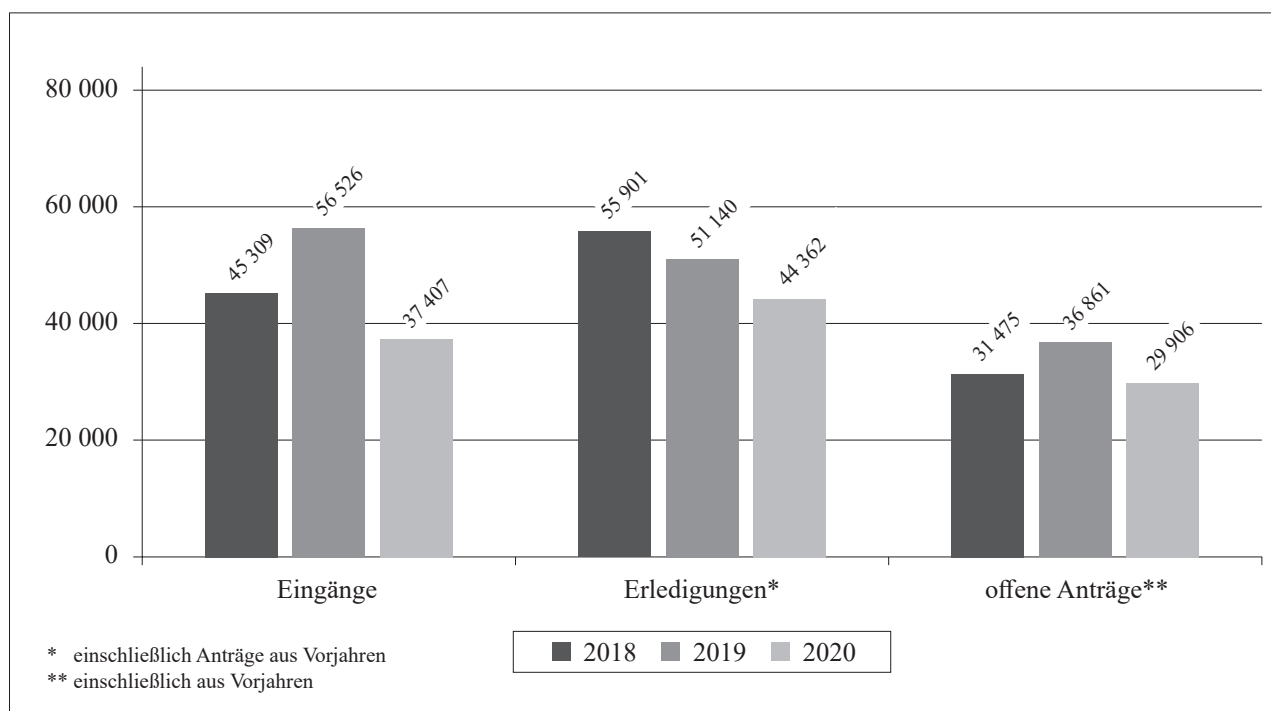
¹⁾ Parlamentarische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, kommunale Wahlbeamtinnen und -beamte, leitende Funktionsträger im Sport, Berufsrichterinnen und -richter, ehrenamtliche Richterinnen und Richter u. a.

²⁾ Zählung nur der abgearbeiteten Themen.

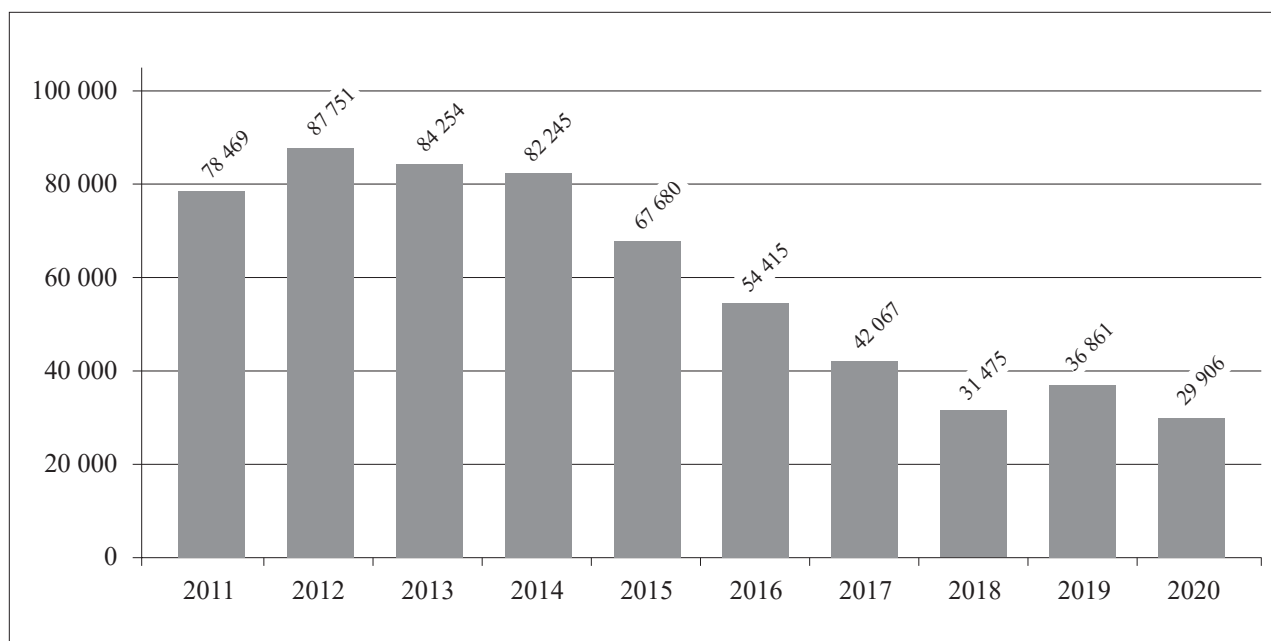
Anhang 12

Bürgeranträge auf Akteneinsicht – Eingänge, Erledigungen, offene Anträge

Bürgeranträge – Vergleich 2018 bis 2020 (Stichtag 31.12.)



Entwicklung offene Bürgeranträge von 2011 bis 2020 (jeweils Jahresende)



Anhang 13

Publikationsreihen

Bei Publikationen, die im Eigenverlag des BStU erscheinen, sind – sofern diese nicht kostenlos abgegeben werden – Schutzgebühren angeführt.

**Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten –
Analysen und Dokumente**

(Über den Buchhandel zu beziehen)

Erschienen im Ch. Links Verlag, Berlin (einige Titel sind nur noch als eBook verfügbar unter www.linksverlag.de)

Band 1 | Klaus-Dietmar Henke, Roger Engelmann (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, 249 S., 2. Aufl., Berlin 2010, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-046-5

Band 2 | Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, 263 S., 4., akt. Aufl., Berlin 2010, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-045-8

Band 3 | Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 1: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, 544 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2010, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-036-6

Band 4 | Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kulturministerium gegen Heiner Müllers „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande“ im Oktober 1961, 172 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1996, ISBN 978-3-86153-102-9

Band 5 | Siegfried Suckut (Hg.): Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, 472 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2016, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-340-4

Band 6 | Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, 899 S., 2. Aufl., Berlin 2010, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-042-7

Band 7 | Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, 464 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1997, ISBN 978-3-86153-122-7

Band 8 | Siegfried Suckut, Walter Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, 352 S., Berlin 1997, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-040-3

Band 9 | Silke Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, 224 S., 2. Aufl., Berlin 2000, ISBN 978-3-86153-146-3

Band 10 | Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, 1 169 S.,

3. Aufl., Berlin 2011, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-037-3

Band 11 | Karl Wilhelm Fricke, Roger Engelmann (Hg.): „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, 359 S., Berlin 1998, ISBN 978-3-86153-147-0

Band 12 | Reinhard Buthmann: Kaderversicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Mit einem Vorwort von Walter Süß, 255 S., Berlin 2010, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-034-2

Band 13 | Clemens Vollnhals: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, 312 S., 2., akt. Aufl., Berlin 2000, ISBN 978-3-86153-215-6

Band 14 | Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, 772 S., 2. Aufl., Berlin 2010, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-032-8

Band 15 | Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, 874 S., 2. Aufl., Berlin 2010, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-031-1

Band 16 | Roger Engelmann, Clemens Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteierrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, 564 S., 2. Aufl., Berlin 2010, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-030-4

Band 17 | Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Ehrhart Neubert, 192 S., 6. Aufl.,

Berlin 2016, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-342-8

Band 18 | Hubertus Knabe: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“, 600 S., 2. Aufl., Berlin 2010, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-028-1

Band 19 | Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, 260 S., Berlin 2000, ISBN 978-3-86153-226-2

Band 20 | Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, 658 S., Berlin 2010, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-86284-026-7

Erschienen im Verlag Edition Temmen, Bremen

Band 21 | Ehrhart Neubert, Bernd Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, 457 S., Bremen 2001, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-792-2

Band 22 | Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Aufstand am 17. Juni

noch Anhang 13

1953 in Halle an der Saale, 212 S., Bremen 2003, ISBN 978-3-86108-373-3 (vergriffen)

Band 23 | Georg Herbstritt, Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, 458 S., 2. Aufl., Bremen 2003, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-388-7

Band 24 | Karl Wilhelm Fricke; Roger Engelmann: Der „Tag X“ und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtpararat, 347 S., Bremen 2003, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-386-3

Band 25 | Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczyk, Ehrhart Neubert: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, 847 S., Bremen 2004, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-387-0

Band 26 | Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift „Sinn und Form“. Ein ungeliebtes Aushängeschild der SED-Kulturpolitik, 230 S., Bremen 2004, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-398-6

Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen (alle Titel sind auch als digitale Bücher verfügbar unter www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

Band 27 | Roger Engelmann, Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, 478 S., Göttingen 2005, ISBN 978-3-525-35004-1

Band 28 | Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, 448 S., 3. Aufl., Göttingen 2007, ISBN 978-3-525-35018-8

Band 29 | Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, 459 S., Göttingen 2007, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-525-35021-8

Band 30 | Jens Gieseke (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, 391 S., Göttingen 2007, ISBN 978-3-525-35083-6

Band 31 | Matthias Braun: Kulturinsel und Machtinstrument. Die Akademie der Künste, die Partei und die Staatssicherheit, 464 S., Göttingen 2007, ISBN 978-3-525-35049-2

Band 32 | Roger Engelmann, Thomas Großbölting, Hermann Wentker (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen, 478 S., Göttingen 2008, ISBN 978-3-525-35052-2

Band 33 | Łukasz Kamiński, Krzysztof Persak, Jens Gieseke (Hg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, 583 S., Göttingen 2009, ISBN 978-3-525-35100-0

Band 34 | Bernd Florath (Hg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur, 251 S., Göttingen 2011, ISBN 978-3-525-35045-4

Band 35 | Lutz Niethammer, Roger Engelmann (Hg.): Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression. Ein Kulturkonflikt in der späten DDR, 362 S., Göttingen 2014, ISBN 978-3-525-35035-5

Band 36 | Renate Hürtgen: Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz, 339 S., Göttingen 2014, ISBN 978-3-525-35078-2

Band 37 | Tobias Wunschik: Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970–1989), 364 S., Göttingen 2014, ISBN 978-3-525-35080-5

Band 38 | Jan Philipp Wölbern: Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen, 563 S., Göttingen 2014, ISBN 978-3-525-35079-9

Band 39 | Anita Krätzner (Hg.): Hinter vorgehaltener Hand. Studien zur historischen Denunziationsforschung, 180 S., Göttingen 2015, ISBN 978-3-525-35081-2

Band 40 | Christian Halbrock: „Freiheit heißt, die Angst verlieren“. Verweigerung, Widerstand und Opposition in der DDR: Der Ostseebereich Rostock, 539 S., 2., korr. Aufl., Göttingen 2015, ISBN 978-3-525-35118-5

Band 41 | Ilko-Sascha Kowalczyk, Arno Polzin (Hg.): Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit, 1059 S., Göttingen 2014, ISBN 978-3-525-35115-4

Band 42 | Susanne Muhle: Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, 670 S., Göttingen 2015, ISBN 978-3-525-35116-1

Band 43 | Bernd Florath (Hg.): Annäherungen an Robert Havemann. Biographische Studien und Dokumente, 668 S., Göttingen 2016, ISBN 978-3-525-35117-8

Band 44 | Julia Spohr: In Haft bei der Staatssicherheit. Das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen 1951–1989, 430 S., Göttingen 2015, ISBN 978-3-525-35120-8

Band 45 | Markus Anhalt: Die Macht der Kirchen brechen. Die Mitwirkung der Staatssicherheit bei der Durchsetzung der Jugendweihe in der DDR, 221 S., Göttingen 2016, ISBN 978-3-525-35121-5

Band 46 | Christian Domnitz: Kooperation und Kontrolle. Die Arbeit der Stasi-Operativgruppen im sozialistischen Ausland, 261 S., Göttingen 2016, ISBN 978-3-525-35123-9

noch Anhang 13

Band 47 | Georg Herbstritt: Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit 1950 bis 1989, 582 S., Göttingen 2016, ISBN 978-3-525-35122-2

Band 48 | Christian Booß: Im goldenen Käfig. Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozess. 813 S., Göttingen 2017, ISBN 978-3-525-35125-3

Band 49 | Arno Polzin: Mythos Schwedt. DDR-Militärstrafvollzug und NVA-Disziplinareinheit aus dem Blick der Staatssicherheit, 407 S., Göttingen 2018, ISBN 978-3-525-35126-0

Band 50 | Daniela Münkkel, Henrik Bispinck (Hg.): Dem Volk auf der Spur ... Staatliche Berichterstattung über Bevölkerungsstimmungen im Kommunismus. Deutschland – Osteuropa – China, 270 S., Göttingen 2017, ISBN 978-3-525-35127-7

Band 51 | Tobias Wunschik: Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug der DDR 1949–1989, 1017 S., Göttingen 2018, ISBN 978-3-525-35124-6

Band 52 | Mark Schiefer: Profiteur der Krise. Staatssicherheit und Planwirtschaft im Chemierevier der DDR 1971–1989, 483 S., Göttingen 2018, ISBN 978-3-525-31061-8

Band 53 | Sebastian Stude: Strom für die Republik. Die Stasi und das Kernkraftwerk Greifswald, 267 S., Göttingen 2018, ISBN 978-3-525-31060-1

Band 54 | Douglas Selvage, Walter Süß: Staatssicherheit und KSZE-Prozess. Das MfS zwischen SED und KGB (1972–1989), 761 S., Göttingen 2019, ISBN 978-3-525-31069-4

Band 55 | Martin Stief: „Stellt die Bürger ruhig“. Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld, 451 S., Göttingen 2019, ISBN 978-3-525-30196-8

Band 56 | Christian Booß: Vom Scheitern der kybernetischen Utopie. Die Entwicklung von Überwachung und Informationsverarbeitung im MfS, 400 S., Göttingen 2020, ISBN 978-3-525-35212-0

Band 57 | Tytus Jaskułowski: Von einer Freundschaft, die es nicht gab. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und das polnische Innenministerium 1974–1990, 464 S., Göttingen 2020, ISBN 978-3-525-36761-2

Unterreihe: Biografische Quellen im Verlag Edition Temmen, Bremen

(Über den Buchhandel oder den BStU zu beziehen)

Band 1 | Peter Eisenfeld: „rausschmeißen ...“. 20 Jahre politische Gegnerschaft in der DDR, 504 S., Bremen 2002, Schutzgebühr beim BStU 5,00 €, ISBN 978-3-86108-342-9

Band 2 | Jürgen Frölich (Hg.), Wolfgang Schollwer: „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–1957, 304 S., Bremen 2004, ISBN 978-3-86108-043-5

Unterreihe: Biografische Quellen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Band 3 | Dietmar Riemann: Laufzettel. Tagebuch einer Ausreise, 512 S., Göttingen 2005, nur noch als eBook lieferbar, ISBN 978-3-525-35800-0

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Hg. von Daniela Münkkel

(Über den Buchhandel zu beziehen)

Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Siegfried Suckut (Hg.): Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2009, ISBN 978-3-525-37300-2

Frank Joestel (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1988. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2010, ISBN 978-3-525-37502-0

Daniela Münkkel (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., 2. Aufl. mit Online-Datenbankzugriff, Göttingen 2016, ISBN 978-3-525-37507-5

Henrik Bispinck (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1977. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2012, ISBN 978-3-525-37501-3

Roger Engelmann (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1953. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2013, ISBN 978-3-525-37500-6

Bernd Florath (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1965. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2014, ISBN 978-3-525-37504-4

Matthias Braun, Bernd Florath (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1981. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2015, ISBN 978-3-525-37505-1

Henrik Bispinck (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1956. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Datenbankzugriff, Göttingen 2016, ISBN 978-3-525-37506-8

Bernd Florath (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1964. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Datenbankzugriff, Göttingen 2017, ISBN 978-3-525-37508-2

Bernd Florath (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1968. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Datenbankzugriff, Göttingen 2018, ISBN 978-3-525-37079-7

Daniela Münkkel (Bearb.): Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 191 S., 4. Aufl., Berlin 2019, kostenlos beim BStU zu bestellen, ISBN 978-3-946572-42-8

Mark Schiefer, Martin Stief (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1989. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Zugriff auf die komplette Edition des Jahrgangs 1989, Göttingen 2019, ISBN 978-3-525-31066-3

Georg Herbstritt (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1963, 320 S., mit Online-Zugriff auf die Jahrgangsdatenbank, Göttingen 2020, ISBN 978-3-525-31101-1

Einzelveröffentlichungen

(Über den Buchhandel oder den BStU zu beziehen)

Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Wann bricht schon mal ein Staat zusammen! Die Debatte über die Stasi-Akten auf dem 39. Historikertag 1992, München 1993, ISBN 978-3-423029650 (vergriffen)

Das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei. Aufgaben, Struktur und Verhältnis zum Ministerium für Staatssicherheit, 53 S., Berlin 1994, Schutzgebühr 1,00 €, ISBN 978-3-946572-09-1

Clemens Vollnhals: Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, 24 S., Berlin 1995 (vergriffen)

Bernd Eisenfeld, Thomas Auerbach, Gudrun Weber, Sebastian Pflugbeil: Projektbericht „Strahlen“. Einsatz von Röntgenstrahlen und radioaktiven Stoffen durch das MfS gegen Oppositionelle – Fiktion oder Realität?, 226 S., 2., überarb. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 1,00 €, ISBN 978-3-942130-85-1

Bernd Eisenfeld, Roger Engelmann: 13.8.1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 120 S., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-87-5

Ilko-Sascha Kowalczyk unter Mitarbeit von Gudrun Weber: 17. Juni 1953: Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 312 S., mit Audio-CD, Berlin 2003, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-86-8

Petra Saar, Marion Wagner: Stasi-Stücke: szenische Umsetzungen von Fällen aus MfS-Akten zum Lesen und Nachspielen für Schüler, 76 S., Erfurt 2004, Schutzgebühr 2,00 €, ISBN 978-3-942130-88-2

Jens Gieseke: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, 320 S., 3., erw. und akt. Aufl., Mün-

chen 2006, ISBN 978-3-421059529, weiter als „Die Stasi 1945–1990“

Jens Gieseke: Die Stasi 1945–1990, 368 S., 4. Aufl., München 2011, 14,99 €, ISBN 978-3-570-55161-5, früher: „Der Mielke-Konzern“

Jens Gieseke: The History of the Stasi. East Germany's Secret Police 1945–1990, 268 S., New York, Oxford 2014, ISBN 978-1-78238-254-6

Siegfried Suckut (Hg.), Joachim Granzow: Die Löwengrube. Als Arzt in DDR-Haftanstalten Mitte der fünfziger Jahre. Ein Erlebnisbericht, 215 S., 2. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-70-7

Helmut Müller-Enbergs unter Mitarbeit von Susanne Muhle: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistik, 1024 S., Berlin 2008, ISBN 978-3-86153-441-9

Ilko-Sascha Kowalczyk: Die 101 wichtigsten Fragen – DDR, 159 S., Berlin 2017, als eBook, ISBN 978-3-406-62390-5

Feind ist, wer anders denkt. Eine Ausstellung über die Staatssicherheit der DDR, 88 S., 3., akt. Aufl., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-91-2

The dissenter is the enemy. An exhibition on the state security service in the GDR, 88 p., 3rd updated edition, Berlin 2011, nominal fee 5,00 €, ISBN 978-3-942130-92-9

Stasi. Die Ausstellung zur DDR-Staatssicherheit. Katalog und Aufsätze, 222 S., Berlin 2011, ISBN 978-3-942130-84-4 (vergriffen)

Reinhard Buthmann: Konfliktfall „Kosmos“. Die Politische Geschichte einer Jugendarbeitsgruppe in der DDR, 389 S., Wien, Köln, Weimar 2012, ISBN 978-3-412-20742-7

Roger Engelmann, Bernd Florath, Helge Heidemeyer, Daniela Münkkel, Arno Polzin, Walter Süß (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, 440 S., 3., akt. Aufl., Berlin 2016, ISBN 978-3-86153-900-1 (vergriffen)

Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten für den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, 400 S., Berlin 2013, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-94-3

Gudrun Weber, Thomas Auerbach (Hg.): Genossen, wir müssen alles wissen! DDR-Alltag im Spiegel der Stasi-Akten. Ein Lesebuch, 205 S., Berlin 2014, ISBN 978-3-86732-200-3

Daniela Münkkel (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei, 204 S., Berlin 2015, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-95-0

noch Anhang 13

Daniela Münkler (ed.): State Security. A Reader on the GDR Secret Police, 204 p., 2nd edition, Berlin 2018, nominal fee 5,00 €, ISBN 978-3-946572-43-5

Karsten Jedlitschka, Jens Niederhut, Philipp Springer: Verschluss-Sachen. Dokumente, Fotos und Objekte aus dem Archiv der Staatssicherheit. Mit Fotografien von Christian Appl, 192 S., Berlin 2017, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-40-4

Roger Engelmann, Christian Halbrock, Frank Joestel: Vernichtung von Stasi-Akten. Eine Untersuchung zu den Verlusten 1989/90, 87 S., Berlin 2020, Schutzgebühr 2,00 €, ISBN 978-3-946572-44-2

Reinhard Buthmann: „Versagtes Vertrauen“. Wissenschaftler der DDR im Visier der Staatssicherheit, 1179 S., Göttingen 2020, ISBN 978-3-525-31724-2

Philipp Springer: Der Blick der Staatssicherheit. Fotografien aus dem Archiv des MfS, 328 S., Dresden 2020, ISBN 978-3-95498-529-6

Einblick ins Geheime. Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv, 192 S., Berlin 2020, Schutzgebühr 7,00 €, ISBN 978-3-946572-46-6

MfS-Handbuch: Anatomie der Staatssicherheit – Geschichte, Struktur, Methoden

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen; alle Titel des Handbuchs sind auf www.bstu.de kostenlos als PDF abrufbar)

Martin Erdmann (Hg.), Roland Wiedmann (Bearb.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Teil V/1, 399 S., 3., durchges. u. erg. Aufl., Berlin 2018, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-29-5

Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil IV/1, 107 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-25-7

Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG). Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Teil III/17, 52 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-16-5

Tobias Wunschik: Hauptabteilung XXII: „Terrorabwehr“, Teil III/16, 56 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-14-1

Günter Förster: Die Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit (JHS), Teil III/6, 42 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-22-6

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, Teil III/10, 130 S., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-12-7

Hanna Labrenz-Weiß: Hauptabteilung II: Spionageabwehr, Teil III/7, 81 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-05-9

Silke Schumann: Die Parteiorganisation der SED im Ministerium für Staatssicherheit, Teil III/20, 89 S., 3. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-23-3

Jens Gieseke (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Teil V/4, 88 S., 2. Aufl., Berlin 2012, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-32-5

Reinhard Buthmann: Die Objektdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil II/3, 25 S., Berlin 1999, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-24-0

Hubertus Knabe: Die Rechtsstelle des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III/4, 21 S., Berlin 1999, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-21-9

Reinhard Buthmann: Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK), Teil III/11, 67 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-18-9

Roger Engelmann, Frank Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil V/5, 508 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-31-8

Johannes Beleites: Abteilung XIV: Haftvollzug, Teil III/9, 65 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-11-0

Stephan Wolf: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen, Teil III/13, 102 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-04-2

Hanna Labrenz-Weiß: Abteilung M: Postkontrolle, Teil III/19, 48 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-17-2

Monika Tantzscher: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr, Teil III/14, 109 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-07-3

Angela Schmole: Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung, Teil III/19, 64 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-19-6

Thomas Auerbach, Matthias Braun, Bernd Eisenfeld, Gesine von Prittwitz, Clemens Vollnhals: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“, Teil III/12, 179 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2012, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-13-4

Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, Teil IV/2, 53 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2012, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-26-4

Tobias Wunschik: Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei, Teil III/15, 99 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-08-0

noch Anhang 13

Roger Engelmann, Frank Joestel: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), Teil III/2, 100 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-20-2

Walter Süß: Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR. Geschichte der Staatssicherheit, Teil I, 114 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-03-5

Andreas Schmidt: Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr, Teil III/19, 245 S., mit Beilagekarte zum Stützpunktsystem der HA III, 3. Aufl., Berlin 2012, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-06-6

Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen, Teil III/18, 356 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-15-8

Angela Schmole: Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme, Teil III/19, 132 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-09-7

Roland Wiedmann: Die Dienstseinheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatorische Übersicht, Teil V/3, 537 S., mit CD-ROM, Berlin 2012, Schutzgebühr 12,00 €, ISBN 978-3-942130-28-8

Roger Engelmann, Frank Joestel: Hauptabteilung IX: Untersuchung, Teil III/8, 266 S., Berlin 2016, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-10-3

Die Handbuch-Lieferungen sind online verfügbar unter www.bstu.de.

Stasi in der Region

(Über den Buchhandel oder den BStU zu beziehen)

Peter Boeger (Hg.), Elise Catrain (Hg.): Stasi in Sachsen-Anhalt. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Halle und Magdeburg, 180 S., Berlin 2016, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-00-8

Peter Boeger (Hg.), Elise Catrain (Hg.): Stasi in Dresden. Die Geheimpolizei im DDR-Bezirk, 64 S., Berlin 2016, kostenlos, ISBN 978-3-946572-02-2 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Peter Boeger (Hg.), Elise Catrain (Hg.): Stasi in Sachsen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig, 176 S., Berlin 2017, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-01-5

Peter Boeger (Hg.), Elise Catrain (Hg.): Stasi in Thüringen. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl, 168 S., Berlin 2018, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-03-9

Elise Catrain (Hg.): Stasi in Mecklenburg-Vorpommern. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, 168 S., Berlin 2019, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-04-6

Konstanze Soch (Hg.): Stasi in Brandenburg. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam, 172 S., Berlin 2020, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-05-3

Dokumente (Reihe A)

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Das Wörterbuch der Staatssicherheit : Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“, 536 S. (Reihe A-Nr. 1/93), Berlin 1993 (vergriffen)

MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht, 209 S. (Reihe A-Nr. 1/94), Berlin 1994 (vergriffen)

Günter Förster: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“ des MfS. Eine annotierte Bibliographie, 140 S. (Reihe A-Nr. 2/94), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-35-6

Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, 351 S. (Reihe A-Nr. 1/95), 3. Aufl., Berlin 2020, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-39-4

Günter Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlußarbeiten an der Hochschule des MfS, 577 S. (Reihe A-Nr. 1/98), Berlin 1998, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-942130-37-0

Frank Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner durch die Staatssicherheit im Jahre 1988. Der letzte Jahresbericht der MfS-Hauptabteilung Untersuchung, 117 S. (Reihe A-Nr. 1/03), 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-38-7

Die „Dokumente (Reihe A)“ werden fortgeführt in der Reihe „BF informiert“.

Analysen und Berichte (Reihe B)

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Bearbeiten – Zersetzen – Liquidieren; Die Inoffiziellen Mitarbeiter; Freiheit für meine Akte, 99 S., Berlin 1993 (vergriffen)

Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 106 S. (Reihe B-Nr. 1/93), 3. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-42-4

Helmut Müller-Enbergs: Das Zusammenspiel von Staatssicherheit und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976, 133 S. (Reihe B-2/93), Berlin 1993 (vergriffen)

Monika Tantzsch: Maßnahme „Donau“ und Einsatz „Genesung“. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, 145 S. (Reihe B-1/94), 2. Aufl., Berlin 1998 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

noch Anhang 13

Verfolgung und die Folgen. Über den Umgang mit den Opfern (öffentliche Veranstaltung am 27. Oktober 1994), 98 S. (Reihe B-Nr. 2/95), Berlin 1995 (vergriffen)

Thomas Auerbach, Wolf-Dieter Sailer (Bearb.): Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, 154 S. (Reihe B-Nr. 1/95), 3., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-41-7

Bodo Wegmann, Monika Tantzscher: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, 104 S. (Reihe B-Nr.1/96), Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-44-8

Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit (öffentliche Veranstaltung am 26. Oktober 1995), 129 S. (Reihe B-Nr. 1/97), 2. Aufl., Berlin 1998, ISBN 978-3-942130-43-1 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Monika Tantzscher: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von „Republikflucht“, 161 S. (Reihe B-Nr. 1/98), 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, ISBN 978-3-942130-45-5 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Tobias Hollitzer: „Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag“. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Erste Erkenntnisse und Schlußfolgerungen, 321 S. (Reihe B-Nr. 1/99), 2., durchges. Aufl., Berlin 2000 (vergriffen)

Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, 311 S. (Reihe B-Nr. 1/00), 2., durchges. Aufl., Berlin 2000, ISBN 978-3-942130-46-2 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Die „Analysen und Berichte (Reihe B)“ werden fortgeführt in der Reihe „BF informiert“.

BF informiert

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Walter Süß (Edition): Erich Mielke und KGB-Vize Leonid Schebarschin über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Mitschrift eines Streitgesprächs am 7. April 1989, 41 S. (1/1993) (vergriffen)

Joachim Walther, Gesine v. Prittwitz: Staatssicherheit und Schriftsteller. Bericht zum Forschungsprojekt, 30 S. (2/1993) (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: IM-Statistik 1985–1989, 64 S. (3/1993), ISBN 978-3-942130-50-9 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Jens Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962. Zur Personalstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, 48 S. (1/1994), ISBN 978-3-942130-51-6 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Jürgen Fuchs: Unter Nutzung der Angst. Die „leise Form“ des Terrors – Zersetzungsmaßnahmen des MfS, 40 S. (2/1994), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 1,50 €, ISBN 978-3-946572-08-4

Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S. (3/1994), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-52-3

Hildegard von Zastrow (Bearb.): Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, 37 S. (4/1994) (vergriffen)

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, 72 S. (5/1994), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-53-0

Jens Gieseke: Doktoren der Tschechistik. Die Promovenden der „Juristischen Hochschule“ des MfS, 29 S. (6/1994), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-54-7

Roger Engelmann, Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, 81 S. (1/1995), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-55-4

Andreas Niemann, Walter Süß: „Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden“. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989 (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), 72 S. (12/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-56-1

Hans-Peter Löhn: „Unsere Nerven lagen allmählich blank“. MfS und SED im Bezirk Halle (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), 63 S. (13/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-72-1

Stephan Fingerle, Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit, 70 S. (14/1996), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-57-8

Hildegard von Zastrow (Bearb.): Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, 124 S. (15/1996), 2., erw. Aufl., Berlin 1996 (vergriffen)

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, 42 S. (16/1997), 2. Aufl., Berlin 1997, ISBN 978-3-942130-58-5 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, 36 S. (17/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-59-2

Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer „Sektion DDR“ durch das MfS, 45 S. (18/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-60-8

noch Anhang 13

Holger Horsch: „Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?“ MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), 59 S. (19/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-61-5

Volker Höffer: „Der Gegner hat Kraft“. MfS und SED im Bezirk Rostock (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), 63 S. (20/1997), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-62-2

Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. Ein kurzer historischer Abriss, 56 S. (21/1998) (vergriffen)

Eberhard Stein: „Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen!“ MfS und SED im Bezirk Erfurt (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5), 57 S. (22/1999), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-63-9

Andrzej Paczkowski: Terror und Überwachung: Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944 bis 1956, 37 S. (23/1999), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-64-6

Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung der Westspionage des MfS. Eine vorläufige Bilanz, 35 S. (24/1999), 3., durchges. Aufl., Berlin 2002, ISBN 978-3-942130-65-3 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Gudrun Weber: Stille Post. Neue Wege der Westarbeit in der Vertriebsorganisation des MfS in den sechziger Jahren, 65 S. (25/2005), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-66-0

Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten, 59 S. (26/2005), 2., überarb. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-67-7

Regina Teske: Staatssicherheit auf dem Dorfe. Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958, 109 S. (27/2006), ISBN 978-3-942130-68-4 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Helmut Müller-Enbergs: „Rosenholz“. Eine Quellenkritik, 234 S. (28/2007), ISBN 978-3-942130-69-1 (nur noch als PDF-Datei verfügbar)

Wilhelm Mensing: SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946–1976), 323 S. (29/2010), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-71-4

Martin Stief: Desertionen im geteilten Berlin. Bekämpfung von Fahnenfluchten aus den Reihen der Bereitschaftspolizei im Jahr des Mauerbaus, 98 S. (30/2011), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-73-8

Jenny Schekahn, Tobias Wunschik: Die Untersuchungsanstalt der Staatssicherheit in Rostock. Ermittlungs-

verfahren, Zelleninformatoren und Haftbedingungen in der Ära Honecker, 156 S. (31/2012), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-74-5

Daniela Münkler: Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt, 83 S. (32/2013), 2., korr. Aufl., Berlin 2015, Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-75-2

Douglas Selvage, Christopher Nehring: Die AIDS-Verschöpfung. Das Ministerium für Staatssicherheit und die AIDS-Desinformationskampagne des KGB, 152 S. (33/2014), 2., unveränd. Aufl., Berlin 2020, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-28-2

Christian Adam, Martin Erdmann, Horst Henkel, Wolfgang Scholz: Sperrgebiete in der DDR. Ein Atlas von Standorten des MfS, des MdI, des MfNV und der GSSD, 160 S. (34/2015), 3. Aufl., Berlin 2019, Schutzgebühr 10,00 €, ISBN 978-3-946572-26-8

Holger Horsch: „Für menschliche Würde, Anstand und eine neue Moral“. Die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Karl-Marx-Stadt, 86 S. (35/2015), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-78-3

Helge Heidemeyer (Hg.): „Akten-Einsichten“. Beiträge zum historischen Ort der Staatssicherheit, 170 S. (36/2016), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-79-0

Hanna Labrenz-Weiß: Die KD Nordhausen. Arbeitsstruktur und Wirkung der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit im Grenzkreis Nordhausen, 341 S. (37/2017), 2., korr. Aufl., Berlin 2018, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-942130-48-6

Martin Albrecht: Die Untersuchungsanstalt der Staatssicherheit in Leipzig. Mitarbeiter, Ermittlungsverfahren und Haftbedingungen, 192 S. (38/2017), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-81-3

Christopher Nehring: Tödliche Fluchten über Bulgarien. Die Zusammenarbeit von bulgarischer und DDR-Staatssicherheit zur Verhinderung von Fluchtversuchen, 108 S. (39/2017), Schutzgebühr 2,50 €, ISBN 978-3-942130-82-0

Henry Leide: Auschwitz und Staatssicherheit. Strafverfolgung, Propaganda und Geheimhaltung in der DDR, 325 S. (40/2019), 2., korr. Aufl., Berlin 2019, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-25-1

Gudrun Weber: „Nun falten Sie den Zettel“ ... Wahlen in der DDR in der Überlieferung der Staatssicherheit (1949–1961), 288 S. (41/2019), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-23-7

Christopher Nehring: Kleine Brüder des KGB. Die Kooperation von DDR-Auslandsaufklärung und bulgarischer Staatssicherheit, 214 S. (42/2019), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-24-4

Ann-Kathrin Reichardt: Schmuggler, Spitzel und Tschechisten. Wie Stasi und KGB den Bibelschmuggel in die

noch Anhang 13

Sowjetunion bekämpften, 184 S. (43/2020), Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-27-5

BF informiert – regional

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Ralph Kaschka: Leistungssport im Visier der Stasi. Das MfS und der SC Traktor Schwerin, 162 S. (BF informiert – regional 01), Berlin 2017, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-10-7

Kooperationsprojekte

(Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen)

Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien/BStU:

Mut zum Widerstand. Materialien zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte, Heft 69, 42 S., Bad Berka 2002, Schutzgebühr 2,00 €

Akademie für politische Bildung Tutzing/BStU:

Siegfried Suckut, Jürgen Weber (Hg.): Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz, 338 S., München 2003, ISBN 978-3-7892-8135-8

Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam/BStU:

Torsten Diedrich, Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR, 448 S., Berlin 2005, ISBN 978-3-86153-380-1

Torsten Diedrich, Walter Süß (Hg.): Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten, 384 S., Berlin 2010, ISBN 978-3-86153-610-9

Bundeszentrale für politische Bildung/BStU:

Jens Gieseke unter Mitarbeit von Doris Hubert: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei, 120 S., Bonn 2001, Schutzgebühr 2,00 €, ISBN 3-89331-402-4

Jens Gieseke with Doris Hubert: The GDR State Security. Shield and Sword of the Party, 120 p., Berlin 2002 (vergriffen)

Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur/BStU:

Johannes Beleites: Schwerin, Demmlerplatz. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit, 240 S., 2. Aufl., Schwerin 2011, Schutzgebühr 6,00 €, ISBN 978-3-933255-12-9

Robert-Havemann-Gesellschaft/BStU:

Werner Theuer, Arno Polzin unter Mitarbeit von Bernd Florath: Aktenlandschaft Havemann. Nachlass und Archivbestände zu Robert Havemann, 576 S., Berlin 2008, ISBN 978-3-938857-07-6

BStU/Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur:

Christian Halbrock: Stasi-Stadt – Die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Ein historischer Rundgang um das ehemalige Hauptquartier des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 77 S., 2. Aufl., Berlin 2011, ISBN 978-3-86153-520-1

Christian Halbrock: Mielkes Revier. Stadtraum und Alltag rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, 253 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2010, ISBN 978-3-86732-073-3

BStU/Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien/LStU Berlin:

Martin Gutzeit, Helge Heidemeyer, Bettina Tüffers (Hg.): Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90 (Dokumentation einer Tagung von BStU, KGParl und LStU Berlin am 25. und 26. November 2008 in Berlin), 264 S., Düsseldorf 2011, ISBN 978-3-7700-5304-9

BStU/Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.:

Hanna Labrenz-Weiß, Joachim Heise: Staatssicherheit in Nordhausen, 461 S., Nordhausen 2018, ISBN 978-3-9811739-8-7

Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND 1945–1968/BStU:

Ronny Heidenreich, Daniela Munkel, Elke Stadelmann-Wenz: Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953, 464 S., Berlin 2016, ISBN 978-3-86153-922-3

Deutsches Zentrum Kulturgutverluste, Magdeburg/BStU:

Ralf Blum, Helge Heidemeyer, Arno Polzin: Auf der Suche nach Kulturgutverlusten. Ein Spezialinventar zu den Stasi-Unterlagen, 112 S., Berlin 2020, Schutzgebühr 2,00 €, ISBN 978-3-946572-45-9

Archivwissenschaftliche Veröffentlichungen Archiv zur DDR-Staatssicherheit

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten im LIT Verlag, Münster

Band 1 | Dagmar Unverhau: Das „NS-Archiv“ des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung, 257 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2004, ISBN 978-3-8258-3512-X (vergriffen)

Band 2 | Dagmar Unverhau (Hg.): Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung, Referate der Tagung des BStU vom 26.–28.11.1997, 320 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2004, ISBN 978-3-8258-3924-9 (vergriffen)

Band 3 | Dagmar Unverhau (Hg.) unter Mitarbeit von Roland Lucht: Lustration, Aktenöffnung, demokratischer

noch Anhang 13

Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, Referate der Tagung des BStU und der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom 26.–28.10.1998, 394 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2005, ISBN 978-3-8258-4515-5 (vergriffen)

Band 4 | Abteilung Archivbestände der BStU (Hg.): Findbuch zum „Archivbestand 2: Allgemeine Sachablage“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Joachim Franke u. a., 311 S., Münster 2001, ISBN 978-3-8258-5543-7 (vergriffen, auf www.bstu.de als PDF abrufbar)

Band 5 | Dagmar Unverhau (Hg.): Kartenverfälschung als Folge übergroßer Geheimhaltung? Eine Annäherung an das Thema Einflußnahme der Staatssicherheit auf das Kartenwesen der DDR, Referate der Tagung der BStU vom 08.–09.03.2001 in Berlin, 306 S., 3., durchges. Aufl., Münster 2006, ISBN 978-3-8258-5964-9 (vergriffen)

Band 6 | Dagmar Unverhau (Hg.): Hatte „Janus“ eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit, Referate der Tagung der BStU vom 27.–29.11.2002 in Berlin, 448 S., Münster 2003, ISBN 978-3-8258-7120-7 (vergriffen)

Band 7 | Dagmar Unverhau (ed.): State Security and Mapping in the GDR. Map Falsification as a Consequence of Excessive Secrecy? Lectures to the conference of the BStU from 8th–9th March 2001 in Berlin, 304 S., Münster 2006, ISBN 978-3-8258-9039-2 (vergriffen)

Band 8 | Abteilung Archivbestände der BStU (Hg.): Vorläufiges Findbuch zur Abteilung X: Internationale Verbindungen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Bearbeitet von Marko Pollack und Doreen Bombitzki, 335 S., Münster 2005, ISBN 978-3-8258-9018-X (vergriffen, auf www.bstu.de als PDF abrufbar)

Band 9 | Dagmar Unverhau (Hg.): Geheimhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges. Teilband 1: Beiträge und Anlagen, Teilband 2: Abbildungen, 582 S., Münster 2009, ISBN 978-3-643-10070-2

Band 10 | Abteilung Archivbestände der BStU (Hg.): Vorläufiges Findbuch. Sekretariate der Stellvertreter des Ministers Neiber, Mittag und Schwanitz im Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Bearbeitet von Elisabeth Larsen und Jana Floreczak, 358 S., Münster 2008, ISBN 978-3-8258-1106-8 (auf www.bstu.de als PDF abrufbar)

Archivwissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Band 11 | Roland Lucht (Hg.): Das Archiv der Stasi. Begriffe, 387 S., Göttingen 2015, ISBN 978-3-525-31019-9

Band 12 | Karsten Jedlitschka, Philipp Springer (Hg.): Das Gedächtnis der Staatssicherheit. Die Kartei- und Archivabteilung des MfS, 489 S., Göttingen 2015, ISBN 978-3-525-31033-5

Dokumentenshefte. Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

(Kostenlos über den BStU zu beziehen)

Aktion „Gegenschlag“. Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983, 84 S., 2. Aufl., Berlin 2013

Die Stasi in Stuttgart. Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv, 80 S., 2., veränd. Aufl., Berlin 2015

Udo rockt für den Weltfrieden. Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen, 112 S., 2. Aufl., Berlin 2015

„Eingeschränkte Freiheit“. Der Fall Gabriele Stötzer, 80 S., 3., veränd. Aufl., Berlin 2015

Operativer Vorgang „Inspirator“. Der Weimarer Montagskreis, 110 S., 2., veränd. Aufl., Berlin 2015

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, 78 S., 2., veränd. Aufl., Berlin 2015

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989 in den ehemaligen DDR-Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig, 82 S., 2., veränd. Aufl., Berlin 2015

Gefängnis statt Rolling Stones. Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen, 132 S., 2., veränd. Aufl., Berlin 2015

„Überall kocht und brodeln es ...“. Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen, 106 S., 2., veränd. Aufl., Berlin 2015

Niedersachsen und die Stasi. Die Überwachung im „Operationsgebiet West“, 92 S., 2., veränd. Aufl., Berlin 2015

„Keine Gewalt!“, Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst ’89, 132 S., 2., veränd. Aufl., Berlin 2015

„Stasi raus – es ist aus!“. Stasi am Ende – die letzten Tage der DDR-Geheimpolizei, 160 S., 2. Aufl., Berlin 2016

Hessen und die Stasi. Die Überwachung im „Operationsgebiet West“, 58 S., Berlin 2015

Tschernobyl. Der Super-GAU und die Stasi, 82 S., Berlin 2016

„Staatsbürgerliche Pflichten grob verletzt“. Der Rauswurf des Liedermachers Wolf Biermann 1976 aus der DDR, 112 S., Berlin 2016

„... anarcho-terroristische Kräfte“. Die Rote Armee Fraktion und die Stasi, 111 S., Berlin 2017

Rheinland-Pfalz und die Stasi. Spionage, Überwachung, Verschleierung, 77 S., Berlin 2017

„Blick in einen Zerrspiegel“. Der Fall Gilbert Radulovic in den Stasi-Unterlagen, 128 S., Berlin 2018

“Looking in a distorting mirror”. The case of Gilbert Radulovic in the Stasi records, 86 p., Berlin 2018

Das geteilte Berlin und die Stasi. Spionage, Opposition und Alltag, 120 S., Berlin 2018

noch Anhang 13

Schleswig-Holstein und die Stasi. Spionieren – Überwachen – Auswerten, 106 S., Berlin 2019 (vergriffen)

Weitere kostenlose Behördenpublikationen

(Über den BStU zu beziehen)

Erster, Zweiter, Dritter, Vierter, Fünfter, Sechster, Siebenter, Achter, Neunter, Zehnter, Elfter, Zwölfter, 13., 14. und 15. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) (Erster, Dritter und Fünfter Tätigkeitsbericht nur noch als PDF-Datei)

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG) vom 20. Dezember 1991

Act regarding the Records of the State Security Service of the former German Democratic Republic (Stasi Records Act)

Abkürzungsverzeichnis: Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 129 S., 12., geringfügig korr. Aufl., Berlin 2020, ISBN 978-3-946572-47-3

Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz – Zehn Jahre Aufarbeitung, 73 S., Berlin 2002 (vergriffen)

Entscheidungen gegen das Schweigen. 15 Jahre Einsicht in die Stasi-Unterlagen, 39 S., Berlin 2007 (vergriffen)

Das „Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“. Ein Reader zu ihren gesetzlichen Grundlagen, Strukturen und Aufgaben, 88 S., Berlin 2010 (vergriffen)

The „European Network of Official Authorities in Charge of the Secret Police Files“. A Reader on the Legal Foundations, Structures and Activities, Second and Revised Edition, 84 p., Berlin 2014, ISBN 978-3-942130-98-1

Anhang 14**Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums der Abteilung Bildung und Forschung**

Datum	Referentinnen und Referenten	Thema
09.01.2019	Jana Birthelmer	Die Rolle der Transportpolizei im Repressionsapparat der DDR
13.02.2019	Sebastian Stude	Das Kernkraftwerk Rheinsberg 1956–1990. Ein ost-deutsches Prestigeprojekt im Kalten Krieg
15.05.2019	Dr. Ann-Kathrin Reichardt	Schmuggler, Spitzel und Tschekisten – Zusammenarbeit von MfS und KGB bei der Bekämpfung des Bibelschmuggels
16.09.2019	Dr. Christian Saehrendt	Auswärtige Kulturpolitik in der DDR
03.07.2019	Dr. Helge Heidemeyer/Arno Polzin/ Ralf Blum	Kulturgutentzug in den Akten des MfS
06.11.2019	Sebastian Richter	Koch und Kellner? Fallanalysen zum Verhältnis von MfS-Untersuchungsabteilungen und DDR-Staatsanwaltschaft in der Praxis politischer Strafverfahren 1958–1988
27.11.2019	Dr. Elke Stadelmann-Wenz	Die MfS-Spionageabwehr gegen den BND zwischen Mauerbau und Mauerfall. Strategie und Vorgehen
08.01.2020	Dr. Georg Herbstritt	Das Jahr 1963 im Spiegel der Stasi-Informationsberichte an die Partei- und Staatsführung in der DDR
05.02.2020	Dr. Stefan Donth/Dr. Michael Schäbitz	Landschaften der Verfolgung

Die geplanten Veranstaltungen im Sommersemester 2020 und im Wintersemester 2020/21 konnten aufgrund der Pandemie-Schutzmaßnahmen nicht stattfinden.

Anhang 15

„Baukasten Ausstellungen regional“. Liste der Basis-, Rahmen- und Regionenmodule**Basismodule**

- 1 Die Stasi
- 2 Warum gab es die Stasi?
- 3 Die Stasi-Minister
- 4 Stasi-Abteilungsleiter
- 5 Der Stasi-Apparat
- 6 Der Aufbau der Stasi
- 7 Wie ging die Stasi vor?
- 8 Stasi überall
- 9 Das Ende der Stasi

Rahmenmodule Themen

- 25 Stasi und Jugend
- 36 Stasi und DDR-Sport
- 43 Stasi im Westen
- 45 Stasi und Umwelt
- 64 Stasi und Volksarmee
- 65 Stasi und Wirtschaft
- 66 Stasi und Grenze
- 75 Stasi und NS-Verbrechen
- 103 Stasi und Kirche
- 140 Stasi und „Friedensfahrt“ 1987

Rahmenmodule Ereignisse

- 34 Stasi und Prager Frühling
- 56 Der 17. Juni 1953
- 79 KSZE-Schlussakte 1975

Überregionale Module

- 96 Stasi und Interhotels
- 97 DDR- Interhotels (Karte)
- 98 Stasi und Interhotels
- 108 Stasi auf dem Campingplatz
- 109 Stasi auf dem Campingplatz
- 111 Stasi und Aktion „Festigung“
- 112 Stasi und Aktion „Festigung“
- 118 Stasi und Devisen

Regionalmodule Berlin

- 27 IM „Ina“
- 51 Stasi-Vorgang „Erpresser“
- 55 Stasi-Fall „Grenzverletzer“
- 84 Stasi in Berlin
- 85 Stasi-Offizier Hähnel
- 101 Stasi und Reichsbahn-Streik
- 137 Stasi-Vorgang „Verräter“
- 139 Stasi-Haft wegen Fluchtversuch

Regionalmodule Brandenburg

- 26 Punks im Visier der Stasi
- 44 Stasi-Vorgang „Saßnitz“ (*Burkhard Herzel*)

- 46 Stasi-Offizier Halla
- 47 Stasi in Brandenburg
- 48 Stasi in Brandenburg (*Fallbeispiele*)
- 53 Stasi-Offizier Schickart
- 69 Stasi-Offizier Stöß
- 74 Stasi-Fall „Sportverräterin“ (*Karin Balzer*)
- 76 Stasi-Vorgang „Kreis“
- 77 Stasi-Fall „Der Maler“ (*Hans-Jürgen Jentzsch*)
- 78 Stasi-Fall „Geheimbund“ (*Bausoldat aus Bernau*)
auch Bezug zu Stasi in Mecklenburg-Vorpommern
- 113 Stasi in Wittenberge
- 125 Stasi und Wahlfälschung

Regionalmodule Mecklenburg-Vorpommern

- 10 Stasi im Norden
- 11 Stasi-Offizier Zepezauer
- 12 Stasi-Akte „Junior“
- 13 Helmut Schmidt in Güstrow
- 14 Stasi-Aktion „Dialog“
- 15 FC Hansa im Stasi-Netz
- 28 Die Stasi in Güstrow
- 31 Fans im Visier der Stasi
- 67 Stasi-Akte „Schlauchboot“
- 78 Stasi-Fall „Geheimbund“ (*Bausoldat aus Bernau*)
auch Bezug zu Stasi in Brandenburg
- 83 Stasi-Vorgang „Unbekannt“ (*Ballonflucht*)
- 86 IM „Hiller“ (*Stasi und Kirche*)
- 91 Stasi und „SED-Gegendemo“
- 92 Stasi und Neues Forum
- 102 IM „Benjamin“
- 105 Stasi verhaftet Matrosen
- 106 Stasi-Stützpunkte in Rostock
- 107 Stasi und Werften
- 110 Stasi-Offizier Kroschewski
- 119 Orte der Friedlichen Revolution
- 122 Stasi-Vorgang „Apostel“
- 141 Stasi und Altstadt in Greifswald

Regionalmodule Sachsen

- 16 Stasi in Sachsen
- 17 Stasi-Treffpunkte in Wurzen
(*Konspirative Wohnungen*)
- 18 Stasi in Wurzen (*Fallbeispiele*)
- 19 Stasi-Ende in Sachsen
- 20 Stasi-Offizier Rädler
- 24 Stasi in der Semperoper
- 35 Stasi-Akte „Stern“ (*Bernd Stracke*)
- 62 Stasi und Leipziger Messe
- 68 Stasi-Fall „Oberschüler“ (*Achim Beyer*)
- 70 Stasi-Offizier in Löbau (*KD Löbau*)
- 71 Stasi in Löbau (*Karte*)
- 72 Stasi in Löbau (*Offiziershochschule*)
- 73 IM „Erwin Mohr“ (*NS-Verbrechen*)
- 80 Stasi-Vorgang „Elster“ (*Ausreise-Petition*)
- 115 Stasi-Offizier Böhm
- 116 Stasi in Torgau

noch Anhang 15

- 133 Stasi-Offizier in Riesa
134 Stasi-Vorgang „Flamme“

Regionalmodule Sachsen-Anhalt

- 21 Stasi in Sangerhausen
22 Stasi in Sachsen-Anhalt
23 Stasi-Offizier Lawrenz
39 Unangepasster Stasi-Sohn (*Thomas Jonscher*)
50 Stasi in Bitterfeld
57 Stasi-Agentin im Westen (*Ruth Polte*)
auch Bezug zu Stasi im Westen
58 Stasi-„Treffs“ in Eisleben
59 Stasi in Eisleben
60 Volksaufstand in Eisleben (*17. Juni 1953*)
61 Rekonstruktion der Akten
93 Stasi und Anti-KKW-Protest
94 Stasi und KKW Stendal
117 Stasi auf dem Automarkt
120 Stasi und Post in Magdeburg
126 Stasi in Quedlinburg
127 Stasi in Quedlinburg (*Konspirative Wohnungen*)

Regionalmodule Thüringen

- 29 Stasi-Vorgang „Entomologe“ (*Michael Beleites*)
30 Stasi in Thüringen
37 Stasi in Thüringen (*Fallbeispiele*)
38 Jenaer Hofvernissagen
40 Stasi-Offizier Schleitzer
41 Stasi-Offizier Direske
42 Stasi-Offizier Lang
52 Stasi verfolgt Rock 'n' Roller
63 Stasi-Offizier in Apolda
81 Stasi-Aktion „Konfrontation“
(*Willy Brandt in Erfurt*)
auch Bezug zu Stasi im Westen
89 Stasi-Fall „Ikon“
95 Kennwort „Kufe“
104 Stasi-Vorgang „Prediger“
121 Stasi im Meininger Theater
129 Stasi-Offizier Schulze (*Sömmerda*)
130 Stasi und Honecker-Besuch
131 Stasi-Offizier Hildebrand
132 Stasi in Nordhausen 1989

Regionalmodule Westen

- 54 Stasi-Industriespionage
57 Stasi-Agentin im Westen (*Ruth Polte*)
auch Bezug zu Sachsen-Anhalt
81 Stasi-Aktion „Konfrontation“
(*Willy Brandt in Erfurt*)
auch Bezug zu Thüringen
82 Stasi, Kiel und Stralsund
87 Stasi in Niedersachsen I
88 Stasi in Niedersachsen II
90 Stasi und Gander Airport
99 Stasi in Bayern I
100 Stasi in Bayern II
123 Stasi in Schleswig-Holstein
124 Stasi in Schleswig-Holstein
135 Stasi in Hessen I
136 Stasi in Hessen II
137 Stasi-Vorgang „Verräter“
auch Bezug zu Region Berlin
138 „Feindobjekt“ in Gießen

Anhang 16

Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“, Informations- und Dokumentationszentren des BStU, BStU Online

Einblick ins Geheime. Dauerausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv/Beispielakten-Sammlung

Ruschestraße 103, „Haus 7“
10365 Berlin

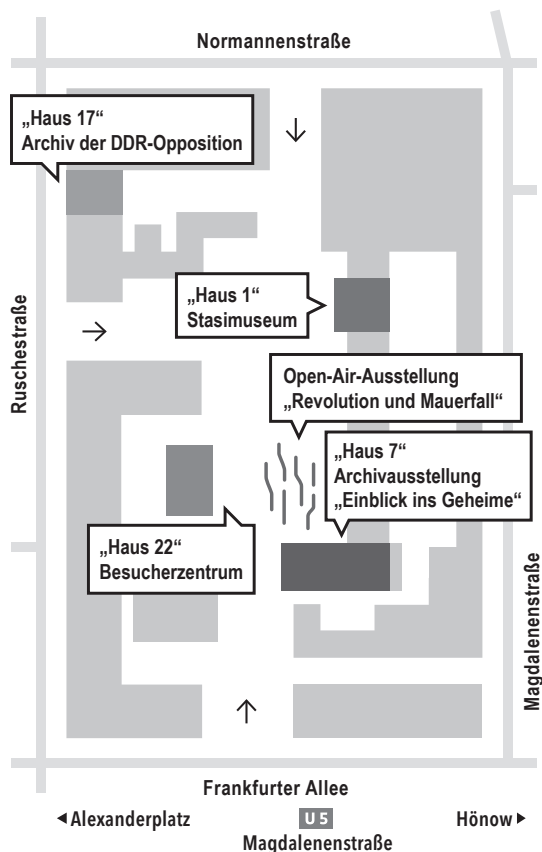
Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr, Samstag und Sonntag 11:00 bis 18:00 Uhr; täglich geführte Rundgänge möglich, aktuelle Termine unter www.einblick-ins-geheime.de oder mit Anmeldung.

Telefon: 030 2324-6699
Telefax: 030 2324-6619
E-Mail: besuch@bstu.bund.de
Internet: www.einblick-ins-geheime.de

Bildungsteam des Stasi-Unterlagen-Archivs

Ruschestraße 103, „Haus 1“ (Seiteneingang),
Projektwerkstatt 4. OG
10365 Berlin

Telefon: 030 2324-8937
Telefax: 030 2324-8939
E-Mail: bildung@bstu.bund.de



Stasi-Museum

Ruschestraße 103, „Haus 1“
10365 Berlin

Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“, gemeinsam entwickelt von BStU und ASTAK e. V. (Betreiberin des Stasimuseums) Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr, Samstag, Sonn- und Feiertage von 11:00 bis 18:00 Uhr

Eintritt 8 €, ermäßigt 6 €, Schüler 3 €;
Gruppenermäßigung ab 10 Personen

Telefon: 030 553-6854
Telefax: 030 553-6853
E-Mail: info@stasimuseum.de
Internet: www.stasimuseum.de

Information/Besucherzentrum „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“

Ruschestraße 103, „Haus 22“
10365 Berlin
www.bstu.de/campus

Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr, Samstag und Sonntag 11:00 bis 18:00 Uhr; Beratung und Informationsmaterial zum historischen Ort, Publikationen, Audioguides für die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. (www.revolution89.de)

Informations- und Dokumentationszentrum Dresden

Riesaer Straße 7, Seiteneingang C
01129 Dresden

Montag bis Freitag von 08:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag nach Vereinbarung

Telefon: 0351 2508-0
Telefax: 0351 2508-3419
E-Mail: astdresden@bstu.bund.de

Informations- und Beratungsstelle in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Bautzner Straße 112 a
01099 Dresden

Beratungsstelle geöffnet Dienstag und Mittwoch
von 10:00 bis 17:00 Uhr
Informationsstelle geöffnet täglich
von 10:00 bis 18:00 Uhr

Telefon: 0351 2508-3490/-3411
Telefax: 0351 2508-3419
E-Mail: astdresden@bstu.bund.de

noch Anhang 16

**Informations- und Dokumentationszentrum
Erfurt**

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt

täglich von 09:00 bis 18:00 Uhr

Servicezeiten (für Bürgeranfragen, Archivführungen,
Besuchergruppen) Montag bis Donnerstag von 08:00 bis
17:00 Uhr, Freitag von 08:00 bis 14:00 Uhr

Öffentliche Archivführungen jeden Donnerstag (außer an
Feiertagen) 16:00 Uhr

Telefon: 0361 5519-4711
Telefax: 0361 5519-4719
E-Mail: asterfurt@bstu.bund.de

**Informations- und Dokumentationszentrum
Frankfurt (Oder)**

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt (Oder)

täglich von 09:00 bis 17:00 Uhr

Telefon: 0335 6068-2411
Telefax: 0335 6068-2419
E-Mail: astfrankfurt@bstu.bund.de

**Informations- und Dokumentationszentrum
Halle**

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)

Montag bis Freitag von 08:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag nach Vereinbarung

Telefon: 0345 6141-2711
Telefax: 0345 6141-2719
E-Mail: asthalle@bstu.bund.de

**Bis auf das Stasi-Museum in Berlin ist der Besuch
aller genannten Einrichtungen des Stasi-Unterlagen-
Archivs kostenfrei. Für Gruppenführungen werden
Vorankmeldungen erbeten.**

BStU Online

Homepage und Unterseiten

www.bstu.de
www.stasi-mediathek.de
www.ddr-im-blick.de
www.einblick-ins-geheime.de
www.demokratie-statt-diktatur.de

Social-Media-Kanäle

www.youtube.com/StasiUnterlagenArchiv
www.twitter.com/bstu_presse
www.facebook.com/StasiUnterlagenArchiv
www.instagram.com/stasizentrale

Anhang 17**Abkürzungsverzeichnis**

Enthält auch die im Text genannten Dienststeinheiten des MfS

A

Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
Abt. III	Funkaufklärung, Funkabwehr (in den BV; entspricht im MfS: HA III)
Abt. VI	Passkontrolle, Tourismus (in den BV; entspricht im MfS: HA VI)
Abt. VIII	Beobachtung, Ermittlung (in den BV; entspricht im MfS: HA VIII)
Abt. IX	Untersuchungsorgan (in den BV; entspricht im MfS: HA IX)
Abt. XI	Chiffrierwesen (in den BV, entspricht im MfS: HA XI)
Abt. XII	Zentrale Auskunft/Speicher (im MfS) bzw. Auskunft/Speicher (in den BV)
Abt. XIV	Untersuchungshaft, Strafvollzug (in den BV; entspricht im MfS: HA XIV)
Abt. XVIII	Sicherung der Volkswirtschaft (in den BV, entspricht im MfS: HA XVIII)
Abt. XIX	Verkehr, Post, Nachrichtenwesen (in den BV; entspricht im MfS: HA XIX)
Abt. XX	Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund (in den BV; entspricht im MfS: HA XX)
Abt. 26	Telefonüberwachung (in den BV und im MfS)
Abt. KuSch	Abt. Kader und Schulung (in den BV; entspricht im MfS: HA KuSch)
Abt. M	Postkontrolle (in den BV und im MfS)
Abt. OT	Operative Technik (in den BV; entspricht im MfS: Operativ-Technischer Sektor)
AG XVII	Besucherbüros Westberlin (des MfS)
AG	Arbeitsgruppe (des MfS)
AG BKK	Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (des MfS)
AGG	Arbeitsgruppe Geheimschutz (des MfS)
AGL	Arbeitsgruppe des Leiters (des MfS)
AIDS	Akquiriertes Immun-Defizienz-Syndrom
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe (in den BV und im MfS)
AMAG	Aktenausleihe Magazin
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands
ARGUS	ArchivGutSuche, Online-Recherche- und Präsentationsplattform (vom Bundesarchiv betrieben)
ASTAK	Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e. V.
AU	Abteilung Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BSU)

B

BA	Bereich Aufklärung (des MfS)
BAB	Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin
BaKöV	Bundesakademie für öffentliche Verwaltung
BArch	Bundesarchiv
BASYS	Archivverwaltungssystem (IT-System) des Bundesarchivs

noch Anhang 17

BBC	British Broadcasting Corporation, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt des Vereinigten Königreichs
BdL	Büro der Leitung (des MfS)
BEM	Betriebliches Eingliederungsmanagement
BF	Abteilung Bildung und Forschung beim BStU, 2020 überführt in die Abt. KW
BGBI	Bundesgesetzblatt
BImA	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe (des MfS)
BKM	Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
BND	Bundesnachrichtendienst
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung (des MfS)
C	
CD	Compact Disc (Speicher für digitale Daten)
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
D	
DDB	Deutsche Digitale Bibliothek
DDR	Deutsche Demokratische Republik (1949–1990)
DIMR	Deutsches Institut für Menschenrechte
DIZ	Dokumentations- und Informationszentrum
DOSA	Dokumentensammlung (des MfS)
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DDR-Massenorganisation)
DSR	Deutsche Seereederei (DDR)
DuG	Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Rostock
E	
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EPR	Elektronisches Personenregister (IT-Verfahren des BStU)
EOS	Erweiterte Oberschule
e. V.	eingetragener Verein
F	
F ...	Formblatt ... (des MfS), z. B. bei Karteien
F 16	Zentrale Personenkartei/Klarnamenkartei (des MfS)
F 16/H VA	Zentrale Personenkartei der H VA (des MfS)
F 22	Vorgangskartei (des MfS)
F 22/H VA	Vorgangskartei der H VA (des MfS)

noch Anhang 17

F 77	Decknamenkartei (des MfS)
F 78	Straßenkartei (des MfS)
F 401/F 402	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien (des MfS)
FaMI	Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DDR)
FDJ	Freie Deutsche Jugend (DDR)
FDP	Freie Demokratische Partei
G	
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GH	Geheime Hauptablage (des MfS)
H	
HA	Hauptabteilung (des MfS)
HA II	Spionageabwehr (des MfS)
HA VII	Ministerium des Innern/Deutsche Volkspolizei (des MfS)
HA VIII	Beobachtung, Ermittlung (des MfS)
HA IX/11	Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen (des MfS)
HA XVIII	Sicherung der Volkswirtschaft (des MfS)
HA XX	Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund (des MfS)
HA XXII	Terrorabwehr (des MfS)
HA KuSch	Kader und Schulung (des MfS)
HA PS	Personenschutz (des MfS)
HHO	Datenbank HV A/HIM/OibE (IT-Verfahren des BStU)
HIM	Hauptamtlicher inoffizieller Mitarbeiter (des MfS)
HM/WR	Datenbank hauptamtliche Mitarbeiter/Mitarbeiter Wachregiment (IT-Verfahren des BStU)
HTWK	Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig
HV A	Hauptverwaltung A (Auslandsspionage des MfS)
I	
IM	inoffizieller Mitarbeiter (des MfS)
IPK	Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik
IREG	Integrierte Registratur (Fachanwendung zur Dokumentation der Antragsbearbeitung beim BStU)
IT	Informationstechnik
IVBB	Informationsverbund Berlin-Brandenburg (Informationsverbund zur Vernetzung der obersten Bundesbehörden)
J	
JHS	Juristische Hochschule des MfS in Potsdam

noch Anhang 17

K

K I	Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei (der Deutschen Volkspolizei)
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti – Komitee für Staatssicherheit (Geheimdienst der ehemaligen Sowjetunion, 1954–1991)
KO	Konspirative Objekte (des MfS)
KOBV	Kooperativer Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg
KoKo	Kommerzielle Koordinierungsgruppe (des MfS)
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KuSch	Kader und Schulung
KW	Abteilung Kommunikation und Wissen beim BStU
KW	Konspirative Wohnung (des MfS)
KZ	Konzentrationslager

L

LAKD	Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
lfd. M.	laufende(r) Meter

M

MD	Medizinischer Dienst (des MfS)
MdB	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
MGB	Ministerstwo Gossudarstwennoi Besopasnosti – Ministerium für Staatssicherheit (Vorgängerorganisation des KGB, 1946–1953)

N

NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschland
NVA	Nationale Volksarmee (DDR)

O

OD	Objektdienststelle (des MfS)
OD TU/H	Objektdienststelle Technische Universität/Hochschule Dresden (des MfS)
OibE	Offizier im besonderen Einsatz (des MfS)
OPK	Operative Personenkontrolle
OTZ	Ostthüringer Zeitung
OV	Operativer Vorgang

P

PDF	Portable Document Format; plattformübergreifendes Dateiformat für Dokumente
PGU-DS	Pyrho glavno upravlenie Dyrzhavna sigurnost – Erste Hauptverwaltung Staatssicherheit (Auslandsaufklärung Bulgariens)

noch Anhang 17

POS	Polytechnische Oberschule
PrO	Presse und Onlinekommunikation (ehemalige Stabsstelle beim BSStU)
R	
RAF	Rote-Armee-Fraktion
rbb	Rundfunk Berlin-Brandenburg
Reha	Rehabilitierung
RHG	Robert-Havemann-Gesellschaft e. V.
RS	Rechtsstelle (des MfS)
S	
SAE	Sachaktenschließung (IT-Verfahren des BSStU)
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SdM	Sekretariat des Ministers (des MfS)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DDR)
SIRA	System der Informationsrecherche Hauptverwaltung A (des MfS)
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SR PS	Selbstständiges Referat Personenschutz (des MfS)
SS	sog. Schutzstaffel; Teilorganisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)
StrRehaG	Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz
StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz)
StrV	Strafverfolgung
SÜG	Sicherheitsüberprüfungsgesetz
T	
ThLA	Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
TQ	Treffquartiere (des MfS)
TU	Technische Universität
TV	Television, Fernsehen
U	
UDE	Unterlagen der Dienstseinheiten (des MfS)
UNO	United Nations Organization
UOKG	Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
V	
VCR	Video Cassette Recording (analoges audiovisuelles Aufzeichnungsverfahren)
VdA	Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.

noch Anhang 17

VDZ	Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e. V.
VEB	Volkseigener Betrieb (DDR)
VHS	Video Home System (Aufzeichnungs- und Wiedergabesystem für Videorekorder)
VSH	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei (des MfS)
VwRehaG	Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz
W	
WBG	Wissenschaftliches Beratungsgremium des BStU
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WGM	Wiedergutmachung
WR	Wachregiment (des MfS)
Z	
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (des MfS)
ZDB	Zeitschriftendatenbank
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe (des MfS)
ZMA	Zentrale Materialablage (des MfS)
ZOS	Zentraler Operativstab (des MfS)

